



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

92. Sitzung

Hannover, den 8. Dezember 2020

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen der Präsidentin 8719
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 8719

Tagesordnungspunkt 2:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/7175 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 18/8040 - Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu den Einzelplänen: Epl. 01 - Drs. 18/8041, Epl. 02 - Drs. 18/8042, Epl. 03 - Drs. 18/8043 - Epl. 04 - Drs. 18/8044, Epl. 05 - Drs. 18/8045, Epl. 06 - Drs. 18/8046, Epl. 07 - Drs. 18/8047, Epl. 08 - Drs. 18/8048, Epl. 09 - Drs. 18/8049, Epl. 11 - Drs. 18/8050, Epl. 12 - Drs. 18/8051, Epl. 13 - Drs. 18/8052, Epl. 14 - Drs. 18/8053, Epl. 15 - Drs. 18/8054, Epl. 16 - Drs. 18/8055, Epl. 17 - Drs. 18/8056, Epl. 20 - Drs. 18/8057 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8100 - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8103 - dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT: **Landeshaushalt 2021: Corona-Niedersachsenfonds jetzt starten! Öffentliche Infrastruktur enkeltauglich sanieren, in soziale und gesundheitliche Vorsorge und konsequenten Klimaschutz investieren, Niedersachsen in der Pandemie zusammenhalten!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8099 - dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT: **Freie Sicht, klare Haltung - für ein zukunftsfähiges Niedersachsen** -

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8102..... 8720
Erste Beratung: 83. Sitzung am 15.09.2020

und

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021 - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/7357 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 18/8058 - dazu: Ergänzender schriftlicher Bericht - Drs. 18/8120..... 8721
Erste Beratung: 83. Sitzung am 15.09.2020

und

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege - Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/5633 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/8007 8721
Erste Beratung: 68. Sitzung am 29.01.2020

und

Tagesordnungspunkt 5:

Abschließende Beratung:

Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1380 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7910 8721
Erste Beratung: 23. Sitzung am 24.08.2018

und

Tagesordnungspunkt 6:

Abschließende Beratung:

Lüge darf sich nicht wiederholen - Kinderschutzkommission einrichten - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3643 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7911 8721
Erste Beratung: 49. Sitzung am 16.05.2019

und

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Missbrauch verhindern - Sozialleistungsbetrug mit Kindergeldzahlungen ins Ausland bekämpfen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/5634 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7912 8721
Erste Beratung: 70. Sitzung am 31.01.2020

und

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Vollbefragung der Mitglieder der niedersächsischen Pflegekammer - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6247 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7913 8721
Direkt überwiesen am 14.04.2020

und

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Verbot von Einfuhr, Handel, Erwerb, Besitz und Verbreitung von Kindersexpuppen in Niedersachsen und bundesweit! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/7290 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7915 8721
Direkt überwiesen am 01.09.2020

und

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:

Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen - Peiner Klinikum retten! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6199 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7970 8721
Direkt überwiesen am 31.03.2020

und

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:

Gerechtigkeit herstellen - Pflegebonus für alle Pflegekräfte und Sanitäter auszahlen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6756 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7971 8721
Direkt überwiesen am 22.06.2020

und

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

Arzneimittelversorgung in Niedersachsen sicherstellen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6111 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7912 8721
Erste Beratung: 77. Sitzung am 13.05.2020

und

Tagesordnungspunkt 13:

Abschließende Beratung:

Antrag zur effizienten und nachhaltigen Bekämpfung von multiresistenten Erregern im niedersächsischen Gesundheitswesen durch den Einsatz von innovativen Methoden und Technologien - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6562 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7973 8722
Direkt überwiesen am 26.05.2020

und

Tagesordnungspunkt 14:

Abschließende Beratung:

Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen
- Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/7809 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - Drs. 18/7974 8722
Direkt überwiesen am 04.11.2020

und

Tagesordnungspunkt 15:

Abschließende Beratung:

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation im Maßregelvollzug - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/5468 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7976..... 8722
Direkt überwiesen am 07.01.2020

Tagesordnungspunkt 16:

Berichterstattung zum Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2021 und zum Entwurf eines Haushaltbegleitgesetzes 2021 8722
Stefan Wenzel (GRÜNE), Berichterstatter 8722

Tagesordnungspunkt 17:

Haushaltsberatungen 2021 - Allgemeinpolitische Debatte 8724
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)..... 8724
Johanne Modder (SPD)..... 8727
Dr. Stefan Birkner (FDP) 8731
Dirk Toepffer (CDU)..... 8735, 8755
Klaus Wichmann (fraktionslos)..... 8739
Peer Lilienthal (fraktionslos) 8740
Dana Guth (fraktionslos) 8740
Stefan Wirtz (fraktionslos) 8741
Frauke Heiligenstadt (SPD) 8741
Stefan Wenzel (GRÜNE) 8743, 8754
Ulf Thiele (CDU)..... 8745
Reinhold Hilbers, Finanzminister 8748

Tagesordnungspunkt 18:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Inneres und Sport 8756
Susanne Menge (GRÜNE) 8756
Ulrich Watermann (SPD)..... 8758
Dr. Marco Genthe (FDP) 8760
Sebastian Lechner (CDU) 8762
Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport 8764

Tagesordnungspunkt 19:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 8766

und

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege - Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/5633 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/8007 8767
Erste Beratung: 68. Sitzung am 29.01.2020

und

Tagesordnungspunkt 5:

Abschließende Beratung:

Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1380 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7910 8767
Erste Beratung: 23. Sitzung am 24.08.2018

und

Tagesordnungspunkt 6:

Abschließende Beratung:

Lüge darf sich nicht wiederholen - Kinderschutzkommission einrichten - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3643 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7911 8767
Erste Beratung: 49. Sitzung am 16.05.2019

und

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Missbrauch verhindern - Sozialleistungsbetrug mit Kindergeldzahlungen ins Ausland bekämpfen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/5634 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7912 8767
Erste Beratung: 70. Sitzung am 31.01.2020

und

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Vollbefragung der Mitglieder der niedersächsischen Pflegekammer - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6247 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7913 8767
Direkt überwiesen am 14.04.2020

und

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Verbot von Einfuhr, Handel, Erwerb, Besitz und Verbreitung von Kindersexpuppen in Niedersachsen und bundesweit! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/7290 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7915 8767
Direkt überwiesen am 01.09.2020

und

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:

Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen - Peiner Klinikum retten! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6199 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7970 8767
Direkt überwiesen am 31.03.2020

und

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:

Gerechtigkeit herstellen - Pflegebonus für alle Pflegekräfte und Sanitäter auszahlen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6756 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7971 8767
Direkt überwiesen am 22.06.2020

und

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

Arzneimittelversorgung in Niedersachsen sicherstellen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6111 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7912 8767
Erste Beratung: 77. Sitzung am 13.05.2020

und

Tagesordnungspunkt 13:

Abschließende Beratung:

Antrag zur effizienten und nachhaltigen Bekämpfung von multiresistenten Erregern im niedersächsischen Gesundheitswesen durch den Einsatz von innovativen Methoden und Technologien - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/6562 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7973 8767
Direkt überwiesen am 26.05.2020

und

Tagesordnungspunkt 15:

Abschließende Beratung:

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation im Maßregelvollzug - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/5468 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/7976 8767
Volker Bajus (GRÜNE) 8767
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 8769
Volker Meyer (CDU) 8770
Petra Joumaah (CDU) 8772
Dr. Thela Wernstedt (SPD) 8773
Annette Schütze (SPD) 8775
Stephan Bothe (fraktionslos) 8776
Susanne Victoria Schütz (FDP) 8777
Dana Guth (fraktionslos) 8779
Dr. Carola Reimann, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 8780
Direkt überwiesen am 07.01.2020

Tagesordnungspunkt 20:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Wissenschaft und Kultur 8781
Eva Viehoff (GRÜNE) 8782, 8789
Dr. Silke Lesemann (SPD) 8784
Hanna Naber (SPD) 8785
Jörg Hillmer (CDU) 8787
Burkhard Jasper (CDU) 8788, 8790
Lars Alt (FDP) 8790, 8796
Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur 8792

Tagesordnungspunkt 21:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung 8796

und

Tagesordnungspunkt 14:

Abschließende Beratung:

Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen
- Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/7809 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - Drs. 18/7974 8796
Christian Meyer (GRÜNE) 8796
Immacolata Glosemeyer (SPD) 8799
Gudrun Pieper (CDU) 8801
Marcel Scharrelmann (CDU) 8803
Thomas Brüninghoff (FDP) 8804
Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung 8805

Direkt überwiesen am 04.11.2020

Tagesordnungspunkt 22:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Medienfragen 8809
Christian Meyer (GRÜNE) 8809
Claudia Schüßler (SPD) 8809
Jens Nacke (CDU) 8811
Dr. Stefan Birkner (FDP) 8812
Stephan Weil, Ministerpräsident 8813

Vom Präsidium:

Präsidentin	Dr. Gabriele A n d r e t t a (SPD)
Vizepräsident	Bernd B u s e m a n n (CDU)
Vizepräsident	Frank O e s t e r h e l w e g (CDU)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführer	Matthias M ö h l e (SPD)
Schriftführerin	Hanna N a b e r (SPD)
Schriftführerin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Schriftführer	Rainer F r e d e r m a n n (CDU)
Schriftführerin	Gerda H ö v e l (CDU)
Schriftführerin	Gudrun P i e p e r (CDU)
Schriftführerin	Imke B y l (GRÜNE)
Schriftführerin	Susanne M e n g e (GRÜNE)
Schriftführer	Thomas B r ü n i n g h o f f (FDP)
Schriftführerin	Hilgriet E i l e r s (FDP)
Schriftführer	Horst K o r t l a n g (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris P i s t o r i u s (SPD)	Staatssekretär Stephan M a n k e , Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Reinhold H i l b e r s (CDU)	Staatssekretärin Doris N o r d m a n n , Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Dr. Carola R e i m a n n (SPD)	Staatssekretär Heiger S c h o l z , Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusminister Grant Hendrik T o n n e (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie- rung Dr. Bernd A l t h u s m a n n (CDU)	Staatssekretär Dr. Berend L i n d n e r , Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali- sierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz Barbara O t t e - K i n a s t (CDU)	Staatssekretär Prof. Dr. Ludwig T h e u v s e n , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz
Justizministerin Barbara H a v l i z a (CDU)	Staatssekretär Dr. Frank-Thomas H e t t , Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Björn T h ü m l e r (CDU)	Staatssekretärin Dr. Sabine J o h a n n s e n , Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klima- schutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Birgit H o n é (SPD)	

Beginn der Sitzung: 13.31 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie namens des Präsidiums herzlich begrüßen und eröffne die 92. Sitzung im 36. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen der Präsidentin

Ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, am 1. Dezember 2020 verstarb der ehemalige Abgeordnete Kurt Vajen im Alter von 84 Jahren.

Kurt Vajen gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1978 bis 1990 als Mitglied der CDU-Fraktion und zuletzt als fraktionsloser Abgeordneter an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen sowie im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Wir werden den Kollegen in guter Erinnerung behalten und widmen ihm ein stilles Gedenken. - Ich danke Ihnen.

Da die Reihen bereits gut gefüllt sind, darf ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute gibt es einen besonderen Anlass, für den ich Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitte.

Unser Kollege Uwe Schünemann begeht das 25-jährige Jubiläum seiner Zugehörigkeit zum Niedersächsischen Landtag. Dazu möchte ich Ihnen, Herr Kollege Schünemann, im Namen des ganzen Hauses herzlich gratulieren.

(Beifall)

Schon sehr früh haben Sie, Herr Schünemann, sich der Politik zugewandt. 1994 wurden Sie über den Landeswahlvorschlag erstmals in den Niedersächsischen Landtag gewählt, dem Sie zunächst von der 13. bis zur 16. Wahlperiode - 1994 bis 2013 - angehörten und in den Sie nach einer kurzen Interimszeit am 22. Juli 2014 zurückkehrten.

Von März 2003 bis Februar 2013 bekleideten Sie über zehn Jahre das verantwortungsvolle Amt des niedersächsischen Innenministers. Zuvor waren

Sie drei Jahre Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion und nehmen nunmehr seit November 2017 die Aufgaben des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden mit Schwerpunkten in der Innen- und Rechtspolitik wahr.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich darüber hinaus, dass Sie auch verschiedene kommunale Mandate ausüben. So sind Sie Mitglied des Rates der Stadt Holzminden und des Kreistages des Landkreises Holzminden sowie zugleich Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.

Während Ihrer 25-jährigen Landtagszugehörigkeit haben Sie die niedersächsische Landespolitik mit Sachverstand und Kompetenz maßgeblich mitgestaltet und sich mit wichtigen Impulsen und - ich denke, das darf man sagen - mit großer Leidenschaft in Debatten eingebracht.

Im Namen des Niedersächsischen Landtages danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihr jahrzehntelanges Engagement zum Wohle des Landes Niedersachsen und seiner Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich, Ihnen als kleine Dankesgabe für Ihr Wirken im Niedersächsischen Landtag das „Niedersachsenross“ unserer Porzellanmanufaktur Fürstenberg zu überreichen.

(Präsidentin Dr. Gabriele Andretta überreicht das Präsent - Beifall - Dirk Toepffer [CDU] überreicht ebenfalls ein Präsent)

Zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrages liegen Ihnen vor.

Im Hinblick darauf, dass die Sitzung des VW-Aufsichtsrats von Donnerstag auf Mittwoch vorgezogen wurde, sind die Fraktionen übereingekommen, die Positionen der Haushaltsschwerpunkte „Finanzen und Hochbau“ und „Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ zu tauschen. Der Schwerpunkt „Wirtschaft“ soll demnach am Mittwoch nach der Mittagspause und der Schwerpunkt „Finanzen“ soll am Mittwoch als letzter Tagesordnungspunkt behandelt werden. - Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesem Vorgehen fest.

Mit der Tagesordnung mit den aktualisierten Redezeiten haben Sie Informationen über die von den Fraktionen umverteilten und die von den fraktionslosen Mitgliedern des Hauses angemeldeten Redezeiten erhalten. Die fraktionslosen Mitglieder des Hauses wurden um Mitteilung gebeten, ob und bei welchem Tagesordnungspunkt bzw. bei welchem

Tagesordnungspunkten sie von der ihnen zustehenden Redezeit Gebrauch machen möchten. Das Ergebnis können Sie der Ihnen vorliegenden Tagesordnung entnehmen. Darf ich das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten feststellen? - Das ist der Fall. Vielen Dank. Die heutige Sitzung soll demnach gegen 22.41 Uhr enden.

Im Mittelpunkt unseres Tagungsabschnittes steht die Beratung des Haushalts für das Jahr 2021. Sie beginnt heute mit dem Bericht des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und der anschließenden allgemeinpolitischen Debatte, in der in grundsätzlicher Weise über die Regierungs- und Haushaltspolitik gesprochen werden soll.

Die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte ist wie üblich in Blöcke gegliedert und für heute und morgen Nachmittag vorgesehen.

Abgeschlossen werden die Haushaltsberatungen am Donnerstag mit den notwendigen Abstimmungen, die nach der vorgegebenen Haushaltsgliederung und weitgehend gebündelt durchgeführt werden sollen.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Eilers mit. Bitte, Frau Eilers!

Schriftführerin Hillgriet Eilers:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für heute liegen folgende Entschuldigungen vor: von der Fraktion der SPD Herr Axel Brammer, Frau Petra Emerich-Kopatsch, Frau Doris Schröder-Köpf und Herr Uwe Schwarz, von der Fraktion der CDU Frau Laura Hopmann, Herr Heiner Schönecke und Herr Kai Seefried; von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Helge Limburg, Herr Dragos Pancescu und Herr Detlev Schulz-Hendel. Das fraktionslose Mitglied des Hauses, Jochen Beekhuis, ist ebenfalls entschuldigt.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Ich darf nun die Punkte 2 bis 15 vereinbarungsgemäß zusammen aufrufen:

Tagesordnungspunkt 2:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu -

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - [Drs. 18/8040](#) - Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu den Einzelplänen: Epl. 01 - [Drs. 18/8041](#), Epl. 02 - [Drs. 18/8042](#), Epl. 03 - [Drs. 18/8043](#) - Epl. 04 - [Drs. 18/8044](#), Epl. 05 - [Drs. 18/8045](#), Epl. 06 - [Drs. 18/8046](#), Epl. 07 - [Drs. 18/8047](#), Epl. 08 - [Drs. 18/8048](#), Epl. 09 - [Drs. 18/8049](#), Epl. 11 - [Drs. 18/8050](#), Epl. 12 - [Drs. 18/8051](#), Epl. 13 - [Drs. 18/8052](#), Epl. 14 - [Drs. 18/8053](#), Epl. 15 - [Drs. 18/8054](#), Epl. 16 - [Drs. 18/8055](#), Epl. 17 - [Drs. 18/8056](#), Epl. 20 - [Drs. 18/8057](#) - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8100](#) - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8103](#) - dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT: **Landeshaushalt 2021: Corona-Niedersachsenfonds jetzt starten! Öffentliche Infrastruktur enkeltauglich sanieren, in soziale und gesundheitliche Vorsorge und konsequenten Klimaschutz investieren, Niedersachsen in der Pandemie zusammenhalten!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8099](#) - dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT: **Freie Sicht, klare Haltung - für ein zukunftsfähiges Niedersachsen** - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/8102](#)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf mit Änderungen und der in der Beschlussempfehlung genannten Maßgabe zu § 1 anzunehmen. Zudem empfiehlt der Haushaltsausschuss Änderungen zu 15 der 17 Einzelpläne.

In der Tagesordnung sind darüber hinaus zwei Änderungsanträge verzeichnet, die jeweils die Einzelpläne betreffen.

Außerdem sind zwei Anträge auf Annahme einer EntschlieÙung gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung, also einer EntschlieÙung, die der Sache nach zum Haushaltsgesetz gehört, in der Tagesordnung verzeichnet. Gemäß § 36 unserer Geschäftsordnung beschließt der Landtag über diese Anträge - sowie gegebenenfalls weitere Anträge nach § 23 Abs. 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung - nach der Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf, auf den sie sich beziehen.

In die Haushaltsberatung einbezogen wird außerdem die 28. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben in der Drucksache 18/8091.

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021 - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7357](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - [Drs. 18/8058](#) - dazu: Ergänzender schriftlicher Bericht - [Drs. 18/8120](#)

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

In die Haushaltsberatungen einbezogen sind darüber hinaus ein Gesetzentwurf und elf Entschließungsanträge.

Es handelt sich um

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege - Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5633](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/8007](#)

Tagesordnungspunkt 5:

Abschließende Beratung:

Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1380](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7910](#)

Tagesordnungspunkt 6:

Abschließende Beratung:

Lüge darf sich nicht wiederholen - Kinderschutzkommission einrichten - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3643](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7911](#)

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Missbrauch verhindern - Sozialleistungsbetrug mit Kindergeldzahlungen ins Ausland bekämpfen! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5634](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7912](#)

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Vollbefragung der Mitglieder der niedersächsischen Pflegekammer - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6247](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7913](#)

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Verbot von Einfuhr, Handel, Erwerb, Besitz und Verbreitung von Kindersexpuppen in Niedersachsen und bundesweit! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/7290](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7915](#)

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:

Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen - Peiner Klinikum retten! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6199](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7970](#)

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:

Gerechtigkeit herstellen - Pflegebonus für alle Pflegekräfte und Sanitäter auszahlen! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6756](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7971](#)

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

Arzneimittelversorgung in Niedersachsen sicherstellen! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6111](#) neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7912](#)

Tagesordnungspunkt 13:

Abschließende Beratung:

Antrag zur effizienten und nachhaltigen Bekämpfung von multiresistenten Erregern im niedersächsischen Gesundheitswesen durch den Einsatz von innovativen Methoden und Technologien - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6562](#) - Beschlussempfehlung des Aus-

schusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7973](#)

Tagesordnungspunkt 14:

Abschließende Beratung:

Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7809](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - [Drs. 18/7974](#)

Tagesordnungspunkt 15:

Abschließende Beratung:

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation im Maßregelvollzug - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5468](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7976](#)

Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass ich die in die Haushaltsberatungen einbezogenen Tagesordnungspunkte erst im Rahmen der einzelnen Haushaltsschwerpunkte im Detail aufrufe.

Eine Berichterstattung zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 15 ist nicht vorgesehen.

Die inhaltliche Behandlung dieser Beratungsgegenstände findet jeweils im Rahmen der Debatte über die fachlich entsprechenden Haushaltsschwerpunkte statt.

Zum Ablauf der Beratungen: Zunächst wird nun entsprechend Tagesordnungspunkt 16 der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen einen zusammenfassenden Bericht über die Ausschussberatungen zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz geben. Sämtliche Abstimmungen zu den soeben aufgerufenen Beratungsgegenständen sind für Donnerstag vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 16:

Berichterstattung zum Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2021 und zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021

Ich darf nun den Ausschussvorsitzenden aufrufen. Lieber Herr Wenzel, Sie haben das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE), Berichterstatter:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Drucksache 18/8040 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 mit einer Änderung in § 3 Nr. 1 und der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen üblichen Maßgabe zu § 1 und Anlage 1 des Gesetzes anzunehmen. Diese Empfehlung kam mit den Stimmen der die Regierung tragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zustande.

Die Fraktionen der Grünen und der FDP kündigten an, ihre Änderungsanträge direkt in den Landtag einzubringen.

Zugleich empfiehlt Ihnen der Haushaltsausschuss einstimmig, die in die Beratung einbezogene Eingabe 02210 für erledigt zu erklären.

Die Beschlussempfehlungen zu den Einzelplänen liegen Ihnen in den Drucksachen 18/8041 bis 18/8057 vor.

Zu den Einzelplänen 12 - Staatsgerichtshof - und 17 - Landesbeauftragte für den Datenschutz - empfiehlt Ihnen der Haushaltsausschuss jeweils einstimmig die unveränderte Annahme.

Hinsichtlich der übrigen Einzelpläne liegen der Beschlussempfehlung des Ausschusses die Änderungsvorschläge der Fraktionen der SPD und der CDU mit der technischen und der politischen Liste zugrunde. Insofern erfolgen die Empfehlungen zu den Einzelplänen 01 - Landtag - und 14 - Landesrechnungshof - wiederum jeweils einstimmig. Hinsichtlich der übrigen Einzelpläne kamen die Beschlussempfehlungen jeweils mit den Stimmen der die Regierung tragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zustande.

Hinsichtlich des Haushaltsbegleitgesetzes 2021 empfiehlt Ihnen der Haushaltsausschuss in der Drucksache 18/8058, den Gesetzentwurf mit den aus der Anlage zu jener Drucksache ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Diesen liegen u. a. drei insgesamt sehr umfangreiche Änderungsvorschläge der Fraktionen der SPD und der CDU zugrunde. Bei der Einzelabstimmung über die einzelnen Artikel stimmten die Fraktionen im Haushaltsausschuss unterschiedlich ab. Die Beschlussempfehlung insgesamt kam bei der Schlussabstimmung wiederum mit den Stimmen der die Regierung tragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen zustande.

Wie üblich, waren an den Beratungen des Haushaltsgesetzes alle Fachausschüsse des Landtages beteiligt und haben ihre Mitberatung zu den jeweiligen Einzelplänen durchgeführt. Der Rechtsausschuss hat darüber hinaus auch das Haushaltsgesetz selbst beraten. Beim Haushaltsbegleitgesetz waren der Innen-, der Kultur-, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Rechtsausschuss mitberatend. Außerdem hat der federführende Ausschuss den Umwelt- und den Landwirtschaftsausschuss um Stellungnahme zu der von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes gebeten.

Der Landesrechnungshof hat sich zu Beginn der Beratungen und im Haushaltsausschuss mündlich und schriftlich geäußert und die Beratungen weiter begleitet.

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich ebenfalls zu Beginn der Beratungen im Haushaltsausschuss mündlich wie auch ausführlich schriftlich geäußert. Außerdem sind sie vor Abschluss der Beratungen im Haushaltsausschuss noch einmal mündlich angehört worden und haben sich dazu auch noch einmal schriftlich geäußert.

Ich gebe Ihnen nun noch einen kurzen Überblick über die vom Ausschuss empfohlenen Änderungen zu den Einzelplänen.

Die technische Liste sieht im Ergebnis eine Ausweitung des Haushaltsvolumens um rund 125 Millionen Euro vor. Diese Änderung hat das Finanzministerium im Haushaltsausschuss ausführlich erläutert. Dabei hat das Ministerium erklärt, die Ausweitung des Haushaltsvolumens beruhe im Wesentlichen darauf, dass sich der Umfang der durchzuleitenden Bundesmittel erheblich erhöht habe.

Die politische Liste sieht Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 20 Millionen Euro vor. Die Fraktionen von SPD und CDU haben dazu hervorgehoben, mit diesen Mitteln würden Maßnahmen im Bereich der Pflege, des ländlichen Raums, der Kultur, der Stärkung der Demokratie sowie der Sicherheit und Infrastruktur weiter gestärkt.

Als besondere Schwerpunkte wurden benannt:

- Förderung des Ehrenamtes,
- Präventionsarbeit im Bereich des sexuellen Missbrauchs, Bezuschussung von Kinderschutzzentren und Investitionen in Projekte des gemeinsamen Wohnens im Alter,
- Förderung des Programms Zukunftsräume,

- Förderung von Wirtschaft und Infrastruktur wegen der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie,
- im Zusammenhang damit Bereitstellung von Mitteln für ein Fahrradmobilitätskonzept und zum Erhalt der Landstraßen,
- Förderung und Sicherung regionaler Wertschöpfung,
- Unterstützung von Kultureinrichtungen durch ein Investitionsprogramm und weitere Förderungen,
- Stärkung der politischen Bildung,
- Stärkung der Justiz durch Investitionen in die Sicherheit von Gerichten und Staatsanwaltschaften und
- Aufstockung der Mittel für die Straffälligenhilfe.

Zum Haushaltsgesetz selbst:

In § 3 Nr. 1 in der Fassung des Gesetzentwurfs war zunächst eine Kreditaufnahmeermächtigung in Höhe von 853 Millionen Euro vorgesehen. Diese sollte in einem Umfang von 673 Millionen Euro auf die sogenannte Konjunkturkomponente nach Artikel 71 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung und in einem Umfang von 180 Millionen Euro wegen des Vorliegens einer Notsituation auf Artikel 71 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung durchgeführt werden.

Nach Vorliegen der November-Steuerschätzung legten die Koalitionsfraktionen dazu einen Änderungsvorschlag vor, dem der Ausschuss gefolgt ist. Danach soll nunmehr eine Kreditaufnahmeermächtigung in Höhe von 1,118 Milliarden Euro erteilt werden. Diese soll sich aber in vollem Umfang auf Artikel 71 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung stützen. Eine zusätzliche Kreditaufnahme wegen des Vorliegens einer Notsituation nach Artikel 71 Abs. 3 der Verfassung ist nicht mehr vorgesehen.

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf einige kleinere Änderungen gegenüber den Haushaltsgesetzen der Vorjahre. Diese sind nach Ansicht des Ausschusses aber durchweg unbedenklich. Er empfiehlt daher mit Ausnahme der Änderung bei § 3 Nr. 1 und der erforderlichen Anpassung des § 1 und der Anlage 1 die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Zum Haushaltsbegleitgesetz:

Hier empfiehlt Ihnen der Ausschuss eine ganze Reihe von Änderungen. Diese gehen, wie bereits erwähnt, zum größten Teil auf drei insgesamt sehr umfangreiche Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen zurück. Vorgesehen sind darin unter anderem Änderungen des Niedersächsischen Wassergesetzes, des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes, des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Förderung von Krankenhausinvestitionen“, des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde sowie weitere Änderungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich, des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes und des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes. Wegen der Einzelheiten dazu verweise ich auf meinen ergänzenden schriftlichen Bericht in der Drucksache 18/8120.

Abschließend bitte ich Sie namens des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den vorgelegten Beschlussempfehlungen zu den beiden Gesetzentwürfen, zu den Einzelplänen und zu der in die Beratung einbezogenen Eingabe Ihre Zustimmung zu erteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, danken möchte ich stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und des GBD Frau Keuneke, Frau Dr. Kresse, Frau Brüggeshemke und Herrn Dr. Oppenborn. Über Monate hinweg wurden dem Ausschuss von der Landtagsverwaltung alle notwendigen Informationen und organisatorischen Rahmenbedingungen mit hoher Verlässlichkeit zur Verfügung gestellt. Danken möchte ich auch Frau Wethkamp und Herrn Vree und den BfdH der Häuser stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Besonderer Dank gilt auch dem Team des Landesrechnungshofs und den Kolleginnen und Kollegen der kommunalen Spitzenverbände. Ich denke, das kann ich auch im Namen dieses Hauses sagen.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Wenzel, für den mündlichen Bericht.

Wir beginnen jetzt mit dem

Tagesordnungspunkt 17:

Haushaltsberatungen 2021 - Allgemeinpolitische Debatte

Dem parlamentarischen Brauch entsprechend beginnen wir mit der stärksten Oppositionsfraktion. Liebe Kollegin Hamburg, als Fraktionsvorsitzende haben Sie das Wort.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Dank von Herrn Wenzel an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Häuser und auch der Landtagsverwaltung möchte ich mich anschließen. Es war wirklich eine Mammutaufgabe. Die wurde wunderbar bewältigt, und wir wurden bei unseren Aufgaben gut unterstützt. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich vorweg auf ein aktuelles Thema zu sprechen kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. In den hannoverschen Zeitungen war heute zu lesen, dass die Einigung bei der Hannover-Messe auf der Kippe steht. Wir alle sind uns einig, wie wichtig der Erhalt des Messestandortes Hannover für Hannover, aber auch für Niedersachsen ist. Insbesondere deshalb muss unser Fokus darauf liegen, die Insolvenz, die dort droht, zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Herr Ministerpräsident Weil, als ehemaliger Oberbürgermeister wissen Sie um die massive Rolle der Messe AG, und es ist unangemessen, dass Sie hier an dieser Stelle kein Machtwort sprechen.

(Zurufe von der SPD)

Auf der einen Seite reisen Ihre Landtagsfraktion und Ihr Stadtrat zur Messe AG und erzählen hinterher, dass betriebsbedingte Kündigungen für die Einigung ein absolutes No-Go sind. Auf der anderen Seite, Herr Ministerpräsident, ist es Ihr Finanzminister, der der Messe AG die Daumenschrauben anlegt. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf: Erklären Sie die Messe AG zur Chefsache - hier und heute -, und sorgen Sie für eine Einigung im Sinne der Messe AG und im Sinne der Beschäftigten!

(Beifall bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Wer ist denn gerade Oberbürgermeister?)

Die Corona-Krise hat, wie unser gesamtes Leben, auch diese Haushaltsberatungen ordentlich durcheinandergewirbelt. Die Corona-Krise ist eine massive Wirtschaftskrise, eine soziale Krise und eine Gesundheitskrise. Wir haben in diesem Haus häufiger darüber gesprochen.

Gleichzeitig haben wir eine massive Klimakrise, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das dritte Dürrejahr in Folge, Hochwasserschäden, Unwetterschäden in den letzten Jahren: Alles das betrifft Niedersachsen, und die Auswirkungen sind immens - auf die Gesundheit, auf die Erträge der Landwirtschaft, auf die Natur und auf die Artenvielfalt.

Ich habe in der letzten Minute häufig das Wort „Krise“ gesagt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Ganz im Gegenteil. Wir sind ein wirtschaftlich kräftiges Land, und deshalb müssen wir mit aller Kraft gegensteuern und die Krisen zusammendenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Niedersachsenfonds, den der DGB auf den Weg gebracht und in die Debatte gebracht hat, ist ein schlagkräftiges Instrument, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wir mit unserem Haushaltsänderungsantrag umsetzen. Wirtschaft und der Konjunktur nützen hier keine Strohfeuer. Hier nutzen nur langfristige und verlässliche Zusagen, und die müssen wir als Haushaltsgesetzgeber dieses Landes Niedersachsen geben.

Niedersachsen hat einen erheblichen Sanierungsstau. Sie alle sind vor Ort unterwegs. Sie kennen den Zustand unserer Schulen, unserer Polizeidirektionen, unserer Kliniken und nicht zuletzt der Hochschulen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer hier an Investitionen spart, der bringt Schulden für die Zukunft. Es ist nicht in Ordnung, dass Sie Ihre Bilanz damit schönen, dass Sie Sanierungen und Investitionen nicht vornehmen. Das ist einfach nur eine Rechentrickserei, und das ist mitnichten eine generationengerechte Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig müssen wir die Energie- und Wärmewende mit Kraft voranbringen, nicht nur, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, nicht nur, um dem Pariser Klimaabkommen Genüge zu tun, nein, auch im Interesse unseres Industriestandortes Niedersachsen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, VW und Salzgitter-Stahl investieren doch Milliarden, während wir unsere Hausaufgaben am Ende nicht machen. Wir müssen doch die Energieinfrastruktur in Niedersachsen vorhalten, und dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass TUI jetzt die dritte Finanzspritze in Folge kriegen soll und dass 400 Millionen Euro des Landes hier als Blankoscheck an TUI gehen sollen, ist absurd. Wo ist das tragfähige Geschäftsmodell der TUI? Worin besteht der Grund, dass TUI das dritte Mal in Folge Staatsleistungen kriegen muss? Wo sind Ihre Antworten für die kleinen Reiseunternehmen? Und was ist mit den Bonizahlungen und den Dividendenausschüttungen bei der TUI? Sie merken, wir haben viele Fragen, und die werden wir morgen im Haushaltsausschuss auch stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun müssen wir deutlich sagen, auch die letzten Haushaltsberatungen der Großen Koalition waren weder visionär noch voller Tatkraft. Das gebe ich gerne zu. Aber ich sage Ihnen deutlich: Sie hatten lediglich Kitt für Ihre Koalition, Streit wurde mit viel Geld zugeschaufelt, auch das sieht dieses Jahr düster aus. Der Corona-Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Sie vorlegen, ist bitter.

Ich sage Ihnen deutlich: Es verbietet sich in diesen Zeiten, bei sozialer Infrastruktur, bei politischer Bildung, beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus oder Bildung zu sparen. Lassen Sie den Rotstift hier in der Tasche. Das ist ein fatales Signal. Sie haben dieses Mal nachgesteuert. Aber ich möchte die Regierung auch für künftige Zeiten auffordern: Finger weg von Bildung, sozialer Infrastruktur und dem Kampf gegen Rechtsextremismus.

Auch die Einsparungen bei den Hochschulen, liebe Kolleginnen und Kollegen - da wird es besonders plastisch -, sind gravierend. Ganze Studiengänge sind gefährdet, und der Wirtschafts- und Lehrstandort Niedersachsen ist in Gefahr.

Sie, Herr Minister Thümler, haben keine Exzellenzstrategie, sondern sind offensichtlich exzellent im Kaputtsparen, und damit werden Sie offensicht-

lich in die Geschichte eingehen - zulasten unseres Hochschulstandortes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein paar Worte zur Klima-Milliarde sagen. Wissen Sie, Herr Lies und Herr Althusmann, wir bestehen nicht auf grünes Copyright, da kennen Sie uns gut genug. Aber wenn Sie von uns abschreiben, dann doch bitte richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es braucht zusätzliches Geld. Einfach nur bestehende Projekte zusammenzurechnen und zu hoffen, dass man auf eine Milliarde kommt, wird dem Klimaschutz wenig nützen. Mehr Geld und beherztes Handeln sind hier gefragt. Das fordern wir ein, und das legen wir mit unserem Änderungsantrag vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, lassen wir mal gelten, dass Sie so viel Geld in die Corona-Krise und in die Abfederungen der Auswirkungen investieren, dass Sie für andere Dinge kein Geld mehr haben. Daher möchte ich Sie einmal fragen: Wo sind denn Ihre Gelder für die Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum? Wo sind denn Ihre Gelder für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege? Was soll Ihr Bericht der Enquetekommission bewirken, wenn Sie gar kein Geld für die Umsetzung der Maßnahmen in den Haushalt einstellen? Das ist doch absurd. Gerade den Bereich „Pflege und Gesundheit“ müssen wir besonders groß schreiben, und Ihr Haushalt hat da Leerstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch für die Kommunen sehen Sie im kommenden Jahr kein zusätzliches Geld vor. Dabei sind doch viele von Ihnen Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Sie führen doch gerade alle die Haushaltsverhandlungen vor Ort. Sie wissen, wie riesig die Gewerbesteuerausfälle in den nächsten Jahren noch sein werden, Sie wissen, dass jetzt wieder die Schwimmbäder zur Disposition stehen, die soziale Infrastruktur und die kulturellen Einrichtungen zur Disposition stehen. Es ist doch entscheidend, dass wir jetzt die kommunale Handlungsfähigkeit erhalten und den Kommunen zusichern, dass sie nicht wegen der Corona-Krise sparen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen lassen Sie uns vorsorglich zusätzliche Mittel für die Kommunen zur Verfügung stellen und nicht erst wieder dann agieren, wenn das Kind am

Ende in den Brunnen gefallen ist; denn dann ist es zu spät.

Auch die Menschen, die seit Monaten unter der Corona-Krise leiden, durch Maßnahmen eingeschränkt sind und nicht arbeiten können, fallen durch alle Hilfsfonds, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aus der Novemberhilfe wird mittlerweile eine Januarhilfe, der Unternehmerlohn ist vom Tisch, und was machen Sie in Ihrem Haushalt? - Richtig. - Nichts. Auch da fordere ich Sie auf: Handeln Sie! Machen Sie einen Unternehmer*innenlohn! Nehmen Sie sich ein Beispiel an Baden-Württemberg, an Berlin! Nehmen Sie Geld in die Hand und geben Sie den Menschen, die derzeit durch alle Raster fallen, endlich Planungssicherheit und finanzielle Sicherheit, damit die Kultur hier weiter arbeiten kann!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann kündigt der Wirtschaftsminister an, dass er 265 Millionen Euro des Corona-Sondervermögens für das Jahr 2022 zurückbehalten möchte. Ehrlich gesagt: Das setzt dem Ganzen doch die Krone auf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Geld wird doch *jetzt* gebraucht und nicht 2022 in Ihren Wahlkampfkassen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das zeigt mal wieder eines der Probleme, die die Große Koalition hat. Die Haltung ist: Die Regierung soll es halt richten. Dann geben wir der Regierung riesige Sondervermögen, und die soll dann entscheiden. Bloß wir haben damit am Ende nichts zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen das deutlich anders, wir sind der Haushaltsgesetzgeber, und deswegen bringen wir einen umfangreichen Änderungsantrag ein, um auf der einen Seite in Niedersachsen zu investieren, wie es der DGB heute gesagt hat, um Niedersachsen zu stärken, und auf der anderen Seite Niedersachsen ökologisch und klimagerecht umzubauen, die soziale Infrastruktur zu stärken, deutliche Schwerpunkte zu setzen, und ich sage Ihnen was: Wir setzen sogar das eine oder andere Ihrer Wahlversprechen in unserem Änderungsantrag um.

Deswegen freue ich mich auf die weiteren Haushaltsberatungen der nächsten zwei Tage.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hamburg. - Es folgt jetzt für die SPD-Fraktion die Fraktionsvorsitzende. Frau Modder, bitte! Sie haben das Wort, und alle anderen darf ich um Aufmerksamkeit bitten.

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Gleich zu Beginn meiner Rede eine kleine Anmerkung, Frau Kollegin Hamburg. Ich denke, wir stimmen überein, dass die Messe AG nicht nur für Hannover, sondern deutschlandweit eine besondere Wichtigkeit hat. Ich will an der Stelle nur ganz vorsichtig darauf hinweisen: Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist der jetzige Oberbürgermeister von Hannover, Ihr Kollege Belit Onay.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die diesjährigen Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2021 standen und stehen, wie könnte das anders sein, ganz unter dem starken Eindruck der Corona-Pandemie. Die Auswirkungen dieser Pandemie, deren Bekämpfung, aber vor allem auch die finanzpolitischen Folgen werden uns, glaube ich, noch viele Jahre begleiten. Das steht schon einmal fest.

Die Pandemie hat dramatische medizinische und gesundheitliche, aber auch gravierende soziale und vor allem auch wirtschaftliche Folgen. Auch wenn wir im internationalen Vergleich aktuell noch glimpflich durch die Krise kommen, sind sowohl die medizinischen als auch die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Pandemie gewaltig. Deutschlandweit haben sich mehr als 1,2 Millionen Menschen mit dem Coronavirus infiziert, allein in Niedersachsen sind nach heutigem Stand 1 296 Menschen an diesem Virus verstorben, und auch jetzt, zur Stunde, kämpfen etliche Menschen um ihr Leben.

Zahlreiche Menschen sind in Kurzarbeit oder arbeitslos geworden. Viele Betriebe kämpfen ums Überleben, Existenzen sind bedroht und Unternehmen müssen ihr bisheriges Geschäftsmodell überdenken und vielleicht auch komplett neu strukturieren. Unser Handeln in der Krise ist darauf ausgerichtet, Infektionen zu vermeiden, das Gesundheitssystem stabil zu halten und die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen so gut es eben geht abzumildern. Diese Ziele, meine Damen und Herren, werden auch auf absehbare Zeit das Handeln der Landespolitik weiterhin bestimmen.

Bei der Bekämpfung der Pandemie haben wir durch schnelles und konsequentes Handeln durch den ersten Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 4,4 Milliarden Euro und den zweiten Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 8,4 Milliarden Euro deutlich unter Beweis gestellt, dass das Land jederzeit handlungsfähig war und ist.

Also hier so zu tun, Frau Kollegin Hamburg, als hätten wir nichts gemacht, geht völlig ins Leere.

(Beifall bei der SPD - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Besonders für unsere Haushaltspolitiker war das Jahr 2020 sicherlich ein anstrengendes und herausforderndes Jahr. Deshalb geht mein Dank an dieser Stelle an die Haushaltspolitiker aller Fraktionen, an unseren Finanzminister Reinhold Hilbers und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses. Ich will hier namentlich ausdrücklich Frau Wethkamp nennen. Außerdem geht mein Dank natürlich an alle Fachressorts der Ministerien. Herzlichen Dank für diese Arbeit besonders in diesem anstrengenden Jahr!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Lieber Dirk Toepffer, liebe CDU-Fraktion in Gänze, vielen Dank für die konstruktive, gute und zielführende Zusammenarbeit bei unseren Haushaltsberatungen. Hier will ich mich ausdrücklich für die tolle Vorarbeit bei Frauke Heiligenstadt und Ulf Thiele bedanken. Auch dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ulf, das hörst Du nicht so oft von mir, oder?

(Heiterkeit bei der SPD und von Jörg Bode [FDP] - Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

- Ich habe es an deinen Augen gesehen.

Meine Damen und Herren, mit Augenmaß aus der Krise - so die Zusammenfassung der Landesregierung nach ihrer Haushaltsklausur im Juli dieses Jahres. Der Titel war aus meiner Sicht richtig gewählt; denn er macht deutlich, worauf es beim Haushalt 2021 ankommt:

Erstens. Der Krise mit Finanz- und Soforthilfen begegnen mit all ihren Folgen und finanziellen Konsequenzen für unser Gesundheitssystem, für unsere Kommunen, die Wirtschaft und unser Gemeinwesen.

Zweitens. Das alles mit Augenmaß. Also konkret: Maß und Mitte nicht zu verlieren, und die wichtigen Themen, die außerhalb und trotz Corona eine bedeutende Rolle für unser Land spielen, nicht aus den Augen zu verlieren.

Drittens. Trotz der Krise die Strukturen zu erhalten und Verlässlichkeit auch in der Krise zu geben und die Zukunft unseres Landes weiterhin zu gestalten.

Meine Damen und Herren, das alles spiegelt der Ihnen vorliegende Haushaltsplan 2021 mit einem Gesamtvolumen von ca. 35,9 Milliarden Euro wider.

Die rot-schwarze Landesregierung und auch die sie tragenden Fraktionen haben bei ihren Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2021 auf große neue Vorhaben verzichtet, auch wenn wir uns hätten vorstellen können, so manches noch 2021 auf den Weg zu bringen. Als Fraktionen haben wir, denke ich, wirklich mit Augenmaß und mit den bescheidenen 20 Millionen Euro noch einige Änderungen eingebracht, auf die ich gleich noch kurz eingehen werde.

Aber zunächst möchte ich ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu den Änderungsanträgen der Oppositionsfraktionen machen.

Ich fange am besten mit der größten Oppositionsfraktion, mit den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, an. Sie drehen ja gleich das ganz große Rad, ganz nach dem Motto: „Was kostet die Welt?“. Ihr Vorschlag, aus dem COVID-19-Sondervermögen mal eben 1 Milliarde Euro als Stammkapital für einen Corona-Niedersachsenfonds herauszunehmen, um damit 10 Milliarden Euro über die NBank als Anleihen zu vergeben, ist zwar ein netter Versuch, uns den Niedersachsenfonds näherzubringen, ist aber - ich sage das mit meinen Worten - nichts anderes, als einen Schattenhaushalt aufzubauen, und das unter dem Deckmantel von Corona.

(Beifall bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Sollen wir jetzt auch klatschen? - Beifall bei der FDP)

- Das dürfen Sie, Herr Birkner!

Das zeigt ganz deutlich, dass Sie die wirkliche Bekämpfung der Corona-Krise überhaupt nicht ernst nehmen, ansonsten würden Sie nicht einfach mal 1 Milliarde Euro aus dem Sondervermögen herausnehmen.

Sie sehen insgesamt Änderungen in Höhe von 2,342 Milliarden Euro vor. Die Beratungen zu den Einzelplänen werden in diesen Tagen zeigen, dass Sie leider von einer soliden und verlässlichen Haushaltspolitik weit entfernt sind und nach dem Motto „Wünsch dir was“ vorgehen.

Interessant sind im Übrigen die Kürzungsvorschläge, die Sie unterbreiten. Da werden wieder die alten Schlachten geschlagen: Autobahnplanungen, Landwirtschaftskammer, Stellenkürzungen in fast allen Bereichen, Rohstoffabgabe und Ausbuchung unserer politischen Liste, was wir natürlich nicht akzeptieren können.

Und dann, meine Damen und Herren, die Vorschläge der FDP, die im genauen Gegensatz zu den Vorschlägen der Grünen stehen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Nicht ganz!)

Zugegebenermaßen sind Ihre Änderungsvorschläge mit 164 Millionen Euro im Vergleich etwas bescheidener. Aber Ihre Gegenfinanzierung ist mehr als unseriös.

Da werden mal eben die Personalkosten pauschal um 35 Millionen Euro gesenkt. Das Europaministerium wird zum dritten Mal abgewickelt.

(Jörg Bode [FDP]: Es ist ja immer noch da!)

Für Sie spielt Regionalentwicklung überhaupt keine Rolle. Zinsminderausgaben werden mit 80 Millionen Euro veranschlagt, die Entwicklungszusammenarbeit wird mal kurz um 1 Million gekürzt, und bei den Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen - für Sie ohnehin ein rotes Tuch - wird um 20 Millionen Euro gekürzt.

Zu Ihrem „500-Millionen-Euro-Corona-Sofortprogramm“ nur so viel: Sie erkennen zumindest den Bedarf an Corona-Hilfen an und buchen es aus dem Sondervermögen Corona-Vorsorgemittel aus. Bisher haben Sie eigentlich immer gegen das Corona-Sondervermögen argumentiert. Vielen Dank. Damit gehen Sie den gleichen Weg und akzeptieren unsere Vorgehensweise.

Zusammenfassend kann man das, glaube ich, so formulieren: Die einen wollen deutlich mehr Geld ausgeben, und die anderen sind unkonkret und nebulös.

Mein Fazit: Gut, dass die Große Koalition in diesem Land regiert und einen Haushaltsplan 2021

vorgelegt hat, der Maß und Mitte hält und dennoch die Herausforderungen der Zukunft angeht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Corona-Pandemie schlägt sich nicht nur auf der Ausgabenseite nieder. Die November-Steuerschätzung hat deutlich gemacht, dass uns in den Jahren 2021 bis 2024 immerhin 870 Millionen Euro an Steuereinnahmen fehlen werden. Diese Mindereinnahmen dürften den Konsolidierungsdruck der kommenden Jahre noch einmal verstärken.

Zusammengefasst geben wir rund 35,9 Milliarden Euro zum Erhalt bestehender Strukturen, für die Krisenbewältigung und zugleich für Investitionen in Zukunftsthemen aus. Dass wir heute hier kein Feuerwerk an neuen millionenschweren Projekten liefern, ist einfach der aktuellen Corona-Situation geschuldet und zeigt zugleich, dass wir trotzdem sehr umsichtig und gezielt in die Zukunft Niedersachsens investieren.

Dabei ist jedoch auch klar, dass es mit der SPD-Fraktion kein Kaputtsparen in der Krise geben wird. Wie bekannt ist, bin ich kein großer Fan der Schuldenbremse und plädiere dafür, die Regelung der Schuldenbremse auf Bundesebene grundsätzlich zu reformieren und zu überarbeiten.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir brauchen jetzt mehr Handlungsspielräume, um notwendige Investitionen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen. Sparen in der Krise, Herr Grascha, hat sich noch nie als richtig erwiesen.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell ist das Ziel ganz klar, dass das Gesundheitssystem weiterhin stabil und das Infektionsgeschehen beherrschbar bleibt. Zugleich sorgen wir dafür, dass alle wichtigen Aufgaben des Landes auf dem hohen Niveau der Vorjahre wahrgenommen werden können.

Ich möchte dennoch auf ein paar Themen stärker eingehen, die mir und meiner Fraktion besonders wichtig sind. Mit der Finanzierung des „Niedersächsischen Weges“ ist, glaube ich, uns eine bundesweit einmalige Allianz für mehr Arten-, Natur- und Gewässerschutz gelungen. Dies zeigt Vorbildcharakter, weil sich Naturschutzverbände, Landwirtschaft und Politik in einem Dialog auf gemeinsame Maßnahmen geeinigt haben. Dankbar bin

ich auch für die große Unterstützung aus diesem Haus.

Aus dem ökologischen Bereich des Wirtschaftsförderfonds fließen insgesamt 380 Millionen Euro. Die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen sind trotz Corona-Pandemie wichtige Anliegen der regierungstragenden Fraktionen. Ich nenne nur beispielhaft: 150 Millionen Euro für das Maßnahmenprogramm „Klima und Klimafolgenanpassung“, 120 Millionen Euro für den Schutz von Natur, Arten und Gewässern sowie den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen, 110 Millionen Euro für Waldschutzmaßnahmen und die Anpassung der Wälder an den Klimawandel. So werden die niedersächsischen Wälder gegen anhaltende Extremwetterlagen, Dürreperioden und den Borkenkäferbefall gewappnet.

Meine Damen und Herren, für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, beste Bildung zu ermöglichen. Hier werden wir auch weiterhin unseren politischen Schwerpunkt setzen. Die Bildungskette geht von der frühkindlichen Bildung über die allgemeinbildenden Schulen und die berufliche Bildung hin zum lebenslangen Lernen.

Die Finanzierung der 2018 eingeführten Kindergartenbeitragsfreiheit wird auch im Jahr 2021 fortgesetzt. Außerdem erhöhen wir die Finanzhilfe für die Kommunen um rund 50 Millionen Euro. Damit werden die Kommunen entlastet und der mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte allgemeine Finanzhilfesatz auf 58 % ab Beginn des Kindergartenjahres 2021/2022 erhöht.

Mit der Förderrichtlinie „Qualität in Kitas“ werden u. a. für einen schrittweise verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel oder auch für Entlastungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Gelder bereitstehen, die im Zeitraum 2020 bis Mitte 2023 immerhin 360 Millionen Euro ausmachen.

Ich begrüße außerordentlich die wachsende Inanspruchnahme frühkindlicher Bildungsangebote, und um dieser auch gerecht zu werden, stellen wir in diesem Haushalt ca. 31 Millionen Euro für den Krippenausbau und 15 Millionen Euro für den Ausbau der Kindergärten bereit, auch wenn wir wissen, dass im Bereich des Ausbaus der Kindergärten der Druck weiter steigt.

Der weitere Ausbau von Ganztagschulen ist für uns als SPD-Fraktion seit Jahren ein wichtiges Anliegen. Für die Gesamtfinanzierung nehmen wir jährlich rund 300 Millionen Euro in die Hand, um

den Ganztagsbetrieb zu ermöglichen. Schulen, die sich auf den Weg zur Ganztagschule machen, wollen wir auch weiterhin finanziell unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, berufliche Bildung und die allgemeine schulische Bildung sind für uns gleichwertig. Diesen bildungspolitischen Grundsatz verfolgen wir als SPD-Fraktion. Um flexible Lösungen zur Personalbewirtschaftung an den BBSen zu ermöglichen, wird das Budget der Schulen strukturell dauerhaft um 7,5 Millionen Euro erhöht und einmalig für 2021 um weitere 3,5 Millionen Euro aufgestockt.

Die Kofinanzierung des DigitalPaktes Schule durch das Land ermöglicht enorme Ressourcen zur Verbesserung der IT-Bildungsinfrastruktur an Niedersachsens Schulen.

Im Bildungsbereich möchte ich zudem noch den Aktionsplan Ausbildung erwähnen, der mit immerhin 18 Millionen Euro junge Menschen und Betriebe unterstützt, die gerade in der schwierigen Zeit der Corona-Pandemie faire und gute Arbeitsbedingungen aufweisen.

Ich habe das deswegen so ausführlich erwähnt, weil in letzter Zeit immer wieder gesagt wurde, wir täten auf diesem Gebiet überhaupt nichts und für Schule finde überhaupt nichts statt. Deshalb wollte ich einfach nur mal die Summen aufzählen, um deutlich zu machen, was alles im Bereich der Bildungspolitik geleistet wird, und zwar Jahr für Jahr.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Weitere Schwerpunkte des Haushalts 2021 seien hier nur kurz erwähnt - weil das manchmal in Vergessenheit gerät -: Investitionen in das Gesundheitswesen und in die niedersächsische Krankenhauslandschaft, Förderung des bezahlbaren Wohnraums, Stärkung der Inneren Sicherheit durch zusätzliche Mittel für die Polizei mit 4 Millionen Euro - 2,9 Millionen Euro für den Personalbereich und 1,1 Millionen Euro für die Erhöhung der Sachkosten - sowie den Brand- und Katastrophenschutz mit 2,5 Millionen Euro - also, liebe FDP, wir streichen keine Stellen bei der Polizei -,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU
- Dr. Stefan Birkner [FDP]: Sie werden nur nicht mehr finanziert!)

Förderung des ländlichen Raums und der sozialen Daseinsvorsorge, das Thema „Zukunftsräume“ mit 4,5 Millionen Euro und zusätzliche 4 Millionen Euro

über die politische Liste, Ausbau von Radwegen, Investition und Sanierung von Landesstraßen mit 110 Millionen Euro, Stärkung der maritimen Wirtschaft - NPorts weiterhin auf einem hohen Niveau mit 40 Millionen Euro, und nicht zuletzt 55 Millionen Euro für die European Medical School in Oldenburg. Ich finde, das ist ein sehr wichtiges Signal in die Region hinein.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, als regierungstragende Fraktionen von SPD und CDU haben wir mit einer der Corona-Situation angemessenen politischen Liste weitere Schwerpunkte im Haushalt 2021 setzen können. Mit zusätzlichen 20 Millionen Euro haben wir drei Themenschwerpunkte gebildet:

Stärkung des Ehrenamts, der Kultur und der sozialen Einrichtungen mit insgesamt 6,2 Millionen Euro. Hier will ich insbesondere auf die Erhöhung des Landesblindengeldes auf 410 Euro hinweisen, auf eine weitere Million Euro als Investitionsförderung für alternative Wohnformen und auf das fünfte Kinderschutzzentrum. Ich glaube, dass wir damit in Niedersachsen flächendeckend gut aufgestellt sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Schwerpunktthema: Stärkung der Kommunen und der ländlichen Räume mit insgesamt 10,2 Millionen Euro - hier gehen allein 4 Millionen Euro an das MB zur Aufstockung des sehr erfolgreichen Projektes „Zukunftsräume Niedersachsen“ - oder auch die 600 000 Euro für die Unterstützung der Kommunen im Endlagerstandort-Suchprozess.

Und wir geben drittens für die Stärkung der Demokratie und des starken Staats 4,1 Millionen Euro über die politische Liste hinein. Die Stärkung der politischen Bildung und der entschlossene Kampf gegen rechts sind für uns Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Hier sind insgesamt rund 1,3 Millionen Euro eingeplant, die u. a. die Erhöhung der Projektmittel für die Landeszentrale für politische Bildung beinhalten, aber auch in das MK geht ein nicht unerheblicher Betrag. Ich glaube, dass es in dieser Zeit wichtiger denn je ist, besonders die politische Bildung zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass wir trotz Corona-Pandemie unsere Ziele fest im Blick behalten. Mit dem Haushalt 2021 sind wir solide und zukunftsfest aufgestellt. Ich bin gespannt auf die anschließenden Diskussionen in den Einzelplanberatungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Modder. - Es folgt Herr Dr. Birkner, Vorsitzender der FDP-Fraktion. Bitte, Herr Birkner, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt, den wir jetzt beraten, stellt in dieser Legislaturperiode gewissermaßen eine Zäsur dar; denn es ist eigentlich der erste Haushalt, bei dem die Steuereinnahmen nicht mehr so sprudeln, wie es in den letzten Jahren der Fall war, und der dazu noch gleichzeitig die durch die Corona-Pandemie und durch die Krise bedingten zusätzlichen Belastungen schultern muss.

In einem solchen Haushalt und bei solchen Rahmenbedingungen erwarten wir von einer Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen und der Mehrheit, dass man klare Prioritäten setzt, die nachvollziehbar und erkennbar sind, und dass man eine vorausschauende Haushaltspolitik betreibt.

Was wir hier aber sehen, ist eigentlich nichts anderes als das, was wir schon in den letzten Jahren immer wieder besprochen und auch so eingeschätzt haben: Sie machen ein „Weiter so“, das eigentlich nichts anderes ist als die Fortsetzung einer Politik der Unentschlossenheit, in der keine klaren Schwerpunkte und keine Vision für Niedersachsen erkennbar sind. Die Regierungsseite hat nach der Haushaltsklausur ja selbst gesagt, dass man im Prinzip nur Projekte weiterfinanziert und keine neuen, keine eigenen Schwerpunkte setzt. Man macht so weiter wie bisher.

Das, meine Damen und Herren, ist nach unserer Auffassung viel zu wenig. Niedersachsen braucht eine Regierung, die Visionen für das Land hat und die eine Vorstellung davon hat, wohin man das Land entwickeln will, und die die große Mehrheit, die sie hat, nutzt, um Niedersachsen tatsächlich zukunftsfest zu machen und nicht im Mittelmaß zu

verharren, wo wir weiterhin stehen. Das ist zu wenig. Niedersachsen wird hier unter Wert regiert.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Wohin diese Politik führt, die Sie seit Beginn der Legislatur machen, sehen wir relativ eindrucksvoll an diesen berühmten 100 Stellen. Zu Beginn der Legislatur haben SPD und CDU - um irgendwie ihre innerkoalitionären Streitigkeiten zu überdecken und auch eine zweite Staatskanzlei im Wirtschaftsministerium bei Bernd Althusmann einzurichten - 100 zusätzliche Stellen geschaffen, und zwar in den Ministerien. Nicht in der Verwaltung, nicht in den Schulen, nicht bei der Polizei, sondern in den Ministerien wurden 100 neue Stellen geschaffen, die dann in den Leitungsebenen eingesetzt wurden, um sich in der politischen Führung sozusagen vollzusaugen. Wir haben das immer - und wir bleiben auch dabei - als parteipolitische Instrumentalisierung der Landesregierung und der dortigen Stellen empfunden und kritisiert.

Jetzt setzen Sie an, diese Stellen tatsächlich wieder abzubauen. Und es ist interessant, wo das dann passiert. Diese 100 Stellen werden eben *nicht* in der Führungsebene abgebaut, sondern sie werden in anderen Bereichen abgebaut, überwiegend im Bereich der Lehrkräfte und der Polizei.

(Jörg Bode [FDP]: Unglaublich!)

Frau Modder, dann streichen Sie natürlich konkret Polizei-Stellen. Auch wenn sich das am Ende immer im Beschäftigungsvolumen abbildet, entspricht das doch einem bestimmten Beschäftigungsstand auf der tatsächlichen Seite, und am Ende sind weniger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und weniger Lehrerinnen und Lehrer da - in den Schulen, auf der Straße -, weil Sie sich in Ihren Ministerien aus parteipolitischen Gründen vollgesogen haben. Das muss man klar benennen. Das ist das Ergebnis einer solchen Politik, wie Sie sie machen, in der nicht das Land an erster Stelle steht, sondern ihre parteipolitische Ausrichtung an erster Stelle steht. Das halten wir für falsch und für verantwortungslos

(Beifall bei der FDP)

Dass Sie keine gemeinsamen politischen Vorstellungen haben, zeigt sich an aus unserer Sicht wichtigen Themen. In der Corona-Krise muss man doch eigentlich heute schon Ideen und Vorstellungen darüber entwickeln, wie man aus der Krise wieder herauskommen will: Wie geht es eigentlich danach weiter? Wie sind wirtschaftspolitische

Rahmenbedingungen zu setzen, um dann tatsächlich wieder durchstarten zu können? Das wird nicht so weitergehen wie bisher. Wir werden nach unserer Auffassung konkret darüber nachdenken müssen: Was sind z. B. die Bedingungen für eine Unternehmenssteuerreform? Unter welchen Voraussetzungen muss diese eigentlich erfolgen?

Herr Hilbers nickt mir schon zu. Er findet es nämlich auch richtig. Auch Herr Minister Althusmann nickt. Die finden das offensichtlich richtig. Aber die Regierung in Niedersachsen ist nicht in der Lage, heute und hier eine gemeinsame Linie auf Bundesebene zu formulieren und schon heute die Rahmenbedingungen so zu gestalten. Das ist zu wenig. Dass der Ministerpräsident die Vorschläge von Herrn Hilbers ablehnt, zeigt doch, dass hier keine gemeinsame Vorstellung für Niedersachsen vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Der zweite Punkt - Frau Modder hat es eben angesprochen - ist die Schuldenbremse. Die SPD-Fraktion und der Ministerpräsident lehnen die Schuldenbremse in der jetzigen Form mehr oder minder ab. Die CDU-Seite findet die Schuldenbremse gut. Wir finden die Schuldenbremse auch richtig und gut. Sie ist ein wichtiges Instrument, um Niedersachsen zukunftsfähig zu halten, damit künftige Generationen überhaupt noch Gestaltungsspielräume haben. Die Niedersächsische Landesregierung ist aber nicht in der Lage, hier eine konsistente Linie zu fahren und ihre Haushaltspolitik darauf auszurichten, die viel zu sehr in die Neuverschuldung geht und sich eben *nicht* an dem Ideal einer sparsamen Haushaltspolitik orientiert. Auch das äußert sich in dieser Position.

(Beifall bei der FDP)

Ein dritter Punkt, den ich ansprechen möchte und bei dem Sie sich nicht einig sind - das halten wir auch für einen großen Fehler, weil Sie hier große Chancen vertan haben und weiterhin vertun -, ist die Frage einer wirklichen Aufgabenkritik - Stichwort: „Verwaltungsreform“. Wer, wenn nicht eine große Koalition, hat eigentlich die Kraft und die Möglichkeiten, mal zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen zu schaffen? Dann muss man aber auch den Mut haben, tatsächlich in die Strukturen hineinzugehen und nicht halbherzig - oder eher fadenscheinig -, wie Sie das machen, herangehen, indem Sie einen Großteil der Verwaltung von vorneherein ausnehmen. Hier wäre viel mehr Entschlossenheit nötig, aber auch hier haben Sie of-

fensichtlich keine gemeinsame Linie. Das zeigt, dass hier wichtige Politikfelder, die für das Land von Bedeutung sind, brachliegen, und es dort keine gemeinsamen Linien gibt. Das ist am Ende ein Nachteil für Niedersachsen. So bleiben wir in dem Mittelmaß, und das ist - wie gesagt - zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Übrigens war hier gerade ein kurzer Austausch über die Frage der Messe AG. Die Kollegin Hamburg hat das angesprochen. Auch hier würden wir natürlich eine einheitliche Meinung sehr begrüßen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Wir sehen auf der einen Seite die CDU-Fraktion, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden, der darüber spekuliert, dass man das Messegelände zur Wohnbebauung nutzen könnte.

(Zuruf von Dirk Toepffer [CDU])

Das wäre das Ende der Deutschen Messe AG, und das wäre das Ende von Messen in der bisherigen Form.

(Dirk Toepffer [CDU]: Man muss richtig lesen!)

- Sie können das ja gleich korrigieren, Herr Kollege, wenn ich das falsch verstanden habe. So ist es zumindest in der Presseberichterstattung übergekommen.

Auf der anderen Seite sagt die Kollegin Modder: Selbstverständlich brauchen wir die Messe in der bisherigen Form auch weiterhin.

Auch hier wäre es wichtig, eine gemeinsame Linie für Niedersachsen zu finden. Wir stehen zur Messe, um das für die Freien Demokraten deutlich zu sagen. Wir halten sie für ein für das Land wichtiges Unternehmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen wird also unter Wert regiert. Und was tun Sie jetzt in der Corona-Krise? - Wir haben es bei den Nachtrags Haushalten gesehen:

Sie konzentrieren sich dabei nicht nur auf die zur Abwendung der Krise notwendigen Maßnahmen. Diese tragen wir mit; das haben wir immer signalisiert. Das, was zur Krisenabwendung gemacht werden muss, sind wir auch bereit, durch die Aufnahme von Schulden zu finanzieren. Das ist in einer solchen Krise notwendig.

Aber ansonsten setzen Sie im Prinzip genau das, was sich seit Beginn der Legislaturperiode zeigt, einfach fort. Sie nutzen die Krise als Vorwand. Nach unserer Auffassung nutzen Sie sie schamlos aus, um Geld anzuhäufen, Ihr Geldsäckel vollzustecken, um damit die politischen Vorhaben, die Ihnen wichtig sind, weiterfinanzieren zu können, ohne das über die normalen Haushalte machen zu müssen.

Auch das ist eine verantwortungslose Politik, weil sie nicht mehr der Bekämpfung der Corona-Pandemie dient. Sie finanzieren im Prinzip unter dem Deckmantel der Corona-Politik andere Vorhaben, die man ehrlicherweise, aufrichtigerweise in einem normalen Haushaltsverfahren diskutieren müsste. Über die politischen Schwerpunktsetzungen könnte man dann ja streiten, aber diese Vorhaben unter der Corona-Flagge fahren zu lassen, ist nach unserer Auffassung unredlich.

(Beifall bei der FDP)

Ein konkretes Beispiel dafür ist die Förderung der Solarenergiespeicher in Höhe von 75 Millionen Euro - ich komme noch darauf zurück. Wir haben darüber in der vergangenen Woche schon einmal diskutiert. Was die Förderung von Solarenergiespeichern konkret mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu tun hat, bleibt Ihr Geheimnis. Ich weiß natürlich, dass dann von Ihrer Seite sofort der Hinweis kommt: Es geht ja auch um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie! - Unter einem so unbestimmten und offenen Begriff kann man im Prinzip alles machen. Das ist aber aus unserer Sicht falsch; denn das dient nicht mehr der Bekämpfung der Corona-Pandemie im engeren Sinne. Zum anderen ist hinsichtlich der Maßnahme der Förderung von Solarenergiespeichern überhaupt nicht belegt, dass dieses Geld in Niedersachsen bleibt. Es ist überhaupt nicht belegt, dass es nicht zu Mitnahmeeffekten in relevanter Größenordnung kommen kann.

Aber all das machen Sie mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch künftiger Generationen, weil Sie dafür Schulden aufnehmen. Das, meine Damen und Herren, ist nicht seriös. Das ist unredlich und aus unserer Sicht verantwortungslos gegenüber künftigen Generationen. Und das alles erfolgt dann noch unter dem Corona-Deckmantel sozusagen mit der Attitüde: Wir wollen doch nur eine Krise bewältigen. Aber eigentlich machen Sie nichts anderes, als Ihren politischen Streit in den eigenen Reihen zu überdecken, indem Sie sich unter dem Vorwand bzw. Deckmantel

der Corona-Politik diese Mittel erst nehmen und sie dann für solche Maßnahmen einsetzen. Das gehört in ein normales Haushaltsaufstellungsverfahren; das gehört politisch diskutiert und sollte nicht unter falscher Flagge geführt werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, uns treibt um, dass bei den Debatten über die Corona-Politik, die natürlich wichtig sind und die wir führen müssen, wichtige politische Felder in den Hintergrund getreten sind. Wir meinen, dass wir diese Haushaltsdebatte auch dafür nutzen müssen, hierüber zu sprechen.

Uns sind insbesondere drei Bereiche wichtig, die ich hier erwähnen möchte.

Der erste Bereich ist die Schul- und Bildungspolitik. Wir müssen in diesen Haushaltsberatungen auch einen Blick auf die Unterrichtsversorgung werfen. Denn, Frau Modder, es ist sehr wohl so, dass Sie über das Instrument des Beschäftigungsvolumens umgerechnet 700 Lehrerstellen in Niedersachsen abbauen. Das sind 18 000 Unterrichtsstunden weniger pro Woche. Das ist aus unserer Sicht ein falsches Zeichen. Noch mehr Geld aus dem Bereich der Schulen herauszunehmen, wenn ohnehin schon 25 000 Stunden pro Woche fehlen, ist ein falsches politisches Signal; denn das geht an den Bedürfnissen der niedersächsischen Kinder vorbei. Wir brauchen eine Bildung, die zukunftsfest ausgestattet ist. Deshalb ist es aus unserer Sicht falsch, in diesem Bereich zu sparen und Mittel wegzunehmen. Denn dadurch sinkt die Unterrichtsversorgung weiter, die im aktuellen Schuljahr schon unter dem Wert des Vorjahres liegt. Das ist aus unserer Sicht also eine Fehlentscheidung.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Der zweite Bereich ist die Innenpolitik. Sie sind als Koalition angetreten, die Polizei mit rund 3 000 Stellen zu stärken. So haben Sie es im Koalitionsvertrag vereinbart.

(Sebastian Lechner [CDU]: Mindestens 1 500!)

Sie wollen über 3 000 neue Stellen bei der Polizei schaffen. In diesem Haushalt werden aber überhaupt keine neuen Stellen bei der Polizei geschaffen - im Gegenteil: Indem sie 100 Stellen einsparen muss, die Sie dann wieder finanzieren wollen, nehmen Sie der Polizei sogar Stellen. Das heißt, bis Ende 2022 werden - wenn das so ist - nicht einmal 2 000 zusätzliche Stellen bei der Polizei

geschaffen werden. Das heißt, das von Ihnen erklärte Ziel, 3 000 zusätzliche Stellen bei der Polizei zu schaffen - das Sie schon jetzt versuchen, kleinzureden, damit man Sie nicht mehr daran messen kann, sehr geehrter Herr Kollege Lechner -, werden Sie nicht erreichen. Es werden nicht einmal 2 000 zusätzliche Stellen sein. Das ist aus unserer Sicht falsch und muss auch öffentlich diskutiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Der dritte Bereich, den ich ansprechen möchte, ist der Wissenschaftsbereich bzw. der Bereich der Universitäten. Die Politik, die Sie betreiben, geht an die Substanz der Wissenschaft; das wissen Sie. Sie geht an die Substanz hinsichtlich der Gebäude, aber auch der Köpfe. Wenn allein die Leibniz Universität Hannover 22 Professuren einsparen muss, weil sie die Einsparvorgaben aus den letzten Jahren, aber auch aus diesem Jahr im Zusammenhang mit der globalen Minderausgabe weiterhin erbringen muss, dann ist das eine absolute Fehlentwicklung.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Wenn Niedersachsen im Wissenschaftsbereich überhaupt noch annähernd mithalten will, muss hier mehr investiert werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass dieser Bereich politische Priorität hat, und zwar - das mag man als Nachteil sehen - über Legislaturperioden hinweg. Denn um vernünftige Wissenschaftspolitik zu betreiben, braucht man Verlässlichkeit, und die geben Sie leider nicht. Sie sind nicht einmal in der Lage, im Bereich des Wissenschaftsministers ganz auf die Erbringung der globalen Minderausgabe zu verzichten. Hier verbleiben immer noch über 2 Millionen Euro, die am Ende an die Substanz gehen. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zu den politischen Schwerpunkten sagen, die wir in unseren Änderungsanträgen abbilden.

Wir stehen mit unseren Änderungsanträgen für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die Straßenausbaubeiträge abschaffen und dies gegenüber den Kommunen mit 50 Millionen Euro kompensieren.

Wir wollen den Kindern in Niedersachsen Chancen eröffnen. Deshalb investieren wir in Bildung. Wir

wollen die kostenfreie Schülerbeförderung - auch für die Schüler der Sek. II und in der dualen Ausbildung - und stellen hierfür 44,5 Millionen Euro bereit.

Wir korrigieren das, was Sie angerichtet haben, und kompensieren die gestrichenen Stellen im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer und die 100 gestrichenen Stellen im Bereich der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Hierfür stellen wir die notwendigen Mittel bereit.

Im Bereich der Agrarpolitik, die in Niedersachsen gerade dieser Tage wieder besonders im Fokus steht, wollen wir, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Bäuerinnen und Bauern Perspektiven haben, um sich umzustellen. Wir stellen für das Agrarinvestitionsförderprogramm 20 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Wir wollen die Justiz, insbesondere den Strafvollzug, stärken, weil wir hier erhebliche Defizite in der Ausstattung sehen, und stellen 20 zusätzliche Stellen zur Verfügung. Damit wollen wir natürlich auch dem Rechtsstaat in Niedersachsen zur Geltung verhelfen. Denn nur ein funktionierender Rechtsstaat ist in der Lage, Freiheit zu sichern.

Wir stellen zusätzlich Mittel für Lehrerfortbildungen im Bereich Digitalisierung zur Verfügung. Denn es reicht ja nicht, wenn die Geräte zur Verfügung stehen, sondern auch die Fähigkeit, digital zu unterrichten, muss geschult werden.

Auch die Digitalisierung der Landesverwaltung ist wichtig; das hat sich gerade im Zusammenhang mit Corona gezeigt. Die Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist, dass die Verwaltung noch viel stärker digitalisiert werden muss, um bürgernäher und erreichbar zu sein. Hierfür müssen wir die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

Das sind im Wesentlichen unsere Schwerpunkte; an diesen Stellen wollen wir Geld umverteilen und haben eine andere Sicht als Sie.

Der zweite wichtige Schwerpunkt ist, die Schuldenaufnahme zu senken. Das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt. Wir sehen uns in der Verantwortung für künftige Generationen. Die Schulden, die heute gemacht werden, sind doch die Steuern von morgen! Wir dürfen nicht zulassen, dass die Spielräume künftiger Generationen durch eine verantwortungslose Haushaltspolitik so eingeschränkt werden, dass eine gestaltende Politik gar nicht mehr möglich sein wird. Deshalb senken wir die Nettokreditaufnahme um 265 Millionen Euro.

Der dritte Schwerpunkt, meine Damen und Herren, den wir setzen, umfasst die Corona-Maßnahmen. Wir stehen für eine nachhaltige Corona-Konzeption. Wir haben unseren Antrag „Für eine nachhaltige Corona-Strategie“ eingebracht. Diese finanzieren wir aus dem Sondervermögen.

Frau Modder hat gesagt, damit würden wir das Sondervermögen anerkennen. Aber wir müssen ja anhand der Gegebenheiten Haushaltspolitik betreiben. Wir richten uns danach, wie die Dinge sind.

Von Ihnen wurde ein Sondervermögen vorgegeben, wovon 500 Millionen Euro nicht belegt wurden - diese Mittel sind quasi auf Vorrat enthalten. Wir sagen, dass der Haushaltsgesetzgeber konkretisieren muss, wofür diese Mittel sind. Wir sagen ganz konkret, für welche einzelnen Maßnahmen einer nachhaltigen Corona-Strategie sie eingesetzt werden müssen - insbesondere im Bildungsbereich zur Stärkung der Schulen, zur Ermöglichung eines sicheren Schulunterrichts und einer vernünftigen Schülerbeförderung. Auch das bilden wir in unseren Haushaltsanträgen ab.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind also der Auffassung, dass Niedersachsen unter Wert regiert wird. Hier regiert das Mittelmaß. Das ist aus unserer Sicht zu wenig. Wir müssen Schwerpunkte setzen! Wir müssen Verantwortung für zukünftige Generationen übernehmen!

Wir wollen in Bildung investieren. Wir wollen den Landwirten die Möglichkeit geben, sich auf neue Rahmenbedingungen einzustellen, und sie dabei unterstützen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Wir wollen den Rechtsstaat stärken, und wir wollen die Digitalisierung voranbringen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Es folgt nun für die CDU-Fraktion Herr Fraktionsvorsitzender Toepffer. Bitte, Herr Kollege!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dirk Toepffer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Birkner, mein Einstieg wird Sie freuen: Was an diesem Haushalt als Allererstes auffällt, ist aus Sicht der Unionsfraktion in der Tat die enorme

Neuverschuldung. Es ist eine notwendige Neuverschuldung, aber eine Verschuldung, die uns trotzdem mit großer Sorge erfüllt. Dies gilt übrigens auch für den Haushalt des Bundes.

Die enormen finanziellen Anstrengungen des Landes sind aber notwendig, wenn wir einigermaßen unbeschadet durch die aktuelle Krise kommen wollen. Der Haushalt 2021 ist und bleibt ein Corona-Haushalt, auch wenn mein Kollege Thiele das nicht so gerne hört. Und so kommen wir auch am Thema Corona nicht vorbei - dies auch deshalb, weil die Pandemie noch lange nicht zu Ende ist, auch wenn einige dies bestreiten.

Wir haben hier vieles zum Thema Pandemie gehört. Einer der absoluten Höhepunkte jedoch findet sich im Protokoll der Plenarsitzung am 7. Oktober 2020 auf Seite 8252. Dort kann man einen Redebeitrag des Kollegen Stephan Bothe, vormals AfD-Fraktion, nachlesen. Der Kollege sinniert zunächst über Grippeerkrankungen und Sterbequoten, um dann zu folgender Feststellung zu gelangen: „Das bedeutet, dass wir anerkennen müssen, dass die Pandemie vorbei ist“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gäbe es einen Preis für den dümmsten Redebeitrag des laufenden Jahres, diese Aussage wäre mit Sicherheit preisverdächtig.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Herr Kollege Bothe, machen Sie bitte so weiter! Erklären Sie den Erkrankten und ihren Pflegekräften und Ärzten, insbesondere auch den Menschen im Ausland, wo die Zahlen noch weitaus dramatischer sind als bei uns, und all denen, die hautnah unter dieser Pandemie leiden, dass sie sich all das Leid, das sie erfahren, lediglich einbilden! Herr Kollege, Sie können uns keinen größeren Gefallen tun. Was auch immer wir getan haben, um Sie und Ihren Verein zu entzaubern - Sie können es viel besser.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Während Sie die Menschen mit Ihren Verschwörungstheorien und Fake News beglücken, werden wir hier weiterhin gemeinsam daran arbeiten, den Folgen der Pandemie zu begegnen - in wirtschaftlicher, finanzieller, aber auch in sozialer und menschlicher Hinsicht.

Die Pandemie hat diesen Landtag nicht nur als Haushaltsgesetzgeber gefordert, sie wirft auch die Frage auf - es wurde bereits richtigerweise darauf hingewiesen -, wie es in diesem Land künftig wei-

tergeht: so wie bisher oder doch irgendwie anders?

Uns stellen sich sowohl ökonomische als auch gesellschaftliche Herausforderungen. Ich will dies anhand einiger Schlüsselbereiche deutlich machen, ohne deren Wirtschaftskraft wir die zur Erfüllung staatlicher Aufgaben benötigten Steuermittel nicht erzielen werden.

Niedersachsen ist Tourismusland - nicht nur deshalb, weil wir in unserem Land Jahr für Jahr Millionen von Gästen begrüßen. Niedersachsen ist die Heimat des größten Reisekonzerns der Welt. Niedersachsen ist die Heimat einer der - ebenfalls weltweit - erfolgreichsten Kreuzfahrtschiffwerften. Niedersachsen verfügt über einen exzellenten Großflughafen.

Daher ist es richtig, dass diese Landesregierung alles tut, um die Tourismuswirtschaft in Niedersachsen auch in diesen Zeiten, in denen eigentlich gar kein Tourismus stattfinden kann, am Leben zu halten,

(Zustimmung bei der CDU)

weil wir wissen, dass die Pandemie vorbeigehen wird und dann auch in dieser Branche die Gelder verdient werden, ohne die wir die enormen Schulden, die wir jetzt aufgenommen haben, niemals werden zurückzahlen können.

Lieber Herr Kollege Grascha, ich schätze Sie als einen nicht nur anständigen, sondern auch wirklich klugen Politiker. Aber was Sie über mögliche Staatshilfen zur Rettung unserer TUI gesagt haben - die Kollegin Hamburg hat es im Wesentlichen bestätigt -, das kann ich bei aller Anstrengung nicht nachvollziehen.

(Christian Grascha [FDP]: „Unserer TUI“?)

Sie halten eine solche Hilfe - so kann man es nachlesen - für „unverantwortlich“.

(Christian Grascha [FDP]: Absolut, ja!)

Ich hingegen halte es für unverantwortlich, ein Unternehmen, dessen Geschäftsmodell bis zum Beginn der Pandemie tadellos funktioniert

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Na ja!)

und in erheblichem Maße zur Wirtschaftskraft und zum Steueraufkommen beigetragen hat, einfach so in den Abgrund gleiten zu lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Christian Grascha [FDP]: Was sagen Sie denn den Mittelständlern?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Unternehmen wie die TUI, um aus der Krise heraus neu starten zu können. Wir brauchen solche Unternehmen auch, um die jetzige Verschuldung zurückzuführen.

Natürlich ist die TUI auch als wichtiger Auftraggeber einer der letzten Perlen der deutschen Werftindustrie gefragt. Auch wenn die fraglichen Kreuzfahrtschiffe in der Vergangenheit nicht am heimischen Standort in Papenburg gefertigt wurden, sind diese Aufträge für den Erhalt niedersächsischer Arbeitsplätze von enormer Bedeutung.

(Widerspruch von Christian Grascha [FDP] und Jörg Bode [FDP] sowie von Eva Viehoff [GRÜNE])

Das Thema Kreuzfahrtschiffe steht aber auch als Beispiel dafür, dass uns die Pandemie nicht nur mit ökonomischen Fragen konfrontiert. Natürlich muss man in jedem von der Pandemie betroffenen Wirtschaftsbereich auch die Frage stellen, ob das alte Geschäftsmodell noch nachhaltig ist

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Richtig, darum geht's!)

und ob die jetzige Krise Chancen bietet, diese Geschäftsmodelle an eine gesellschaftliche Entwicklung anzupassen, die nicht nur auf ökonomischen Erfolg, sondern auch immer mehr auf Umwelt-, Klima- und Ressourcenschonung abstellt.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Genau mein Reden!)

- Sie hätten ja klatschen können, Frau Kollegin!

(Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE] - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sie müssen es halt auch machen!)

Bleiben wir beim Tourismus, und reden wir über die Zukunft des einzigen niedersächsischen Großflughafens, des Flughafens Hannover-Langenhagen! Um es von Anfang an ganz unmissverständlich klarzustellen: Die CDU-Fraktion bekennt sich zu diesem Flughafen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass unserem Flughafen in dieser Zeit durch eine Landesbürgschaft geholfen wird. Wir wollen den Menschen in diesem Land auch zukünftig Flugreisen ermöglichen, und zwar Flugreisen ab Hannover. Wir sind sicher, dass es unserem Flug-

hafen zeitnah gelingen wird, wieder durchzustarten.

Trotzdem ist die Frage erlaubt, ob das Geschäftsmodell unseres Flughafens Veränderungen erfahren kann. Dieses Geschäftsmodell beruht in weiten Teilen auf einer sehr seltenen Eigenschaft - man kann schon fast sagen: Alleinstellungsmerkmal - dieses Airports, nämlich seiner Nachtflugerlaubnis, die im Jahr 1952 aufgrund der strategischen Lage des Flughafens im Luftkorridor nach Berlin erteilt wurde. Sie wurde nicht erteilt, damit Fluggesellschaften in der Sommerzeit extrem kostengünstige Nachtflüge zum Discountpreis anbieten können.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Genau, sehr richtig!)

Niemand will diese Nachtflüge in Gänze verbieten. Aber es kann nicht richtig sein, dass unser Flughafen nur noch dadurch Geld verdient, dass diese Nachtflüge immer mehr ausgeweitet werden. Die Zahl aller Flugbewegungen ist in der Zeit von 2003 bis 2018 von 77 000 auf 63 000 gesunken. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Nachtflüge von 10 000 auf 15 000.

Meine Damen und Herren, hier ist in erster Linie der Bundesverkehrsminister gefordert, endlich ein nationales Flugverkehrskonzept zu entwickeln, da der Betrieb zahlreicher dauerhaft subventionierter Regionalflughäfen den ruinösen Wettbewerb unter den Großflughäfen ständig befeuert, weshalb man von und nach Hannover auch in der Nacht fliegen muss.

Auch die Zukunft einer anderen Landesbeteiligung - auch diese haben Sie angesprochen - wird durch aktuelle Nachhaltigkeitsdebatten beeinflusst. Ich spreche vom VW-Konzern, einem Unternehmen, ohne das eine Wiederbelebung der Konjunktur in Niedersachsen kaum denkbar ist,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt!)

einem Unternehmen, das glücklicherweise trotz Corona-Krise weiterhin Gewinne erzielt, einem Unternehmen, das daher auch auf staatliche Stützungsmaßnahmen verzichten konnte.

Dennoch ist der Erfolg dieser niedersächsischen Cash Cow nicht gottgegeben und keineswegs selbstverständlich. Trotz der Erkenntnis, dass die Wende in Richtung E-Mobilität kommen muss: Vorsicht an der Bahnsteigkante! - Die derzeit vom Bund gezahlte Mobilitätsprämie ist ein wichtiger Beitrag zum Umbau auch dieses Unternehmens.

Aber dennoch darf man doch fragen, ob wir nicht langsam über das Ziel hinausschießen.

Aktuell können gar nicht so viele E-Autos gebaut werden, wie man verkaufen könnte. Im VW-Konzern sind einzelne Modelle aufgrund dieser Situation gar nicht mehr bestellbar - mit der Folge, dass viele Nutzer von alten Verbrennern diese einfach weiternutzen.

(Widerspruch von Susanne Menge [GRÜNE])

Vielleicht wäre es sinnvoll, doch einmal darüber nachzudenken, das Prämiensystem ein wenig umzubauen und auch den Kauf neuester, moderner Modelle mit Verbrennungsmotor zu bezuschussen, anstatt die Prämien für E-Autos immer weiter aufzustocken.

(Widerspruch von Susanne Menge [GRÜNE])

Die Steuern zahlenden Beschäftigten in den niedersächsischen VW-Werken und auch in zahlreichen Zulieferbetrieben würden dies sicherlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft gilt es auch in einem anderen Industriebereich zu erhalten. Auch dieser Bereich - ihn haben Sie ebenfalls angesprochen - ist von der Diskussion um Klima- und Umweltschutz in besonderer Weise betroffen: Ich spreche von der Salzgitter AG, die - gemessen an ihrer Wertschöpfung - eines der fünf größten Unternehmen in Niedersachsen ist. Sie ist ein Unternehmen, das sich gerade leider - hoffentlich nur vorübergehend - in einer Talsohle befindet.

Die Produktion von Stahlerzeugnissen war schon vor der Pandemie kein einfaches Geschäftsmodell. Mit der Pandemie ist das nicht besser geworden - und dies in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem so mancher die Schwerindustrie am liebsten ganz aus Deutschland verbannen will.

Wir hingegen wollen auch künftig eine Stahlindustrie in Deutschland und auch in Niedersachsen. Und wir werden um diese wichtige Stütze unserer Wirtschaft gegen alle Widerstände kämpfen - auch gegen die durch jene, die der irrwitzigen Meinung sind, dass Stahl in anderen Teilen der Welt klimaschonender produziert werden könne.

Deutsche Stahlwerke gehören zu den modernsten und damit saubersten Anlagen weltweit. Und mit der Förderung von Wasserstofftechnologie werden

wir sie in Salzgitter noch sauberer und damit besser machen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Genau, und dafür braucht es Rahmenbedingungen!)

Die Landesmittel der Salzgitter-Strukturhilfe für den Wasserstoff-Campus in Salzgitter waren ein Schritt in die richtige Richtung.

(Zustimmung bei der SPD und von Mareike Wulf [CDU])

Neben den Großen der niedersächsischen Wirtschaft müssen wir auch an die vielen Kleinen denken, die zum Steueraufkommen in unserem Bundesland beitragen. Ich könnte viele nennen, dieser Tage denke ich aber an den niedersächsischen Einzelhandel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der Handel in unseren Innenstädten hat in der Vergangenheit zum Steueraufkommen beigetragen, und er soll dies auch weiterhin tun. Nicht nur deshalb verdient er unsere Hilfe. Ohne die inhabergeführten Geschäfte werden unsere Städte ärmer, sie werden anonym, und sie werden auch sozial kälter.

(Zustimmung von Martin Bäumer [CDU])

Auch wenn schon viel getan wurde, warne ich: Jedes inhabergeführte Geschäft, das uns jetzt verloren geht, werden wir nie wiedersehen! Die Folgen werden nicht nur für die Wirtschaftskraft und das Steueraufkommen gravierend sein.

In diesem Zusammenhang will ich auf eine letzte Landesbeteiligung zu sprechen kommen: auf die an der Deutschen Messe AG. Lieber Kollege Birchner, ich bin als derjenige Abgeordnete, in dessen Wahlkreis sich das Gelände der Deutsche Messe AG befindet, gefragt worden, wie man mit solchen Flächen, die nicht mehr benötigt werden, verfahren könnte.

Sie wissen, wir haben die CeBIT als wichtige Leitmesse mittlerweile verloren, und tatsächlich gibt es deshalb nun einige Hallen, die nicht genutzt werden. Ich fand es seriös, auf eine entsprechende Frage zu antworten, dass man diese Flächen auch anders nutzen kann. Auf die Frage, ob man sie auch für Wohnnutzung gebrauchen könnte, habe ich wahrheitsgemäß mit Ja geantwortet. Es ist meine Art von Seriosität, eine solche Frage offen zu beantworten.

Ich will Ihnen sagen, die Deutsche Messe AG hat eine lange und ruhmreiche Geschichte. Der indust-

rielle Wiederaufbau der jungen Bundesrepublik Deutschland ist eng mit der Hannover Messe verbunden. Und nicht nur das, auch der Beginn der dritten Industriellen Revolution, ist ohne den Beitrag der Deutsche Messe AG hier aus Niedersachsen - namentlich der CeBIT - kaum denkbar.

Beides - der Beitrag zum Wiederaufbau unseres Landes wie der Beitrag zur dritten Industriellen Revolution - sind wichtige Teile niedersächsischer Geschichte. Umso mehr müssen wir aufpassen, dass die Messegesellschaft nicht selbst Geschichte wird, das ist richtig!

Das Messegeschäft hat nämlich eines mit dem Stahlgeschäft gemeinsam: Schon vor Corona war es nicht einfach, und mit der Pandemie ist es nun wirklich schwer geworden. Denn es findet aktuell nicht statt, und niemand weiß, wann und wie es wieder stattfinden wird. Vorstand und Betriebsrat versuchen in diesen Tagen und Stunden, den Fortbestand des Unternehmens sicherzustellen, und verhandeln über notwendige Anpassungen des Geschäftsmodells - bislang leider noch ohne abschließendes Ergebnis; das ist richtig gesagt worden.

Ich will Ihnen sagen, was die CDU-Fraktion will. Die CDU-Fraktion will die Deutsche Messe AG als bedeutende Landesbeteiligung erhalten, na klar! Das Unternehmen ist ein wichtiger Leuchtturm niedersächsischer Wirtschaftspolitik! Viele Verantwortliche in der Welt kennen unser Bundesland nur deshalb, weil sie eine der hiesigen Messen besucht haben. Die Deutsche Messe AG ist quasi die Auslandsabteilung - oder lassen Sie mich sagen: die Botschaft - unseres Landes.

Die Zeiten haben sich aber auch unabhängig von der Pandemie verändert. Man muss heute nicht mehr mit dem Flugzeug um die halbe Welt reisen, um Produkte zu betrachten und Geschäftskontakte zu pflegen. Die Deutsche Messe AG muss ihr Geschäftsmodell entsprechend anpassen! Die Sicherheit der Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten muss dabei erhalten bleiben, ganz klar! Das setzt aber auch voraus, dass die Beschäftigten einen Beitrag für den Erhalt dieser Arbeitsplätze leisten.

Im Ziel sind sich die Koalitionspartner dabei einig, im Detail setzen wir durchaus unterschiedliche Schwerpunkte. Die SPD sorgt sich, dass die Arbeitnehmerrechte unter dem Vorwand der Pandemie beschnitten werden könnten, beispielsweise durch Outsourcing von Unternehmensteilen. Das ist legitim! In meiner Fraktion sorgt man sich um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Wir

fragen uns deshalb, ob es noch zeitgemäß ist, die Mitarbeiter, die nicht originär im Messegeschäft tätig sind - also beispielsweise Bäcker, Köche und Gärtner -, nach dem in der Deutsche Messe AG üblichen Metall-Tarif zu bezahlen. Wir sind der Meinung, dass dies für eine zukunftssichere Messegesellschaft nicht mehr tragbar ist!

(Beifall bei der CDU)

Wie auch immer die Einigung aussehen wird, eines ist uns klar: Wir werden dieses Problem jedenfalls nicht durch immer neue Kapitalerhöhungen des Unternehmens lösen können! Ich weiß sehr gut, welche Bedeutung die Deutsche Messe AG neben den genannten Punkten auch für die Binnenkonjunktur der Region Hannover - insbesondere für Hotellerie und Gastgewerbe - hat. Aber auch aus Rücksicht auf andere Teile Niedersachsens können wir nicht verantworten, dass diese Binnenkonjunktur in der Region Hannover dauerhaft durch Landesgelder am Leben erhalten wird. Und das sage ich als der zuständige Wahlkreisabgeordnete!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe die Problematik rund um die Deutsche Messe AG ganz bewusst an den Schluss dieses Beitrags gesetzt, weil an ihr deutlich wird, dass diese Große Koalition noch immer gut funktioniert - und dies, obwohl SPD und CDU oft unterschiedliche Akzente setzen: Arbeitnehmersolidarität hier, ökonomische Betrachtung dort, Verteidigung der Schuldenbremse und Sorge um die finanzielle Solidität auf der einen Seite, die Angst davor, an der falschen Stelle auf staatliche Investitionen zu verzichten, auf der anderen Seite. Wir nähern uns den aktuellen Problemen tatsächlich oft von verschiedenen Seiten. Und wir erreichen für das Land trotzdem gute Ergebnisse - vielleicht sogar deshalb. Denn Tunnelblick und Rechthaberei sind selten gute Ratgeber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, lasst uns die Zusammenarbeit auch in Zukunft genauso fortsetzen! Ihnen und euch vielen Dank, insbesondere dir, liebe Hanne Modder; es war ein gutes Jahr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Toepffer. Ich glaube, wir sind uns einig, dass die Formulierung zu Beginn Ihres Redebeitrages, mit der Sie auf Herrn Abge-

ordneten Bothe Bezug genommen haben, nicht ganz unserem parlamentarischen Sprachgebrauch entsprochen hat.

Bevor wir fortfahren, nehmen wir hier einen Wechsel vor. Einen kleinen Moment Geduld, bitte!

(Vizepräsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Debatte fort. Es liegt jetzt eine Wortmeldung des fraktionslosen Kollegen Klaus Wichmann vor. Herr Wichmann, bitte sehr!

(Unruhe)

- Und ich darf um Ruhe bitten!

Klaus Wichmann (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alles wird von Corona dominiert, auch und gerade der Haushalt. Das Land stand mit dem Lockdown vor der Frage: Lassen wir unsere Wirtschaft in weiten Teilen vor die Hunde gehen, oder nehmen wir Steuergeld in die Hand? Nehmen wir hohe neue Schulden auf, um den Menschen und den Firmen Geld zu schenken, damit es diese Existenzen auch noch nach der Krise gibt? Es steht außer Frage, dass dies eine sinnvolle Antwort, vielleicht die einzig mögliche Antwort zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgeprobleme des Lockdowns war.

Diese Antwort schafft aber neue Probleme. Wie gerecht sind diese Zahlungen? Wer bekommt nichts? Wer bekommt etwas, aber zu spät? Warum? Wer zahlt die Schulden zurück? Wie lange wird die Rückzahlung dauern? Wie lange halten wir die Zahlungen durch, ohne dass unsere Haushalte schlicht nicht mehr bezahlbar sind?

Bei einigen dieser Fragen können wir derzeit nur mutmaßen, das gebe ich zu. Es ist aber Aufgabe der Regierung, diese Fragen so schnell und so genau wie möglich zu beantworten - und zwar nicht erst dann, wenn die Antworten unumstößlich feststehen!

Lassen Sie mich ein Beispiel anführen: In einer der Debatten zu einem früheren Hilfspaket verkündete die Landesregierung, für die Zurückzahlung neu aufgenommener Kredite sei ein Zeitraum von 25 Jahren vorgesehen. Dass dies vollkommen unrealistisch war, monierte schon damals die Opposition aus AfD und FDP. Und seien wir ehrlich: Das wussten auch Sie schon damals.

Das aber schafft dann eben kein Vertrauen. Vertrauen schafft nur - da hat Herr Dr. Birkner völlig recht - Ehrlichkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Wichmann. - Schon in Bewegung setzen darf sich der ebenfalls fraktionslose Herr Kollege Peer Lilienthal.

(Unruhe)

- Ich darf um Ruhe bitten. Herr Kollege Thiele und alle anderen, die jetzt noch diskutieren! Herr Bode! Es redet jetzt der Kollege Lilienthal.

Bitte sehr!

Peer Lilienthal (fraktionslos):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt ist so etwas wie ein Ausblick in die Zukunft, weil in diesem Haushalt kaum politische Spielräume sind. Das haben wir vorher gesagt, aber natürlich nicht unter diesen Vorzeichen. Wir haben immer gesagt: Mensch, das könnte eng werden, wenn die Zinsen steigen! - Jetzt ist es durch Corona gekommen.

Wir vermuten, dass auch in den kommenden Jahren - jedenfalls in dieser Legislaturperiode - die Spielräume ausgesprochen eng sein werden, einerseits natürlich weiterhin durch Corona, andererseits möglicherweise auch durch die Zinslast.

Wir müssen uns ehrlich machen: Was für Folgen hat es, dass sich das Land dermaßen verschuldet? - Da weder eine Währungsreform noch ein Schuldenschnitt in Sicht ist, wird man diese Schulden mittel- und langfristig tilgen müssen, wenn man sie nicht kommenden Generationen aufbürden möchte. Das bedeutet auch, dass man beide Seite des Landeshaushalts - Ausgaben- und Einnahmenseite - beleuchten muss.

Die wesentliche Kostenfalle sind - das ist schon angesprochen worden - die Landesbeteiligungen, und zwar in allererster Linie die NORD/LB.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Ich habe mir in Vorbereitung auf diese Sitzung noch einmal die Protokolle der Sondersitzungen und der Plenardebatten um die NORD/LB ange-

schaht. Wie Cassandra haben AfD und auch die FDP damals vorgetragen.

Sehr verehrter Herr Kollege Toepffer, die wirkliche Verschwörungstheorie in dieser Legislaturperiode ist, dass die NORD/LB ein Geschäftsmodell haben könnte. - Das ist natürlich nicht der Fall. Verlassen Sie diesen Irrweg! Kümmern Sie sich in den kommenden Jahren seriös um die Abwicklung der NORD/LB. Das ist der einzig gangbare Weg für diese Bad Bank.

Und rütteln Sie nicht an der Schuldenbremse!

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Es folgt jetzt die fraktionslose Kollegin Frau Dana Guth. Bitte sehr!

(Christian Fühner [CDU] spricht mit Peer Lilienthal [fraktionslos])

- Herr Kollege Fühner!

Frau Guth, ich erteile Ihnen das Wort.

Dana Guth (fraktionslos):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Wie man an den Debattenbeiträgen unschwer erkennen kann, gibt es überall zu wenig Geld, zu wenig Mittel. Die Bildung, die Sicherheit, Kunst und Kultur - alle kommen zu kurz. Und ich kann Ihnen sagen: Das ist alles erst der Anfang.

In den letzten drei Jahren haben wir eine gute Situation erlebt. Wir hatten sprudelnde Steuerquellen und volle Kassen. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie gut wir wirtschaftlich dastehen.

Die Corona-Krise wird das nun grundlegend ändern. Sie werden nicht unbegrenzt Sondervermögen bilden können. Steuergeld ist nämlich endlich. Bereits jetzt gibt es immense wirtschaftliche Schäden, und Frau Merkel schreit bereits nach den nächsten Verschärfungen in der Pandemie. Auch das wird wiederum wirtschaftliche Auswirkungen haben.

Man braucht wenig Fantasie, um sich vorzustellen, wie Sie krampfhaft bis zur Bundestagswahl versuchen werden, die Folgen Ihrer Politik mit Steuergeld zuzuschütten. Aber egal wie viele Wohltaten Sie verteilen: Geld ist endlich. Und wenn Unter-

nehmen pleitegehen und Menschen ihre Arbeit verlieren, dann sinken die Steuereinnahmen. Dass damit der Bedarf für künftige Sozialhaushalte in den nächsten Jahren in astronomische Höhen schießen wird, ist auch Ihnen bewusst, aber darauf liegt momentan nicht Ihr Hauptaugenmerk.

Sie laden den kommenden Generationen immer höhere Schuldenberge auf. Das hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun. Ich hoffe, Sie sind sich dessen bewusst.

Vielen Dank.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Kollegin Guth. - Als Nächster ist der fraktionslose Kollege Stefan Wirtz dran. Bitte sehr!

(Jens Nacke [CDU]: Es ist gruselig, wenn jemand seine Rede beendet und sich keine Hand rührt!)

- Herr Nacke, ich bitte um Ruhe. Sonst werden Sie mitprotokolliert.

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

- Sie sind nicht berufen, um hier etwas loszumachen. Vielmehr redet jetzt der Kollege Wirtz. - Bitte!

Stefan Wirtz (fraktionslos):

Jetzt geht's los, Herr Nacke.

Danke sehr, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! In Zeiten enger politischer Spielräume hätte ich zumindest erwartet, dass auf die politische Liste, auch wenn sie nur 20 Millionen Euro umfasst, verzichtet wird. Da kommt vielleicht einiges der Pflege zugute. Aber um Radwege brauchen wir uns in dieser Krisenlage, glaube ich, keine Sorgen zu machen. Von daher hätte der Verzicht auf diese politische Liste sicher gutgetan.

Wir haben es schon gehört: Für die Aufnahme von Krediten wollten Sie sich auf Artikel 71 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung beziehen, wonach in „Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“, eine Kreditaufnahme möglich ist. Aber über diese Brücke wollten Sie dann doch nicht gehen. Das wurde Ihnen ein zu heißes Eisen. Denn was heißt das eigentlich? - So genau können Sie das nicht sagen.

Sie legen uns jeden Tag Infektionszahlen vor, die als Messwerte daherkommen. Sie legen uns Maßnahmen vor und bürden sie den Bürgern auf. Und

es gibt immer noch Spielraum. Diese Krise hat sich gerade nicht „der Kontrolle des Staates entzogen“.

Und welcher Staat ist das eigentlich? Ist das richtig formuliert? Geht es nicht eigentlich um die Kontrolle des Landes? Oder ist die Bundesrepublik als Gesamtstaat gemeint? - Eine Unschärfe, auf die Sie sich nicht einlassen wollten. Zu riskant, zu heikel, darauf Kredite zu beziehen!

Also sind Sie auf Absatz 3 - „von der Normallage abweichende konjunkturelle Entwicklung“ - ausgewichen: 1,1 Milliarden Euro! Denn da sind Sie off limits. Da haben Sie keine Grenzen und können richtig zugreifen. Das ist nach Absatz 3 möglich, nicht nach Absatz 4.

Wir haben - so stand es in einer Formulierung - ein Aufgabenproblem. - Nein, wir haben ein *Ausgabenproblem*. Ihre Aufgaben müssen Sie natürlich trotzdem erfüllen, aber bei den Ausgaben sehr genau hinsehen,

(Glocke des Präsidenten)

z. B. bei Ausgaben für die Impfzentren oder die Novemberhilfe. Und ich muss Ihnen sagen: Wenn eine Novemberhilfe erst im Januar kommt, dann -

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, bringen Sie den Satz zu Ende!

Stefan Wirtz (fraktionslos):

- ist das - das liegt nahe - ein Buchhaltungstrick.

Und damit vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Wirtz. - Jetzt folgt für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Frauke Heiligenstadt. Frau Kollegin, bitte sehr! Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich ganz kurz auf den Hinweis von Herrn Wirtz eingehen, man könne die konjunkturbedingten Kredite beliebig ausweiten.

Sehr geehrter Herr Kollege Wirtz, das ist nicht der Fall. Auch hier gelten die Regeln der Schuldenbremse. Inwieweit konjunkturbedingte Mindereinnahmen durch Kreditaufnahme ausgeglichen werden können, haben wir in der Niedersächsischen

Verfassung niedergelegt. Es gibt da eine Kapazitätsgrenze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gut, dass wir in Niedersachsen beim Haushalt 2021, den wir am Donnerstag hoffentlich beschließen werden, nicht auf sogenannte Notlagenkredite zurückgreifen mussten. Das hat immerhin die steuerliche Entwicklung im Laufe dieses Jahres ergeben.

Ich denke, der Bundesfinanzminister, Olaf Scholz, der heute im Bundestag zum Bundeshaushalt geredet hat, hat recht: Die fiskalische Antwort der Bundesregierung und der Landesregierungen mit den Parlamenten auf die Corona-Krise hat dazu geführt, dass wir wirtschaftlich europaweit, wenn nicht sogar weltweit mit am besten dastehen. Und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Ich habe mich zu den Ausführungen meiner Fraktionsvorsitzenden, Hanne Modder, zu Wort gemeldet, weil ich noch ein paar Punkte des Haushaltsbegleitgesetzes erwähnen möchte.

Wir stellen mit dem Haushaltsbegleitgesetz z. B. die Finanzierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sicher, indem Bundes- und zum Teil auch Landesmittel an die Kommunen weitergegeben werden können.

Wir bilden im Haushaltsbegleitgesetz die Finanzierung des „Niedersächsischen Wegs“ ab, indem wir z. B. den Kommunen, die zukünftig die entsprechenden Natura-2000-Zentren aufbauen können, die dafür notwendigen Mittel im Rahmen der Konnexität zur Verfügung stellen und indem wir im Rahmen des Wassergesetzes die Wasserentnahmegebühr geringfügig erhöhen.

(Jörg Bode [FDP]: Verdoppeln!)

Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört zum „Niedersächsischen Weg“: Es mussten nicht nur Kompromisse inhaltlicher Art gefunden werden, sondern eben auch Kompromisse im Bereich der Einnahmengenerierung.

Wir passen mit dem Haushaltsbegleitgesetz das Niedersächsische Hochschulgesetz an. Damit können wir z. B. die Regelstudienzeit verlängern, damit den Studierenden trotz der COVID-19-Pandemie keine Nachteile entstehen.

Wir ändern mit dem Haushaltsbegleitgesetz das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz und setzen z. B. die von Verkehrsminister Dr. Althusmann angekündigten zusätzlichen 30 Millionen Euro für die Schülerverkehre ein, damit auch dort mit Blick auf die Corona-Situation bessere Bedingungen herbeigeführt werden können.

Wir finanzieren mit dem Haushaltsbegleitgesetz weitere Krankenhausinvestitionen gemeinsam mit dem Bund.

Wir schaffen mit dem Haushaltsbegleitgesetz und der darin vorgesehenen Änderung des Kommunalwahlgesetzes die Möglichkeit dafür, dass, sollte es mit der Corona-Pandemie im Jahr 2021 noch so weitergehen, die Kandidatenaufstellungen für die Kommunalwahl und die Bundestagswahl auch unter anderen Bedingungen stattfinden können, z. B. online oder per Briefwahl.

Und schließlich - dieser Punkt ist meiner Fraktion ganz besonders wichtig, und ich denke, das wird nachher bei der Beratung des Sozialhaushaltes auch noch diskutiert - erhöhen wir das Landesblindengeld für Menschen mit einer Sehbehinderung von 375 Euro auf 410 Euro. Ich denke, das ist auch ein wichtiges Zeichen in Corona-Zeiten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun noch ganz kurz auf die Redebeiträge der Fraktionsvorsitzenden der Grünen und der FDP eingehen.

Die Grünen werfen der Koalition Rechenrickerei vor. Sehr geehrte Frau Hamburg, das haben Sie vorhin so formuliert. Aber bei diesem Haushalt 2021 würde ich an Ihrer Stelle nicht von Rechenrickerei sprechen. Wir haben nämlich sehr transparent dargelegt, was wir ausgeben wollen und wie wir die Einnahmen sicherstellen wollen. Ihre eigenen Vorschläge hingegen sehe ich schon ein wenig näher an einer Rechenrickerei: Sie reden zwar über einen Fonds, aber nicht darüber, wie die Bedingungen der Anleihen für einen solchen Fonds aussehen sollen und wie die Ausgaben, die Konzessionen für entsprechende Einnahmen im Rahmen dieses Fonds geregelt sein sollen. Und Sie haben auch keine Aussagen zur Abdeckung von Risiken dieses Fonds getroffen, bei denen das Land ja auch immer im Obligo wäre.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]:
Sprechen Sie mit uns, dann legen wir das fest!)

Ich finde, Sie müssen in der Diskussion zum Niedersachsenfonds, dem wir, wie hier schon deutlich geworden ist, durchaus positiv gegenüberstehen, schon ein bisschen konkreter werden.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Gern!
An uns scheidert es nicht, Frau Heiligenstadt!)

Interessant ist auch, dass Sie behaupten, wir hätten kein Geld für Kommunen zur Verfügung gestellt. Dazu sage ich nur: Finanzausgleich aufgestockt, die Finanzhilfe für die Krippen und Kitas auf 58 % erhöht - das macht 50 Millionen Euro aus -, Unterstützung beim ÖPNV mit 30 Millionen Euro, 31 Millionen und 15 Millionen Euro für den Kita- und Krippenausbau; ich könnte die Aufzählung auch noch erweitern. Vor dem Hintergrund zu sagen, wir hätten den Kommunen kein zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt - meine sehr verehrten Damen und Herren, ein bisschen mehr Redlichkeit bei der Haushaltsrede hätte ich mir schon gewünscht!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die FDP fordert, wir sollen Prioritäten setzen. Es ist schon interessant, sehr geehrter Herr Birkner, dass Sie im Rahmen Ihrer eigenen Prioritätensetzung in Ihrem Haushaltsantrag mehr Geld ausgeben, obwohl Sie immer fordern, wir müssten mehr sparen.

(Christian Grascha [FDP]: Wir sparen an der richtigen Stelle! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir setzen Schwerpunkte!)

Sie wollen z. B. 50 Millionen Euro für die Straßenausbaubeiträge ausgeben. Allerdings führen Sie als Einsparmaßnahme immer nur die 100 Stellen an.

(Christian Grascha [FDP]: Unsere Haushaltsänderungsanträge sind schon ausgeglichen, Frau Kollegin!)

100 Stellen entsprechen 5 Millionen Euro. Damit können Sie nicht ganz so viel finanzieren. Das heißt, Sie wollen die Straßenausbaubeiträge tatsächlich zusätzlich im Haushalt verankern. Da sage ich nur: Auch mit 50 Millionen kommen Sie da in Niedersachsen nicht aus.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das wird dann schon ein bisschen problematisch werden. Gucken Sie nach Bayern! Das ist ein Desaster geworden. Insofern ist auch Ihr Änderungsantrag mehr Schein als Sein.

Aber dann, wenn Sie die 500 Millionen Euro aus dem Corona-Sondervermögen für weitere Ausgaben z. B. im Bereich der Bildung einbuchen, sagen Sie: Wir müssen ja damit umgehen, wie uns der Haushalt vorgelegt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Birkner, es ist tatsächlich so: Wir haben die Möglichkeit, den Teil der 500 Millionen Euro, der jetzt nicht für Corona-Ausgaben eingesetzt werden muss, nicht auszugeben und dafür auch keine Kredite aufnehmen zu müssen. Sie hingegen buchen sie gleich in Ihren Haushalt ein -

Vizepräsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, letzter Satz, bitte!

Frauke Heiligenstadt (SPD):

- und geben jede Menge Geld aus.

Ich hätte jetzt gern noch etwas dazu gesagt, wie viele Polizeistellen wir haben. Wir haben nämlich faktisch einen Aufwuchs der Polizeistellen.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Das glauben wir Ihnen gern, aber Sie sind deutlich über der Zeit.

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Ich habe Ihnen eine extra eine Kurve dazu mitgebracht. Die darf ich nicht mehr zeigen, aber vielleicht macht jemand noch eine Kurzintervention.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Heiligenstadt. So ist das mit Kurzinterventionen: Wenn man sie haben will, kriegt man sie nicht.

Wenn ich die Wortmeldungen hier richtig sortiert habe, ist der nächste Redner der Kollege Stefan Wenzel für Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wenzel, bitte!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den Niedersachsen-Monitor des Landesamtes für

Statistik anguckt - der wirft normalerweise einen Blick zurück, aber zeigt diesmal auch ein paar aktuelle Zahlen aus dem laufenden Haushaltsjahr -, dann sieht man, dass die Wirtschaftskraft des Landes erheblich zurückgegangen ist, sogar stärker als in der Bundesrepublik insgesamt. Die Arbeitslosenzahlen sind um 20 % angestiegen. Das ist noch vergleichsweise moderat und hängt damit zusammen, dass der größte Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit gegangen ist. Dort ist der Anstieg ganz gewaltig, und ganz viele Menschen sind von einem deutlich verringerten Einkommen betroffen.

Mehr als ein Sechstel der Menschen in Niedersachsen sind armutsgefährdet. Das sind 1,26 Millionen Menschen. Das ist eine gewaltige Zahl. Und auch der Anteil der Kinder ohne Schulabschluss ist auf 6,4 % gestiegen. Das ist nach langer Zeit mal wieder ein Anstieg. Das ist natürlich eine viel zu hohe Zahl. Man muss sich vorstellen, welche Arbeit, welchen Beruf man wählen kann, wenn man keinen Schulabschluss hat. Das ist in unserem Land sehr schwer.

Der überdurchschnittliche Rückgang bei der Wirtschaftskraft hängt möglicherweise auch mit dem sehr fossilastigen Geschäftsmodell vieler großer Konzerne in Niedersachsen zusammen. Das muss man einmal sehr ernsthaft aussprechen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist auch, zu sehen, was der Landesrechnungshof uns im Kommunalbericht aufgeschrieben hat. Dort heißt es: Die Kommunen können die Eigenmittel zur Finanzierung dringend notwendiger Investitionen voraussichtlich nicht mehr selbst erwirtschaften und müssen teilweise Kredite aufnehmen, um Liquidität sicherzustellen. - Das ist der schlechteste Kredit, den man aufnehmen kann. Bei einem Investitionskredit hat man wenigstens einen Gegenwert. - Weiter heißt es: Insoweit dürfte ein sprunghafter Anstieg der Verschuldung mit sich daraus ergebenden hohen Tilgungsverpflichtungen unvermeidbar sein.

Meine Damen und Herren, Kommunen und Land sind in unseren Haushalten eine Einheit. Die Kommunen leisten im Bereich der Daseinsvorsorge Gewaltiges. Sie alle kennen das; viele von Ihnen sind selbst Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Und die Steuerschätzung ist auch nicht rosig. Danach werden die kommenden Jahre härter, als zunächst erwartet.

Neben Corona gibt es aber noch eine zweite große Herausforderung: der Klimawandel. Und der erfordert wirklich konsequentes, langfristiges, weitsichtiges Handeln. Allein die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die heute schon erkennbar sind, schlägt sich mittlerweile mit einem hohen dreistelligen Millionenbetrag in unserem Haushalt nieder - und damit haben wir noch nichts zur Abwendung des Klimawandels getan.

Ich erinnere an die Lage im Forst. Die Fichten sind großflächig abgestorben. Die Laubbäume waren schon im letzten Jahr zu mehr als 27 % geschädigt, und auch das laufende Jahr war ganz gewaltig, was die Wirkung angeht. Der Beregnungsbedarf in der Landwirtschaft steigt massiv an. Die Anforderungen an den Küstenschutz wachsen - da kommen Summen auf uns zu, dass einem angst und bange wird -, und die Wasserversorgung will ebenfalls langfristig für die Zukunft gesichert werden.

Dies alles sind sehr existenzielle Punkte.

Es besteht auch Anpassungsbedarf bei der Infrastruktur. Wir haben etwa 2 800 Schulen und viele Krankenhäuser. Das Ministerium kann uns nicht sagen, wie groß dort der Bauhaltungsbedarf ist, aber wir wissen, dass 1 000 Bauwerke der Hochschulen, etwa 660 Bauwerke der Polizei, etwa 300 Bauwerke, die von Gerichten und Finanzämtern genutzt werden, also etwa 50 bis 60 % der Bauwerke, einen Rückstand bei der Bauunterhaltung haben. Dafür liegen sogenannte Baubedarfsnachweise vor, dort besteht also realer Handlungsbedarf.

Hinzu kommen die Themen Klima- und Enkeltauglichkeit, die energetische Sanierung der Bausubstanz und die Digitalisierung. Unsere Hochschulen, unseren Schulen müssen künftig ganz andere Anforderungen erfüllen, um unseren Kindern, unseren Jugendlichen und unseren jungen Erwachsenen bestmögliche Bildung zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher, meine Damen und Herren, haben wir gesagt: Wir wollen in dieser Situation investieren, wir wollen kein Strohfeuer, sondern mit langem Blick nach vorn einen Plan über mehrere Jahre, Investitionen in Substanz, in Infrastruktur, also werthaltige, aktivierbare Investitionen, die auch einen Gegenwert haben.

Wir wollen die Kommunen unterstützen. Sie haben nämlich die große Bausubstanz im Bereich der Schulen und der Kindergärten und müssen teilwei-

se auch noch Kapazitäten aufbauen. Und wir haben im Moment beispiellos niedrige Zinsen. Wann, wenn nicht jetzt, können wir diese Chance ergreifen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen bin ich dankbar, dass hier im Haus eine Diskussion über die Frage begonnen hat, wie man das schafft. Es gibt aus dem gewerkschaftlichen Bereich, aus dem verbandlichen Bereich eine ganze Menge positive Stimmen in diese Richtung. Die Kollegin Heiligenstadt und andere Kollegen setzen sich mit diesen Themen sehr intensiv und auch teilweise mit positiven, unterstützenden Botschaften auseinander. Und auch aus Ihren Reihen, Herr Toepffer, höre ich - auch im Bund - sowohl Kontrals als auch nachdenkliche Stimmen, die es wert erscheinen lassen, vertieft hierüber zu diskutieren.

Damit stützen wir auch die Konjunktur; denn es ist richtig, dass wir andere Bereiche nicht auf Teufel komm raus werden retten können. Manches geht verloren, auch wenn wir an vielen Stellen versuchen, zu helfen, wo es möglich ist.

Meine Damen und Herren, auch mit Ihren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sollten wir reden, um zu sehen, wie wir die Kommunen langfristig so erhalten können, dass sie ihre wichtige Aufgabe im Bereich der Daseinsvorsorge wahrnehmen können.

Deswegen liegt mir auch so ein Thema wie das der TUI ein bisschen quer, wenn man einfach sagt: „Okay, noch eine dritte Hilfe.“ Ich weiß, was ein Mittelständler zu hören bekam, der in den letzten Monaten zur Sparkasse gegangen ist und gesagt hat: „Ich brauche einen Überbrückungskredit. Ich habe ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell, aber im Moment kommt keine Kundin und kein Kunde.“

Jetzt ist hier ein Konzern, der großen Investoren gehört, die - ich sage es einmal vorsichtig - nicht alle in Deutschland ansässig sind, die also auch andere Adressaten ansprechen könnten, der zum dritten Mal sagt, er braucht frisches Geld in Milliardenhöhe. Von August bis Dezember hat er ein Defizit von ungefähr 700 Millionen Euro pro Monat - pro Monat! - zu verzeichnen gehabt. Das heißt, die 1,8 Milliarden Euro reichen für zehn Wochen.

Wie war das denn mit der Fortführungsprognose? Bereits zweimal in diesem Jahr hat der Vorstand eine falsche Fortführungsprognose abgegeben. Nimmt man ihm das jetzt beim dritten Mal ab, oder tauscht man vielleicht besser den Vorstand aus? -

Das ist eine entscheidende Frage. Deswegen wollen wir, Herr Finanzminister, glasklare Informationen: Wie sieht das Geschäftsmodell aus? Wie zukunftsfähig ist es? Was leisten die Investoren selbst? Das ist eine entscheidende Frage: Werden hier dieselben Maßstäbe angelegt, die angelegt werden, wenn ein Mittelständler oder jemand kommt, der vielleicht nicht so viele Möglichkeiten hat, Hebel in Bewegung zu setzen?

(Glocke des Präsidenten)

Leider ist meine Redezeit abgelaufen; aber wir haben ja noch zwei Tage für die Debatte. Ich danke Ihnen ganz herzlich fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Wenzel. - Wenn wir hier vorn alles präpariert haben, ist für die CDU-Fraktion Herr Kollege Ulf Thiele an der Reihe. Sie haben das Wort, Herr Thiele. Bitte sehr!

Ulf Thiele (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Zunächst möchte auch ich mich bei den Haushaltspolitikern aller Fraktionen und insbesondere auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien und der Landtagsverwaltung für diese sehr intensive, aber sehr konstruktive Haushaltsberatung und - das schließe ich an - für die vielen Beratungen, die wir in diesem Haushaltsjahr hinter uns haben, bedanken. Denn wir haben im Jahr 2020 ja auch schon zwei Nachtragshaushaltspläne beschlossen.

Mit den Nachtragshaushaltsplänen, die wir in diesem Jahr beschlossen haben, und mit dem COVID-19-Sondervermögen haben wir die strategische Entscheidung getroffen, dass wir sowohl die Bekämpfung der medizinischen Pandemie als auch die Bekämpfung ihrer wirtschaftlichen Folgen in diesem Sondervermögen und nicht im Haushalt 2020 und auch nicht im Haushalt 2021 abbilden. Trotzdem gebe ich meinem Fraktionsvorsitzenden recht: Der Haushalt 2021 ist insofern ein COVID-19-, ein Pandemie-Haushalt, als auf der Einnahmenseite die Bremsspuren natürlich deutlich sind und wir deshalb in die Situation kommen, dass wir über die Entnahme aus dem Sondervermögen und eine zusätzliche im Rahmen des Konjunkturmechanismus vorgesehene Verschuldung erhebliche Kreditaufnahmen in diesem Haushalt wiederfinden.

Dieser Haushalt ist rezessionsgeprägt. Trotzdem hat er ein Volumen von 35,9 Milliarden Euro und liegt damit im Zielkorridor der ursprünglichen Mittelfristigen Planung. Meine Damen, meine Herren, dieser Normalhaushalt ist nämlich vor allen Dingen eines: Er ist ein Haushalt der Stabilität. Das ist vorhin einmal geringgeschätzt worden. Ich finde, das ist im Gegenteil ein ganz wichtiges Signal, das besagt: „Dieses Land bleibt in der Krise verlässlich“, das besagt: „Dieses Land bleibt in der Krise berechenbar“, das besagt: „Dieses Land bleibt in der Krise stabil“. In Zeiten der Krise ist Stabilität ein Wert an sich, meine Damen und Herren.

In genau dem gleichen Kontext steht auch die politische Liste von CDU und SPD. Das Ziel der Stabilität und Verlässlichkeit spiegelt sich in den Beschlüssen, die wir zum Haushalt 2021 nach der Landesregierung getroffen haben, in gleicher Weise wider. Wir wollen in dieser Krise Strukturen stabilisieren und verhindern, dass diese wegbrechen. Das gilt insbesondere fürs Ehrenamt. Einige Punkte sind genannt, ich will dennoch noch einmal erwähnen: das Investitionsprogramm für kleine und mittlere Kultureinrichtungen und Bühnen, die Förderung der Aidshilfe, die Unterstützung der Kunstschulen, die Stärkung der politischen Bildung,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sie stärken die politische Bildung nicht, sie kürzen nur nicht! Das ist etwas anderes!)

der Täter-Opfer-Ausgleich, die Straffälligenhilfe, die Arbeit der Enquetekommission Ehrenamt, die wir auch mit diesem Haushalt unterstützen. Meine Damen, meine Herren, wir stabilisieren in diesen Bereichen trotz der Krisensituation Strukturen nachhaltig und sorgen dafür, dass sie durch die Krise nicht beschädigt werden.

Wir haben ein Zweites getan: Wir haben parlamentarische Beschlüsse dieser Periode, dieses Jahres, haushalterisch aufgegriffen, weil wir politisch glaubwürdig bleiben müssen. Das gilt beispielsweise und insbesondere für den Bereich des Kinderschutzes.

Nach den schlimmen Veröffentlichungen der letzten Monate war es dieser Koalition umso wichtiger, dass wir ein Signal setzen, dass wir es weiterhin ernst meinen mit der Prävention und mit dem Schutz unserer Kinder und Jugendlichen. Deshalb bauen wir im nächsten Jahr das fünfte Kinderschutzhause, und deswegen unterstützen wir den Landespräventionsrat noch einmal verstärkt bei

der Arbeit für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Nun habe ich mit einer gewissen Verwunderung festgestellt, dass die Grünen behauptet haben, dieser Haushalt leiste nichts für den Klimaschutz. Wir finanzieren mit diesem Haushalt - das bringt uns gerade erhebliche Kritik aus der Wirtschaft ein - mit verschiedenen, auch anstrengenden Maßnahmen u. a. den „Niedersächsischen Weg“,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das hat nichts mit Klimaschutz zu tun! Das ist Artenvielfalt!)

eine Vereinbarung, die diese Landesregierung zwischen Landwirtschaft und Umweltverbänden vermittelt hat, verhandelt hat und die wir in Gesetzeskraft umgesetzt haben und natürlich mit diesem Haushalt auch finanzieren müssen, die eine tragfähige Grundlage dafür ist, dass wir eine Versöhnung von Agrarwirtschaft und Umweltschutz in diesem Land erleben werden.

(Beifall bei der CDU - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Aber das hat mit Klimaschutz nichts zu tun!)

- Frau Hamburg, das darf man bitte nicht gering-schätzen.

Die Wahrheit ist, dass diese Landesregierung, anders als die Landesregierung, an der Sie beteiligt waren, erhebliche Summen in den Klimaschutz investiert. Und ja, das sind aus dem Sondervermögen und aus diesem Haushalt insgesamt eine Milliarde Euro. Das mag Ihnen nicht gefallen, aber das ist die Wahrheit.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Das ist eine Finanzierung in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit.

Sie haben in Ihrer Arbeit in der Zeit, als Sie das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium hatten, in diesem Bereich überhaupt nichts bestellt bekommen. Dass Sie neidisch auf uns sind, kann ich mir vorstellen. Aber kritisieren sollten Sie die Maßnahmen, bitte schön, nur begrenzt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Christian Meyer [GRÜNE])

Meine Damen, meine Herren, ich komme zu den Haushaltsanträgen der FDP.

An einer Stelle bin ich irritiert, weil wir die ganze Zeit über von der selbst erklärten Wirtschaftspartei FDP erleben, dass sie die Stützungsmaßnahmen für viele der kleinen Unternehmen kritisiert, sogar die finanzielle Basis dafür mit ihrem Haushaltsantrag in Teilen entzieht, und gleichzeitig sehr laut, ähnlich wie die Grünen, die wirtschaftliche Unterstützung der großen, arbeitsplatzstarken Unternehmen in diesem Land kritisiert. Man hat zunehmend den Eindruck, dass die FDP wohlfeile Forderungen im allgemeinpolitischen Bereich aufstellt,

(Christian Grascha [FDP]: Belegen Sie das doch mal!)

aber dann, wenn es hart auf hart kommt und darum geht, in einer Krise dafür zu sorgen, dass die wirtschaftlichen Strukturen unseres Landes stabil bleiben, sagen Sie lieber überall Nein, Nein und Nein, anstatt zuzugeben, dass man in so einer Situation, in einer wirklichen Ausnahmesituation auch mal mit einer breiten Förderung - ja, sogar für die Solarenergiewirtschaft, ja, auch für das Handwerk sowie den Tiefbau und den Hochbau, ja, für die gesamte Breite der niedersächsischen Wirtschaft - für Stabilität sorgen muss,

(Christian Grascha [FDP]: Garantieren Sie, dass das in Niedersachsen ankommt?)

damit wir hinterher überhaupt noch Steuerzahler haben, die dafür sorgen, dass unser Haushalt nach dieser Krise wieder stabilisiert wird und die Schulden zurückgezahlt werden können.

(Beifall bei der CDU - Christian Grascha [FDP]: Alles schuldenfinanziert!)

Dann noch kurz zu diesem Niedersachsenfonds, den Herr Wenzel hier gerade noch einmal erwähnt hat: Mir gefällt das Wort nicht, weil es, offen gesagt, ja suggeriert, dass das etwas Gutes für Niedersachsen ist. Dabei ist es nichts anderes als ein Schattenhaushalt, den Sie aufstellen, weil Ihnen offenkundig die Mühsal der täglichen Haushaltspolitik ein bisschen über und zu viel ist; denn es ist eben anstrengend, Geld im Haushalt dafür zu suchen und zu finden, dass man eine Maßnahme X oder Y umsetzt.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Da machen Sie lieber Sondervermögen! Na klar!)

- Frau Hamburg, Sie haben sich vorhin hierhin gestellt und gesagt, wir sparen das Land kaputt. Das sagen Sie zu einem Haushalt, der Rekordinvestitionen über das Sondervermögen und über den Haushalt selber mobilisiert. Ihre Position ist erstens unglaublich, und zweitens muss ich Ihnen leider an dieser Stelle noch einmal sagen: Die Schuldenbremse, das Grundgesetz und die Verfassung gelten auch für die Grünen. Hier können Sie solche Forderungen aufstellen. Am Ende wissen Sie aber doch, dass sie, selbst wenn Sie sie umsetzen könnten, vom Staatsgerichtshof wieder eingesammelt werden müssten, weil diese Fraktion - und das garantiere ich - ganz sicher eines nicht tun wird, nämlich die Schuldenbremse wieder aus der Landesverfassung streichen. Sie steht da. Sie bleibt da. Wir halten sie für richtig.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch, warum: weil sich die Schuldenbremse gerade in dieser Krise beweist. Wir erleben nämlich im Moment, dass sie uns, anders als häufig behauptet worden ist, nicht daran hindert, in dieser Krise die medizinisch notwendigen Maßnahmen zu finanzieren. Sie hindert uns nicht daran, die Impfzentren einzurichten. Sie hindert uns nicht daran, die Wirtschaft zu stabilisieren.

(Christian Grascha [FDP]: Erklären Sie das doch mal Ihrem Koalitionspartner!)

Sie hindert uns nicht daran, Schutzimpfungen durchzuführen. Sie hindert uns nicht daran, den Krankenhäusern zu helfen, beispielsweise die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, die durch das Leerräumen der Intensivstationen in der ersten Welle entstanden sind, zu überstehen. Sie hindert uns an keiner einzigen Maßnahme, die notwendig ist, um die Krise zu bewältigen.

Sie gibt uns aber eine Aufgabe auf. Das haben wir ja mit dem zweiten Nachtragshaushalt schmerzlich beschließen müssen. Es ist ja nicht leicht, hier gleichzeitig zu sagen: „Jawohl, wir beschließen diese Maßnahmen und finanzieren sie aus Krediten; aber wir beschließen parallel dazu einen Tilgungsplan“,

(Christian Grascha [FDP]: Einen unrealistischen Tilgungsplan!)

was nichts anderes bedeutet, als dass dieser Landtag in Zukunft bei jeder Ausgabe, so wie wir alle das auch im privaten Leben übrigens machen würden, überlegen muss, ob wir eine Ausgabe, die wir in guten Zeiten tätigen, in schwierigen Zeiten

wie in einer Krise auch noch tätigen und finanzieren würden.

Weil diese Schuldenbremse uns diese Spielräume, aber gleichzeitig diesen Auftrag gibt, ist sie erstens Gold wert, und zweitens ist sie wirklich generationengerecht; denn sie sorgt dafür, dass jede Generation die Krisen, die sie bewältigen muss, am Ende auch selber finanziert.

Meine Damen, meine Herren, das ist ein sehr solider Haushalt. Ich danke dem Finanzminister dafür, dass er mit diesem Vorschlag, den wir ein bisschen ergänzt haben, dem Land in dieser Krise viel Stabilität gibt. Wir stimmen diesem Haushalt gerne zu und selbstbewusst zu. Wir halten es für richtig, diesen Weg zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Ulrich Watermann [SPD])

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thiele.

(Christian Grascha [FDP]: Bei dem Part zur Schuldenbremse könnte noch ein bisschen mehr Applaus von der SPD kommen!)

- Herr Grascha!

Aus dem Plenum habe ich keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Aber es wäre ja noch die Landesregierung dran. Ich darf hier noch den Hinweis einfügen, dass der Ältestenrat davon ausgegangen ist, dass die Landesregierung in diesem Beratungsteil eine Redezeit von 17 Minuten nicht überschreitet.

Herr Minister Hilbers, Sie sind gefordert. Bitte!

Reinhold Hilbers, Finanzminister:

Herr Präsident, Sie haben bei der Redezeit ein Minus eingebucht. - Nein, jetzt passt es. Vielen Dank.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Passt zu Ihrem Haushalt!)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind die wichtige Stunde des Parlaments. Die Auseinandersetzungen hier über den finanziellen Rahmen prägen auch die Arbeit des kommenden Jahres.

Ich möchte zu Beginn die Gelegenheit nutzen, auch einige Worte zu unseren Beteiligungen zu

sagen, weil sie in einigen Wortbeiträgen angesprochen worden sind und uns in diesen Tagen sicherlich auch viele Gedanken machen.

Von den Grünen ist insbesondere die Messe erwähnt worden. Wir monitoren unsere Beteiligungen insgesamt und arbeiten sehr intensiv daran, sie in dieser Krise durch unterschiedliche Maßnahmen zu begleiten, und zwar immer durch die Mittel, die sich anbieten und die am geeignetsten sind, um die Herausforderungen zu schultern.

Bei der Messe haben wir einige Herausforderungen. Das Wesentliche bei der Messe ist, dass man aufgrund des Geschäftsmodells und der Analysen davon ausgehen kann, dass dieses Geschäft nicht in der Größenordnung zurückkehrt, wie es vor der Pandemie der Fall gewesen ist. Deswegen ist es jetzt wichtig, die Messe wettbewerbsfähig aufzustellen, weil sie sich als AG nur dann im Geschäft der Messestandorte am Markt behaupten kann, wenn sie wettbewerbsfähig ist, also Wettbewerbsfähigkeit nachweisen kann. Wenn Umsätze prognostisch zurückgehen, müssen dann eben auch die Kosten diesen Umsätzen folgen und reduziert werden. Deswegen muss man da einiges erreichen, um ein Konzept zu entwickeln.

Würde man das nicht tun und würde man, wie Sie es vorgeschlagen haben, nur Kapital in diese Messe geben, dann würde dieses Kapital über kurz oder lang wieder verbraucht werden, weil es sich durch Verluste auffrisst. Das ist nicht tragfähig. Das ist kein Modell, das auf Dauer durchträgt. Das ist auch keine Maßnahme, die einen geeigneten Umgang mit Steuergeldern darstellt.

Deswegen sind wir gehalten, entsprechend zu handeln. Wir haben gute Konzepte dort gemeinsam entwickelt. Das machen wir im engen Schulterschluss mit der Stadt, wie hier schon einmal angesprochen worden ist. Auch den Oberbürgermeister, der ja Ihrer politischen Gruppierung angehört, Frau Hamburg, sollten Sie bei dieser wichtigen und schwierigen Aufgabe - und er hat in seinem Rathaus weiß Gott schwierige Aufgaben in der Stadt zu lösen - unterstützen. Er hat alles andere verdient, als dass Sie hier im Landtag ihm bei diesen Verhandlungen und bei seiner Position in den Rücken fallen.

(Beifall bei der CDU - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das haben wir doch gar nicht getan! Eine Frechheit! Sie fallen dem Ministerpräsidenten in den Rücken!)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen bei der Einbringung des Haushalts gesagt: In diesem Jahr ist alles anders. - Das bestätigt sich auch. Nach wie vor ist alles von der Pandemie geprägt. Wir befinden uns weiter mitten in der Krise. Es ist nicht die Zeit von großen Geldbeträgen für neue politische Ziele. Perspektivisch sind es nicht Einnahmewüchse, die wir in den vergangenen Jahren hier immer zu besprechen und zu verteilen hatten, sondern beträchtliche Einnahmeverluste für unsere Planung, mit denen wir fertigwerden müssen. Es steht nicht die Altschuldentilgung auf der Tagesordnung, sondern der Konsolidierungsdruck, der sich aus den zukünftigen wirtschaftlichen Perspektiven entwickelt. Wir befinden uns mitten im zweiten kleinen Lockdown. Die Krise bestimmt unser Handeln.

Wir sind bisher ganz gut durch diese Krise gekommen. Niedersachsen hat diese Krise ganz gut gemeistert. Auch finanziell haben wir diese Krise ganz gut gemeistert. Deswegen haben wir unsere Mipla auch - ich erinnere noch einmal daran - überschrieben: Der Weg aus der Krise und zurück zu einem ausgeglichenen Haushalt. - Das ist unsere Aufgabe, vor der wir stehen.

Die Planungen bestätigen, dass unser Weg richtig ist. Trotz der vielen Unsicherheiten, vor denen wir stehen, stecken wir den finanziellen Weg ab. Die November-Steuerschätzung gibt uns dabei recht. Die Einbrüche in diesem Jahr fallen nicht ganz so stark aus wie zunächst im Frühjahr dieses Jahres angenommen. Aber dafür haben wir jetzt ein schwächeres Wachstum im kommenden Jahr zu verzeichnen.

Die Maßnahmen des Bundes und des Landes in wirtschaftlicher Hinsicht, gerade die Stützungsprogramme, zeigen erhebliche Wirkung. Heute ist das noch einmal analysiert worden. Man geht davon aus, dass 1,2 bis 1,5 % auf diese Wachstumspakete zurückzuführen sind und dass die Wirtschaft wieder angesprungen ist.

Die Pandemie verlangt uns einiges ab, nicht nur in unserem gewohnten und ganz persönlichen Leben, das aus dem Gleichgewicht geraten ist, sondern auch hier im politischen Handeln. Unser gesellschaftliches Miteinander, die emotionale Verbundenheit oder auch der Solidaritätsgedanke, der in unserer Gesellschaft ausgeprägt ist, werden außerordentlich auf die Probe gestellt.

Aber es gibt auch Lichtblicke. Ein Lichtblick ist, dass wir über eine Impfstoffentwicklung reden können, die in greifbare Nähe rückt, dass wir also

anfangen können zu impfen. Ebenso ein Lichtblick sind das starke wirtschaftliche Wachstum im dritten Quartal dieses Jahres und das Greifen der konjunkturellen Stützungsprogramme. Für mich ist auch ein Lichtblick, dass mir die Auslastung der Industrie Anlass zu Optimismus gibt. Trotzdem wird uns diese Pandemie noch das kommende Jahr begleiten.

Für das kommende Jahr wird in Deutschland mit einem wirtschaftlichen Wachstum von 4,4 % gerechnet. Damit wird die Schätzung vom September um 0,8 % etwas nach unten korrigiert, wie ich gesagt habe. Aus der Entwicklung, die man mit einem V charakterisiert hat, wird langsam ein Wurzelzeichen, das auf eine langsame Erholung, einen moderateren Anstieg in 2021 schließen lässt.

Wir werden eine negative Produktionslücke haben. Das heißt, unsere volkswirtschaftlichen Kapazitäten werden unterausgelastet sein. Das wird eine Niveauabsenkung des Produktionspfades bedeuten. Das alles sind volkswirtschaftliche Begriffe, die am Ende bedeuten, dass die Pandemie dazu führt, dass wir uns zukünftig weniger leisten können. Wir werden uns fragen müssen, was wir uns dann gezielt noch leisten können, und können nicht weiter an allem festhalten, was wir uns vorgenommen haben. Das wird schwierig werden, aber die Forderung nach immer neuem Geld ist die falsche Antwort auf die Herausforderung. Wir werden uns schon auf erhebliche Wohlstandsverluste in den nächsten Jahren einstellen müssen.

Zum Haushalt 2021: Das ist bei Weitem kein Haushalt des Kaputtsparens, meine Damen und Herren von den Grünen, wie Sie es bezeichnet haben. Der aufgestellte Haushalt 2021 hat ein Volumen von 35,9 Milliarden Euro. Das ist kein Corona-Haushalt. Die Corona-Maßnahmen finden Sie im Sondervermögen.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg
[GRÜNE])

Wir haben für den allgemeinen Haushalt 35,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist ein großartiger Betrag! Damit sichern wir unsere erreichte Politik ab. Das ist in den Redebeiträgen der Fraktionsvorsitzenden, Frau Modder und Herr Toepffer, noch einmal deutlich geworden. Es gibt keine weiteren Abstriche bei großen politischen Maßnahmen. Es werden knappe 36 Milliarden Euro für ganz konkrete politische Maßnahmen in unserem Land ausgegeben. Das ist ein Zeichen zum Ende dieses Jahres für 2021. Es ist ein Zeichen der Zukunft, ein

Zeichen, um aus der Krise herauszukommen, ein Zeichen für ein starkes Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wer Milliardenbeträge an Corona-Hilfen in diesem Haushalt vermutet hat, den kann ich nur auf den zweiten Nachtragshaushalt verweisen. Wir haben dort mit großem Erfolg ein Sondervermögen installiert, das uns jetzt hilft, die Krise zu bewältigen und die Herausforderungen zu meistern. Die Mittel stehen uns überjährig zur Verfügung. Sie dienen dazu, die Handlungsfähigkeit des Landes zu sichern und der Pandemie entgegenzuwirken. Mit diesem Sondervermögen können wir nicht nur flexibel und effektiv handeln, sondern wir können sehr zielgerichtet dieser Pandemie entgegentreten und haben trotzdem eine Abgrenzung zum ordentlichen Haushalt und damit Haushaltsklarheit auch in diesem Punkt.

Mit der Vorlage des 21er-Haushalts haben wir im Sommer den Mut bewiesen, mitten in der Krise, in einer Zeit volatiler wirtschaftlicher Entwicklung, einen Haushalt auf den Tisch zu legen und einen Haushaltsplan vorzulegen. Die November-Steuerschätzung hat unseren Kurs aus Juni bestätigt, und die September-Steuerschätzung wurde durch die November-Schätzung bestätigt.

Mit diesem Haushalt und mit der frühen Vorlage eines Haushalts schaffen wir hier zum Jahresende für die Institutionen in unserem Land für 2021, für die Kommunen in unserem Land für 2021 und für die Menschen in unserem Land für 2021 Klarheit und Perspektive, und deswegen ist es ein gutes Signal zum Jahreswechsel, dass dieser Haushalt beschlossen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die November-Steuerschätzung bestätigt unseren im Haushaltsplan und in der Mipla adressierten Finanzrahmen. Für Niedersachsen bedeuten die Zahlen der November-Schätzung für 2021 allerdings noch mal höhere Mindereinnahmen als im Mai angenommen. Also auf den Punkt gebracht: 2020 werden wir Mehreinnahmen haben, weil die Absenkung der Rezession nicht so stark ausfällt, aber in 2021 werden wir dafür ein geringeres Steueraufkommen haben. Das Steueraufkommen wird 2021 bei 28,6 Milliarden Euro liegen und damit 355 Millionen Euro niedriger als nach der Mai-Steuerschätzung.

Ich will aber eine andere Zahl in Erinnerung rufen, die viel bedeutsamer für uns ist: Gegenüber der Planung, die wir in Vorkrisenzeiten vorgelegt haben, also zu Beginn des Jahres 2020 - Ende des Jahres 2019 hier im Parlament diskutiert und beschlossen -, weichen wir um minus 2,2 Milliarden Euro ab. Das ist die gigantische Herausforderung, vor der wir in den nächsten Jahren stehen, und das wird sich auch in den nächsten Jahren durch die Finanzplanung ziehen. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen, und diese Herausforderung müssen wir meistern. Das ist der eigentliche Einbruch, den wir zu verkraften haben.

Die höheren - auch strukturellen - Steuerminderungen können im nächsten Jahr über die Instrumente der Schuldenbremse aufgefangen werden. Für die Jahre der Mittelfristigen Planung müssen wir die Erwartungen der Steuerschätzung insgesamt nach unten korrigieren. Das werden minus 870 Millionen Euro sein. Gleichwohl werden wir unter dem Strich, wenn ich die Jahre 2020 und 2021 betrachte, nicht mehr Schulden machen, als wir Ihnen bei der Etatisierung des zweiten Nachtragshaushaltsplans vorgelegt und zugesichert haben.

Der Haushaltsplan 2021 sichert Strukturen in unserem Land. Im nächsten Jahr wird nichts gestrichen. Vielfältige Angebote in gesellschaftlichen Bereichen werden angefasst. Das ist in den Reden bereits deutlich gemacht worden. Wir investieren auch über die Sondervermögen kräftig in Niedersachsens Zukunft. Wir investieren im nächsten Jahr 7,5 Milliarden Euro in die Bereiche Schule, Kindertagesstätten und berufliche Bildung und geben viel Geld für die niedersächsische Infrastruktur und die Wirtschaft aus.

Ich will noch einmal die Investitionsquoten nennen, weil hier immer davon gesprochen wird, es wird zu wenig investiert. Halten Sie sich die Zahlen einmal vor Augen, und führen Sie sich vor Augen, was wir in den letzten Jahren aufgebaut haben und was wir auch in dieser Krise sichern können! In der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 war eine Investitionsquote von 4,6 % verankert. In der mittelfristigen Finanzplanung 2020 bis 2024 sind es 6,4 % des Haushalts. Meine Damen und Herren, wir haben die Investitionen in diesem Land mehr gesteigert, als je zuvor dort an Steigerung etabliert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir investieren in Wohnraum, wir investieren in Hochleistungsdatennetze, wir investieren in Krankenhäuser, wir investieren in Hochschulen.

(Jörg Bode [FDP]: Aber nicht hier!)

- Ja, auch hier, meine Damen und Herren, machen wir das. Gerade hier!

Denjenigen, die behauptet haben, es stünde nichts für den sozialen Bereich und für die medizinische Versorgung im Haushalt, kann ich nur sagen: Schauen Sie hin! Wir haben schon vor der Pandemie ein Sondervermögen in der Größenordnung von 1 Milliarde Euro für die Krankenhausfinanzierung in unserem Land eingebracht.

(Zuruf von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE])

So viele Investitionen im Krankenhausbereich, wie wir etabliert haben, hat es in diesem Land noch nie gegeben. Das können Sie sich merken. Das ist eine Zahl, die die Wahrheit aussagt.

(Beifall bei der CDU)

Bereits im September haben wir Ihnen hier dargelegt, wie weit wir über Jahresabschlussmittel des letzten Jahres in verschiedene Bereiche investieren. Ja, da werden 150 Millionen Euro zusätzlich in den Klimaschutz investiert. Ja, in den Artenschutz fließen auch 120 Millionen Euro, die wir bereitstellen, und 110 Millionen Euro in den Bereich der Forst- und Waldwirtschaft. Das sind Beträge, die unser Land am Ende nach vorne bringen.

Auch die großen Baumaßnahmen sind in 2021 mit 54 Millionen Euro ausfinanziert. Das sind wichtige Bauvorhaben, in Braunschweig beispielsweise das Landesmuseum, oder auch Investitionen in den Maßregelvollzug.

Meine Damen und Herren, das alles sind wichtige Weichenstellungen für unser Land, die wir trotz der Krise auf den Weg bringen. Dennoch müssen wir uns auch im kommenden Jahr weiter verschulden, um die Krisensituation zu bewältigen und die Einnahmeausfälle im Rahmen der Konjunkturkomponente darstellen zu können, die unsere Schuldenbremse vorsieht.

Die November-Steuerschätzung mit Steuererminderungen ermöglicht es uns, unsere Planung noch einmal zu korrigieren und die Konjunkturkomponente auf 1,1 Milliarden Euro festzusetzen. Diese wird dann in den nächsten Jahren, wenn es wirtschaftlich wieder besser läuft, automatisch ausgeglichen werden. Das ist unser atmendes Konjunkturkonto.

Aber auf der anderen Seite - und ich bin sehr froh darüber, dass uns das gelungen ist - erreichen wir, dass wir aufgrund der Steuermehreinnahmen in 2020 und der Ausgestaltung im Sondervermögen die 180 Millionen Euro an Notsituationskrediten nicht mehr aufzunehmen brauchen. Wir werden also im Jahr 2021 auf Notlagenkredite verzichten. Ich finde, das ist trotz des zweifelsfreien Vorhandenseins der Notlage ein wichtiger Schritt, um nach vorne zu kommen und nachhaltige Finanzpolitik in unserem Land darzustellen.

Meine Damen und Herren, Konjunkturpolitik und Konjunkturentwicklung sind wichtig in unserem Land. Herr Wenzel, Sie haben aber im Jahr 2009, als es um die Kapitalmarktkrise ging, gesagt - ich zitiere Sie sinngemäß -, dass verantwortliche Politik in Krisenzeiten den Krisen entschlossen entgegenzutreten muss. - Das machen wir mit unserer Finanzpolitik, das machen wir mit den Sondervermögen, das machen wir mit unserem Finanzierungskonzept insgesamt. Wir tun alles, damit Niedersachsen nach dieser Krise kraftvoll wieder durchstarten kann.

Wir sind auch Partner der Kommunen. Unsere niedersächsischen Kommunen können sich auf uns verlassen. Wir haben unsere niedersächsischen Kommunen stark gestützt. Die Kommunen sind für die Niedersachsen zentraler Ort demokratischer Beteiligung und politischer Teilhabe. Sie sind für das Gemeinwesen ungeheuer wichtig und sind Stütze unseres Staates. Deswegen wollen wir starke Kommunen in unserem Land.

Auch im kommenden Jahr werden die Kommunen 223 Millionen Euro weniger an Steuereinnahmen generieren können. Gleichwohl erhalten sie über den kommunalen Finanzausgleich eine zusätzliche Zahlung in der Größenordnung von 203 Millionen Euro.

Wir haben ein Paket von 1,1 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Dieses Paket beinhaltet die Kompensation von Gewerbesteuerausfällen. Die Zahlungen sind vor Kurzem bekannt gegeben worden und fließen noch in diesem Jahr an die Kommunen. Das ist ein Betrag, der mehr als auskömmlich ist, wenn man sich die letzte Steuerschätzung anschaut. Somit wirkt das Hilfspaket über den kommunalen Finanzausgleich hinaus, den wir im vergangenen Jahr mit 600 Millionen Euro ausgeglichen haben, und wirkt mit den Gewerbesteuerausgleichen und den 203 Millionen Euro, die es aus der Steuerverbundabrechnung noch geben wird, deutlich in das nächste Jahr

hinein. Wir können den Kommunen sagen: Wir sind an ihrer Seite. - Wir stützen unsere Kommunen auch im Jahr 2021. Sie können sich auf diese Landesregierung verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Wie der Kollege Thiele will ich mich hier ausdrücklich zur Schuldenbremse bekennen und Ihnen sagen: Die oft geführte Diskussion über die Schuldenbremse ist fehl am Platz. Solide Finanzen haben sich bewährt, und auch die Schuldenbremse hat sich bewährt, auch gerade und besonders in dieser Krisenzeit; denn solide Finanzen müssen auch in Krisenzeiten handlungsleitend sein. Die Schuldenbremse ist eine stabile Leitplanke für verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Eine nachhaltige Finanzpolitik beinhaltet nicht nur das entschlossene Handeln in Notsituationen. Im Gegenteil: Die Schuldenbremse zusammen mit einer soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat es erst ermöglicht, angemessen in dieser Krise zu reagieren. Indem wir die Regelungen der Schuldenbremse halten, zeigen wir, dass die Schuldenbremse durchaus flexibel ist. Zusätzliche Nettokreditaufnahmen in außergewöhnlichen Notsituationen sind möglich, gleichzeitig wird aber auch die solide Finanzpolitik nicht aus dem Blick genommen.

Herr Wenzel, je mehr ich Ihre Vorschläge sehe, desto mehr scheint der alte Grundsatz richtig zu sein: Wer Schulden machen will, findet auch immer einen Weg. Deswegen ist es wichtig, dass wir dem einen wirksamen Riegel vorschieben. Die Schuldenbremse ist ein solcher Riegel und ist deswegen mehr als notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch reichlich fantasielos, der nächsten Generation nur Schuldenberge zu hinterlassen. Man kann Zukunft auch anders gestalten und Gestaltungsspielräume anders ausloten als nur über neue Verschuldung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben die Möglichkeit, Notlagenkredite aufzunehmen, aber die Notlagenkredite müssen nach der Schuldenregelung wieder einer Tilgung zugeführt werden. Deswegen haben wir uns auf 25 Jahre verständigt. Wir haben uns auch darauf verständigt, ab 2024 in die Tilgung einzusteigen und entsprechende Rückzahlungen vorzunehmen. Das ist generationengerechte Finanzpolitik - und nicht

das, was Sie dort betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Bevor wir über die Notwendigkeit der Schuldenbremse diskutieren, würde ich mir wünschen, dass wir mehr über den Pfad der Haushaltskonsolidierung hin zu einem Haushalt ohne Nettokreditaufnahme in unserem Land sprechen. Stattdessen reden Sie, Frau Hamburg von den Grünen, darüber, wie Sie an zusätzliches Geld kommen wollen. Ihr Fonds ist nichts anderes als ein riesiges Schuldenpaket. 1 Milliarde Euro nehmen Sie aus dem Sondervermögen, kreditfinanziert. Dann wollen Sie diesem Fonds ermöglichen, 10 Milliarden Euro Schulden aufzunehmen. Das sind für jeden Niedersachsen 1 350 Euro Schulden, die Sie da in einem Atemzug verbuchen wollen, um das Geld anschließend größtenteils konsumtiv ausgeben zu können. Sie erwecken hier den Eindruck, als sei das eine riesengroße Geldvermehrung. Das ist ja fast so, als wenn diese Geldvermehrung die Ereignisse in Kanaan bei der wunderbaren Brotvermehrung in den Schatten stellen sollten. Aber das wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Ich sage Ihnen: Diese große Geldmehrung ist nichts anderes als eine riesengroße Mogelpackung, die fein verpackt daherkommt, aber der nächsten Generation die Rechnung präsentiert, wenn Sie nicht mehr in Amt und Würden sind.

(Jörg Bode [FDP]: Wir sind doch gar nicht in Amt und Würden!)

Eine solche Politik ist mit uns definitiv nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Christian Meyer [GRÜNE])

- Ja, Herr Meyer, weil es uns unterscheidet: Sie setzen auf Schulden, und wir setzen auf eine nachhaltige stabile Finanzpolitik, die Stabilität für unser Land bedeutet, und auf Generationengerechtigkeit. Das ist das, was uns entschieden in der Politik in diesem Haus unterscheidet.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ziel bleibt deswegen die schwarze Null.

Ich sehe auch, dass große Zukunftsinvestitionen - Herr Grascha, zur FDP komme ich noch - möglich sind, ohne immer nach Neuverschuldung zu rufen. Wir haben dort den Weg aufgezeigt, den ich Ihnen

gleich vorstellen will. Aber, Herr Grascha, das ist ganz sicher nicht so, wie Sie das von der FDP gemacht haben, Herr Birkner. Sie loben sich für solide Haushaltspolitik und kritisieren dauernd, dass der Finanzminister zu viele Schulden macht. Bei den Ausgabewünschen fordern Sie aber dauernd Geld ein - an jeder Stelle. Ich erinnere nur an den Kollegen Bode, der damals gefordert hat, dass man bei jedem Unternehmen den Umsatz ausgleichen solle, als die Pandemie ausgebrochen ist. Sie sind immer dabei, wenn es ums Finanzieren geht.

(Jörg Bode [FDP]: Das stimmt nicht!)

Dann schauen wir uns doch mal Ihre Vorschläge an. Ich finde es ja schon gut, dass Sie unser Sondervermögen anerkennen, weil Sie es ja nutzen. Wenn Sie es nutzen, erkennen Sie es ja auch an. Bisher haben Sie es immer kritisiert.

(Christian Grascha [FDP]: Wir kritisieren das auch weiterhin!)

Sie werfen uns hier vor, wir würden zu viele Schulden machen. Ich habe mir Ihre Buchungen angesehen. Sie wollen 265 Millionen Euro Schulden weniger aufnehmen und entsprechend zurückführen. Ja, das ist ein ehrenwerter Ansatz. Aber diese 265 Millionen Euro aus dem Sondervermögen, das kreditfinanziert ist, zu nehmen, nennt man da, von wo ich komme, eine klassische Luftbuchung, Herr Kollege. Das ist nichts als eine Luftbuchung in Ihrem Haushalt.

(Beifall bei der CDU - Christian Grascha [FDP]: Aus den Steuermehreinnahmen! Es ist schade, dass Sie das nicht erkennen!)

Sie werden dem nicht gerecht. Herr Grascha, das liegt doch weit unter Ihren Möglichkeiten. Wenn Sie hier den Anspruch erheben, besser und mit weniger Schulden auszukommen, dann zeigen Sie doch, wo Sie substanzuell einsparen wollen. Ihre ganzen konsumtiven Ausgaben beruhen doch nur auf Rücklagenentnahmen, womit Sie den Pfad zu einem ausgeglichenen Haushalt ruinieren oder das Sondervermögen anzapfen, in dem ohnehin kreditfinanzierte Mittel stehen.

Sie machen nichts anders als eine Politik, die die Schulden nur von einem Topf zum anderen schiebt, und das soll als Schuldentilgung dargestellt werden. Das ist nichts anderes als eine Luftbuchung, und dabei bleibe ich.

(Christian Grascha [FDP]: Erschreckend ist das!)

Die prognostizierten Steuereinnahmen müssen für uns Anlass sein, uns grundsätzlich mit der Konsolidierung zu beschäftigen. Die mittelfristige Finanzplanung leitet das ein. Wir haben die globale Minderausgabe in Höhe von 200 Millionen Euro etabliert. Die wächst in der Finanzplanung zukünftig auf 500 Millionen Euro an. Das zeigt eben, dass wir in der Lage sind, auf diese Herausforderungen zu reagieren und die Konsolidierungsschritte zu machen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Dann müssen die Hochschulen noch mehr sparen!)

- Herr Meyer, es ist ja nicht richtig, dass wir nur bei den Hochschulen sparen. Wir haben eine globale Minderausgabe, die alle trifft, und die Fakultäten müssen damit fertig werden. Wie sie das im Einzelnen umsetzen - - - Das ist 1 % dessen, was im Haushalt untergebracht ist. Das folgt der Theorie, dass nicht alle Positionen ausgenutzt sind.

Beispielsweise bei der Universität Hannover stehen 25 bis 26 Millionen Euro in der Rücklage, und 3,2 Millionen Euro sind jetzt dort an Einsparungen zu erzielen. Die können aus dieser Rücklage finanziert werden. Die Tatsache, dass Rücklagen angesammelt worden sind, zeigt ja, dass in diesen Positionen, die wir zuweisen, Luft enthalten ist, um Rücklagen anlegen zu können. Dann ist es in Zeiten von Finanzkrisen auch legitim, globale Minderausgaben auf Einrichtungen zu legen, die vorher in ihren Einnahmen so ausgestattet waren, dass Sie davon Rücklagen anlegen konnten.

Die Handlungsmöglichkeiten des Staates sind nicht unendlich. Deswegen muss unser Ziel sein, so aus der Krise herauszukommen, dass wir möglichst zügig wieder zu ausgeglichenen Haushalten zurückkehren können. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir uns in Zukunft weniger leisten können, und wir müssen das auch mit den Menschen diskutieren.

Ich habe im Bundesrat gefordert, dass wir ein Moratorium für Gesetzgebungsverfahren machen, die außerhalb der Bekämpfung der Corona-Pandemie erhebliche Mehrausgaben bedeuten. Es ist wichtig, dass wir diese Dinge angehen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Eben haben Sie den Klimaschutz gelobt, und jetzt wollen Sie kein Gesetz machen!)

- Wir gehen diese Zukunftsaufgabe an. Sie ist in der mittelfristigen Finanzplanung unterlegt, und das wird konsequent fortgesetzt werden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich abschließend sehr herzlich bei den Fraktionen für die Ausschussberatungen bedanken. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, der Landtagsverwaltung und bei den Referentinnen und Referenten aus den Ministerien und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums sowie beim gesamten Kabinett, die alle sehr viel Zeit und Energie investiert haben, um Ihnen diesen Haushaltsplanentwurf vorlegen zu können.

Lassen Sie uns weiterhin an der Nachhaltigkeit zugunsten unseres Landes arbeiten. Solide Finanzen sind die Grundlage dafür,

(Christian Meyer [GRÜNE]: Sie haben doch keine soliden Finanzen! Rekordverschuldung!)

dass dieses Land eine gute Zukunft hat, dass dieses Land unter den Bundesländern wettbewerbsfähig ist und weiter agieren kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister Hilbers. - Meine Damen und Herren, der Kollege Stefan Wenzel von Bündnis 90/Die Grünen hat nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung um zusätzliche Redezeit gebeten. Wenn ich das Thema „Angemessenheit der Redezeit“ betrachte, gebe ich Ihnen angesichts der leichten zeitlichen Überziehung durch den Minister sechs Minuten, Herr Wenzel. Auf geht's!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Das ist aber dürftig.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Hilbers spart immer an der falschen Stelle! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Meyer, halten Sie sich bitte mit Ihren ständigen Zwischenkommentaren zurück. Das war eben schon grenzwertig.

Bitte!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminis-

ter, ich habe mir während Ihrer Rede drei Stichworte aufgeschrieben, auf die ich zurückkommen möchte.

Das erste Stichwort ist Messe AG. Dazu haben sich schon die Kollegin Modder und Herr Dr. Toepffer geäußert. Herr Dr. Toepffer,

(Zuruf von Dirk Toepffer [CDU])

bei Ihrem Beitrag habe ich mich gefragt, wie gut Sie das Messegeschäft tatsächlich verstehen. Sie kommen zwar, wie Sie gesagt haben, aus dem Wahlkreis, haben aber mal so eben die Messe-Gaststätten GmbH, eine Tochter der Messe AG, für verzichtbar erklärt. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass bei einer normalen Messe Tausende von Beschäftigten von außerhalb dazukommen, um die Messe möglichst zu machen. Dort entsteht ein riesiger Arbeitsmarkt. Er basiert darauf, dass die Stammbeschäftigten die Lage im Griff haben und dafür sorgen können, dass jede und jeder der an der richtigen Stelle eingesetzt wird. Das heißt, Sie können nicht alles outsourcen. Vielmehr brauchen Sie ein paar Leute, die wissen, wie das Geschäft funktioniert.

Meine Damen und Herren, die Messe ist ein internationaler Treffpunkt mitten in Niedersachsen, wo mehrmals im Jahr die Innovationen, die weltweit auf dem Weg sind, gezeigt werden. Dieses Geschäft wird künftig noch stärker digital, als es jetzt schon ist. Das ist eine Chance. Die CEBIT ist leider von diesem Wirtschaftsminister aufgegeben worden, was ich nach wie vor für einen schweren Fehler halte. Das Versprechen ist: Jede Messe wird jetzt eine CEBIT. - Wir werden sehen, was tatsächlich passiert. Ich glaube, im letzten Plenarsitzungsabschnitt hat er das noch mal gesagt.

Die Messe ist ein absolutes Pfund in Niedersachsen. Meine Damen und Herren, ich habe den Oberbürgermeister gehört, der ganz klar, Frau Modder, gesagt hat, dass er zu dieser Messe AG steht. Er will eine Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

Ich glaube und hoffe, dass wir uns in dieser Frage einig sind.

Der Finanzminister sitzt an mehreren Hebeln. Einerseits verhandelt er als Gesellschafter. Andererseits hat er aber als Kreditgeber bei der NORD/LB und anderen Akteuren sozusagen die Finger im Spiel. Jetzt gilt es, Nägel mit Köpfen zu machen und eine Lösung herbeizuführen. Allmählich ist

nämlich Ultimo mit den Terminen. Ich erwarte, dass sowohl der Finanzminister als auch der Ministerpräsident als auch der Oberbürgermeister, der sich eindeutig zu dieser Einrichtung bekannt hat, den Knoten durchschlagen und eine Lösung finden. Dazu ist es jetzt an der Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, zum Thema Hochschulpakt. In der vergangenen Wahlperiode hat die Landesregierung den Hochschulpakt abgeschlossen, ausdrücklich um den Hochschulen Planungssicherheit zu geben und ausdrücklich um sicherzustellen, dass z. B. Berufungsverhandlungen ordentlich geführt werden können. Dazu braucht man nämlich Rücklagen, um im Zweifel eine wirklich gute Professur an Land holen und sicherstellen zu können, dass die Finanzierung über die Laufzeit der Professur trägt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wirklich neu ist es, dass Sie den Hochschulpakt genau an dieser Stelle ohne Not infrage gestellt haben. Das jedenfalls hat Ihre Vorgängerin nicht getan. Ich halte es für fatal, dass Sie hier in die Kürzung gehen. Bildung und Hochschulen brauchen wir für die Zukunft. Wir sind ein Land ohne Rohstoffe. Das wissen wir doch alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Rohstoff sind die Bildung und die exzellente Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen, sind Innovation und Know-how. Davon lebt unsere Wirtschaft. Unsere Wirtschaft lebt doch nicht von billigen Arbeitskräften. Dass wir im Zweifel die bestqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, muss der Wettbewerbsvorteil sein, mit dem wir auch in Zukunft als Hochlohnland wirtschaftlich bestehen können.

Meine Damen und Herren, als Letztes möchte ich noch kurz das Bildungs- und Teilhabegesetz ansprechen. Das war im Ausschuss ein interessanter Diskussionspunkt. Auch dazu hat sich der GBD in interessanter Weise ausgelassen. Es geht um die Frage, wie weit eigentlich die Konnexität wirkt, wenn wir ein Landesgesetz erlassen, mit dem ein Bundesgesetz umgesetzt wird. Lassen wir die Kommunen dann im Regen stehen, oder stehen wir dazu, dass wir eine Verpflichtung gegenüber den Kommunen haben? Auch diese Frage, Herr Minister, ist ungeklärt. Das hat Ihnen der GBD auch ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines: Das Thema „kommunale Finanzen“ wird uns im nächsten Jahr an dieser Stelle sehr, sehr intensiv beschäftigen. Ich hoffe, dass sich die Mitglieder aller Fraktionen gut mit ihren Kolleginnen und Kollegen zu Hause unterhalten, um dann tragfähige Lösungen zu finden.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Wenzel. - Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Toepffer von der CDU-Fraktion gemeldet.

(Dirk Toepffer [CDU]: Ich wollte zusätzliche Redezeit erbitten, Herr Präsident!)

- Dann vergessen wir die Kurzintervention. Legen Sie los! Sie bekommen sechs Minuten.

Dirk Toepffer (CDU):

Für mich war es, Herr Präsident, gänzlich ungewöhnlich, dass der Finanzminister seine Redezeit überzieht, sodass ich mich nicht mit dem Gedanken anfreunden konnte, um zusätzliche Redezeit bitten zu können.

Lieber Kollege Wenzel, ich will Ihnen mal kurz vorlesen, was ich gesagt habe. Dieses Mal müssten Sie, bitte, zuhören. Ich habe wortwörtlich gesagt:

„Die SPD sorgt sich, dass Arbeitnehmerrechte unter dem Vorwand der Pandemie beschnitten werden könnten, beispielsweise durch Outsourcing von Unternehmensteilen. Das ist legitim! In meiner Fraktion sorgt man sich um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Wir fragen uns deshalb, ob es noch zeitgemäß ist, die Mitarbeiter, die nicht originär im Messegeschäft tätig sind - also beispielsweise Bäcker, Köche und Gärtner -, nach dem in der Deutschen Messe AG üblichen Metalltarif zu bezahlen.“

Wo bitte habe ich gesagt, dass diese Messegesellschaft keine Tochtergesellschaft braucht, die Catering und das macht, was sie derzeit tut? Das haben Sie mit Sicherheit richtig verstanden. Aber Sie behaupten Dinge, die so nie gesagt worden sind, und versuchen damit, einen Keil zu treiben.

Und, ganz ehrlich: Wahrscheinlich können Sie das auch gar nicht outsourcen, weil die in der Tat 30 % mehr verdienen als jeder Beschäftigte in der Gast-

ronomie draußen und niemand sie für diese Löhne haben will. So viel verstehe ich vom Arbeitsrecht.

Vom Messegeschäft, lieber Herr Wenzel, verstehe ich auch eine ganze Menge, weil ich dem Beirat dieses Unternehmens lange Zeit angehört habe. Daher weiß ich, dass die CEBIT völlig am Ende war, als diese Regierung an den Start gegangen ist. Es war nicht dieser Wirtschaftsminister, der die CEBIT heruntergewirtschaftet hat. Er hat sie eingestellt oder daran mitgewirkt, um größeren Schaden von der Gesellschaft zu nehmen. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen zum Messegeschäft noch etwas sagen. Die Hannover Messe konkurriert mit sechs anderen großen Messen in Deutschland. Sie ist die einzige Messe, die diese exorbitanten Löhne nach Metalltarif zahlt - die einzige! Keine andere Gesellschaft tut das. Und sie tut das in einem Umfeld, das schwer genug für sie ist. Andere Messegesellschaften sind nämlich deshalb besser aufgestellt, weil sie die Unternehmen, die dort ausstellen, quasi vor der Haustür haben.

Wenn Sie in Stuttgart mal eine Messe besuchen - und ich lade Sie dazu ein -, dann werden Sie sehen, dass da mittelständische Unternehmen sind, die direkt vor der Haustür produzieren, während wir bei uns den Nachteil haben, dass sie von weiter Ferne herkommen müssen.

Deswegen muss jeder, der dieser Messegesellschaft etwas Gutes tun will, dafür sorgen, dass sie nicht mehr Gehälter und Löhne bezahlen muss, als es die anderen Gesellschaften tun. Nur so können Sie diese Messegesellschaft retten, mit allen Beschäftigten. Das ist hier der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Toepffer.

So, meine Damen und Herren, zu der allgemeinpolitischen Debatte liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wenn Ruhe eingekehrt ist, darf ich die Tagesordnungspunkte 18 bis 22 aufrufen.

Im Rahmen der zweiten Beratung des Haushalts beginnen wir nun mit der Debatte über ausgewählte Schwerpunkte. Soweit Entschließungsanträge inhaltlich in die Beratung einzelner Einzelpläne einbezogen werden sollen, werde ich - respektive die jeweilige Sitzungsleitung - in den entsprechenden Fällen darauf hinweisen. Die Redezeitkontin-

gente entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Tagesordnung mit aktualisierten Redezeiten.

Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von jeweils acht Minuten und im Fall des Schwerpunktes „Medienfragen“ von vier Minuten nicht überschreitet. Um die Debatte zu strukturieren, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden und dabei angeben, zu welchem Haushaltsschwerpunkt Sie sprechen möchten, wie auch immer das jeweils gewünscht ist.

Als ersten Schwerpunkt rufe ich auf den

Tagesordnungspunkt 18:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Inneres und Sport

Es liegt eine erste Wortmeldung von Frau Kollegin Susanne Menge, Bündnis 90/Die Grünen vor. Frau Kollegin, ich erteile Ihnen das Wort!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Pandemie trifft die Kommunen - es ist heute häufig gesagt worden - finanziell hart. Zwar gibt es aktuelle Programme zur Teilerstattung der Steuereinnahme-Ausfälle, aber damit das Land und insbesondere unsere Kommunen handlungsfähig bleiben, brauchen wir dafür eine - Ihre Worte - stabilisierende Grundlage in unseren Kommunen.

Die Bundesregierung hat ein Klimakzept verabschiedet, aus dem ich die zentralen Zieldaten an die Kommunen herausgreife.

Erstens. Der Flächenverbrauch sollte in diesem Jahr auf 30 ha pro Tag beschränkt werden. 2050 soll für Siedlungs- und Verkehrsflächen überhaupt keine Fläche mehr verbraucht werden. Man könnte sarkastisch fragen: Wovon denn auch? Denn wir verbrauchen in diesem Jahr 2020 nicht 30 ha, sondern 50 ha pro Tag. Aktuell rentiert sich also der Verkauf von Fläche als Bauland. Sie rentiert sich aber nicht als unberührte Naturfläche.

Welche Anreize geben wir also Kommunen mit diesem Haushalt, ihren Flächenverbrauch zu reduzieren? Gar keine. Denn es bekommt auch die Kommune Mittel für Investitionen, die rundherum Gewerbegebiete ausweist - z. B. für immer größere

Online-Lagerhallen. Dass sie damit einen Großteil der zusätzlichen Lkw-Verkehre und das Aussterben innerstädtischen Gewerbes befördert, wird quasi belohnt. Ein Kurort, der Naturfläche schützt, ist da entschieden im Nachteil. Unsere Kleine Anfrage dazu hat bestätigt, dass der Landesregierung dieses Problem zwar bekannt ist. Die Notwendigkeit, hier zu handeln, wird aber nicht gesehen.

Zweitens. Emissionen sollen 2030 um 40 % bis 42 % gesenkt werden. Das 2020er-Ziel lag bei minus 34 %. Verkehr und Landwirtschaft reißen dieses Ziel gerade rigoros bei nur minus 0,2 %. Was bieten wir also Kommunen, wenn sie sich an die Veränderung der Mobilität und ihrer Landwirtschaft machen? Bezüglich ihrer Mobilität scheitern sie schon an eigenen Konzepten, weil Landes- und Bundesstraßen nach Straßenverkehrsordnung z. B. ganz andere Maßstäbe setzen. Bezüglich ihrer Landwirtschaft haben sie eventuell eine Chance, weil sich regionale Produkte und Bioprodukte immer besser verkaufen lassen. Was aber tun, wenn im Ort kaum noch jemand wohnen will und Nahversorgung, Arztbesuche, Sportvereine oder KITAS Mangelware sind?

Welche Landwirtin oder welcher Landwirt baut einen Stand dort auf, wo kaum noch jemand wohnt und wo man mit dem Supermarkt im nächsten Ort sowieso nicht konkurrieren kann? Modellkommunen, die übrigens auch gemeinsam versuchen, all das zu entwickeln, wären ein wichtiges Angebot gewesen. - Fehlanzeige.

Wir gefährden die politische Handlungsfähigkeit unserer Kommunen, die ihre Infrastruktur und das Gemeinwesen in diesen Tagen selbst haushaltspolitisch diskutieren. Die Gewerkschaften haben gerade ihre Forderungen, die für unsere Kommunen essenziell sind, benannt: Investitionen, öffentlicher Dienst, Wertschätzung und Zusammenhalt.

Gucken wir uns die Vereine und den Sport an! Der finanzielle Druck führt dazu, dass viele freiwillige Angebote gekürzt werden *müssen*. Vereinszuschüsse werden reduziert, es fehlen die Mittel für nicht organisierten Sport. Schwimmbäder und Kinderbüchereien werden geschlossen, und viele weitere Bereiche sind von Einschnitten betroffen, die die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten zusammen mit den Räten in den Kommunen demnächst auf den Weg werden bringen müssen.

Digitalisierung: Alle Kommunen, die von der Kommunalprüfung zu ihrem IT-Managementsystem befragt wurden, waren von Cyber-Attacken betroffen. Gerade kleinere Kommunen sind hier im

Nachteil und können die Chancen der Digitalisierung überhaupt nicht nutzen. Datenschutz ist ein hohes Gut, und er schützt auch unseren Rechtsstaat. Auch wenn die niedersächsische Datenschutzbehörde die Beratungs- und Kontrolltätigkeit für Kommunen durch besondere Angebote gestärkt hat, steigt die Zahl der Anfragen an das Landesamt und damit auch der Personalbedarf. Für die IT-Begleitung und datenschutzrechtliche Prüfungen von Unternehmen und Kommunen fordern wir daher weitere Stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Migration: Im migrationspolitischen Teil des Haushaltsplanentwurfes wird auch dieses Jahr wieder die Ignoranz der Großen Koalition gegenüber dem weiterhin großen Bedarf an Integrationsleistungen offenbar. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, es ist doch mitnichten so, dass wir und die Kommunen angesichts sinkender Zuwanderungszahlen weniger Integrationsleistungen bräuchten. Integration ist eine langfristige Aufgabe. Die deutsche Sprache lernt man nicht in ein oder zwei Jahren, auch Teilhabe an unserem gesellschaftlichen und politischen System nicht. Selbst die Aufnahmegesellschaft lernt nicht im Handumdrehen, mit gesellschaftlicher Vielfalt umzugehen. Bei ihr sind schnell antidemokratische und fremdenfeindliche Tendenzen zu erkennen, sobald die Situation fordernder wird. Das können wir ganz unabhängig vom Migrationspaket an der Corona-Situation beobachten.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Wir fordern deshalb, die Kürzung der Mittel für die Förderung der Teilhabe zugewanderter Menschen und der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier geht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der gerade in diesen Zeiten so wichtig ist. Machen Sie nicht den Fehler, ihn aufs Spiel zu setzen, um ein paar Hunderttausend Euro zu sparen, wo an anderer Stelle mit Milliarden nicht geizt wird.

Beim Sonderfonds zur Unterstützung und Förderung des lebenslangen Lernens wird im Haushaltsplanentwurf ebenfalls seit Jahren gekürzt. Die Landesregierung ignoriert auch in diesem Jahr wieder die Lage und versucht, sie zu beschönigen. Dass hier Mittel deutlich angehoben werden müs-

sen, um dem Bedarf in Höhe von 30 Millionen Euro gerecht zu werden, ist uns allen klar.

Ebenso sind weiterhin Mittel für die Fortsetzung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe erforderlich. Wir können doch allesamt froh sein, dass sich Menschen in den Kommunen hier so stark engagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie engagieren sich übrigens auch in der Kommission für Migration und Teilhabe. Seit einem Jahr arbeitet diese Kommission des Landes intensiv an der Auseinandersetzung mit Rassismus. Der Aktionsplan gegen Rassismus ist ein großartiges und längst überfälliges Angebot an uns alle. Einstimmigkeit in der Kommission über den Aktionsplan - Sie alle haben ihn mitgetragen. Breite und zustimmende Unterstützung der Fraktionen. Und was passiert? Sie beteuern zwar einmütig, dass Sie den Aktionsplan total wichtig und notwendig finden, aber die Mittel in Höhe von knapp 1 Million Euro haben Sie im Haushalt nicht veranschlagt.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Unfassbar!)

Im Rahmen der Studie zu Polizeiarbeit und Rechtsextremismus soll untersucht werden, wie sich der Alltag der Polizei auf das Verhalten und die Einstellung der Polizeibeamtinnen und -beamten auswirken kann. Auch unser Innenminister wirbt für eine Polizeistudie, die auch Extremismus in den Fokus nimmt. Wir greifen die Initiative der SPD-Landtagsfraktion auf und unterstützen im Haushalt 2021 das Programm „Polizeischutz für die Demokratie“ zur Stärkung einer offenen und dialogorientierten Bürgerpolizei mit weiteren Haushaltsmitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zielführender ist es, wenn wir dabei darauf achten, dass Rassismus und Rechtsradikalismus auseinandergehalten werden sollten. Ich wiederhole mich: Rassismus betrifft uns alle.

(Beifall bei den GRÜNEN - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Katastrophenschutz: Wir sehen einen Zuschussbedarf für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen in Höhe von rund 4,3 Millionen Euro. Dieser Betrag ist dringend erforderlich für die Erfüllung des landeseinheitlichen Konzeptes für die Anschaffung von Spezialfahrzeugen und des hier bestehenden Nachholbedarfs. Der Landesbeirat Katastrophenschutz

hat bereits 2018 einen jährlichen Betrag von 6 Millionen Euro hierfür eingefordert.

Ich möchte eine grundsätzliche Kritik an unseren Haushaltsplänen - und ich schließe mich ausdrücklich ein - üben, weil wir uns in einem Paradigmenwechsel befinden. So, wie wir es machen, können sie für die nächsten zehn Jahre nicht mehr die Grundlage sein.

So, wie wir diese Haushalte gestalten und verabschieden, gehorchen wir einem nach meiner Ansicht völlig veralteten Prinzip, das fein trennt in Sektoren und den Geldbedarf pro Sektor errechnet. Wir gucken nämlich nicht, was interdisziplinäres Zusammenarbeiten bedeutet, welche Zusammenhänge und Chancen eigentlich notwendig sind und wie wir das sektorübergreifend bewerten müssen.

Wir wissen, dass sich die Welt verändert und mit ihr die Produktion, der Handel, die Arbeit, die Arbeitsplätze usw. Die uns nachfolgende Generation wird herausgefordert sein, unsere Hinterlassenschaften - und dazu zähle ich auch festgefahrene Systeme und Strukturen - zu bewältigen, und zwar so, dass es eine Chance gibt, ein Weiterleben mit dem Klimawandel zu gestalten.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Menge. - Es geht weiter mit der SPD-Fraktion. Ich rufe den Kollegen Ulrich Watermann auf. Herr Watermann, Sie haben das Wort.

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, in der wir einer großen Herausforderung begegnen. Wir sind ihr schon einmal begegnet, und zwar im Zusammenhang mit der großen Welle der Schutzsuchenden, die zu uns kamen. Das ist eine Situation, in der wir Politik gestalten, die verlässlich ist, die grundsolid sein muss, die Probleme aufgreift und dafür Lösungen bietet.

Ich rede über einen Innenhaushalt, der dies mit 2,7 Milliarden Euro und einer Steigerung um 41 Millionen Euro ganz solide tut. In Zeiten wie diesen tut es, glaube ich, gut, wenn auf der einen Seite nicht überschwänglich Dinge gelobt werden, auf der anderen Seite aber auch in der Kritik ein bisschen Mäßigung geübt wird.

Denn ich glaube, dass diejenigen, die unsere Politik von außen begleiten, es gut finden, wenn sie sich auf Solides verlassen können. Und solide verlassen kann man sich auf diesen Innenhaushalt. Denn er stellt dar, dass die Polizei ein wichtiger Faktor ist. Die 2017/2018 650 neu eingestellten Anwärter werden im nächsten Jahr ihren Dienst aufnehmen. Wir reden also über mehr Polizei - über die meisten Polizeistellen, die wir je hatten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir investieren bei der Polizei in Ausbildung und in die Entwicklung des IT-Bereichs. Ich sage ganz deutlich: Wir gehen auch respektvoll mit den Sicherheitskräften um. Wir skandalisieren nicht, sondern wir stecken viel in die Ausbildung und in die bestehenden Fragestellungen vor dem Hintergrund verschiedener Studien, um diese Sicherheit darzustellen und die gute Ausbildung noch zu stärken.

Wir bemühen uns auch um das Thema Cyber-Kriminalität. Wir versetzen unser LKA in die Lage, Projekte entwickeln zu können, um ihr Herr zu werden.

Wir haben also einen Innenhaushalt, der Sicherheit durch die Polizei darstellt.

Über die mittelfristige Finanzplanung ist die Ausstattung des Katastrophenschutzes mit Fahrzeugen abgebildet. Bei den Rettungskräften, bei den Blaulichtorganisationen greifen wir gerade wieder auf Menschen zurück, die uns in der aktuellen Zeit helfen. Sie haben uns auch damals geholfen, als die Schutzsuchenden kamen. Dafür möchte ich mich recht herzlich bei ihnen bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir geben trotz angespannter Finanzsituation auch nach wie vor viel Geld für den Sportbereich aus. Wir stützen die Vereine, die ihren Betrieb aktuell nicht aufrechterhalten können. Aber wir geben auch dem Landessportbund immense Mittel, um diese Arbeit zu begleiten.

Wir haben eine halbe Million Euro zusätzlich für die Integration im Sport zur Verfügung gestellt. Ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Bestandteil, den Vereinen eine Perspektive für die Zeit nach Corona zu geben.

Meine Damen und Herren, man kann die kommunale Seite so betrachten, wie das eben geschehen ist - aus einer defizitären Perspektive. Ich neige nicht so sehr dazu, weil ich glaube, dass die Kom-

munen den bestehenden Herausforderungen gerecht werden. Und wir werden unserer Verantwortung gerecht. Wir werden das tun, was wir tun können. Ich glaube, auch die kommunale Seite muss im Rahmen einer Aufgabenkritik bestimmte Dinge umsteuern - so, wie wir das mit diesem Landeshaushalt auch machen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden also über etwas Grundsolides - nicht über neue, sprudelnde Ideen. Aber in Zeiten wie diesen, in denen wir uns einer solchen Situation ausgesetzt sehen, ist es, glaube ich, auch einmal ganz angenehm, solide Politik zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns beschäftigt noch etwas, was uns auch in diesem Landtag schon oft beschäftigt hat: nämlich unsere Kommunikation. Wir setzen uns über die richtigen Ideen auseinander und stellen die Frage, ob man hier oder dort noch einen anderen Akzent setzen kann. Ich glaube, dass es auch denen, die draußen in Verantwortung sind - den Sicherheitskräften, den Kräften in den Pflegeeinrichtungen, aber auch in den Krankenhäusern und in vielen anderen Bereichen -, viel besser ginge, wenn es von uns nicht jeden Tag eine weitere Zuspitzung gäbe. In Corona-Zeiten müssen wir als Demokraten aufpassen, dass wir nicht weiter an dieser Schraube drehen und nur noch den Skandal in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

In der Debatte bis jetzt gab es nicht so viele Zuspitzungen, aber einige waren da. Ich glaube, allen ist am meisten geholfen, wenn wir weiter solide Politik machen. Ich neige ja manchmal auch dazu, zuzuspitzen. Aber ich sage es ganz deutlich: In Zeiten wie diesen mag ich das nicht mehr. Ich kann es kaum noch ertragen, dass wir uns bei den Zuspitzungen immer weiter nach oben bewegen. Ich werde meine zwölf Minuten Redezeit nicht ausnutzen und Ihnen die letzten fünf Minuten schenken. Vielleicht schenken Sie mir dafür einen Gedanken daran und überprüfen, wann man etwas weniger zuspitzen könnte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Watermann. - Es folgt jetzt für die FDP-Fraktion Kollege Dr. Marco Genthe. Herr Dr. Genthe, Sie haben das Wort. Bitte!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die innere Sicherheit bleibt ein zentrales Thema in Niedersachsen, insbesondere in der aktuell pandemiebedingt inzwischen sehr aufgeheizten Situation.

Die verschiedenen von der Regierung beschlossenen Verordnungen bedeuten insbesondere für die Polizei eine große Herausforderung. Die Verordnungen stellen die Beamten deswegen vor große Probleme, weil die Politik es nach wie vor versäumt, ihre Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu erklären. So werden die Beamten der Polizei und die Ordnungsämter diese Defizite ganz besonders über die Feiertage und auch über Silvester zu spüren bekommen.

Aber die Verordnungen sind leider nicht die einzige schwierige Grundlage, mit der die Beamten arbeiten müssen. Seit Mai 2019 haben wir in Niedersachsen ein neues Polizeigesetz, das - zum Nachteil der niedersächsischen Polizeibeamten und Bürger - leider an etlichen Punkten - sagen wir mal - sehr umstritten ist. Vor allem ist es auch nicht europarechtskonform. Bereits seit Mai 2018 hätte die europäische JI-Richtlinie komplett umgesetzt sein müssen. Die entsprechenden Anpassungen im Polizeigesetz hat die Landesregierung bis heute nicht vorgenommen. Meine Damen und Herren, das ist unglaublich. Es reicht eben nicht, die EU in einem extra geschaffenen Ministerium abzufeiern, sondern man muss sie auch im Tagesgeschäft ernst nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch in anderen Bereichen wird die Polizei stiefmütterlich behandelt. Sie lassen leider in diesem Haushaltsentwurf Ihren großen Versprechungen im Koalitionsvertrag keine Taten folgen. Im Koalitionsvertrag haben Sie noch angekündigt, bis zu 3 000 dringend benötigte Stellen - Vollzug und Angestellte - bei der Polizei schaffen zu wollen. Davon kann doch jetzt gar keine Rede mehr sein! Der Innenminister plant für das Jahr 2021 keine zusätzlichen Anwärter einzustellen, und auch auf der politischen Liste findet sich dazu nichts. Im Gegenteil: Sie kürzen sogar Dutzende Stellen bei der Polizei. Das wird dazu führen, meine Damen und Herren, dass bis Ende 2022 nicht einmal 2 000 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen sein werden. Sie haben also Ihr Ziel deutlich verfehlt.

Umso bedenklicher ist das vor dem Hintergrund, dass Herausforderungen wie die Clankriminalität endlich konsequent angegangen werden sollen. Hinzu kommt die bereits erwähnte angespannte gesellschaftliche Lage. Das kann man sehr deutlich an der gestiegenen Zahl von Angriffen auf Vollstreckungsbeamte erkennen, meine Damen und Herren. Darauf muss man einfach mit mehr Personal reagieren. Deswegen steuern wir dem entgegen und kompensieren mit unserem Änderungsantrag 60 Stellen bei der Polizei, die Sie kürzen wollten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben im Landtag bereits ausführlich über das Thema Clankriminalität gesprochen. Im Zuge der Anpassung richten Sie ständige Ermittlungsgruppen für den Bereich Organisierte Kriminalität ein, die sich auch mit der Clankriminalität beschäftigen sollen. Das ist immerhin ein kleiner Schritt in die Richtung, die wir als Freie Demokraten bereits seit zweieinhalb Jahren mit einem Entschließungsantrag verfolgen.

Eine weitere Baustelle sind die Bedingungen, unter denen unsere Polizeibeamten weiterhin arbeiten müssen. Bei den Gebäuden der Polizei besteht ein Sanierungsstau von über 120 Millionen Euro. Dass Ratten durch Dienstgebäude laufen und es verfaulte Fenster gibt, ist inzwischen wahrscheinlich jedem bekannt, meine Damen und Herren. Trotzdem unternimmt diese Landesregierung praktisch nichts dagegen - ganz im Gegenteil! Dass das Gewerbeaufsichtsamt Teile des Kriminaltechnischen Instituts schließen muss, ist für mich absolut unglaublich.

(Zustimmung von Susanne Menge
[GRÜNE])

Obwohl Sie wussten, dass die betreffenden Arbeitsplätze in den Laboren gesundheitsgefährdend sind, haben Sie die Beamten dort weiterarbeiten lassen - von den Auswirkungen auf laufende Strafverfahren einmal ganz abgesehen! Meine Damen und Herren, dafür fehlt mir jedes Verständnis.

(Beifall bei der FDP und bei den
GRÜNEN)

Als Arbeitgeber haben Sie auch eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beamten. Man kann doch nicht sehenden Auges ihre Gesundheit gefährden!

(Zuruf von der CDU: Das ist aber
starker Tobak!)

Dass der seit einem Jahrzehnt geplante Neubau des Landeskriminalamtes jetzt schon wieder gescheitert ist, ist ein weiteres unfassbares Versagen dieser Landesregierung.

Ein weiteres Beispiel: Seit drei Jahren bekommen Sie es nicht hin, eine Ausschreibung für neue Polizeihubschrauber auf den Weg zu bringen - und das, obwohl nur zwei von vier Maschinen fliegen, und selbst das nicht einmal lang - jedenfalls dann nicht, wenn ein voll ausgerüstetes SEK mit an Bord ist.

(Widerspruch von Meta Janssen-Kucz
[GRÜNE])

Nicht einmal das Budget für die persönliche Ausrüstung der Polizeibeamten ist auskömmlich. Meine Damen und Herren, für uns jedenfalls sieht Wertschätzung der herausragenden Arbeit der Polizisten anders aus. Da muss auf jeden Fall sehr vieles nachgebessert werden!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung
von Susanne Menge [GRÜNE])

Außerdem kann ich nicht verstehen, dass diese Landesregierung den Katastrophenschutz derart stiefmütterlich behandelt. Dass die Kommunen jetzt besser bei der Finanzierung ihrer Feuerwehren unterstützt werden, ist richtig und wichtig. Aber Sie vergessen völlig die im Katastrophenschutz tätigen Organisationen wie das DRK oder die DLRG,

(Sebastian Lechner [CDU]: „Völlig“ ist
jetzt auch völlig falsch!)

obwohl Sie wissen, dass der Fuhrpark der Hilfsorganisationen bereits seit Jahren wirklich veraltet ist.

Insbesondere vor dem Hintergrund der klimatischen Veränderungen halte ich diese Entscheidung für fatal. Wir haben in diesem Zusammenhang bereits Mitte 2019 einen umfangreichen Antrag zum Wald- und Flächenbrandschutz vorgelegt.

(Sebastian Lechner [CDU]: Ja, dafür
sind doch die Feuerwehren da!)

Dieser beinhaltet ganz konkrete Vorschläge, wie der Katastrophenschutz auf die klimatischen Veränderungen vorbereitet werden sollte. Doch auch an dieser Stelle kommen Sie nicht weiter.

Meine Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, weil er mir sehr am Herzen liegt: die Straßenausbaubeiträge. Wir haben schon oft über dieses Thema gesprochen, und ich kann

Ihnen versprechen: Wir werden das auch weiterhin tun.

Uns erreichen Schreiben von betroffenen Bürgern, die mit fünfstelligen Summen belastet werden. Liebe Kollegen von der SPD und der CDU, was ist Ihre Antwort an diese Bürger? - Die Antwort ist: Sie können ja eine zinsfreie Ratenzahlung der Straßenausbaubeiträge über 20 Jahre vereinbaren. - Mit anderen Worten: Sie können die Schulden Ihren Kindern vererben. Denn genau das schlagen Sie mit Ihrer sogenannten Flexibilisierung der Straßenausbaubeiträge vor.

Auch viele Menschen, die ein kreditfinanziertes Haus abbezahlen, um im Alter unabhängiger zu sein und ihren Kindern einen Wert zu hinterlassen, sind durch die Corona-Pandemie in Schwierigkeiten geraten. Ihre Straßenausbaubeiträge können solche Menschen zwingen, ihr Vorhaben aufzugeben. Das ist gesellschaftspolitisch und auch volkswirtschaftlicher Irrsinn, meine Damen und Herren.

Aus diesem Grund fordern wir mit unserem Änderungsantrag auch zu diesem Haushaltsplanentwurf wieder 50 Millionen Euro zur Kompensation für die Kommunen. Meine Fraktion und ich bleiben dabei: Die Straßenausbaubeiträge sind unsozial, ungerecht und gehören - wie inzwischen in zehn anderen Bundesländern - auch in Niedersachsen abgeschafft!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung schneide ich an dieser Stelle nur kurz an, weil sie sich durch den ganzen Haushalt zieht. Gerade das Corona-geprägte Jahr 2020 hat gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung ist, sei es im Kontext des Homeoffice oder beim Wahrnehmen von Behördenterminen. Unser Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf umfasst daher 10 Millionen Euro für die Digitalisierung der Landesverwaltung, insbesondere für die Schaffung von mobilen Arbeitsplätzen.

Meine Damen und Herren, der Rechtsstaat ist das Fundament für den Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft. Die Politik muss die Sicherheitsbehörden so ausstatten, dass der Rechtsstaat nicht nur auf dem Papier existiert, sondern dass er auch durchgesetzt werden kann. Ihr Haushalt wird diesem Anspruch nicht ausreichend gerecht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Genthe. Das war beinahe eine Punktlandung; so lieben wir das.

(Dr. Marco Genthe [FDP]: So bin ich!)

Jetzt ist die CDU-Fraktion an der Reihe, die ihre Redezeit aufteilt. Es beginnt Herr Kollege Lechner. Bitte!

Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten diesen Innenhaushalt in Zeiten aufzustellen, in denen die klare Botschaft ist, dass in den kommenden Jahren nicht mehr der finanzielle Spielraum vorhanden sein wird, den wir in den letzten Jahren noch hatten.

Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen und die nötigen Schwerpunkte im Innenhaushalt setzen. Insofern habe ich mich schon gewundert, Frau Menge und Herr Dr. Genthe: Was Sie an Ausgabensteigerungen und Programmen vorgeschlagen haben, wäre aus unserer Sicht weder seriös noch verantwortungsvoll im Innenhaushalt des nächsten Jahres finanzierbar.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Sie haben recht: Wir stehen vor großen Herausforderungen. Ich nenne etwa die Themen Extremismus, Cybermobbing und Hasskriminalität, die wir eingehend beobachten, oder auch die immer noch hohe und zunehmende Gefahr des Terrorismus.

Meines Erachtens haben wir als Koalitionsfraktionen zusammen mit dem Innenminister hiermit einen sehr ausgewogenen, diesen Herausforderungen begegnenden Haushalt für das Innenministerium vorgelegt, der eine gute Arbeitsgrundlage für unsere Sicherheitsbehörden im nächsten Jahr bilden wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben dabei fünf Schwerpunkte gesetzt, die uns besonders wichtig sind.

Der erste Schwerpunkt ist die Polizei. Herr Birkner ist jetzt leider nicht anwesend; unser Koalitionsvertrag wurde heute schon zweimal zitiert. Es ist richtig, dass darin steht, dass CDU und SPD anstreben, bis zu 3 000 Einstellungsmöglichkeiten bei der Polizei zu schaffen. Den nächsten Satz hat die FDP aber wohlweislich weggelassen. Denn da steht: In einem ersten Schritt wollen wir 1 500 Stel-

len für Vollzugskräfte, Verwaltungskräfte und Spezialisten in der Polizei schaffen.

Die schöne Botschaft ist: Mit der im Haushaltsentwurf vorgesehenen Umwandlung der Anwärterstellen in Vollzeitstellen und den Anwärterstellen, die wir in den letzten zwei Jahren geschaffen haben, haben wir dieses Ziel erreicht. Wir haben heute einen nie dagewesenen Höchststand bei den Einstellungsmöglichkeiten der Polizei. Ich finde, das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg dieser Koalitionsfraktionen, den wir uns auch nicht kleinreden lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Dieser Erfolg wird in den nächsten Jahren, wenn die Anwärterstellen auf die Kommissariatsstellen zulaufen, in der Fläche spürbar werden.

Wir werden ein weiteres Thema anpacken, das in der Vergangenheit meines Erachtens noch zu stiefmütterlich behandelt wurde: den Datenaustausch mit den anderen Bundesländern, dem Bund und auch mit der europäischen Ebene. Ich danke sowohl der Bundesebene als auch der Ministerebene, dass wir uns mit dem IT-Fonds jetzt endlich auf den Weg machen zu einer konsistenten und harmonisierten IT-Landschaft, in der der Datenaustausch in Zukunft besser gelingen wird, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das ist ein erwähnenswerter und nicht zu unterschätzender Punkt. Dafür geben wir 3,8 Millionen Euro aus.

Zweiter Schwerpunkt, Katastrophenschutz: Eben hieß es, dass wir nur wenig für den Katastrophenschutz täten. Herr Dr. Genthe, wir haben die Investitionen für Fahrzeuge des Katastrophenschutzes - nicht der „weißen Einheiten“, sondern auch der „roten Einheiten“ der Hilfsorganisationen - schon im letzten Jahr um 1,5 Millionen Euro erhöht, während wir die Investitionen in diesem Jahr noch einmal um 1 Million Euro erhöhen und in den nächsten vier Jahren jeweils 2,5 Millionen Euro beisteuern werden, womit wir den Mitteleinsatz höher halten als in den vergangenen Jahren.

Warum? - Weil wir exakt das möchten! Wir möchten, dass von diesen Mitteln Feuerwehrfahrzeuge für die Bekämpfung von Vegetationsbränden angeschafft werden. Und damit stärken wir unsere Hilfsorganisationen! Damit stärken wir den Katastrophenschutz vor Ort! Das ist auch ein Beitrag für die Kommunen. Und ich finde, uns ist hiermit etwas richtig Gutes gelungen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Zudem werden wir den Katastrophenschutz umstrukturieren. Es wird ein Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz geben. Auf Drängen der CDU wird es mit sechs Regionalbüros auch weiterhin eine Verortung in der Fläche geben.

Wir haben in diesem Jahr im Rahmen des Corona-Bündelungsgesetzes das Katastrophenschutzgesetz angepasst, was uns jetzt zugutekommt. Denn wir können über dieses Gesetz jetzt die Impfzentren - auch über die Katastrophenschutzorganisationen - aufbauen. Wir stellen im Haushalt eine Viertelmilliarde Euro zur Verfügung, damit wir diese Impfzentren aufbauen können. Dass wir dazu die Katastrophenschutzorganisationen heranziehen können, liegt auch an unserer Gesetzesänderung. Insofern sind wir alles andere als nicht gut im Katastrophenschutz unterwegs! Das ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit, und zwar ein, wie ich finde, gelungener Schwerpunkt!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Ein Schwerpunkt, über den ich mich sehr gefreut habe, ist das Verfassungsschutzgebäude. Lieber Kollege Uli Watermann und auch alle anderen, wir wissen genau, wie unser Verfassungsschutz aktuell untergebracht ist, und ich glaube, das weiß auch Herr Dr. Genthe. Und, lieber Thomas, ich glaube, die aktuelle Unterbringung des Verfassungsschutzes ist nicht mehr lange tragbar.

Wir haben in den letzten Jahren 50 neue Stellen geschaffen, den Verfassungsschutz technisch aufgestockt, und nun kümmern wir uns auch um die Unterbringung. Es ist gut und richtig, dass wir die Verpflichtungsermächtigung eingesetzt haben, um jetzt die Möglichkeit zu haben, dieses Gebäude grundsätzlich zu sanieren, zu restaurieren und auch technisch aufzurüsten. Dann haben wir am Ende einen Verfassungsschutz, der personell verstärkt ist, technisch aufgerüstet ist und auch noch besser untergebracht ist. Ich glaube, das ist ein wirklich großer Erfolg dieser Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Wir haben auch neue Mittel für die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen vorgesehen, und zwar 21 Millionen Euro zur verstärkten Anmietung von Flächen und Unterbringungsmöglichkeiten. Denn erstens wird es im nächsten Jahr vielleicht einen Flächenabgang geben, und zweitens gibt es das von der CDU sehr geschätzte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“.

Als Konsequenz dieses Gesetzes gibt es mehr Flüchtlinge in unseren Aufnahmebehörden. Die CDU wünscht sich ehrlicherweise ein noch stringenteres und konsequenteres Vorgehen. Wir würden - gerade jetzt, da wir die Kapazitäten auch im nächsten Jahr ausweiten wollen - gerne nochmal über die Themen „Integrationsverweigerer“ und „Mitwirkungsverweigerer“ sprechen, also auch über all diejenigen, die keinerlei Anstrengungen unternehmen, bei der Identitätsfeststellung mitzuwirken.

Aus unserer Sicht muss es möglich sein, dass wir all diejenigen, die bei dem Prozess der Identitätsfeststellung nicht mitwirken, nicht mehr auf die Kommunen verteilen, weil es genau diese Fälle sind, die bei den Kommunen zu wirklich großen Schwierigkeiten führen.

(Zuruf von Eva Viehoff [GRÜNE])

Die CDU-Fraktion wünscht sich, dass wir eine Arbeitsteilung erreichen, Frau Kollegin, sodass wir die komplizierten Fälle bei der Identitätsfeststellung in der Landesaufnahmebehörde bearbeiten und die Fälle mit guter Bleibe- und Integrationsperspektive auf die Kommunen verteilen. Diesen Weg sollten wir nächstes Jahr einschlagen!

(Beifall bei der CDU und Zurufe von den GRÜNEN)

Letzter Punkt, E-Government: In den letzten Jahren haben wir mit dem Masterplan Digitalisierung und dem Handlungsplan „Digitale Verwaltung und Justiz“ ein Sondervermögen von über 150 Millionen Euro geschaffen. Jetzt packen wir noch einmal 4,18 Millionen Euro für IT.Niedersachsen dazu, um die Digitalisierung der Verwaltung und das Thema E-Government nach vorne zu bringen. Die Kommunen warten auf die Basisdienste. Die Bürger warten auf das Bürger- und das Unternehmenskonto.

Insofern ist es die klare Auffassung der CDU-Fraktion, dass wir nächstes Jahr gerade in diesem Bereich wirklich mess- und fassbare Erfolge brauchen. Wir sollten den Schub, den wir jetzt in Pandemiezeiten bei der Digitalisierung haben, nutzen, wir sollten ihn mitnehmen, und wir sollten im nächsten Jahr Fortschritte beim E-Government machen. Insofern finde ich es richtig, dass wir hier Geld einstellen. Das muss ein Schwerpunkt im nächsten Jahr sein! Der Haushalt bietet dazu alle Möglichkeiten, und insofern sollten wir das auch umsetzen.

Das sind fünf Schwerpunkte, die wir als CDU-Fraktion in diesem Haushalt sehen. Ich finde, es ist ein gelungener Haushalt.

Ich bedanke mich bei den Koalitionären, lieber Uli Watermann, für die Zusammenarbeit. Ich bedanke mich beim Innenminister für die Entwurfserarbeitung und für die guten Beratungen.

Insgesamt haben wir damit, glaube ich, eine herausragend gute Arbeitsgrundlage für unsere Sicherheitsbehörden geschaffen.

Am Ende will ich mich bei all denjenigen bedanken, die auf Basis dieses Haushaltes im nächsten Jahr arbeiten müssen und die schon in diesen Pandemiezeiten einen hervorragenden Job machen, nämlich bei unseren Polizisten, bei den Feuerwehrleuten, bei den Krankenschwestern. Bei all denjenigen, die von diesem Haushalt profitieren werden und die ihre Arbeit auf dieser Basis machen, möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Sie leisten eine ganz tolle Arbeit! Wir wertschätzen sie durch diesen Haushalt.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Lechner. Sie haben eine Restredezeit von 1:37 Minuten zurückgelassen. Der Kollege Bock möchte davon einstweilen keinen Gebrauch machen.

Ich warte auf weitere Wortmeldungen. - Es gibt keine. Dann darf ich die Landesregierung aufrufen. Herr Minister Pistorius, bitte sehr! Sie haben das Wort, Herr Minister.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den veränderten Rahmenbedingungen ist heute schon vieles - auch vieles Richtige - gesagt worden. Die Folgen dieser Pandemie - das ist klar - sind auch im Bereich des Ministeriums für Inneres und Sport deutlich zu spüren.

Die bevorstehende Verfügbarkeit eines Impfstoffs - oder sogar mehrerer Impfstoffe - sowie die im Aufbau befindlichen Impfzentren lassen uns zwar allmählich Licht am Ende des Tunnels sehen, doch bis dahin ist es noch ein langer Weg.

Natürlich hat die Bekämpfung der Pandemie aktuell und auch absehbar im Jahre 2021 Vorrang. Gleichzeitig müssen wir aber darauf achten, dass zentrale Aufgaben nicht vernachlässigt werden, sondern dass wir bei ihnen weiter vorankommen. Das ist ein Balanceakt unter schwierigen Bedingungen.

Mit dem vorliegenden Haushalt für den Geschäftsbereich meines Hauses ist es uns gelungen, das Gleichgewicht in dieser Lage zu wahren. Wir bekämpfen die Pandemie auf allen Ebenen und stellen gleichzeitig die notwendigen Weichen für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie mich einige Schwerpunkte nennen:

Der erste Bereich, den ich an dieser Stelle natürlich darstellen möchte, sind die Mittel, die der niedersächsischen Polizei künftig zur Verfügung stehen werden. Ein ganz wichtiger Schritt - es ist angesprochen worden, aber es ist mir besonders wichtig, weil es mich über Jahre auch auf den IMKs beschäftigt hat - zur Stärkung der Polizeiarbeit wird die Bund-Länder-übergreifende Harmonisierung der polizeilichen IT sein. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren, als um die gemeinsame Aufgabe, das Informationswesen der Polizeien des Bundes und der Länder zu vereinheitlichen und zu harmonisieren. Dasselbe gilt für die IT der ermittlungsführenden Dienststellen und der Zollverwaltung.

Die finanzielle Beteiligung Niedersachsens an dem dafür neu eingerichteten IT-Fonds wird mit dem Haushalt 2021 sichergestellt. Rund 3,8 Millionen Euro stehen dafür im Jahr 2021 zur Verfügung.

Von der Zusammenarbeit von Bund und Ländern - das sage ich sehr deutlich - und der Schaffung einheitlicher Standards im polizeilichen IT-Bereich wird die niedersächsische Polizei nachhaltig profitieren - und damit wir alle in Niedersachsen.

Besonders wichtig, meine Damen und Herren, ist mir auch: Eine starke Polizei braucht entsprechendes Personal. Ich habe mich deshalb seit meinem Amtsantritt im Jahre 2013 schon mit Nachdruck dafür eingesetzt, die niedersächsische Polizei umfassend zu stärken. Mit mehr als 22 000 Stellen im Polizeivollzug - inklusive der Anwärterstellen - haben wir einen historischen Höchststand erreicht.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Dieses deutliche Plus an Polizei macht unser Land nicht nur sicherer; es hat es uns u. a. im vergangenen Jahr auch ermöglicht, eine wichtige strategische Organisationsanpassung vorzunehmen.

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Wir haben sinkende Kriminalitätszahlen. In diesem Jahr - das sagen alle zu Recht - hat das viel mit Corona zu tun. Aber wir hatten auch in den drei oder vier Jahren davor schon sinkende Kriminalitätszahlen. Das ist der Erfolg einer herausragend guten Arbeit der niedersächsischen Polizei.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 und dem Nachtragshaushalt 2018 wurden insgesamt 650 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten im Vollzug geschaffen. Die daraufhin zum 1. April und 1. Oktober 2018 eingestellten Anwärterinnen und Anwärter werden ihr Studium an der Polizeiakademie im kommenden Jahr abschließen und dann die Polizei unmittelbar und echt verstärken. - Meine Damen und Herren, dafür wird es dann erforderlich sein, mit dem Haushalt 2021 die genannten 650 Anwärterstellen in Kommissarstellen umzuwandeln.

Mich freut zudem sehr - auch wenn es in der Summe ein kleiner Betrag ist, ist mir das sehr wichtig -, dass nach den parlamentarischen Beratungen nun weitere 200 000 Euro für unsere 2019 gestartete Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle nutze ich sehr gerne die Gelegenheit, noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Beschäftigten der niedersächsischen Polizei zu richten - übrigens gerade auch in Zeiten der Corona-Pandemie. Die niedersächsische Polizei hat sich in den vergangenen Monaten wieder einmal und ganz besonders als das gezeigt, als das wir sie immer sehen wollten, nämlich als eine Bürgerpolizei, die konsequent, aber umsichtig und angemessen mit dieser auch für sie außerordentlich schwierigen - und neuen - Situation umgeht. Die Art und Weise, wie sie Regelungen durchgesetzt und die Bürgerinnen und Bürger auf ihr Verhalten angesprochen hat, hat bei mir zu einer großen Anzahl von positiven Zuschriften und Meinungsäußerungen geführt, über die ich als verantwortlicher Minister mich außerordentlich gefreut habe.

Das ist ein gutes Signal und zeigt: Die Polizei in Niedersachsen genießt nach wie vor allergrößtes Vertrauen bei den Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Landesaufnahmebehörde in Niedersachsen. Fakt ist: Die LAB NI ist organisatorisch und personell gut aufgestellt. Das ist in diesem Jahr einmal mehr deutlich geworden. Wir haben auch in Corona-Angelegenheiten wenige Schwierigkeiten gehabt in unseren überschaubar großen Einrichtungen, die gut und verantwortlich geführt werden.

Dennoch ist es unverzichtbar, die vorhandenen Unterbringungskapazitäten zu erweitern. Das hat mehrere Gründe. Zum einen wird sich - das ist angesprochen worden - die Verweildauer bestimmter Personengruppen in den Einrichtungen der Landesaufnahmebehörde verlängern; das ist u. a. eine Folge des Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, des „Geordnete-Rückkehr-Gesetzes“, das im August 2019 verkündet wurde. Außerdem - das haben wir sehr früh in den Blick genommen - wird aller Voraussicht nach Ende 2022 eines der beiden großen Ankunftszentren in Niedersachsen, der Standort Bad Fallingb., zur Eigennutzung an die Bundeswehr zurückgegeben werden müssen.

Im Kapitel 0328 ist deswegen eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 21 Millionen Euro für die Anmietung eines neuen Standortes für eine Erstaufnahmeeinrichtung für die Landesaufnahmebehörde veranschlagt. Zusammen mit der Landesaufnahmebehörde prüfen wir aktuell intensiv die Möglichkeiten der Erweiterung der Kapazitäten, und zwar sowohl im vorhandenen Bestand der LAB NI als auch Alternativen anderer Art. Die besonderen Erfahrungen dieses Jahres, d. h. die sichere Aufnahme zahlreicher Menschen in Zeiten einer Pandemie, fließen in diese Prüfung natürlich ein.

Meine Damen und Herren, der dritte Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist der Bereich des Katastrophenschutzes. Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr: Der niedersächsische Katastrophenschutz funktioniert sehr gut. In ganz Niedersachsen unterstützen die Einheiten des Katastrophenschutzes bei der Bewältigung der Pandemie.

Es ist und bleibt jedoch unverzichtbar, den Bevölkerungsschutz in Niedersachsen weiterzuentwickeln, um mit den gestiegenen Anforderungen -

insbesondere mit Blick auf die weitreichenden Folgen des Klimawandels - Schritt zu halten.

Trotz der geringen finanziellen Spielräume ist es gelungen, zusätzliche Haushaltsmittel insbesondere für die Bekämpfung von Vegetationsbränden bereitzustellen. Insgesamt 10 Millionen Euro für Fahrzeuge der Fachrichtung Brandschutz im Katastrophenschutz werden in der Mittelfristigen Planung zusätzlich veranschlagt. Mit dem Haushaltsplanentwurf 2021 wird damit der 2020 einmalig um rund 1 Million Euro erhöhte Ansatz bis 2024 fortgeschrieben und um weitere 1,5 Millionen Euro aufgestockt. Im Haushaltsplan für 2021 ist außerdem neben dem erhöhten Ansatz eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7,5 Millionen Euro veranschlagt. Damit können bis 2021 entsprechende Förderungen der Kommunen bereits über die vollen 10 Millionen Euro ausgesprochen werden.

Der vierte Bereich, die Digitalisierung, ist bereits sehr ausführlich angesprochen worden. Deswegen will ich mich hier zeitlich beschränken.

Wichtig ist auf jeden Fall, dass wir die Mittel für den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur und die Entwicklung der entsprechenden Lösungen im Sondervermögen mit besonderem Vorrang bedenken. Darüber hinaus werden in den nächsten Jahren jedoch auch für den Betrieb erhebliche Mittel erforderlich werden. Die Planung für die hierfür erforderlichen Mittelbedarfe kann jedoch naturgemäß erst dann seriös durchgeführt werden, wenn das Verfahren steht und damit bekannt ist, welcher Aufwand für Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung entsteht. Daher wächst dieser Mittelbedarf dann über die Jahre an.

Als Sportminister will ich schließlich nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass wir im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Haushaltes für ein weiteres Jahr 500 000 Euro für das Programm „Integration im und durch den Sport“ zur Verfügung stellen können und 150 000 Euro für die weitere Förderung von Special Olympics in Deutschland und in Niedersachsen. Ich danke den Regierungsfractionen für die Bereitstellung dieser Mittel.

Mit der Finanzhilfe, der Mehreinnahmen aus der Glücksspielabgabe, den zusätzlichen Mittel für den Sportstättenbau sowie dem Corona-Sonderprogramm stehen dem organisierten Sport damit 2021 mehr als 50 Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung.

Ich wiederhole einmal: 50 Millionen Euro! Ein Höchstwert in der Geschichte des Landes Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, dieser Überblick über einige zentrale Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen des Haushaltsschwerpunktes Inneres und Sport zeigt deutlich: Es ist uns in dieser für uns alle nach wie vor außergewöhnlichen und belastenden Situation gelungen, wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen. Trotz der finanziellen Zwänge durch die COVID-19-Pandemie sind wir mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport sehr gut aufgestellt, um den Herausforderungen auch im kommenden Jahr und darüber hinaus erfolgreich begegnen zu können.

Ich danke allen Beteiligten aus meinem Haus und aus dem Hohen Hause hier für die hervorragende Zusammenarbeit und bitte Sie, dem Entwurf für den Einzelplan 03 zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister Pistorius.

Meine Damen und Herren, zum Komplex Inneres und Sport liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir diesen Komplex unter Tagesordnungspunkt 18 abschließen können.

Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 19:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Im Rahmen dieses Themenbereiches sollen zugleich folgende, nicht wenige Beratungsgegenstände inhaltlich behandelt werden. Ich muss Ihnen das alles jetzt der guten Ordnung halber vortragen:

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege - Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5633](#) - Beschlussempfehlung des Aus-

schusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/8007](#)

Tagesordnungspunkt 5:
Abschließende Beratung:

Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1380](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7910](#)

Tagesordnungspunkt 6:
Abschließende Beratung:

Lüge darf sich nicht wiederholen - Kinderschutzkommission einrichten - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3643](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7911](#)

Tagesordnungspunkt 7:
Abschließende Beratung:

Missbrauch verhindern - Sozialleistungsbetrug mit Kindergeldzahlungen ins Ausland bekämpfen! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5634](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7912](#)

Tagesordnungspunkt 8:
Abschließende Beratung:

Vollbefragung der Mitglieder der niedersächsischen Pflegekammer - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6247](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7913](#)

Tagesordnungspunkt 9:
Abschließende Beratung:

Verbot von Einfuhr, Handel, Erwerb, Besitz und Verbreitung von Kindersexpuppen in Niedersachsen und bundesweit! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/7290](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7915](#)

Tagesordnungspunkt 10:
Abschließende Beratung:

Flächendeckende Krankenhausversorgung sicherstellen - Peiner Klinikum retten! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6199](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7970](#)

Tagesordnungspunkt 11:
Abschließende Beratung:

Gerechtigkeit herstellen - Pflegebonus für alle Pflegekräfte und Sanitäter auszahlen! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6756](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7971](#)

Tagesordnungspunkt 12:
Abschließende Beratung:

Arzneimittelversorgung in Niedersachsen sicherstellen! - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6111](#) neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7912](#)

Tagesordnungspunkt 13:
Abschließende Beratung:

Antrag zur effizienten und nachhaltigen Bekämpfung von multiresistenten Erregern im niedersächsischen Gesundheitswesen durch den Einsatz von innovativen Methoden und Technologien - Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6562](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7973](#)

Tagesordnungspunkt 15:
Abschließende Beratung:

Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation im Maßregelvollzug - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5468](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - [Drs. 18/7976](#)

So weit das Programm zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ich erteile zunächst einer Kollegin und einem Kollegen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Beginnen möchte Herr Kollege Bajus, danach kommt Frau Meta Janssen-Kucz. Bitte sehr, Herr Kollege Bajus! Ich erteile Ihnen das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich auch bei allen Beteiligten im Haus und im Ausschuss bedanken. Aber dieses Jahr gehört besonderer Dank an diejenigen gerichtet, die im Ministerium, in den Behörden, aber auch in den Gesundheitsämtern im Kampf gegen das Virus aktiv sind. Das ist wirklich eine Klasse Leistung, die vor Ort überall erbracht wird. Ich möchte in diesen Dank aus-

drücklich - bei aller berechtigten Kritik - auch die Ministerin, den Staatssekretär und den gesamten Krisenstab einbeziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: Die Rede fängt gut an!)

Meine Damen und Herren, bei der Beschäftigung mit dem Infektionsschutz dürfen wir nicht vergessen, dass die Corona-Krise auch eine soziale Krise ist. Unter Druck geraten ausgerechnet die, die es ohnehin schon schwer haben. Besonders hart trifft es die Armen. Preise steigen, Jobs fallen weg. Tafeln und Sozialmärkte sind nur eingeschränkt verfügbar. Doch die Hilfen von Bund und Land durch CDU und SPD ignorieren diese Not weitgehend. So steigt der Anteil der Menschen, die in Niedersachsen von Armut bedroht sind, weiter. Inzwischen sind es 1,26 Millionen Menschen.

Besonders betroffen übrigens: Haushalte mit Kindern! Und ausgerechnet für diese Kinder fällt jetzt im Szenario B, im Wechselszenario, oder sogar bei der Schließung, wenn Quarantäne ansteht, nicht nur einfach Schule oder Kita aus, sondern für diese gibt es jetzt nicht einmal mehr die kostenlose warme Mittagsmahlzeit. Warum kümmert das das Land seit Monaten eigentlich nicht?

Klar, auch ich habe mich wie Frau Ministerin Reimann über den einstimmigen Beschluss der Ländersozialministerinnen und -sozialminister zur Kindergrundsicherung sehr gefreut. Aber wie passt dazu, Frau Ministerin, dass Sie heute gleichzeitig im Haushaltsbegleitgesetz bei den kommunalen Bildungs- und Teilhabemitteln kräftig kürzen. Damit wird doch die Kinderarmut verschärft statt gemildert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sind Sie denn nur dann bereit zu helfen, wenn es Bund oder Kommunen leisten? Damit lassen wir Sie nicht durchkommen, und deswegen ist das heute hier erneut Thema.

Auch bei Frauen, Mädchen und Kindern, die Gewalt erfahren, wäre jetzt die Zeit, Programme auszubauen, wie wir das ja in unserem Antrag tun. Stillstand wäre hier Rückschritt. Ein weiteres Kinderschutzzentrum in Braunschweig einzurichten, ist ja völlig richtig, aber wo ist das Angebot für die Fläche? - Präventionsmittel im MJ wurden gestrichen, und Konsequenzen aus dem seit Mai vorliegenden Bericht der „Kommission zur Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern“ sparen

Sie sich im wahrsten Sinne des Wortes. Meine Damen und Herren, das ist einfach zu wenig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, wir alle sind uns heute einig, dass es ein großer Fehler war, die Angebote der Jugendarbeit im Frühjahr zwei Monate komplett zu streichen. Aber wo ist jetzt das Sonderprogramm, damit die „Generation Corona“ nicht in der Sackgasse landet? Ob Ausbildungsplatz- oder Praktikumsuche, Gewalt in der Familie oder einfach nur das viele Alleinsein - für alles das gibt es derzeit von dieser Regierung nur ein Schulterzucken.

Meine Damen und Herren, wo sind eigentlich Ihre Anstrengungen für die Rechte von LSBTIQ? Die zusätzlichen 15 000 Euro sind doch angesichts der gestrichenen Million der letzten Jahre nicht mal ein Trostpflaster. Wir wollen das korrigieren! Sie können das heute mit uns tun!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Grund zur Sorge gibt übrigens auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen. Die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe ist in Niedersachsen um 11,7 % gestiegen. Alle Inklusionserfolge der letzten Jahre sind mit einem Schlag weg. Auch hier wäre mehr Engagement dringend notwendig.

Mit Blick auf die Lage in den Notunterkünften müssten wir jetzt für Obdachlose beherzt neue Projekte starten, wie das z. B. in Hannover mit der Unterbringung in Jugendherbergen geschehen ist. Doch ausgerechnet zu Winterbeginn ist das Land aus der Finanzierung ausgestiegen, und landesweit ist kein neues Projekt in Sicht. Das ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr bitter!)

Und obwohl allen klar ist, dass Corona auch die Suchtproblematik verschärfen wird, gab es zunächst die Ankündigung, auch in diesem Bereich zu kürzen. Das ist inzwischen kassiert worden. Aber Sie wissen auch, wir bräuchten einen Aufwuchs. Auch hier könnten Sie uns einfach unterstützen. Dann hätten wir deutlich mehr Angebote.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Menge hat es schon erwähnt: Man kann in diesen Zeiten nicht bei der Flüchtlingshilfe kürzen. Integration ist ein Dauerlauf. Wie man eine Enquetekommission Ehrenamt einrichten kann, wenn die Mittel für die

ehrenamtliche Hilfe für Geflüchtete auf null bleiben, können Sie in diesem Land niemandem erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Ende. Zum Thema Gesundheit wird meine Kollegin, Frau Janssen-Kucz, sprechen.

Dieser Haushalt ist sozialpolitisch ambitionslos. Er verwaltet nur die Missstände. Er hat für die besonders betroffenen Gruppen keine Antwort. So kommt man vielleicht durch die Corona-Krise, aber nicht durch die soziale. Diese Regierung hat sich offensichtlich entschieden: Gehorsam gegenüber dem Finanzminister, kalte Schulter für die Armen und Schwachen. Meine Damen und Herren, das ist sozialpolitisch ein Fehler.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bajus. - Ebenfalls für Bündnis 90/Die Grünen macht sich schon Frau Kollegin Meta Janssen-Kucz auf den Weg. Sie ist jetzt an der Reihe. Bitte, Frau Kollegin! Sie haben das Wort.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich dem dicken Dankeschön meines Kollegen anschließen und nicht noch einmal alle aufzählen. So, wie die Haushaltsberatungen und die Zuarbeit in diesen wirklich schwierigen Zeiten gelaufen sind, ist das nicht selbstverständlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Haushaltsberatungen haben sich in diesem Jahr wirklich fundamental verändert. Aber nicht nur die Beratungen haben sich verändert, sondern auch die Relevanz von gesundheits- und pflegepolitischen Themen hat einen ganz anderen Stellenwert bekommen. Die Corona-Pandemie stellt das Gesundheitssystem vor neue Herausforderungen, zeigt aber schonungslos die Schwachstellen und damit auch die Versäumnisse der rot-schwarzen Landesregierung auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen wir einmal den öffentlichen Gesundheitsdienst. Bisher ein Stiefkind auf allen politischen Ebenen. Mittlerweile ist der ÖGD zwar der wich-

tigste Player im Gesundheitswesen, aber er ist nicht dafür ausgestattet. Seit dem Entschließungsantrag der GroKo im Jahr 2018 ist außer der Erarbeitung eines Leitbildes für den ÖGD nichts passiert. Es gibt immer noch keinen Lehrstuhl für den öffentlichen Gesundheitsdienst, und die Bezahlung insbesondere der dortigen Ärztinnen und Ärzte ist vergleichsweise schlecht, auch wenn bei den Tarifverhandlungen ein kleiner Erfolg erzielt wurde. Fakt ist, dass die Ärztinnen und Ärzte im ÖGD besser bezahlt werden müssen und dass bei steigenden Aufgaben in den Bereichen Infektionsschutz, Hygiene, Trinkwasserüberwachung, Kinder- und Jugendärztlicher und Sozialpsychiatrischer Dienst personelle Entlastung her muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben dem Personal gehört dazu auch eine leistungsfähige, moderne Infrastruktur im Gesundheitswesen. Stichwort „SORMAS“ - ich bin gespannt, ob es, wie geplant, bis zum Jahresende im gesamten Land implementiert ist; denn das ist grundlegend für eine valide Beurteilung der epidemiologischen Lage. Dass wir im Jahr 2020 diesbezüglich so schlecht ausgestattet sind, kann ich immer noch nicht glauben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Großbaustelle Pflege. Die Situation in der Pflege war schon vor der Pandemie prekär: viel zu wenig Pflegefachpersonal, schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Arbeitsbelastung, schlechte Bezahlung. In den letzten Monaten ist die Situation - man hätte es kaum für möglich gehalten - noch schlechter geworden. Man meint eigentlich, es müsste jedem klar sein, wie wichtig Pflegeberufe sind und dass Entlastungen unumgänglich sind, wenn wir in Zukunft noch ausreichend Pflegefachpersonal haben wollen. Aber was macht die Landesregierung? Sie erhöht die mögliche Arbeitszeit auf 60 Wochenstunden, eröffnet die Option zu verstärkter Sonn- und Feiertagsarbeit. Mir macht das immer wieder deutlich, dass dort nicht verstanden wurde, wie die Lage in den Pflegefachberufen wirklich ist.

Und mit der Pflegekammer haben Sie sich galant einer wichtigen Fürsprecherin für die Pflege entledigt.

(Johanne Modder [SPD]: Das hat die Kammer selbst gemacht, Frau Kollegin!)

Die Pflegekammer hat immer wieder den Finger in die Wunde gelegt und auch die Landesregierung

scharf kritisiert. Und dann kommt eine stümperhaft durchgeführte Umfrage gerade recht, um unlieb-same Kritiker loszuwerden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Unfassbar! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich stelle die Frage: Wie soll es in der Pflege weitergehen? Die Konzertierte Aktion Pflege wird es kaum richten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist sie jetzt ins Stocken geraten. Und ganz ehrlich: Eine Konzertierte Aktion Pflege ohne die Beteiligung der Pflege verdient diesen Namen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in der ambulanten Pflege sind wenig Akzente erkennbar.

Ich will an der Stelle aber auch noch die Probleme in der Ausbildung, insbesondere in den Gesundheitsfachberufen, erwähnen. So zahlen z. B. die Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger immer noch Schulgeld. Das ist eine riesige Hürde. Da müssen wir ran. Wir packen gerade ganz viel an. Wieso nicht in diesem Bereich?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich könnte noch zig Ausführungen machen, z. B. zu pflegerechtem Wohnen. Ich glaube, es ist mehr als überfällig und notwendig, dass wir den demografischen Wandel in der Pflegepolitik fest in den Blick nehmen und ihn fest im Blick haben und aus der Pflege ein wirklich attraktives Berufsfeld machen. Im Moment sieht die Realität anders aus.

Eine weitere Baustelle - besser gesagt: eine Leerstelle - ist die ambulante und die stationäre medizinische Versorgung. Warum hat das Sozialministerium nicht die ersten gemeinsamen Lösungsansätze aus der Enquetekommission mit in den Haushalt genommen, um die Probleme anzupacken? Wollen wir bis 2022 warten?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Nein!)

Der Strukturwandel vollzieht sich jetzt, und gerade in der Investitionskostenförderung muss der Mittlereinsatz verdoppelt werden.

Ich könnte auch noch einiges zur Geburtshilfe sagen. Wir sind weit von einer Eins-zu-eins-Betreuung entfernt. Auch hier ist vieles zu tun. Die Akademisierung funktioniert nicht.

(Glocke der Präsidentin)

Und, meine Damen und Herren, der Gewaltschutz braucht gerade in Corona-Zeiten dringend finanzi-

elle Unterstützung. Ein bisschen Werbung reicht nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Corona-Pandemie hat die bestehenden Probleme und die Versäumnisse im Gesundheitswesen deutlich werden lassen. Dieser Gesundheitshaushalt ist nicht nur ambitionslos und ohne eigene Akzente, es fehlen auch verlässliche Perspektiven, -

Vizepräsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

- und das obwohl wir uns mitten in der größten gesundheitspolitischen Herausforderung der Nachkriegszeit befinden. Das ist einfach zu wenig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Janssen-Kucz. - Jetzt liegen mir zwei Wortmeldungen aus der CDU vor. Sie kamen zeitgleich. Ich glaube, Herr Kollege Meyer, Sie wollen zunächst reden und danach Frau Kollegin Joumaah. Dann darf ich Sie bitten. Sie haben das Wort.

Volker Meyer (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Corona hat im Jahre 2020, in Zeiten der Pandemie, in der Diskussion sicherlich die anstehenden Aufgaben in den Bereichen der medizinischen Versorgung, der Sicherung der Pflege, des Kinderschutzes, der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und auch von sozial benachteiligten Menschen und der Stärkung des Maßregelvollzugs hier in Niedersachsen überdeckt.

Die Auswirkungen dieser Krise haben sich in verschiedenen Bereichen deutlich bemerkbar gemacht. Schon über den ersten und zweiten Nachtragshaushalt wurden Mittel bereitgestellt, die wir für die Bewältigung der COVID-19-Pandemie benötigen haben. Im Corona-Sondervermögen sind für das Sozialressort insgesamt mehr als 600 Millionen Euro eingeplant worden. Dies hat dazu geführt, dass uns schreckliche Bilder von vielen Tausend Toten innerhalb weniger Tage, Triage in Krankenhäusern und die Überlastung in der Versorgung, die uns aus Nachbarländern bekannt

wurden, erspart geblieben sind. Die Rettung zahlreicher Leben ist vor allem ein Verdienst aller am Gesundheitswesen Beteiligten und auch derjenigen, die das im Verwaltungsbereich organisiert haben. Hierfür möchte ich nochmals ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Mit den 600 Millionen Euro haben wir die Kofinanzierung des Zukunftsprogramms Krankenhäuser des Bundes in Höhe von 77 Millionen Euro, die Beschaffung von Schutzausrüstung mit bis zu 400 Millionen Euro im ersten und mit nochmals bis zu 163 Millionen Euro im zweiten Nachtragshaushalt und die Hilfen für Jugend- und Familienbildung sowie Familienerholung und Jugendherbergen sichergestellt.

Dies sind nur einige Beispiele und nicht alle. Herr Kollege Bajus, daher müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir hier helfen und eben nicht die kalte Schulter zeigen, wie Sie es formuliert haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für ein soziales und gerechtes Zusammenleben in Niedersachsen zu sorgen, ist die Hauptaufgabe, der sich CDU und SPD hier permanent stellen und an der wir auch in diesem Jahr trotz Corona, wie die genannten Beispiele zeigen, erfolgreich gearbeitet haben.

Der Sozialetat mit einem Gesamtvolumen von rund 5,4 Milliarden Euro, der zweitgrößte Etat im gesamten Etat des Landes Niedersachsen, zeigt deutlich, wo wir unsere Schwerpunkte setzen. Leider sind von diesen Mitteln nur 88,7 Millionen Euro als sogenannte freiwillige Leistungen für die Sozialpolitik in Niedersachsen frei gestaltbar. Alles Weitere ist durch Rechtsverpflichtungen für uns nicht gestaltbar.

Dabei haben CDU und SPD sich neben dem Thema „Corona und seine Auswirkungen“ besonders den Themen „Gesundheit und Pflege“, „Erhalt sozialer und ehrenamtlicher Strukturen“, „Behindertenhilfe“ und „Kinder, Frauen und Gewaltschutz“ gewidmet. In den umfangreichen Beratungen dieser Bereiche sind, wie ich finde, auch sehr gute Ergebnisse erzielt worden, die sich zum Teil auch in unseren politischen Listen für den Haushaltsentwurf 2021 widerspiegeln.

An einigen ausgewählten Punkten möchte ich Ihnen dies gerne noch einmal verdeutlichen.

Da sind zuerst die Investitionen in zukunftsfeste Krankenhausstrukturen in Niedersachsen zu nennen. Mit den Gegenfinanzierungen der Kommunen und den Bundesmitteln stehen uns im Jahre 2021 250 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen und zusätzlich noch einmal 117 Millionen Euro für die Pauschalförderung zur Verfügung. Darüber hinaus kommen 420 Millionen Euro aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser. Das halten wir für eine beachtliche Summe, die der Krankenhausversorgung in Niedersachsen nachhaltig zugutekommen wird. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich viele Krankenhausträger auf den Weg machen, durch Spezialisierung und Zentralisierung das Angebot qualitativ zu optimieren und dabei eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.

Hinzu kommt, dass es gerade in den ländlichen Räumen immer schwieriger wird, genügend ansiedlungswillige Ärzte zu finden. Die Praxisnachfolge von ausscheidenden Medizinerinnen und Medizinern wird zunehmend schwieriger. Hier haben wir bereits mit einer Vielzahl von Maßnahmen reagiert. Nennen möchte ich nur den Ausbau der Studienplätze und die Stipendien für Studierende. Außerdem gibt es noch ein ganzes Bündel weiterer Maßnahmen, die wir in den nächsten Monaten ausbauen werden.

Wir dürfen dabei aber auch die Selbstverwaltung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Bereits im Jahre 2014 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen einen Landarztzuschlag vorgeschlagen. Dies wurde bis heute nicht von der KVN aktiv umgesetzt. Auch dies wäre ein Anreizinstrument, das kurzfristig die medizinische Versorgung auf dem Lande verbessern kann.

Ein großes Anliegen ist der Koalition die Umsetzung des Landespsychiatrieplans. Ein Kernelement dieses Plans ist die Einrichtung von gemeindepsychiatrischen Zentren. Die ersten Zentren haben die Arbeit aufgenommen. Ein weiterer Ausbau dieser gemeindepsychiatrischen Zentren wird in den nächsten Jahren erfolgen.

Dazu kommt ein weiteres Anliegen, das wir in den vergangenen Monaten mehrfach diskutiert haben, nämlich die Sicherheit im Maßregelvollzug. Nachdem wir hier im Jahre 2020 25 neue Stellen und 20 neue Plätze in der Maßregelvollzugsklinik Brauel geschaffen haben, werden wir diesen Weg

insgesamt weitergehen müssen. Wir benötigen hierzu auch weitere Plätze. Das ist, glaube ich, insgesamt in diesem Hause auch völlig unstrittig.

Weiterhin haben wir in den vergangenen Jahren über die politische Liste die Freie Wohlfahrtspflege, die Hospizarbeit, den Kinderschutzbund, die Familienbildungsstätten, die Familienverbände, die Schuldnerberatung, Solwodi, die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter und die Aidshilfe unterstützt. Viele dieser Maßnahmen konnten wir in dem Haushalt 2021 verstetigen - wie ich finde, ein großer Erfolg dieser Regierungsfractionen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Drei Punkte unserer Arbeit aus der politischen Liste möchte ich gern noch einmal besonders herausstellen. Da sind zum einen, wie im Koalitionsvertrag zugesagt, eine weitere Erhöhung des Landesblindengeldes auf 410 Euro monatlich und zum anderen der weitere Aufbau eines Kinderschutz-Zentrums zur Stärkung des Kinderschutzes in Niedersachsen mit 500 000 Euro sowie außerdem die Unterstützung der Familienentlastenden Dienste in Niedersachsen mit 300 000 Euro. Mit der Verstetigung der angesprochenen Haushaltsansätze und den Ansätzen aus unserer politischen Liste gelingt es uns, bestehende und bewährte Hilfs- und Unterstützungsstrukturen zu erhalten und in Teilbereichen sogar auszubauen.

Noch kurz einige Anmerkungen zu den Änderungsvorschlägen der Oppositionsfractionen.

Wenn ich mir einen Teil der Vorschläge der FDP-Fraktion anschau, stelle ich fest, dass wir mit unseren Schwerpunkten in der Sozialpolitik richtig liegen. Hier kommen ähnliche Vorschläge. Nennen möchte ich nur die Schutzwohnungen für Frauen, die Täterarbeit und die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter. Gerade in diesen Bereichen waren wir auch in den letzten Jahren tätig und haben unsere Ansätze hier erhöht und verstetigt.

Ähnlich verhält es sich in Teilbereichen auch bei den Grünen. Sie wollen einen bunten Strauß von Wohltaten verteilen, die im Einzelplan 05 Mehrkosten von 28,4 Millionen Euro verursachen. Dieser Mehrbedarf - das wissen Sie genauso gut wie ich - ist völlig indiskutabel. Schon gar nicht können Sie hier 5 Millionen Euro für etwas etatisieren, was es in Niedersachsen gar nicht gibt, und auf diesem Weg versuchen, durch die Hintertür die pauschale

Beihilfe für Beamte einzuführen. Das ist mit uns nicht zu machen.

Zwar sind Ihre Vorschläge in Teilbereichen auch mit unseren deckungsgleich. Auch hier kann ich das Landesblindengeld nennen. Im Gegensatz zu uns sind Ihre Ansätze jedoch nicht seriös gegenfinanziert. Auch scheint der Begriff „Generationengerechtigkeit“ für Sie ein Fremdwort zu sein.

Zum Schluss darf ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums sowie bei Ihnen, Frau Ministerin und Herr Staatssekretär Scholz, ganz herzlich bedanken, und zwar nicht nur für die Haushaltsberatungen, sondern für die gesamte faire Zusammenarbeit im Jahre 2020. Diese Arbeit, die wir, wie ich finde, erfolgreich geleistet haben, werden wir gemeinsam im nächsten Jahr fortführen - zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger hier in Niedersachsen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Frau Kollegin Joumaah ist die nächste Rednerin für die CDU-Fraktion. Sie hat noch gut drei Minuten Redezeit. Wir hoffen, dass das reicht, im besten Sinne. Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Petra Joumaah (CDU):

Das wird erwartet. Vielen Dank.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die Ausführungen meines Kollegen Volker Meyer noch ein ganz klein wenig ergänzen. Aber zuerst möchte ich mich natürlich auch ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums, bei Ihnen, Frau Ministerin, und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung bedanken. Das gilt - Volker Meyer hat es gerade gesagt - nicht nur für die Haushaltsberatungen, sondern wirklich für die Arbeit insgesamt. Wir haben eben gehört, dass dieser Sozialetat das zweitgrößte Volumen des Gesamtetats hat. Der Sozialausschuss hat die zweitgrößte Sitzungsdichte. Am vergangenen Donnerstag hatten wir unsere 100. Sitzung. Was bedeutet das? Das bedeutet: Nicht nur wir Ausschussmitglieder sind ziemlich gut mit Arbeit ausgelastet, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des Ministeriums.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sozialausschuss werden die vielfältigsten Aufgabenfelder bearbeitet. Aber in den vergangenen Jahren und sicher auch zukünftig hat uns kaum ein Thema so beschäftigt wie die Situation in der Pflege. Wir alle wissen: Die Arbeits- und Rahmenbedingungen des Pflegepersonals müssen verbessert werden - inklusive tarifgebundene Bezahlungen.

Wir müssen den Pflegeberuf für junge Leute wieder attraktiv machen. Da bin ich sehr gespannt auf das Ergebnis des Modellprojekts „Freiwilliges Soziales Jahr Pflege“, welches in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege über einen Zeitraum von drei Jahren jungen Menschen in Niedersachsen die Möglichkeit gibt, ein Orientierungsjahr in der Pflege durchzuführen. Ich bin sicher, dass am Ende die eine oder der andere sagen wird: Ja, das ist mein Beruf.

Und immer wieder der Hinweis: Wir alle müssen die Arbeit unserer Pflegekräfte endlich ausreichend wertschätzen, immer, jeden Tag und ganz gewiss auch nach Corona. Ich denke, es würde unseren Pflegekräften guttun, wenn sie die menschliche Zuneigung und Wärme, die sie trotz hoher Arbeitsbelastung und teilweise Überlastung tagtäglich ihren Patientinnen und Patienten zukommen lassen, vielleicht auch einmal von uns erfahren würden.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund des demografischen Wandels steigt die Zahl der Menschen mit Pflege- oder Betreuungsbedarf stetig an. All diese Menschen haben den großen Wunsch - der politisch vollumfänglich unterstützt wird -, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung, in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung zu bleiben. Deshalb soll und wird das Förderprogramm „Wohnen und Pflege im Alter“ die nötigen Rahmenbedingungen für Wahlfreiheit beim Wohnen und bei der Pflege im Alter schaffen, gerne auch neue Wohnformen wie z. B. Alters-WGs, so lange es irgendwie geht. Diesen Wandel in der Pflege müssen wir im Blick haben. Das ist ausdrücklich ein Modell der Zukunft. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch sehr zu begrüßen, dass die Senioren- und Pflegestützpunkte wieder berücksichtigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Pflege wird uns auch im nächsten Jahr intensiv beschäftigen, und wir werden im Ausschuss das fort-

setzen, was wir bisher praktiziert haben: konstruktiv und kollegial miteinander arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Joumaah. - Es geht mit der SPD-Fraktion weiter. Ich denke, es beginnt Dr. Thela Wernstedt. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Was für ein Jahr! Ich sage ganz selbstbewusst, dass Sozialpolitik eine tragende Rolle bei der Krisenbewältigung hat und hatte, auch wenn naturgemäß nicht alles gleich gelingen konnte.

Wir in Niedersachsen haben gezeigt, dass wir füreinander da sind, schnelle politische Entscheidungen treffen und durchhalten können. Wir können uns auf unseren öffentlichen Dienst verlassen. Es wurde und wird gearbeitet bis zum Umfallen, und so viele ehrenamtlich Tätige haben Hilfe überall dort geleistet, wo sie nötig war. Das ist bei allen Schwierigkeiten in dieser Zeit und auch bei allem Leid, das zu tragen ist, eine wohltuende Erfahrung.

Ein paar Sätze zum Grundsätzlichen des Sozialhaushaltes:

Sozialpolitik ist in Niedersachsen ein Thema, das große Aufmerksamkeit genießt und finanziell gut ausgestattet ist, obwohl es natürlich auch immer noch besser geht. Das Volumen des Haushaltes im Einzelplan 05 umfasst 5,4 Milliarden Euro. Das sind 15 % des Gesamthaushaltes, und - Kollegin Joumaah hat es gerade gesagt - es ist der zweitgrößte Etat aller Ressorts.

Für das Jahr 2021 investieren wir zusätzliches Geld in die Gesundheitsversorgung und in die Bedingungen der Pflege - Stichwort „KAP.Ni“; wahrscheinlich wird die Ministerin gleich noch dazu ausführen - und legen auch ein besonderes Augenmerk auf den Maßregelvollzug. Das hat Kollege Meyer gerade schon erwähnt.

Rund 2,4 Milliarden Euro fließen in die Eingliederungs- und Sozialhilfe als gesetzlichen Pflichtbereich. Knapp 88,4 Millionen Euro stehen für freiwillige Leistungen zur Verfügung. Wichtig ist in diesem besonderen Jahr: Trotz der Einsparauflagen gibt es keine relevanten Einsparungen bei uns.

Wir geben über das Krankenhausinvestitionsprogramm 500 Millionen Euro in die niedersächsischen Krankenhäuser. Das ist auch jenseits einer Pandemie zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung wichtig.

In dieser Krise hat sich noch einmal besonders gezeigt, welche starke Partner unsere Krankenhäuser mit ihren fachkompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Medizin, Pflege, Physiotherapie und anderen Gesundheitsberufen sind. Wir können uns auf sie verlassen,

(Zustimmung bei der SPD)

und wir können stolz auf ihre gute Ausbildung und ihre Motivation sein, bestmöglich für andere Menschen zu arbeiten.

Die Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen“ ist auf der Zielgeraden. Die Arbeit wurde im Frühjahr unterbrochen, weil alle Mitglieder zur Bewältigung der Pandemie in ihren jeweiligen Funktionen gebraucht wurden. Wir ergänzen gerade den Bericht um die Erfahrungen aus der Krise und können dann im März hier im Plenum darüber debattieren. Danach wird es an die politische Umsetzung gehen.

Durch die Nachtragshaushalte haben wir dafür gesorgt, dass Schutzausrüstungen, die Kofinanzierung des Zukunftsprogramms Krankenhäuser des Bundes und der Corona-Pflegebonus auch überjährig finanziert werden.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die SPDgeführte Landesregierung auf die Stärkung der Teilhabe. Mit 2,5 Milliarden Euro wird das Bundes-teilhabegesetz auch im Jahr 2021 in Niedersachsen umgesetzt. In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders, dass es endlich gelungen ist, das Landesblindengeld weiter anzuheben. Es wurde Zeit.

Eine Dauerkrise lässt die Ungerechtigkeiten in einer Gesellschaft stärker hervortreten. Probleme konturieren sich schärfer. Nehmen wir die Situation vieler Frauen: Durch den Teil-Lockdown im Frühjahr ergaben sich massive Verschiebungen des Zeitbudgets zulasten von Familien, insbesondere von Frauen. Diejenige Sorgearbeit, die sonst nach extern gegeben wurde, fiel auf die Familien oder auf die Kinder betagter Eltern zurück. Wir erinnern uns: Schließung der Krippen und Kitas, Wegfall des Präsenzunterrichtes, Schließung der Grenzen - wodurch die Pflegekräfte für betagte Eltern

nicht mehr einreisen durften -, Verschiebung der Arbeit ins Homeoffice.

Die Frauen übernahmen in den Familien überwiegend notgedrungen, teils auch freiwillig, den traditionellen Platz, der da heißt: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Sorge um die betagten Älteren und Erwerbsarbeit - alles zusammen eine völlige Überlastung. Natürlich gibt es auch Männer, die Sorgearbeit übernehmen. Statistisch sind es aber nach wie vor sehr viel mehr Frauen - besonders in dieser Krise.

Es ist fast vorhersagbar, dass ausgerechnet die Oppositionspartei, deren Frauenanteil nach wie vor sehr niedrig ist, die Finanzierung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in ihrem Haushaltsentwurf zusammenstreicht. Eine beklagenswerte Einstellung der FDP!

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein interessantes Phänomen, dass in der großen Unsicherheit einer Krise praktisch alle in traditionelle Denkmuster fallen: die Regierenden mit ihren Problemlösungsstrategien und die Bürgerinnen und Bürger in ihrem individuellen Verhalten.

Dazu gehört auch, die Familie als Hort der Sicherheit und Stabilität anzusehen - was sie vielfach auch ist. Eine ganz wunderbare Einrichtung! Aber wir wissen auch, dass sie es nicht in jedem Fall ist. Da, wo räumlich Enge, wenig finanzieller Spielraum, Existenzsorgen und Machtgefälle in den Beziehungen sind, kommt es unter Lockdown-Bedingungen zur Verschärfung von Gewaltsituationen in Partnerschaften und gegenüber Kindern. Die offiziellen Zahlen der Polizei hinken noch nach. Die Beratungsstellen haben schon ein erhöhtes Aufkommen, und es gibt erste Untersuchungen, die eindeutig auf eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen und Kinder hinweisen.

Wir unterstützen in diesem Haushalt mit 9,2 Millionen Euro die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in Niedersachsen. In der Auswertung der Krise wird auch zu schauen sein, wie Angebote noch passgenauer gemacht werden müssen.

Der Staat hat vielen Menschen viel zugemutet, um die Infektionszahlen zu bremsen und das Gesundheitssystem leistungsfähig zu erhalten. Besonders diejenigen, die auf Betreuung und Unterstützung angewiesen sind, weil die häuslichen Verhältnisse anderes aus vielerlei Gründen nicht zulassen, sind abgeschnitten gewesen. Schnell wurde dann die Rede vom „Systemrelevant-Sein“ zum Kampfbe-

griff in der politischen Arena um Aufmerksamkeit und Ressourcen.

Ich halte wenig davon. Es gibt gute Begründungen, warum in der Dauerkrise Kindertagesstätten, Schulen und Aufenthalte für Jugendliche zugänglich bleiben müssen, wie das jetzt auch passiert. Kinder haben nämlich um ihrer selbst willen einen Anspruch auf Lernen und Entwicklung. Menschen mit Behinderungen brauchen strukturierte Tagesabläufe und die Begegnung mit anderen Menschen dringend, und ihre Familien können das nicht dauerhaft alleine leisten. Deswegen darf es uns nie wieder passieren, dass wir keine ausreichende persönliche Schutzausrüstung für all diese Bereiche haben. Im Moment sind die Lager voll.

Über die Pflege ist schon viel gesagt worden. Ich will im Zusammenhang mit der in Auflösung befindlichen Pflegekammer hier noch anfügen, dass es mir ein besonderes Anliegen ist, dass die Ethikkommission, die an der Pflegekammer angesiedelt ist, erhalten bleiben möge. Wie? Darüber müssen wir noch genauer nachdenken.

Ein paar Worte zu den Haushaltsüberlegungen von Bündnis 90/Die Grünen: Die Fraktion ist großzügig und möchte 28 Millionen Euro mehr ins Ressort geben. Die Sparvorschläge von rund 300 000 Euro beziehen sich ausgerechnet auf Personalstellen im Sozialministerium, das vor Überlastung nicht mehr weiß, wie es arbeiten soll, und bereits 30 Stellen leihweise aus anderen Häusern bekommen hat.

**(Vizepräsident Frank Oesterhelweg
übernimmt den Vorsitz)**

Schulgeldfreiheit für Heilerziehungsberufe ist grundsätzlich zu befürworten, erfordert aber noch viele Verhandlungen mit dem Kultusressort, weil die Zuständigkeit dort liegt.

Gemeinschaftliche Wohnformen für Ältere werden weiterhin von uns unterstützt.

Interessant finde ich, im Gegensatz zum Kollegen Meyer, die Idee, 5 Millionen Euro zur Einführung einer pauschalen Beihilfe für die GKV für Beamtinnen und Beamte zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kollegin Annette Schütze wird gleich noch weiter zum Thema „Kinder und Jugendliche“ ausführen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung
bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Wernstedt. - Sie haben die nächste Rednerin schon angekündigt. Nun hat auch für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Annette Schütze das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Annette Schütze (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf als jugendpolitische Sprecherin der SPD einige Ergänzungen zu den Ausführungen von Frau Dr. Wernstedt machen.

Der soziale Zusammenhalt ist für die SPD die große Überschrift über den Haushaltsplanungen für 2021, und das aus gutem Grund. In der Coronapandemie hat sich eines gezeigt: Nicht das Gegeneinander-Ausspielen einzelner Generationen, Personen oder Berufsgruppen wird uns durch diese Pandemie bringen, sondern nur das solidarische Miteinander.

Meine Damen und Herren, die Pandemie trifft uns alle, aber sie trifft nicht alle auf die gleiche Weise. Deshalb ist es wichtig, gut hinzuhören und die besonders betroffenen Gruppen zu stärken, und das sind nicht nur jene, für die das Virus eine große gesundheitliche Gefahr darstellt.

Kinder und Jugendliche leiden in der Pandemie auf besondere Weise. Die Schließungen aller Arten von Freizeiteinrichtungen wiegen für sie besonders schwer. Während es für uns Erwachsene meist um einen zeitlich begrenzten Verzicht geht, trifft es Heranwachsende mitten in ihrer Entwicklung. Die Erfahrungen dieser Lebensphase lassen sich nur schwer verschieben oder kompensieren. Für ältere Kinder und Jugendliche ist ihr Freundeskreis von enormer Bedeutung für ihre soziale Entwicklung. Jüngere Kinder sehen sich mit Ängsten und Unsicherheiten konfrontiert, die sie teils noch kaum begreifen können, aber deutlich spüren. Diese Bedürfnisse und Ängste aufzufangen, ist eine große Herausforderung für uns alle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auswirkungen der Pandemie werden uns noch lange begleiten, auch in der Kinder- und Jugendarbeit. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Deshalb ist es gut, dass das Land die Zuschüsse für die anerkannten Träger der Kinder- und Jugendarbeit weiter fördert. Auch die Unterstützung der Kinder- und Jugendkommission dient der nachhaltigen Stärkung der Positionen von Heranwachsenden in Niedersachsen. Sie sollen wissen, dass ihre Stimmen gehört werden. Wir wollen mit ihnen, nicht über sie reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine weitere wichtige Aufgabe ist der Ausbau des Kinderschutzes in Niedersachsen. Mit der Förderung eines fünften Kinderschutzzentrums setzen wir ein Zeichen und fördern die Prävention und Beratung zum Schutz der Kinder. Durch verstärkte familiäre Belastungssituationen in der Pandemie wird nach wie vor ein Anstieg häuslicher Gewalt auch gegen Kinder befürchtet. Während des ersten Lockdowns entfielen durch die Schließungen von Einrichtungen auch wichtige Andockpunkte für gefährdete Kinder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, SPD und CDU haben gemeinsam viele gute und wichtige Punkte in den Haushalt eingebracht, um die Situation Heranwachsender zu verbessern. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass Kinder und Jugendliche auch weiterhin gut in unserem Land aufwachsen können!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schütze. - Meine Damen und Herren, aus der Gruppe der fraktionslosen Kollegen hat sich der Kollege Stephan Bothe gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege!

(Stephan Bothe [fraktionslos] geht zum Redepult)

- Wir wären so weit. Es geht sogar bergab. Da geht es noch ein bisschen schneller.

(Heiterkeit bei der CDU)

Bitte schön!

Stephan Bothe (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Dass Sie uns gerade als Gruppe anerkannt haben, ehrt uns, dass Sie auch schon so weit sind.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Ich bin immer wieder erstaunt, hier die Haushaltsreden der Kollegen zu hören. So wurden Sie gerade überhaupt nicht müde, die Pflegenden in diesem Land zu loben, was ja auch völlig richtig ist. Was mich aber immer wundert, ist: Wenn es darum geht, den Pflegebonus auf alle Pflegekräfte, also auch auf die Krankenpflegekräfte in den niedersächsischen Krankenhäusern, zu übertragen, verweisen Sie immer auf den Bund. So hat das Land Niedersachsen gerade mal die Pflegekräfte in den Pflegeheimen und zum Teil in den ambulanten Pflegediensten mit dem Pflegebonus berücksichtigt. Die Krankenpflege ging leer aus. Das ist keine Anerkennung, das ist Separierung, und das ist der Leistung der Pflege unwürdig, werte Kollegen.

Was an diesem Haushalt trotzdem interessant ist, ist, dass er ein Abziehbild der Haushalte der letzten Jahre ist. Dieser Sozialhaushalt hat sich quasi in den letzten drei Jahren nicht geändert. So wird weiterhin auf Gender und Migrationsprojekte gesetzt und wenige Akzente bei der Pflege gemacht.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Trotz der Mindereinnahmen des Landes aufgrund der Corona-Pandemie, werte Kollegin Hamburg, steigen weiterhin die Ausgaben im Sozialbereich.

Ich möchte meine restliche Redezeit dafür nutzen, auf die Anträge der ehemaligen AfD-Fraktion einzugehen, die nachher von Ihnen mit einer - ich unterstelle sie Ihnen - gewissen Wollust wahrscheinlich liquidiert werden. Die AfD hat in den letzten Jahren viele sozialpolitische Anträge eingebracht und war somit der sozialpolitische Motor dieses Landtages.

(Lachen bei der SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass die AfD-Anträge immer noch richtig und wichtig sind, z. B. der, welcher die Menschen beim Shisha-Rauchen wirksam schützen sollte. Bis heute besteht eine Gesundheitsgefahr in den Shisha-Bars, die, wenn der Lockdown irgendwann einmal vorbei ist, wieder öffnen werden. Bis heute gibt es keine CO₂-Gehaltsgrenzwerte in den Räumlichkeiten, es gibt keine Vorgaben im Land Niedersachsen über Ablufteinrichtungen, es gibt keine Vorschriften über Hygiene. Hier hat die Landesregierung durch ein

Nichtstun eklatant versagt. Da sind Länder wie Hamburg - - -

(Dr. Thela Wernstedt [SPD]: Was wollen Sie eigentlich?)

- Aber sie machen ja irgendwann wieder auf, wenn Sie dazu bereit sind.

Hier hat die Landesregierung bis heute nichts getan. Sie hat unseren Antrag zwei Jahre lang liegenlassen und hat durch Untätigkeit geblüht.

Das Thema Pflegekammer wurde von Ihnen, Frau Kollegin, schon angesprochen. Die Wahrheit ist: Die Pflegekammer macht weiter wie bisher. Sie verschickt Zeitschriften. Sie macht teure Kammerversammlungen, für die jedes Mitglied pro Versammlung etwa 200 Euro bekommt, worüber jeder Kommunalpolitiker blass vor Neid werden kann. Die Pflegekammer macht also weiter wie bisher. So werden weiterhin Klagen geführt. Und es werden weiterhin Steuergelder in Millionenhöhe ausgegeben.

Frau Ministerin, hier wären Sie eigentlich mal in der Pflicht, wirklich die Gouvernante dieser Pflegekammer zu werden und zu sagen: Hier muss Schluss sein! - Hören Sie auf! Liquidieren Sie diesen Laden! Nehmen Sie sich da z. B. die AfD-Fraktion als Vorbild.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben unseren Laden schnell abgewickelt, und das sehr kostengünstig. Daran sollte sich die Pflegekammer wirklich mal ein Beispiel nehmen, die aber weitermacht wie bisher.

(Beifall bei der CDU)

- Sehen Sie: Das habe ich heute mal geschafft.

Aber es gibt auch weitere wichtige Themen in diesem Bereich.

Wir haben z. B. gefordert, dass der Vertrieb von Kindersexpuppen deutschlandweit und in Niedersachsen verboten wird. Sie hätten diesen Antrag aufnehmen und ihn über eine Bundesratsinitiative in den Bund hereintreiben können. Es ist ein wahnsinniger Skandal, dass solche Perversitäten, wie ich sie nenne, weiterhin über Ebay und Amazon verkauft werden. Hier gilt es doch, ein klares Zeichen zu setzen, auch als Landtag.

Wir haben das Thema Peiner Klinikum angesprochen, das jetzt durch die Regionalisierung doch gerettet werden konnte, wofür wir auch sehr dankbar sind.

Am Ende bleibt festzuhalten: Die AfD-Fraktion war der sozialpolitische Motor dieses Landtages.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben vieles vorgebracht und haben sehr erfolgreich gearbeitet. Ich freue mich, wenn wir wieder eine neue Fraktion sind,

(Johanne Modder [SPD]: Sie waren eine Fraktion! - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wann werden Sie denn eine neue Fraktion?)

sodass wir dann die Beratungen wieder mit Haushaltsanträgen und anderen Themen gerecht begleiten können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Bothe. - Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort die Kollegin Susanne Victoria Schütz. Bitte sehr, Frau Kollegin!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem letzten Beitrag sage ich nichts. Stattdessen steige ich mit einem herzlichen Dank an das Sozialministerium, an die Mitarbeiter des Sozialministeriums, für die ausführliche Haushaltsberatung ein. Wenn man wie ich in einen neuen Ausschuss wechselt, ist die Haushaltsberatung ein inhaltsschwerer, aber ganz guter Einstieg in viele Themen, die sich selbstredend im Haushalt abbilden.

Ich möchte zu Beginn gern zwei Details herausgreifen.

Zum einen war da die auf den ersten Blick irritierend wirkende Reduzierung der Mittel für die Aids-Hilfe. Ja, das haben die Regierungsfaktionen über die politische Liste für 2021 geheilt. Aber was ist danach? Ein bisschen muss das der Aids-Hilfe seltsam vorgekommen sein. Weil die Gesundheitsämter zurzeit mit der COVID-19-Pandemie mehr als ausgelastet sind, hat die Aids-Hilfe mal eben - ziemlich unkompliziert - das Angebot von Aids-Tests aufrechterhalten. Zum Dank dafür wurde der Haushaltsansatz gekürzt. Das rückgängig zu machen, wäre auch Teil unseres Antrags gewesen. So ist das ein Punkt der politischen Liste, und das ist gut so.

Ein anderer Punkt hat mit dem unter diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls aufgerufenen Antrag meiner Fraktion zum Maßregelvollzug zu tun. Wir haben darin eine ganze Reihe praktischer Vorschläge gemacht, was Ansätze sein könnten, um auch kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Es ist ja kein Zustand, dass es Straftäter gibt, die wegen der Auflage der Maßregel ihre Strafe nicht antreten und in der Zwischenzeit zum Teil Straftaten, auch schwere Straftaten, begehen. Unsere Vorschläge wurden nach dem Motto „Geht alles nicht“ weggeschickt. Schade! Da wäre mehr drin gewesen.

Zwei weitere große Themen, die uns nicht nur haushalterisch in diesem wie auch im nächsten Jahr noch beschäftigen werden, möchte ich noch ansprechen.

Erstens die Pflegekammer bzw. deren Abwicklung. Es wird nicht verwundern, dass die FDP-Fraktion einmal mehr begrüßt, dass die Kammer in ihrer jetzigen Form aufhören soll. Wir haben diese Konstruktion von Anfang an in der Form nicht für sinnvoll gehalten, und eine Mehrheit der Pflegenden, die sich die Mühe gemacht haben, an der betreffenden Abstimmung teilzunehmen, ist offenbar der gleichen Ansicht gewesen.

Die Kammer hat sich mit ihrem Auftreten den eigenen Mitgliedern gegenüber auch selbst keinen Gefallen getan, um es einmal zurückhaltend auszudrücken.

Jetzt allerdings braucht die Landesregierung für unseren Geschmack deutlich zu lange für die Umsetzung der Auflösung der Kammer. Das Gesetz hätte schon früher vorliegen können. Immerhin ist jetzt der Beschluss da, der die Grundlage für die x-fach angekündigte Rückzahlung der Beiträge darstellt.

Während also im Schneckentempo die Abwicklung angegangen wird, wehrt sich die Kammer mit Händen und Füßen und sicherlich auch mit erheblichen Anwaltskosten gegen demokratische Entscheidungen. Es wird weiter fröhlich Geld ausgegeben für analoge Sitzungen in teuren Veranstaltungssälen. Eine Umfrage zur Berufsordnung geht gerade wegen fehlerhaften Zugangs beim ersten Versuch zum zweiten Mal online. Das macht die Sache auch nicht günstiger. Und das neueste Baby ist eine teure Hochglanzbroschüre zur Darstellung einer sehr eigenen Selbstwahrnehmung.

Wer hat eigentlich die Aufsicht über das Treiben der Kammer? Meines Erachtens doch das Sozial-

ministerium. Hat man dort keinen Überblick über die Kosten, oder wie definiert sich Aufsicht?

(Beifall bei der FDP)

Es sind Steuergelder, die jetzt auf den letzten Metern verbraten werden. Zu welchem Zweck? Schräge Selbstdarstellung und Wundenlecken der Kammer sind wohl schwerlich als Kampf für bessere Bedingungen in der Pflege auszugeben.

Und dann natürlich Corona: keine Rede zur Sozial- und Gesundheitspolitik, die das uns alle am meisten bewegende Thema des Jahres auslöst. Hier sehen die Freien Demokraten nach wie vor viel - sagen wir mal - Optimierungsbedarf im Handeln der Landesregierung. Die zweite Welle ist da. Wenig überraschend, sollte man meinen. Doch die Landesregierung scheint sie überrascht zu haben. Sonst hätte man ja Vorkehrungen treffen können.

Es war doch klar, dass der Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter eine entscheidende Rolle bei der Frage zukommt, ob und wie sich eine solche Welle entwickeln kann. Es wäre also eine gute Idee gewesen, im Sommer den öffentlichen Gesundheitsdienst zu optimieren. Da die Kommunen hier im übertragenen Wirkungskreis tätig sind, wäre es nicht nur nötig, sondern in unseren Augen auch möglich gewesen, nicht erst im November, nachdem fast landesweit Inzidenzen von über 50 erreicht waren, Finanzbeamte in die Gesundheitsämter zur Verstärkung zu schicken. An dieser Stelle allerdings unser herzlicher Dank an alle, die dort jetzt aushelfen!

(Beifall bei der FDP)

Aber dafür hätte man im Sommer Vorbereitungen treffen können - nee, müssen. Wären die Gesundheitsämter digital so ausgerüstet worden, dass man sie ernsthaft als vernetzt hätte bezeichnen können, hätte man jetzt als Entscheidungsgrundlage für wichtige Beschlüsse schneller aktuelle Zahlen. Im Sommer, als wenig los war, wäre das gegangen. Auch das wurde verschlafen.

(Beifall bei der FDP)

Statt nach einer Telefonkonferenz, deren Bedeutung im Vorfeld heruntergespielt wurde, mal eben die Verlängerung der Maßnahmen um neun Tage zu verkünden, fordern wir eine nachhaltige Strategie. Unsere haben wir vorgelegt. Soll es jetzt womöglich bis Ostern so weitergehen, dass alle zwei Wochen etwas Neues verkündet wird, oder wie sieht der Plan der Landesregierung aus?

(Jörg Bode [FDP]: Sehr gute Frage!)

Wir müssen uns doch in den nächsten Monaten noch mit dem Virus einrichten, auch wenn die Impfungen hoffentlich bald starten. Bis zu einer Impfrate, die vielleicht eine Herdenimmunität darstellt, ist der Weg noch lang. Wirtschaft, Kultur und Freizeit die gesamte Zeit über heruntergefahren zu lassen, ist nicht unsere Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Wir schlagen stattdessen, um im Gesundheitsbereich zu bleiben, in unserem Konzept z. B. einen besseren Schutz vulnerabler Gruppen vor. Als Langfriststrategie doch eine Idee, oder? Ohne sich mit den Vorschlägen im Detail auseinanderzusetzen, wird uns dann vorgeworfen, wir wollten Menschen wegsperren. Ich weiß wirklich nicht, woran man das festmachen will. Ich schütze doch Menschen nicht durch Einsperren. Was für eine Logik ist denn das? Schutz geht anders.

(Beifall bei der FDP)

So fordern wir seit Wochen eine massive Ausweitung der Schnelltests. Wenn ich Personal ebenso wie Besucher und Bewohner von Pflegeeinrichtungen ganz oft teste, kann ich das Eintragen der Viren in die Einrichtungen besser unterbinden. Darum muss es doch gehen: ab und zu ein Stäbchen in den Hals oder in die Nase gesteckt zu bekommen und dann ohne die ständige Angst, ich könnte jemanden infizieren, meiner Tätigkeit in der Pflege nachzugehen. Apropos „gesteckt bekommen“: Das müssen unserer Meinung nach auch gar nicht die Pflegekräfte selber machen. Für die Tests kann man andere Kräfte anlernen. Das fordern wir ungelogen seit Wochen. Wir trauen es Menschen zu, das zu lernen, z. B. Studenten. Dann kann die Pflegekraft nämlich am Bett oder in der Betreuung bleiben, und die Studentin hat einen sinnvollen Job, da das Kellnern gerade auch nicht geht.

Unsere weiteren Ideen für eine Strategie im Umgang mit Corona liegen als Antrag schon schriftlich vor, und all das ist auch mit haushalterischen Mitteln hinterlegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schütz. - Nun hat das Wort die fraktionslose Kollegin Dana Guth. Bitte schön, Frau Kollegin!

(Dana Guth [fraktionslos]: Die Uhr stimmt nicht!)

- Sie haben recht: Die Uhr stimmt nicht. - Aber wir haben das von hier oben im Blick.

(Dana Guth [fraktionslos]: Alles klar!)

Ich werde Ihnen das Mikrofon schon rechtzeitig abstellen, Frau Kollegin.

(Dana Guth [fraktionslos]: Super!)

Bitte schön, Frau Kollegin!

Dana Guth (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das war vorhin in der Tat ein sehr erheiternder Vortrag. Frau Ministerin, wenn Sie die Pflegekammer abwickeln möchten, dann fragen Sie Herrn Bothe! Er weiß, wie man wo ansetzen muss.

(Heiterkeit)

Für die nächste AfD-Fraktion besteht zumindest seit dem letzten Wochenende die Hoffnung, sich zumindest nicht mit Herrn Bothe auseinandersetzen zu müssen, wenn die AfD hier wieder einzieht.

Die AfD-Anträge: gesammelte Werke aus drei Jahren. Mich überrascht, dass die Landesregierung kritisiert wird, wenn Anträge seit zweieinhalb Jahren in Ausschüssen liegen. Man hätte mal nachfragen können. Auch ich kritisiere die Landesregierung gern. Aber ich glaube, in dem Fall fragt man mal in seinem Ausschuss nach.

Das Sozialressort: einer der wichtigsten Bereiche im Haushalt, bereits vor Corona in einigen Bereichen eher stiefmütterlich behandelt. Die Krise zeigte dann jedoch weitere Schwachstellen: fehlende Ausrüstungen, Personalmangel und vieles mehr.

Man möchte meinen, dass die Krise im Frühjahr und die prognostizierte zweite Welle zu hektischer Betriebsamkeit und zu einem Abbau von Engpässen geführt hätten. Dann stellte man jedoch leider relativ schnell fest, dass die Helden des Frühjahres am Jahresende erneut vor großen Problemen stehen. Sie sind zwar wieder die Helden, aber die Probleme sind die gleichen wie im Frühjahr.

Mehr als einmal wurde z. B. erwähnt, dass kein echter Mangel an Intensivbetten besteht, sondern wohl eher an Personalstellen.

Alarmierend sind die steigenden Zahlen im Bereich häuslicher Gewalt und auch die deutlich zunehmende Zahl von Fällen im Bereich der Suchtproblematik. Gerade in diesen Bereichen wären jetzt

überdurchschnittliche Anstrengungen und vor allem Investitionen notwendig, um Menschen zu helfen, die unter den Folgen der Corona-Krise, unter Vereinsamung und unter Problemen wie Homeoffice usw. leiden, um dort tatsächlich anzusetzen.

Die Folgekosten, die daraus entstehen, wenn diese Menschen jetzt keine Hilfe bekommen und jetzt nicht abgeholt werden, werden deutlich höher sein, und sie werden sich dann im nächsten Haushalt wiederum als Diskussionsgrundlage finden - ganz abgesehen von den menschlichen Katastrophen, die diese Menschen im Moment erleben.

Das Thema Pflege begleitet uns nun seit Beginn der Legislaturperiode. Leider Gottes - und das muss ich ernsthaft kritisieren - kommt man immer über diesen Status „Man müsste“ nicht hinaus. Ja, man müsste vieles, aber da schließt sich der Kreis: Vieles geht nur mit viel Geld, und dieses Geld ist nicht da. Und es wird weniger werden, und das ist bedauerlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Guth. - Meine Damen und Herren, für die Landesregierung hat sich Frau Ministerin Dr. Reimann zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Ministerin!

Dr. Carola Reimann, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung steht für die Bewältigung der Pandemie, für soziale Sicherheit und für Zusammenhalt. Wir investieren in diesem Haushalt in Gesundheit, in Pflege, in Schutz und in Teilhabe und Integration. Die politischen Schwerpunkte des Haushaltes 2021 sind die Sicherung des Gesundheitswesens - besonders in Pandemiezeiten -, die Verbesserungen der Bedingungen in der Pflege und die weitere Stärkung des Kinderschutzes. Es freut mich, dass wir die Maßnahmen, die im Rahmen der Haushaltsberatungen im letzten Jahr für ein Jahr über die politische Liste mit finanziellen Mitteln ausgestattet worden sind, auch für 2021 sichern konnten. Dazu gehören Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen, Kinderschutzzentren, politische Jugendbildung, Schuldnerberatung, Familienberatung und auch

die Hospizarbeit. Diese können in 2021 wiederum mit zusätzlichen Mitteln gestärkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf soll neben den beschlossenen Nachtragshaushalten und dem Corona-Bündelungsgesetz auch einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Pandemie und der Krisenfolgen leisten. Die Gesundheitsverwaltung in Niedersachsen hat sich angesichts dieser Jahrhundertherausforderung bewährt und die Niedersächsischen und Niedersachsen bestmöglich geschützt. Die Gesundheitsämter in Niedersachsen leisten ausdauernd eine großartige Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Unsere Gesundheitsversorgung hat sich als verlässlich, belastbar und flexibel erwiesen. Das ist vor allen Dingen natürlich den Beschäftigten zu verdanken, denen ich hier an dieser Stelle mal ein ganz großes Danke sagen will.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Pflege ist immer ein Thema. Die Pandemie macht es natürlich erforderlich, besonders gefährdete Personengruppen wie beispielsweise Pflegebedürftige besonders zu schützen und Pflegeeinrichtungen in der Pandemie besonders zu stärken. Deshalb gleichen wir Mindereinnahmen der niedersächsischen Pflegeeinrichtungen mit Landesmitteln aus. Diese Förderung gilt für ambulante, für teilstationäre und für vollstationäre Pflegeeinrichtungen sowie für Einrichtungen der Kurzzeitpflege und schafft Sicherheit für die Pflegekräfte sowie für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen. Dafür haben wir 12 Millionen Euro im Sondervermögen eingesetzt.

Die KAP.Ni ist hier schon mehrfach angesprochen worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Pflege ist in einer älter werdenden Gesellschaft immer ein wichtiges Feld, zu Corona-Zeiten natürlich noch einmal umso mehr. Deshalb haben wir im letzten Jahr die KAP.Ni, die Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen, ins Leben gerufen. Sie hat sich besonders in Zeiten von Corona als belastbar und verlässlich erwiesen. Der Beitrag des Landes zur KAP.Ni ist der Entwurf zur Novellierung des Pflegegesetzes, den wir in Kürze in den Landtag einbringen werden. Für die Stärkung der Kurzzeitpflege werden wir dort 3 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stellen.

Eines, was wir uns im Rahmen der KAP.Ni vorgenommen hatten, war, Mittel der Pflegekassen wirklich systematisch zu nutzen, u. a. für die Digitalisierung. So konnten wir in Pandemie-Zeiten kurzfristig

mit den Mitteln aus den Förderprogrammen der Pflegekassen gemeinsam mit der AOK und mit Mitteln des Landes für die Pflegeeinrichtungen Niedersachsens iPads zur Verfügung stellen, mit dem Projekt „Videosprechstunde“ Tablets für Niedersachsens Pflegeheime. Dort haben wir über 200 000 Euro dazugegeben. Das Ziel ist es, die regelmäßige ärztliche Betreuung in Heimen und die sozialen Kontakte der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner auch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen zu erleichtern und zu ermöglichen. 529 Einrichtungen haben 878 Tablets erhalten, um das zu gewährleisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Krankenhäuser sind natürlich extrem wichtig. Sie sind ein wichtiger Bestandteil einer qualitativ hochwertigen Patienten- und bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung. Für die Krankenhausinvestitionsförderung stellt die Landesregierung in 2021 wieder über 280 Millionen Euro zur Verfügung. Es ist hier schon zur Sprache gekommen: Darüber hinaus wird es weiterhin eine pauschale Investitionsförderung in Höhe von 112,8 Millionen Euro geben. Dazu kommen noch einmal jährliche Mietförderungen in Höhe von 4,8 Millionen Euro. Das sind in der Summe fast 400 Millionen Euro für das Jahr 2021. Angesichts der Corona-Krise zeigt sich sehr deutlich, wie leistungsfähig, wie robust und wie verlässlich unser Gesundheitssystem ist.

Damit unser Gesundheitssystem nicht nur langfristig gesichert ist, sondern sogar gestärkt aus der Krise hervorgeht, hat die Bundesregierung das Zukunftsprogramm für Krankenhäuser auf den Weg gebracht, mit den Schwerpunkten digitale Infrastruktur, IT- und Cybersicherheit, moderne Notfallkapazitäten und die Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen. Aus diesem Paket stehen für Niedersachsen 300 Millionen Euro zur Verfügung, bei einer Kofinanzierung von 30 % sind das mehr als 77 Millionen Euro vom Land. Der Rest kommt von den Kommunen. Auch hier beträgt das Volumen noch einmal ca. 420 Millionen Euro.

Lassen Sie mich abschließend zu einem Bereich kommen, der wichtig für uns alle ist. Das ist die Stärkung des Kinderschutzes. Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle - Bund, Länder, Kommunen und Gesellschaft - sind gefordert, konsequent und wirksam den bestmöglichen Schutz von Kindern vor Missbrauch, vor Vernachlässigung und Gewalt zu gewährleisten. Das Land nimmt diese Daueraufgabe und seine Beratungs- und Unterstützungsfunktion für die Kommunen sehr ernst. Wir setzen dabei auf die Förderung von Bera-

tungsstellen im Bereich Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Wir setzen auf Kinderschutzzentren. Wir haben eine Kinderschutz-Ambulanz an der MHH. Und wir setzen auf Fortbildungen zur Kinderschutz-Fachkraft. Der erfolgreiche Handlungsansatz der Kinderschutzzentren wird ausgeweitet. Wir haben bereits vier Kinderschutzzentren in Niedersachsen und werden ein fünftes in Südniedersachsen, im Raum Göttingen, gründen. Die Mittel dafür sind verstetigt worden. Ich freue mich sehr, dass wir über die politische Liste noch einmal 500 000 Euro bereitstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schwerpunkte des Einzelplans 05 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 machen im Verbund mit den Nachtragshaushalten eines deutlich: Die Landesregierung bewältigt die Pandemie und das Geschehen und sichert den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Für die Bekämpfung der Pandemie sind enorme finanzielle Anstrengungen nötig, die vor allem aus den Nachträgen gestemmt werden. Gleichzeitig werden die wesentlichen sozialpolitischen Projekte weiter über den Sozialhaushalt finanziert. Wir sorgen für ein modernes, zukunftsfähiges und leistungsfähiges Gesundheitssystem. Wir verbessern die Rahmenbedingungen in der Pflege. Wir stärken Familien und Gleichstellung. Wir kümmern uns um Gewaltschutz für Frauen und Kinder. Und wir fördern nicht zuletzt Integration und Teilhabe.

Ich darf mich für die sehr konstruktive und ausdauernde Zusammenarbeit in einem für uns alle doch besonders arbeitsreichen Jahr ganz herzlich bedanken.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, zu diesem Bereich liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 20:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Wissenschaft und Kultur

Hier hat sich für die SPD-Fraktion die Kollegin Frau Dr. Silke Lesemann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Dr. Silke Lesemann [SPD]: Die Opposition spricht doch eigentlich immer zuerst!)

- Das ist nicht so vorgegeben, aber wenn Sie sich darauf einigen können, dann können wir das gerne so machen.

Frau Kollegin Viehoff, bitte sehr!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, welche finanziellen Anstrengungen notwendig sind, um dieser Herausforderung vor Ort auch nur ansatzweise gewachsen zu sein. Corona ist nicht vorbei, und durch Corona sind viele Herausforderungen, die uns in Zukunft erwarten, in den Hintergrund gerückt, doch sie haben keine Pause gemacht.

Meine Damen und Herren, ein Klimagesetzchen, über das wir morgen sprechen und entscheiden werden, mag das schlechte Gewissen beruhigen. Aber es ist nur halbherzig und reicht für die Überwindung des Klimawandels bei Weitem nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn uns die aktuelle Krise eines gelehrt hat, dann doch die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung. Da bleibt man doch etwas fassungslos zurück, wenn man in den Einzelplan für Wissenschaft und Kultur schaut und gleichzeitig sieht, was - wie in den letzten Wochen der Presse und Briefen aus dem Bereich der Hochschulen zu entnehmen war - an den niedersächsischen Universitäten und Hochschulen los ist. Da stehen ganze Institute wie das Institut für Meteorologie an der Leibniz Universität vor dem Aus.

Und, Herr Hilbers, die Rücklagen der Hochschulen reichen nicht aus! Herr Wenzel hat es schon gesagt: Wenn man vernünftig bzw. hoch qualifizierte Menschen an unsere Hochschulen und Universitäten bekommen will, um den Wissenschaftsstandort zu stärken, dann brauchen unsere Hochschulen und Universitäten dafür Rücklagen; das ist nicht aus der Portokasse zu bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Raum stehen Studienplatzabbau und Studiengangschließungen. Wie schon gesagt, steht aber mit dem Klimawandel eine große Herausforderung vor uns. Wir müssen mit einschneidenden Maßnahmen rechnen. In diesem Zusammenhang brauchen wir Fachkräfte in allen Bereichen - nicht nur in den Ingenieur- und Naturwissenschaften, son-

dern auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften werden Fachkräfte gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Minister Thümler scheint dies alles nicht zu kümmern. Denn er führt im zweiten Jahr eine globale Minderausgabe ein. Die Universitäten und Hochschulen in Niedersachsen werden von dieser globalen Minderausgabe schwer belastet. Sie werden in ihrer Planungssicherheit gehemmt, und die Zukunft des Lehr- und Wissenschaftsstandortes Niedersachsen ist deutlich gefährdet. Wir alle - auch Sie - haben den gemeinsamen Brief der LHK und der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen erhalten, den auch viele Vertreterinnen und Vertreter von außeruniversitären Forschungseinrichtungen unterzeichnet haben, die hier in Niedersachsen arbeiten.

Bildung muss in ihrer gesamten Breite - auch die tertiäre Bildung - von globalen Minderausgaben ausgenommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb muss die globale Minderausgabe, wie in unserem Änderungsantrag zum Haushalt vorgeschlagen, umgehend und vollständig - und nicht nur ein ganz kleines bisschen - zurückgenommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Hier habe ich noch einen kleinen Tipp: Es gibt nämlich tatsächlich keinen Nobelpreis für Einsparwissenschaften, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Kann ja noch kommen! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben ja gerade in diesem Pandemiejahr gelernt: Beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur dauern Wunder immer etwas länger. Jetzt ist es allerdings doch an der Zeit, ein Weihnachtsgeschenk auszupacken: Ja, es ist gut, dass wir es im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes endlich schaffen, die Regelstudienzeit nun auch für unsere Studierenden in Niedersachsen individuell um ein Semester zu verlängern - andere Bundesländer konnten das schon im Frühjahr oder Sommer umsetzen. Wie gesagt: In Niedersachsen braucht alles immer ein bisschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleiches gilt auch für das Prestigeobjekt, über das wir seit 2017 immer wieder gesprochen haben,

nämlich die European Medical School. Dafür war erst gar kein Geld da; dann waren 40 Millionen Euro da, und plötzlich waren noch mal 40 Millionen Euro da. Jetzt sind es also 80 Millionen Euro. Allerdings wird das auch auf Kosten anderer Universitäts- und Hochschulstandorte gehen und Folgen mit Blick auf notwendige Sanierungen dort haben. Unser Vorschlag ist, in Zukunft zu investieren: Zukunftsinvestitionen mit dem Niedersachsen-Plan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nun mag man ja denken, dass es in der Kultur etwas ruhiger wird, weil im Kulturhaushalt glücklicherweise für 2021 keine Kürzungen vorgenommen worden sind. Aber damit ist der Kultur, die sich in einer existenziellen Krise befindet, über die ich hier in diesem Hause schon so oft gesprochen habe, nicht wirklich geholfen. Deshalb stellt sich immer noch die Frage, warum man nicht gleich das Investitionsprogramm für Kulturträger des Landes, das ständig überzeichnet ist, in den Haushalt 2021 übernommen hat, wo es Jahr für Jahr gestanden hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber vielleicht wollten CDU und SPD ja ein bisschen von ihrem Taschengeld über die politische Liste dafür verteilen. Wir glauben, dass hier deutlich mehr notwendig ist. Denn wenn wir jetzt in die Kultureinrichtungen investieren,

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

können wir die Kultur auch pandemiesicher aufstellen, Herr Thiele. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hätten tatsächlich auch erwartet, dass sich der Minister endlich mal der Existenzkrise der Kultur widmet, selbstbewusst für diese Branche eintritt und sich nicht immer hinter dem Finanzminister wegduckt. Herr Thümler, sagen Sie doch endlich auch mal, was Sie wollen, und fordern Sie das bei Herrn Hilbers ein! - So geht es nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weitere Punkte wären z. B. die Digitalisierung der Erwachsenenbildung, die wir immer wieder gefordert haben und die letztendlich verschlafen wurde. Jetzt ist es nicht einmal möglich, die Regelungen, die die CDU über den Sozialausschuss für die Erwachsenenbildungsträger und Heimvolkshochschulen in Bezug auf das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz für 2020 durchgesetzt

hat, 2021 fortzuführen. Das wäre haushaltsneutral; das würde nicht mal Geld kosten. Aber nein, Herr Hillmer möchte gerne noch bis Ende März warten, wahrscheinlich weil er davon ausgeht, dass bis zum 31. Januar sowieso alle geimpft sind und dann nichts mehr passieren muss. Wie gesagt: Mehrkosten wären dadurch gar nicht entstanden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die Landeszentrale für politische Bildung zu sprechen kommen. Interfraktionell gibt es die Einigung, für die Landeszentrale einen deutlichen Mittelaufwuchs vorzusehen. Was ist passiert? Zunächst gab es eine Kürzung, die ein Medienkompetenzprojekt betraf. Jetzt gibt es zum Glück wieder einen Aufwuchs, sodass der vorherige Ist-Betrag wieder erreicht wird. Aber das entspricht natürlich nicht der interfraktionell getroffenen Vereinbarung.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist auch völlig unzureichend!)

Meine Damen und Herren, wir sollten unsere Kräfte bündeln und die Potenziale in Wissenschaft, Forschung, Kultur und Erwachsenenbildung nutzen. Wir sollten in die tertiäre, die kulturelle und die politische Bildung investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir aber natürlich nicht machen sollten, ist, in die Hobbys des Ministers zu investieren. Deshalb enthält unser Änderungsantrag selbstverständlich den Verzicht auf die Finanzierung des Verbindungsbüros der Landesbeauftragten. Ich glaube, in einer Zeit, in der es der Kultur so schlecht geht, können wir auch auf ein Neuschwanstein des Nordens, die Marienburg, verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Meyer [GRÜNE]: Will er die immer noch kaufen?)

Wir jedenfalls stehen dafür, Wissenschaft und Kultur gut aufzustellen, enkeltauglich zu sanieren, in Klimaschutz zu investieren und soziale, gesellschaftliche und gesundheitliche Vorsorge mit Wissenschaft, Forschung und Kultur zu gestalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Viehoff. - Für die SPD-Fraktion hat nun die Kollegin Dr. Silke Lesemann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin!

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Über dem Haushaltsplanentwurf im Bereich Wissenschaft und Kultur schweben gewissermaßen zwei Schwerter des Damokles. Es sind die Pandemie und die globale Minderausgabe.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Und SPD und CDU! Sind schon vier!)

Von den beiden pandemiebedingten Nachtragshaushalten in Milliardenhöhe haben Wissenschaft und Kultur - notwendigerweise - profitiert. Wir haben die Investitionen vieler Millionen Euro beschlossen, u. a. in die Infektionsforschung, in unsere beiden Universitätskliniken MMH und UMG, in Digitalisierung und Sanierung unserer niedersächsischen Hochschulen. Ich finde es wichtig, dass man diese beiden Nachtragshaushalte auch noch einmal vor dem Hintergrund des Haushaltsplanentwurfs 2021 betrachtet. Denn der Spielraum fällt nun deutlich geringer aus.

Das Thema globale Minderausgabe begleitet den Wissenschaftshaushalt seit geraumer Zeit. Für das MWK sind diese zusätzlichen Einsparverpflichtungen gravierend. Hiervon sind mit Ausnahme von HBK und HMTMH alle unsere Hochschulen betroffen. Der Aderlass ist da. Ab dem Jahr 2021 müssen dauerhaft jedes Jahr ca. 32 Millionen Euro als globale Minderausgabe erbracht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben gerade hautnah, welchen Mehrwert Wissenschaft und Forschung für uns alle haben. In Niedersachsen werden ganz hervorragende Beiträge zur Bewältigung von COVID-19 geleistet. Ich weise nur auf abendliche Talkshows hin, in denen immer wieder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Niedersachsen sprechen, die um Expertise gebeten werden.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Zu nennen sind auch die wesentlichen Forschungsbeiträge zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels und zum Umbau der für unser Bundesland so wichtigen Automobilindustrie.

Aber von nichts kommt nichts! Man braucht einen fruchtbaren Boden und auch eine gute Grundfinanzierung. Wir brauchen eine vielfältige Wissenschaftslandschaft - ausdrücklich unter Einbeziehung der Kultur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, zu deren Lasten globale Kürzungen meist gehen.

Unter dem Druck der Pandemie werden die öffentlichen Haushalte künftig auch stärker belastet. Gleichzeitig sind sie durch die Schuldenbremse deutlich eingeschränkt. Hochschulen liefern die Grundlagen für die Innovationsfähigkeit unseres Bundeslandes. Die Konkurrenzfähigkeit der niedersächsischen Hochschulen liegt in unserem ureigenen Interesse.

Die globale Minderausgabe ist für unsere Hochschullandschaft ein großes Problem. Mögliche Spielräume der Schuldenbremse müssen wir künftig dringend noch mehr nutzen. Die Frage der Hochschulfinanzierung inklusive Hochschulbau bedarf nicht nur in Niedersachsen dringend weiterer Kraftanstrengungen. Die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung ist für die Weiterentwicklung unseres Bundeslandes zentral. Unsere Hochschulen benötigen jeden Cent.

Meine Damen und Herren, übermorgen werden wir den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur mit einem Gesamtvolumen von mehr als 3,6 Milliarden Euro verabschieden.

Unsere Universitätskliniken haben in den letzten Monaten viele an Corona Erkrankte gerettet. Herzlichen Dank für das, was hier zur Rettung von Menschenleben geleistet wurde.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU sowie Zustimmung von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE])

Auch im Haushalt 2021 legen wir einen Schwerpunkt auf unsere Hochschulmedizin. Ich nenne hier den Aufbau von weiteren Medizinstudienplätzen an der Universitätsmedizin in Oldenburg. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Entschärfung des Hausärztemangels in unserem Bundesland.

Wir werden außerdem die bestehenden Kapazitäten im Bereich Psychologie und Psychotherapie bedarfsgerecht ausbauen, mehr Studienplätze in der Pflegepädagogik einrichten und bis zu 140 Studienplätze im Bachelorstudiengang Hebammenwissenschaft in Oldenburg, Göttingen, Osnabrück und Hannover schaffen.

Der Haushalt des Ministeriums für das kommende Jahr sieht zudem wichtige Investitionen im Bereich der Erwachsenenbildung vor. Viele Maßnahmen und Projekte, die die regierungstragenden Fraktionen im vergangenen Jahr über die politische Liste finanziert haben, sind mittlerweile im regulären Haushalt verstetigt. Hierzu gehört beispielsweise die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung auf kommunaler Ebene. Die Volks-

hochschulen bekommen eine Finanzhilfe von mehr als 900 000 Euro.

Über die sogenannte politische Liste ist es uns außerdem gelungen, 300 000 Euro zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung bereitzustellen. Damit können die digitalen Angebote - wie etwa eine Social-Media-Kampagne für Demokratiebildung - und die Entwicklung von Medienkompetenzen ausgebaut werden. Hier nimmt unsere Landeszentrale bereits jetzt bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

Noch immer entscheidet gerade in Deutschland die soziale Herkunft über den Bildungserfolg. Die ersten Studierenden in ihrer jeweiligen Familie können kaum auf ein Netzwerk zurückgreifen, das ihnen den Einstieg in Studium und Beruf ebnet. Wir fördern deshalb zum wiederholten Mal die engagierte Initiative ArbeiterKind, damit mehr junge Menschen in Niedersachsen zum Studium ermuntert werden, die zu den ersten in ihren Familien gehören, die diesen Bildungsweg beschreiten wollen.

Abschließend möchte ich die Aufmerksamkeit auf das Haushaltsbegleitgesetz lenken, das wir übermorgen auch beschließen werden. Die Corona-Pandemie ist für viele Studierende eine Belastungsprobe, die jetzt schon länger dauert, als wir anfangs vermutet hatten. Insofern ist es sehr richtig, dass wir uns dazu entschieden haben, nicht sofort im Sommersemester eine Verlängerung der Regelstudienzeit zu beschließen, sondern auch die folgenden Semester bis zum Sommersemester 2021 zu berücksichtigen.

Die Corona-Pandemie ist, wie gesagt, eine große Belastungsprobe. Es gibt eine Verlagerung der Vorlesungen in den digitalen Raum und einen damit einhergehenden Wegfall sozialer Kontakte. Anstatt im Vorlesungs- oder Seminarraum zu sitzen, schaut man auf Kacheln auf dem Bildschirm. Es fehlen wichtige Diskussionen, die normalerweise geführt werden und dazu beitragen, den Studienerfolg zu sichern. Der Wegfall von Jobs und damit einhergehende Geldsorgen - auch das sind große Herausforderungen. Auch wenn man sagen muss, dass die Hochschulen bei der Digitalisierung von Lehre sehr viel gestemmt haben und dabei große Fortschritte gemacht haben.

Dennoch wollen wir, dass Studierende durch die Corona-Pandemie keine Nachteile haben. Wir werden die Verlängerung der Regelstudienzeit um ein Semester beschließen. Das ist eine wichtige Entlastung der Studierenden in Niedersachsen.

Die Verlängerung der Regelstudienzeit kommt allen zugute, die im Sommersemester 2020 studiert haben, aber auch all denjenigen, die ihr Studium im Sommersemester 2021 beginnen werden.

So weit zum Bereich Wissenschaft. Zum Bereich Kultur wird nun meine Kollegin Hanna Naber sprechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Dr. Lesemann. - Eine weitere Wortmeldung seitens der SPD-Fraktion kommt von Hanna Naber. Bitte schön, Frau Kollegin!

Hanna Naber (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das ist zwar meine erste Legislaturperiode im Landtag, aber ich hatte mich inzwischen schon ein bisschen daran gewöhnt, an dieser Stelle eine stattliche politische Liste für Kunst, Kultur und kulturelle Bildung vorzustellen. Dieses Jahr ist vieles anders. Dazu gehört leider auch das Volumen der sogenannten politischen Liste.

Bevor ich auf die Schwerpunkte eingehe, die wir trotz angespannter Finanzen haben setzen können, möchte ich auf ein anderes Thema eingehen, nämlich auf die Pferdetränke. Ja, Sie hören richtig: die Pferdetränke.

(Zuruf von der SPD: Endlich mal die Pferdetränke!)

Seit Jahren ist sie in der Hitliste möglicher Förderungen auf den hintersten Rängen. Schlimmer noch: Die Anmeldung des Finanzierungsbedarfs ihrer Sanierung hat regelmäßig für Reaktionen von Heiterkeit bis Häme und Spott gesorgt.

Wer nicht wie ich aus Oldenburg kommt, wer nicht Nutznießerin des Eversten Holz und Mitglied in dessen Förderverein ist, fragt sich nun vielleicht, was das Ganze mit der heutigen Kulturdebatte im Landtag zu tun hat. - Viel! Denn genauso wie der wohl etwas bekanntere Oldenburger Schlossgarten befindet sich das 1832 als Landschaftspark konzipierte Eversten Holz mitsamt seiner toxisch verschlammten Pferdetränke in der Trägerschaft des Landes Niedersachsen.

Die frohe Kunde für heute: Im nächsten Jahr müssen wir Oldenburger Abgeordnete die Pferdetränke nicht mehr erfolglos auf die politische Liste setzen;

denn das Eversten Holz ist nun Teil eines bundesweiten Parksanierungsprogramms, wofür sich mein geschätzter Kollege Dennis Rohde in Berlin erfolgreich eingesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Fall kann man nur sagen: Zum Glück hat der Bund das ganz alleine gestemmt; denn sobald eine notwendige Kofinanzierung ins Spiel kommt, wird es hier in Niedersachsen schwierig. Ich frage mich: Warum kann ein Ministerium für Wissenschaft und Kultur keine Gelder bereitstellen, die eigens für Kofinanzierungen reserviert sind?

(Zustimmung bei der SPD)

Warum muss es, wenn die Hälfte der Kosten - oder sogar noch mehr - für auch von uns dringend gewollte Maßnahmen mit Bundesmitteln gedeckt werden, beim anderen Teil aus Landesmitteln regelmäßig Probleme geben? So ist es z. B. bei der dringend notwendigen Qualifizierung des Landesmuseums Natur und Mensch, für das der Bund seine Zusage über 4,5 Millionen Euro schon lange gegeben hat - und wir in Niedersachsen können oder wollen unseren Anteil nicht leisten. Schade - weg ist das Geld aus Berlin!

Vielleicht klappt es ja in einem der nächsten Haushalte mit einem Topf, der für Kofinanzierungen der Kultur reserviert ist. Ich jedenfalls würde es mir sehr wünschen.

Aber kommen wir zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Debatte, zu den aktuellen Geldern für Kunst und Kultur. Mittel für Kunst und Kultur sind Investitionen in eine selbstbestimmte, vielfältige und letztlich auch demokratische Gesellschaft. Die positiven Effekte dieser Angebote auf individueller Ebene wurden schon hinlänglich wissenschaftlich untersucht. Für den schulischen Bereich ist z. B. bekannt, dass Kunst und Musik die Teamfähigkeit und sprachliche Entwicklung verbessern.

Noch wichtiger ist mir aber eine andere Erkenntnis: Die Fähigkeit, Empathie zu empfinden, wird durch künstlerische und kulturelle Bildung maßgeblich gestärkt.

(Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

Und ich bin davon überzeugt, dass Empathie eine Grundvoraussetzung für jede soziale Demokratie ist. Deswegen ist es unsere Aufgabe, möglichst vielen Menschen die Teilhabe an kultureller Bildung zu ermöglichen.

(Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

Anstelle einer umfangreichen politischen Liste müssen wir dieses Jahr mit wenigen Positionen auskommen. Lassen Sie mich gleich dazu sagen: Es hätte noch zahllose weitere unterstützenswerte Institutionen und Projekte gegeben - nur sind die Mittel leider begrenzt. Trotzdem können wir nach den letzten 10 Millionen Euro für das Programm „Niedersachsen dreht auf“ noch einmal einige Schwerpunkte setzen.

In meiner letzten Rede habe ich darauf insistiert, dass wir das Investitionsprogramm für kleine Kultureinrichtungen, für das bis September Anträge gestellt werden konnten, unbedingt wieder aufnehmen müssen. Über die politische Liste tun wir genau das und legen dafür 2,5 Millionen Euro auf den Tisch.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Deren Verstetigung - das muss ich selbstkritisch sagen - wäre schon in den Jahren der rot-grünen Koalition die Aufgabe des Ministeriums gewesen. Aber sei's drum, es zählt das Ergebnis!

Besonders freue ich mich darüber, dass 500 000 Euro davon über den Landesverband Freier Theater Niedersachsen explizit der Spielstättenförderung zugutekommen. Viele Spielstätten für freie Theatergruppen ohne festes Haus sind in ihrer Existenz bedroht und erhalten zu wenig Unterstützung, um sich zukunftsfest aufzustellen. Das rücken wir jetzt gerade!

(Zustimmung bei der SPD und von Susanne Menge [GRÜNE])

Ebenso unterstützen wir die zum Teil ehrenamtlich geführten Kunstschulen, damit sich auch diese nachhaltig weiterentwickeln können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Kultur bleibt noch viel zu tun! Ich freue mich darauf, auch im kommenden Jahr mit den vielen ehren- und hauptamtlich Engagierten im Austausch zu bleiben. Für ihre Arbeit, ihren Einsatz, ihre Leidenschaft und nicht zuletzt ihre Geduld und Solidarität bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Naber. - Nun hat für die CDU-Fraktion der Kollege Jörg Hillmer das Wort. Bitte schön!

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beratungen zum Einzelplan 06 waren unaufgeregt und kurz. Das ist auch begründet; denn die Bewegungsmöglichkeiten sind begrenzt, und die Bewältigung der Pandemie überschattet alle anderen Themen.

Ich sage bewusst nicht „die Bewältigung der Folgen der Pandemie“, wie es für alle anderen Themenfelder gelten würde. Einzig die Wissenschaft ist nämlich in der Lage, die Pandemie selbst zu überwinden. Nur die Wissenschaft kann dieser Pandemie mit neuen Medikamenten und Impfstoffen ihren Schrecken nehmen und das Zusammenleben der Menschen wieder normalisieren.

Niedersächsische Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind in der Infektionsforschung führend. Das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung und die TU Braunschweig, unsere medizinischen Hochschulen in Göttingen und Hannover und viele weitere leisten Großartiges!

Mein Dank gilt deshalb Minister Thümler, der diese Forschung maßgeblich unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere das Forschungsnetzwerk COFONI wird unsere Forschungskapazitäten bündeln und stärken. Die zusätzlichen Mittel für diese Forschungsförderung finden Sie allerdings nicht im Haushalt; sie waren bereits im Nachtragshaushalt und im Sondervermögen abgesichert.

Meine Damen und Herren, die globale Minderausgabe wurde bereits mehrfach angesprochen. Das ist ein schönes Beispiel für die negativen Konsequenzen positiver Nachrichten. Als 2014 die rot-grüne Landesregierung die Studienbeiträge abgeschafft hat, haben alle Ministerien ihren Einsparbeitrag erbracht, außer der eigentlich begünstigten grünen Wissenschaftsministerin, die das über eine globale Minderausgabe, die den Wissenschaftshaushalt bis zum heutigen Tage belastet, dargestellt hat.

(Mareike Wulf [CDU]: Ach so!)

Als die jetzige Landesregierung den Beamten ein Weihnachtsgeld zugesagt hat, gab es breite und große Zustimmung in diesem Hause. Einige hielten

es sogar für unzureichend. Die daraus resultierende globale Minderausgabe über alle Haushalte außer dem Kultusetat trifft den großen Wissenschaftsetat besonders schwer.

Als die Regierungsfractionen vor einem Jahr die Beitragsfreiheit der Pflegekräfte für die Pflegekammer beschlossen haben, waren insbesondere die Grünen damit sogar sehr einverstanden. Daraus ergab sich aber die dritte Ursache für die globale Minderausgabe.

Ziehen wir daraus bitte die Konsequenz, auch vor dem Hintergrund schwieriger Haushaltsjahre zurückhaltend mit der Ankündigung finanzieller Wohltaten zu sein!

Und, Frau Viehoff, ein Wort zu Ihnen. - Frau Viehoff, würden Sie mir zuhören? - Frau Viehoff, ich hatte Sie im Ausschuss ausdrücklich aufgefordert, Alternativen zur globalen Minderausgabe vorzuschlagen. Sie haben hier auch umfangreich vorgetragen, nur habe ich in Ihrem Haushaltsantrag nichts dazu gefunden. Es ist Ihnen offenbar nicht gelungen, oder es war nicht gewollt!

(Zuruf von Eva Viehoff [GRÜNE])

- Ja, das ist Ihnen wahrscheinlich durchgerutscht. Die FDP war da etwas kreativer!

Meine Damen und Herren, ich danke der Landesregierung dafür, dass sie zahlreiche unserer politischen Prioritäten aus der letzten Haushaltsberatung bereits in ihren Haushaltsvorschlag im Sommer übernommen hat. Das hilft der Erwachsenenbildung, das hilft der Forschungsförderung, und das hilft nicht zuletzt auch der Kultur!

Da bedurfte es nur noch weniger Akzente, die wir in der politischen Bildung über die Landeszentrale für politische Bildung und die Initiative ArbeiterKind.de gesetzt haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch etwas zur Regelstudienzeit, die wir im Haushaltsbegleitgesetz regeln, sagen. Dort lösen wir nämlich die Zusage ein, dass wir für alle Studierenden, die in einem von Corona beeinträchtigten Semester studiert haben, die Regelstudienzeit gesetzlich um ein Semester erhöhen. Individuelle, weitergehende Anträge an die Hochschulen sind selbstverständlich möglich.

Damit schaffen wir eine klare Regelung und eine Unterstützung für unsere Studentinnen und Studenten - und nicht, wie es von den Grünen gefordert wurde, nur für diejenigen, die im Sommersemester studiert haben. Denn auch diejenigen, die

jetzt im Wintersemester studieren, sind durch Corona beeinträchtigt, und womöglich wird es auch im Sommersemester 2021 noch Beeinträchtigungen geben. All denen möchten wir eine Unterstützung anbieten.

Ich halte die Reaktion der Hochschulen, mit der konsequenten Digitalisierung und mit einer weitestgehend gelungenen Umsetzung von Fernunterricht auf die Pandemie zu antworten, für viele Bereiche der Gesellschaft beispielgebend. Das war und ist eine große Herausforderung für Lehrende und Studierende. Aber wir sichern damit Bildung und vermeiden Kontakte, die an anderer Stelle, wenn es um soziales Miteinander geht, vielleicht nötiger sind.

Meine Damen und Herren, bevor ich gleich an meinen Kollegen Burkhard Jasper übergebe, der etwas zur Kultur sagen möchte, möchte ich mich ganz herzlich beim Minister und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Ministeriums für die Unterstützung im vergangenen Jahr bedanken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Hillmer. - Zweiter Redner für die CDU-Fraktion ist der Kollege Burkhard Jasper. Bitte schön, Herr Kollege!

Burkhard Jasper (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kultur ist von der Corona-Pandemie stark betroffen. Gerade wegen dieser Krise wollen CDU und SPD mit diesem Haushalt deutlich zeigen, dass wir die vielfältigen Strukturen in Niedersachsen erhalten wollen. Deshalb wurden die Mittel im Vergleich zu 2020 verstetigt.

So werden die kommunalen Theater auch 2021 weiterhin die zusätzlichen 3 Millionen Euro und darüber hinaus 206 000 Euro für die Tarifierhöhung erhalten - insgesamt etwa 30 Millionen Euro. Natürlich bedauere ich sehr, dass die 440 000 Euro für die Tarifvorsorge, auf die man sich geeinigt hatte, nicht berücksichtigt werden konnten.

Ein Investitionsprogramm für kleine und mittlere Kultureinrichtungen über 2,5 Millionen Euro wird erneut aufgelegt. Die Steigerungen für die Theaterpädagogik und die Freien Theater um jeweils 250 000 Euro sowie für das Musikalisierungspro-

gramm für Kinder um 500 000 Euro werden ebenfalls fortgeschrieben.

Warum die Grünen hinsichtlich des Programms „Wir machen die Musik!“ in ihrem Antrag das Gegenteil behaupten, kann ich nicht nachvollziehen. In diesem Zusammenhang sollte jedoch in Zukunft überlegt werden, wie eine Ergänzung um die Begabtenförderung erfolgen kann.

Einen neuen Impuls wird es durch die Projektförderung der Kunstschulen in Höhe von 150 000 Euro geben. Darüber freue ich mich sehr.

Die Mittel für die Kultur stellen wir gern zur Verfügung:

Kultur bietet vielfältige Arbeitsplätze und sichert Beschäftigung durch die Aufträge an Soloselbstständige und Einrichtungen. Zudem werden Arbeitsplätze durch die zusätzliche Kaufkraft und die Tourismusförderung erhalten und geschaffen.

Kultur ist ein erheblicher Standortfaktor, um eine Abwanderung aus unserem Bundesland zu vermeiden und Fachkräfte zu gewinnen.

Kultur kann nicht nur eine schöne Freizeitgestaltung ermöglichen, sondern gehört auch zur Bildung und kann die Demokratie stärken.

Kultur wird erfolgreich eingesetzt, um die Teilhabe aller Schichten in unserer Gesellschaft zu verbessern. Hier nenne ich die Stichworte „Integration“ und „Inklusion“. Gerade Kinder, die von ihrer Geburt her benachteiligt sind, können so erreicht werden.

Die FDP ist offensichtlich mit dem Haushaltsentwurf der Landesregierung im Kulturbereich einverstanden; denn dazu sind keine Änderungsanträge gestellt worden. CDU und SPD sehen das anders und haben den Haushalt verbessert. Es ist schade, dass die FDP keine eigenen Akzente setzt.

Bei den Grünen kann nun genau das Gegenteil festgestellt werden. Wie allerdings diese Vorschläge finanziert werden sollen, erschließt sich mir nicht. Vielleicht haben die Grünen dabei an die Märchen gedacht, die man in der Advents- und Weihnachtszeit gerne aufführt. Für die Verwirklichung ihrer Vorschläge müssen aus dem Esel aus „Tischlein deck dich“ vorne und hinten unaufhörlich Goldstücke fallen, muss auf Marie aus „Frau Holle“ unablässig Gold prasseln und muss die arme Müllerstochter aus „Rumpelstilzchen“ unermüdlich Stroh zu Gold spinnen.

Die Grünen wollen sich wahrscheinlich des kleinen Männchens bedienen, das selbstsicher tönt: „Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß!“

(Zuruf von Susanne Menge [GRÜNE])

So, wie es enttarnt wurde, wird die Bevölkerung bald merken, dass das Geld für den Antrag der Grünen nicht vorhanden ist und Kredite in dieser Größenordnung nicht aufgenommen werden können.

Der Antrag wird nur eingebracht, um den Landesverbänden im Kulturbereich mitzuteilen, dass die Grünen die geforderten Mittel zur Verfügung gestellt hätten. Aber glaubwürdig ist dies auch deshalb nicht, weil in den Jahren, als die Grünen die Kulturministerin stellten, die Haushaltsansätze nicht entsprechend erhöht wurden.

Der Haushalt einschließlich der Änderungsvorschläge von CDU und SPD ermöglicht der Kultur in Niedersachsen eine Weiterentwicklung. Mit den Mitteln können Aktivitäten auch in Zukunft gefördert werden, damit die dargestellten wichtigen Aufgaben der Kultur erfüllt werden können.

Abschließend danke ich den Kulturschaffenden herzlich für die Kreativität in der Corona-Pandemie. Diese Krise hat deutlich gezeigt, dass die Bevölkerung die unterschiedlichen Kulturangebote nachfragt. Das Land wird diese Vielfalt in Niedersachsen in der bewährten guten Zusammenarbeit von Landtag und Ministerium weiter unterstützen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Jasper. - Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich die Kollegin Viehoff zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Jasper, wir haben das, glaube ich, im letzten Plenum schon einmal durchexerziert: Wir haben hier einen Haushaltsplan vorgestellt, der, was den Niedersachsen-Plan anbetrifft, nicht für *ein* Jahr gilt, sondern langfristig wirken will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie rechnen hier immer in dieser Kameralistik. In den Kreistagen haben Sie doch auch eine doppelte Haushaltsführung. Wieso geht das denn

dann hier nicht? Wenn Sie langfristig finanzieren - - -

(Jörg Hillmer [CDU]: Ihr Vorschlag wirkt sehr langfristig! Er wird noch auf unsere Enkelkinder wirken!)

- Herr Hillmer, jetzt rede ich und nicht Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Klaus Wichmann [fraktionslos] - Christian Grascha [FDP]: Was Sie machen, ist verfassungswidrig! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Genau das ist doch der Punkt.

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

- Ja, Herr Thiele. - Ich gehe davon aus, dass die Redezeitenuhr stehen bleibt,

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

bis ich hier in Ruhe weiterreden kann.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Frau Kollegin, einen Augenblick, bitte! Wir wollen den Kollegen die Gelegenheit geben, sich wieder zu beruhigen. Sie kriegen natürlich noch ein paar Sekunden zusätzlicher Redezeit; das ist überhaupt kein Problem.

Bitte schön!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Unser Haushaltsplan sieht, wie schon gesagt, langfristige Investitionen vor und versucht letztendlich, genau das auf den Weg zu bringen, was wir jetzt anfangen müssen. Wir müssen *jetzt* in energetische Sanierung investieren. Wir müssen *jetzt* investieren, damit unsere Kultur gut aufgestellt ist.

Sie aber sitzen alles aus. Sie sehen keinen Unternehmerlohn vor. Die Kultur hier im Land Niedersachsen und in der Bundesrepublik ist in einer existenziellen Krise!

Herr Jasper meint, ich würde den Verbänden das Blaue vom Himmel versprechen oder Gold spinnen wollen. Aber so ist das nicht. Wir sprechen sehr genau darüber, welche Möglichkeit es gibt und welche Möglichkeiten nicht.

Weil ich neu im Parlament bin, möchte ich hier ein für alle Mal feststellen: Es mag ja sein, dass wir in der rot-grünen Regierung an der einen oder ande-

ren Stelle auch nicht das investiert haben, was ich heute meine, für die Kultur investieren zu müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin Kulturpolitikerin, und ich bin nicht die ehemalige Ministerin.

Von daher, glaube ich, ist es Zeit, sich mit der Kulturpolitik zu beschäftigen, sie transparent aufzustellen, wie wir es in unserem Antrag zum Kulturfördergesetz im November vorgeschlagen haben, und endlich in diese Diskussion einzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt wäre es auch so weit.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Das ist notwendig. Es hilft nichts, sich etwas schönzureden, was einfach nicht schön ist. Reden Sie mit der Kultur!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön. - Herr Kollege Jasper möchte antworten. Bitte schön, Herr Kollege!

Burkhard Jasper (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich rede nichts schön, sondern ich sehe die Realitäten bei den Finanzen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Sie haben mir eben gerade auch nicht erklärt, wie Sie das finanzieren wollen. Ich habe wohl verstanden, was Sie vorhaben. Trotzdem sind es gewaltige Summen, die Sie dafür aufbringen müssen. Darauf hat heute auch der Finanzminister schon hingewiesen.

Wenn Sie auf Ihre ehemalige Kulturministerin hinweisen und so reagieren, zeigt das, dass Sie heutzutage offensichtlich nicht damit zufrieden sind, was sie damals geleistet hat.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Es muss ja so sein, weil Sie sich jetzt davon distanzieren und sagen, dass das, was in der letzten Legislaturperiode gemacht wurde, nicht gut war.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie so heftig sowohl auf meine Kritik an den Finanzen als auch auf die Leistungen der Kulturministerin reagiert haben, zeigt, dass ich nicht ganz falsch liegen kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Jasper.

Frau Kollegin Viehoff, Kurzinterventionen zu Antworten auf Kurzinterventionen sind, so sehr wir das auch bedauern mögen, leider nicht möglich.

Für die FDP-Fraktion hat sich nun der Kollege Lars Alt zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege!

Lars Alt (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum ist es eigentlich in diesem Jahr und für den Haushalt 2021 besonders wichtig, dass die Politik der Wissenschaft den Rücken stärkt?

Es ist in diesem Jahr ganz besonders wichtig, dass die Politik der Wissenschaft den Rücken stärkt, weil die Wissenschaft ihre Leistungsfähigkeit in der Pandemie - etwa in der Infektionsforschung - mehrfach unter Beweis gestellt hat.

Es ist in diesem Jahr ganz besonders wichtig, dass die Politik der Wissenschaft den Rücken stärkt, weil sich die Legitimation politischer Entscheidungen nicht von wissenschaftlicher Evidenz entkoppeln lässt.

Und es ist in diesem Jahr ganz besonders wichtig, dass die Politik der Wissenschaft den Rücken stärkt, weil sich in diesem Jahr auf den Straßen der Republik die Wissenschafts- und die Demokratiefeinde zusammengetan haben, um der Pandemiebekämpfung und unserem politischen System gleichermaßen zu schaden. Deshalb ist eine robuste Wissenschafts- und Hochschullandschaft in Niedersachsen auch eine Voraussetzung für die Sicherung der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

(Beifall bei der FDP)

Aber das setzt natürlich eine entsprechende Prioritätensetzung im Landeshaushalt voraus. Diese politische Prioritätensetzung für den Bereich Wissenschaft und Forschung ist im Landeshaushalt leider nicht erkennbar. Das sage nicht ich als junger Oppositionspolitiker, sondern das sagt die LandesHochschulKonferenz in einem offenen Brandbrief. Darin wird der Status quo der Hochschulfinanzierung wie folgt beschrieben: Sanie-

rungsstau in Höhe von 4,3 Milliarden Euro beim niedersächsischen Hochschulbau; desolater Zustand von Hochschulgebäuden; Schwächung der Konkurrenzfähigkeit Niedersachsens in der Exzellenzstrategie; Nachsehen im internationalen und nationalen Wettbewerb um Forschende, Studierende und Lehrende; Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Breite durch die Einsparung von wichtigen Professuren und Instituten; Verlust der Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Ländern und Bundesländern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das zeigt, die finanziellen Einsparungen im Wissenschaftsbereich zusätzlich zum genannten Investitionsstau werden die Hochschulen um Jahre zurückwerfen und hinter andere Länder zurückfallen lassen. Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine neue Prioritätensetzung im Hochschulbereich ein.

(Beifall bei der FDP)

Wir Freie Demokraten räumen in unseren Änderungsanträgen im Wissenschaftsbereich - anders als die Grünen - zumindest erkennbar die globale Minderausgabe ab, damit die Hochschulen mehr Planungssicherheit z. B. für den Ausbau von digitalen Lehrformaten im Online- und Hybridsemester erhalten.

Wir Freie Demokraten richten mit unseren Änderungsanträgen zum Haushalt auch ein neues Scheinwerferlicht auf die Wissenschaftskommunikation. Denn es ist natürlich schön, wenn ein Christian Drosten einen eigenen Corona-Podcast beim NDR bekommt, aber die Hochschulen sollten auch selbst in die Lage versetzt werden, aktiv am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen. In Zeiten, in denen die Grenzen zwischen Fakten und Fake News verwischen, reicht es nicht mehr aus, wissenschaftliches Wissen nur zur Verfügung zu stellen. Es muss vermittelt werden, wie und mit welchen Methoden dieses Wissen zustande kommt. Je besser wir Ergebnisse und Methoden wissenschaftlichen Wirkens kommunizieren, desto höher wird das Vertrauen der Menschen in die Ergebnisse unserer Forschung sein.

(Beifall bei der FDP)

Neben dieser verbesserten Grundfinanzierung der Hochschulen, neben der Aufwertung der Wissenschaftskommunikation legen wir Freie Demokraten mit unseren Vorschlägen zum Haushalt einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Weiterbildung. Denn die Digitalisierung verändert die Arbeits- und Lebenswelt vieler Menschen grundlegend und

senkt auch die Halbwertszeit von Wissen. Das Erwerbsleben wird also individueller und verlangt den Menschen mehr Flexibilität ab.

Gleichzeitig sind die aktuellen Weiterbildungsangebote zumeist bei den Arbeitgebern angesiedelt; sie sind zu teuer oder zu unübersichtlich. Deshalb schlagen wir Freie Demokraten in den Haushaltsberatungen im Bund und auch im Land ein ganzes Weiterbildungspaket vor - mit einer digitalen Bildungsarena, in der Weiterbildungsangebote aller Bildungsniveaus und aller Branchen gesammelt und zur Verfügung gestellt werden, mit einem Midlife-BAföG, das der Midlifecrisis vorbeugen und Menschen mit unterschiedlichen Biografien einen Schritt nach vorn bringen kann, mit unserem Entschließungsantrag zur Weiterbildung an Hochschulen, der etwa ein modernes Alumni-Management einfordert, und mit unserem Änderungsantrag zur Digitalisierung in der Erwachsenenbildung, der dafür sorgt, dass die Menschen nicht zu den Weiterbildungsangeboten kommen müssen, sondern die Weiterbildungsangebote zu den Menschen kommen.

(Beifall bei der FDP)

Und sehen Sie, hinter der Kritik an der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen steht ein ganz grundsätzlicher Gedanke. Man darf Wissenschaftspolitik nicht nur im Klein-Klein der Bundesländer sehen. In den USA und China steigen die Forschungsbudgets. In Europa stagnieren die Forschungsbudgets. Gleichzeitig können die großen Fragen unserer Zeit wie der Klimawandel oder die Pandemiebekämpfung nur mit der Wissenschaft gelöst werden. An solchen Haushaltsberatungen wie dieser hier kann sich also entscheiden, ob sich Deutschland zukünftig auf die Expertise eigener Universitäten mit Weltklasseniveau verlassen kann oder ob es im Schatten von China und der USA stehen wird. Deshalb legen wir Freie Demokraten für den Einzelplan Wissenschaft auch kein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen vor, sondern ein Konzept, das eine klare politische Prioritätensetzung im Wissenschafts- und Forschungsbereich erkennen lässt.

(Beifall bei der FDP)

Und nun noch ein Wort zur Kulturpolitik: Die Theater, die Kinos und die Museen - die Kulturstätten - waren keine Treiber der Pandemie. Das sieht man schon allein daran, dass die Gesundheitsämter zumeist überhaupt keinen Einblick in die Gästelisten für die Veranstaltungen nehmen mussten. Oder denken Sie an die Salzburger Festspiele:

76 000 Besucher, 110 Aufführungen, keine einzige gemeldete Corona-Infektion! - Viele Spielstätten haben die Corona-Hilfen aus dem Bundesprogramm „Neustart Kultur“ genommen und sie um eigene Mittel angereichert, um etwa aufwendige Filteranlagen für die Herbstspielzeit anzuschaffen. Und dann wurde die Kultur ohne evidenzbasierte Grundlage in einen zweiten Lockdown versetzt. Die Kulturschaffenden in Niedersachsen leisten also ebenso wie die Spielstätten einen solidarischen Beitrag zum Erhalt der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, und sie leisten einen solidarischen Beitrag für den Erhalt des wirtschaftlichen Lebens in Niedersachsen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diese Solidarität in Niedersachsen zeigt, der hat auch Respekt und die finanzielle Unterstützung der Landespolitik verdient.

(Beifall bei der FDP)

Und gerichtet an die Landesregierung: Wer mit der Kultur eine Hauptschlagader unserer Gesellschaft lahmlegt, der braucht vor dem Hintergrund dieses im Kulturbereich nicht stattfindenden Infektionsgeschehens zukünftig bessere Argumente, um diese Szene lahmzulegen. Unsere Kultur verdient eine Strategie für den Exit aus dem Lockdown. Mit dem letzten Beschluss aus der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten werden die Kulturministerinnen und -minister auch explizit beauftragt, eine solche Exitstrategie vorzulegen. Aber eine solche Exitstrategie ist vom zuständigen Landesminister bisher nicht vorgelegt worden. Also haben wir Freie Demokraten unmittelbar nach den Beschlüssen im Kanzleramt kurzfristig eine Kleine Anfrage auf den Weg gebracht, die Zeitpunkte, Schritte und Auflagen einer solchen Exitstrategie für den Kulturbereich einfordert. Denn Stillstand geht sofort, aber der Neustart braucht Vorbereitung, und hier ist die Landesregierung in Verzug.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend: Katharina Thalbach sagte vor Kurzem, dass es möglicherweise gesünder sei, in ein Theater zu gehen, das sich ein ausgefeiltes Hygienekonzept überlegt habe, als sich zu Hause in Gruppen den Alkohol hinter die Binde zu kippen,

(Wiard Siebels [SPD]: Das hat auch niemand vorgeschlagen!)

über Bill Gates zu philosophieren und vielleicht auch mit den falschen Leuten herumzuknutschen. Dem habe ich eigentlich wenig hinzuzufügen. Wir erwarten jedenfalls im Wissenschafts- und Kultur-

bereich von der Landesregierung erstens eine neue Hochschulfinanzierung, die in US-amerikanischen Dimensionen denkt, und zweitens für die Kultur eine Exitstrategie, die der Kunstfreiheit in unserem Land endlich wieder Rechnung trägt.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP sowie Zustimmung bei den Grünen)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Alt. Es gibt eben ganz unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei den Vorlieben zur Freizeitgestaltung.

(Heiterkeit)

Aber das wollen wir auch weiterhin jedem selbst überlassen.

Ja, meine Damen und Herren, nun hat sich Herr Minister Thümler für die Landesregierung zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Wiard Siebels [SPD]: Jetzt kann er zu dem Thema „Knutschen und Alkohol hinter die Binde gießen“ noch etwas sagen!)

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

- Ich gucke mal nach links.

(Heiterkeit - Jörg Bode [FDP]: Alkohol oder Theater? Was kommt jetzt?)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die COVID-19-Pandemie hat unser gesellschaftliches Leben und den öffentlichen Diskurs in diesem Jahr in herausragender Weise geprägt und tut es, wie wir alle merken, immer noch. In unseren Familien, im Berufsleben, aber auch hier im Niedersächsischen Landtag haben wir um die besten Lösungen gerungen und angemessene Maßnahmen und finanzielle Hilfe diskutiert. Dabei ging es manchmal auch hoch her. Einig waren wir uns jedoch in einem Punkt: Unser Handeln muss von der Wissenschaft geleitet sein.

Und Herr Alt, was Sie zu dem Thema Wissenschaft - ich komme da gleich einmal drauf - gesagt haben, könnte man in vielen Punkten gut unterschreiben. Aber wenn Sie im letzten Teil Ihrer Rede zur Kultur gerade genau diesen zentralen Satz „Unser Handeln muss von der Wissenschaft geleitet sein!“ wieder dermaßen ins Gegenteil verkeh-

ren, bleiben wir im Grunde genommen auf dem falschen Fuß stehen. Warum sind denn alle Einrichtungen heruntergefahren worden? - Doch nicht, weil irgendjemand der Kultur vorwirft, sie sei sozusagen der Hotspot der Corona-Pandemie, sondern sie sind heruntergefahren worden, weil es um das Social Distancing geht. Die Göttinger Hochschule sagt es seit Anfang der Pandemie immer wieder: Social Distancing ist das Gebot der Stunde. Egal, ob die Leute zu Hause rumknutschen oder sich etwas hinter die Binde kippen - alles das soll eben gerade nicht stattfinden, weil es darum geht, sich weniger zu treffen. Das ist das Kernproblem.

Deswegen hatten wir ja im November die Situation, dass der Lockdown sozusagen wieder greifbar nahe war, weil man eben nicht - - -

(Sebastian Zinke [SPD]: Unglaublich! Dass wir nicht mal mehr knutschen dürfen! Das ist ein Eingriff in die Freiheitsrechte! - Gegenruf von Jörg Bode [FDP]: Eigentlich wolltest du doch trinken! - Glocke des Präsidenten)

- Bitte?

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege, Sie dürfen das sicher, aber hier auf keinen Fall.

(Heiterkeit)

Herr Minister hat das Wort. Bitte schön!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Zinke kann ja knutschen, mit wem er will. Viel Spaß!

(Ulrich Watermann [SPD]: Ich glaube, wir müssen heute zum Ende kommen!)

- Ja, auch das.

Aber ganz im Ernst: Das war das Problem im November, als die Kanzlerin gesagt hat, wir brauchen einen Lockdown, aber man sich eben nicht für einen totalen Lockdown entschieden, sondern gesagt hat, wir müssen auf verschiedene Sachen Rücksicht nehmen. Zu dem Zeitpunkt konnten wir 75 % der Infektionswege schon nicht mehr nachverfolgen. Noch einmal: Das ist das Kernproblem, mit dem wir es jetzt immer noch zu tun haben.

Nun kann man natürlich sagen: „Es ist blöd, dass die Kultur darunter leidet. Das wäre doch gar nicht

nötig; denn die haben ja vernünftige Hygienekonzepte.“

(Johanne Modder [SPD]: Wie Gaststätten auch!)

- Wie Gaststätten auch.

Aber das ist völlig wurscht, weil wir bei 75 % der Infektionen nicht wissen, woher sie kommen. Es weiß keiner, ob es nicht im Theater übertragen worden ist - oder eben in der Gastronomie -, und das ist doch genau der Gefahrenpunkt. Denn Corona ist kein Spaß! Das kann man sich auf den Intensivstationen und bei denen anschauen, die an der ECMO liegen, und auch bei denen, die zwar wieder genesen, aber immer noch nicht richtig gesund sind.

Das ist genau das Kernproblem, und deswegen bleibe ich dabei: Das Handeln muss wissenschaftlich geleitet sein. Das vergessen wir immer wieder, weil natürlich viele auf uns einflüstern oder einwirken und uns sagen, was wir alles tun müssten.

Deswegen ist Politik an dieser Stelle auch so schwierig. Sie muss den richtigen Weg finden und austarieren, was man der Bevölkerung gerade noch zumuten kann, damit es nicht zu einem solchen Eingriff in die Freiheitsrechte kommt, dass beispielsweise das Knutschen verboten werden muss. Das kann man übrigens auch schlecht kontrollieren, aber Sie verstehen, was ich damit sagen will. Deswegen muss es wissenschaftsgeleitet sein.

Ich würde mir wünschen, man würde einmal auf die Forscherinnen und Forscher hören. Nehmen Sie z. B. Frau Priesemann aus Göttingen. Sie bringt es in den Diskussionen klar auf den Punkt, und das macht sie nicht, weil sie die Menschen nicht mag, sondern sie macht es aus Verantwortung.

(Zuruf von Christian Grascha [FDP])

- Herr Grascha man muss sich das nur einmal erklären lassen: Wenn das Infektionsgeschehen auf einem so hohen Niveau ist und nicht sinkt und der Lockdown trotzdem nicht fortgeführt wird, geht das Niveau wieder nach oben und die dritte Welle ist vorhersehbar. Wenn wir so weitermachen, können wir sie Ostern erwarten.

Das ist doch das Kernproblem, über das die Menschen in diesem Land diskutieren. Das muss verstanden werden.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das erklären Sie mal Ihrem Ministerpräsidenten!)

- Liebe Frau Hamburg, das hat mit dem Ministerpräsidenten nichts zu tun. Auch der Ministerpräsident ist nur einer von vielen Politikerinnen und Politikern:

(Heiterkeit - Jörg Bode [FDP]: Einer von vielen!)

- Ja, wirklich.

Und die Entscheidungen, die in den Ministerpräsidentenkonferenzen gefällt werden müssen, sind doch nicht einfach. Da besteht doch eine Einflusnahme von vielen Menschen, der auf ihnen lastende Druck ist groß. Da ist die Wirtschaft, das Herunterfahren, alles das muss man doch einmal sehen. Das ist doch kein Spaß.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Danke für die Belehrung!)

Und dass wir zu Kürzungen kommen, ist doch keine Herzensangelegenheit der Regierung. Das ist auch keine Herzensangelegenheit der Regierungsfractionen in diesem Hause, sondern das ist eine der Notwendigkeiten, denen wir uns stellen müssen, weil es nicht anders geht.

Liebe Frau Viehoff, da Sie das angesprochen haben: Wenn Sie wenigstens die globalen Minderausgaben aus Ihrem Antrag ausgebucht hätten, dann wäre es nett gewesen. Das haben Sie aber nicht.

(Jörg Bode [FDP]: Wir haben das!)

Die FDP hat es zumindest geschafft, 2,4 Millionen Euro auszubuchen, den Rest aber eben auch nicht.

Das ist das Problem. Erzählen Sie doch den Leuten nicht, Sie würden hier eine andere Wissenschaftspolitik machen wollen! Das machen Sie nur auf dem Papier; das ist ein Papiertiger, nicht mehr und nicht weniger. Das ist die Wahrheit über das, was Sie hier tun.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Sie sprechen von der Wertschätzung gegenüber den Forscherinnen und Forschern. Aber reden Sie einmal mit den Leuten! Die lachen sich doch tot über das, was angekündigt wird, weil davon nichts hängenbleibt. Das ist doch genau der Punkt.

Und erzählen Sie den Leuten vor allen Dingen nicht, dass wir in Niedersachsen die Wissenschaft kaputtsparen. Das stimmt nämlich nicht.

(Zuruf von Eva Viehoff [GRÜNE])

Wir haben bei der Globalzuweisung um 1 % gekürzt - um 1,2 %, um ganz genau zu sein -, weil es nicht anders ging, weil es notwendig war. Herr Hillmer hat gerade noch einmal sehr dezidiert aufgezeigt, wie die Beschlusswege dazu gewesen sind.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Wie erklären Sie dann all die Streichungen an der Universität Hannover und beispielsweise die Schließung der Meteorologie? Ist es kein Kaputtsparen, wenn die Studiengänge alle wegfallen? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es sind Beschlüsse, die dieses Hauses mit Ihrer Zustimmung gefasst hat, die dazu geführt haben, dass sich die Beamten jetzt im Grunde genommen ihr Weihnachtsgeld selbst verdienen. Das ist der Hintergrund dieser Sparmaßnahme gewesen, meine Damen und Herren. Das muss umgesetzt werden, und dabei ist jeder Minister in die Disziplin der Landesregierung eingebunden. Wir müssen das erfüllen, und das tun wir dann auch - weil dies Ihr Beschluss war, weil das die Beschlusslage ist. So einfach ist das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und ein Zweites: Was macht man denn, wenn man nicht genug Geld hat? Dann muss man Prioritäten setzen, und genau das haben wir gemacht. Wir haben über die Nachtragshaushalte die Netzwerke in der Corona- bzw. Infektionsforschung gestärkt. 8,4 Millionen Euro fließen für den Aufbau des COVID-19-Forschungsnetzwerks Niedersachsen COFONI. Das bedeutet die Bündelung aller Forscherinnen und Forscher in Niedersachsen, die sich nicht nur mit COVID-19, sondern auch mit anderen Pandemien beschäftigen. Das ist gut ausgegebenes Geld, weil es uns auch nach der Krise - die übrigens nicht die Letzte sein wird; da können wir sicher sein -, also auch bei anderen Krisen, in die Lage versetzt, auf Forschungsleistungen der letzten 10 bis 15 Jahre aufzubauen.

**(Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz
übernimmt den Vorsitz)**

Wer übrigens glaubt, dass der Impfstoff nebenbei erfunden worden ist, der irrt. Er geht auf die Grund-

lagenforschung der letzten 10, 15 oder 20 Jahre zurück, die viel Geld fordert. Grundlagenforschung ist teuer, aber absolut notwendig, weil sie die Grundlage dafür bildet, solche Krisen überhaupt in den Griff zu bekommen. Wer darin nicht investiert, der macht einen Fehler. Deswegen investieren wir genau an dieser Stelle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen. Ich habe mir heute Morgen in der Schillerschule hier in Hannover einen von uns finanzierten mobilen Corona-Test angeschaut. Der funktioniert vorbildlich, weil sich die Schillerschule darauf eingestellt hat, die Schülerinnen und Schüler während des Unterrichts immer wieder zum Testen inklusive Blutabnahme zu schicken. Warum ist das wichtig? Wir führen damit einen Langzeittest durch, der seit April dieses Jahres ununterbrochen in der Kette läuft, mit dem man die Infektionswege zwischen Schülern und Lehrern, zwischen Elternhaus und Schülern usw. verfolgen kann. Diese Erkenntnisse sind absolut wichtig, um bei einer weiteren Pandemie in die Lage versetzt zu werden, schneller als jetzt zu reagieren. Das kann man nur mit „learning by doing“ machen. Dafür werden 2,5 Millionen Euro investiert, und dieses Geld ist gut angelegt.

Frau Viehoff, Sie haben freundlicherweise auf Oldenburg hingewiesen. Ja, wir investieren 40 Millionen Euro. Ich frage mich, warum gerade Sie ständig das Thema EMS im Munde führen. Sie haben fünf Jahre die Möglichkeit gehabt, die EMS nach dem Start weiter auszubauen, und Sie haben gar nichts getan.

(Zuruf von Eva Viehoff [GRÜNE] -
Gegenruf von der CDU: Ihr wolltet sie
doch abschaffen!)

Es wäre fatal gewesen, wenn man die EMS wieder hätte schließen müssen, weil Sie fünf Jahre lang nichts gemacht haben. Der Wissenschaftsrat hätte es fast gemacht, wenn nicht die Begutachtung, die wir vorgezogen haben, so extrem positiv ausgefallen wäre und weil im Übrigen auch Groningen zum Standort Oldenburg steht. Dass die EMS überlebt hat, ist nicht Ihre Leistung, sondern das ist die Leistung der Menschen in Oldenburg!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Lassen Sie mich auch ein Wort zum Thema Kunst und Kultur sagen. Natürlich ist es schmerzlich, dass wir jetzt keine Kunst und Kultur genießen können, weder im Theater noch im Kino noch sonst irgendwo. Und ja, die Kulturschaffenden

leiden erheblich darunter, bis hin zur psychischen Anspannung. Aber mit Geld alleine ist das eben leider auch nicht zu lösen.

Herr Alt fragte vorhin, was denn die Kulturminister machen. Ich bin jetzt hier und sitze nicht in der Schaltle der Kulturminister, die zeitgleich läuft, in der sich diese darüber austauschen, wie sie versuchen wollen, es bundesweit hinzubekommen. Ich kann Ihnen sagen, das wird sowieso nicht funktionieren, weil es gar nicht geht, weil das Pandemiegeschehen in Deutschland viel zu unterschiedlich ist. Gleichwohl werden wir versuchen, wie von der MPK gefordert, einen Katalog vorzulegen. Er enthält eine Rahmenanweisung. Diese muss aber sozusagen vor Ort immer in bestehendes Recht umgesetzt werden.

Ich gehe davon aus, dass wir den Spielbetrieb der Staatstheater und ähnlicher Einrichtungen vor Ende Januar ohnehin nicht wiederaufnehmen werden, weil ein Hü und Hott, ein Herunter und Hoch gar nicht verantwortbar wäre. Man braucht Ruhe und Flexibilität. Deswegen sind wir ja gerade in einem engen Austausch auf Bundesebene, weil alles andere nicht zu verantworten wäre.

Lassen Sie mich noch einen Punkt aufgreifen, auf den Frau Naber dankenswerterweise hingewiesen hat. Das mit der Pferdetränke in Oldenburg finde ich nicht lächerlich, auch wenn ich mich schon einmal in dieser Weise geäußert habe, aber das war eher ein Spaß. An dem Beispiel wird jedenfalls deutlich: Wenn es zwischen dem Bund und den Ländern - die ja die Kulturhoheit in diesem Land tragen - zu vernünftigen Absprachen käme, könnte man Gelder fließen lassen. Das ist aber nicht möglich, weil diese Mittel leider immer erst bei der Ramschsitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages verteilt werden. Dieses Mal war das kurz vor unseren Haushaltsberatungen der Fall, aber meistens kommt es viel zu spät, sodass wir nicht die Möglichkeit haben, diese Mittel entweder in eine Kofinanzierung zu nehmen oder aber den Finanzminister in Gesprächen mitzunehmen und zu sagen: Es lohnt sich, dieses Geld zu nehmen, weil es unsere Kasse entlastet, wie z. B. beim Landesmuseum Oldenburg oder aber unlängst bei der Kunsthalle Emden.

Ich bin trotzdem dankbar, dass die Kollegen im Deutschen Bundestag dies tun und - das ist eine neue Wendung; das liegt übrigens an dem neuen Sprecher auf der SPD-Seite im Haushaltsausschuss - dass auch einmal vorher gefragt wird: Was darf es denn sein?

(Zustimmung von Johanne Modder
[SPD])

- Ich will das einmal lobend sagen.

Das gab es vorher nicht, sondern da haben die Kollegen auch in den anderen Ländern gesagt, dass es hier diese Zwangsbereicherung in der Ramschsitzung gibt. Aber Dennis Rohde fragt wenigstens vorher einmal, wo man möglicherweise etwas machen könnte, und das funktioniert dann auch. Das ist eine gute Zusammenarbeit. Und wenn es so läuft, ist die Kulturhoheit auch gesichert.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und
Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Minister Thümler. - Wir haben im Rahmen der Aussprache eine Wortmeldung des Abgeordneten Lars Alt, FDP-Fraktion, nach § 71 Abs. 3. Da der Minister gute drei Minuten überzogen hat, gebe ich Ihnen jetzt anderthalb Minuten. Ich denke, das sollte klappen. Bitte schön!

Lars Alt (FDP):

Herr Minister, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mir in Sachen „Evidenz und politische Entscheidungen“ noch einmal den Ball zugespielt haben.

Sie sagen „Wir wissen nichts, und deshalb schließen wir im Kulturbereich alles.“ Allerdings wissen wir anhand der Kennzahlen, dass im Kulturbereich keine Hotspots liegen. Ich habe beispielhaft genannt, wie häufig die Gesundheitsämter auf den Gästelisten von Kulturveranstaltungen nachschauen mussten. Das können Sie auch gerne in Ihren Wahlkreisen einmal nachfragen.

Bei der Abwägung von Evidenz und Politik ist meines Erachtens Folgendes entscheidend: Es gibt Forderungen aus der Wissenschaft, einen harten Lockdown zu machen und weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens herunterzufahren. Und es gibt von der Wissenschaft vertretene Auffassungen, die dem entsprechen, was wir in unserer 18-Punkte-Corona-Strategie vorschlagen. Auch Schmidt-Chanasit und Hendrik Streeck sagen: „Wir brauchen den Schutz vulnerabler Gruppen, wir müssen Schnelltests durchführen. Wir wollen allerdings keine pauschalen Schließungen, sondern wir wollen das anhand von regionalen Inzidenzwerten erklären.“ Aber es gibt kaum eine von der Wissenschaft vertretene Auffassung, die einen Schlinger-

kurs wie den vorschlägt, den Ihre Landesregierung fährt!

Das heißt: Wenn man über die Abwägung von Evidenz und politischen Entscheidungen spricht, dann spricht man nicht über Ihre aktuelle Corona-Politik, Herr Minister. Und deshalb machen wir mit unserer Strategie einen Vorschlag, der dann auch für den Kulturbereich tragen muss.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Kollege Alt.

Zu diesem Bereich liegen uns jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir schließen also den Bereich Wissenschaft und Kultur und kommen nun, wie abgesprochen, zum

Tagesordnungspunkt 21:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Im Rahmen dieses Themenbereichs soll zugleich behandelt werden der

Tagesordnungspunkt 14:

Abschließende Beratung:

Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7809](#) - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - [Drs. 18/7974](#)

Wir kommen jetzt zu den Wortbeiträgen. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich dem Abgeordneten Christian Meyer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Meyer!

Christian Meyer (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im letzten Jahr haben wir uns an dieser Stelle noch gegen die Pläne der FDP ausgesprochen, das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung abzuschaffen, weil wir als Europapartei es wichtig finden, dass dort eine Koordinierung stattfindet.

Aber wenn man sich heute den Haushalt anschaut, bekommt man das Gefühl, dass die Landesregierung dieses Ministerium nun selbst wieder abschaffen will. Denn Sie wollen 250 000 Euro einsparen, und zwar beim Europäischen Informations-Zentrum (EIZ), und dort auch noch bei dessen Topf für Öffentlichkeitsarbeit, bei dem wir bereits im letzten Jahr 50 000 Euro gespart haben. Das kann man doch nicht mit der Europawahl erklären; denn die war 2019, und wir reden hier über den Haushalt 2021. Deshalb müssen wir unseres Erachtens mehr über Europa informieren und nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch einmal: Das ist ein falsches Signal. Erst kürzlich wurden wir im Ausschuss über die Bedeutung des EIZ unterrichtet. Wir alle kennen seine wichtige Arbeit und hoffen, dass gerade in den Schulen positiv über Europa informiert wird.

Wir hoffen auch, dass es vielleicht nächstes Jahr möglich sein wird, den Europatag in den Schulen durchzuführen. Vielleicht wird das noch nicht im Mai möglich sein. Aber dann sollte man ihn später nachholen. Ich habe ihn jedenfalls immer sehr genossen, weil man auch von den Schülerinnen und Schülern sehr viel Feedback bekommt, wie wichtig ein einiges Europa eigentlich ist.

Wir wissen auch, dass wir für die großen Herausforderungen, die wir in Europa haben, gegen die nationalistischen Bestrebungen und gegen den Populismus Europa vorgehen müssen. Deshalb ist es fatal, dass man ausgerechnet hier spart. Man merkt: Die Einsparvorgaben werden gemacht, und dann spart man an der Öffentlichkeitsarbeit für Europa.

Meine Damen und Herren, wenn es um Regionalentwicklung geht, begrüßen wir die Aufstockung des Programms „Zukunftsräume“. Das ist ein sehr gutes Projekt. Die FDP will diese zusätzlichen 4 Millionen Euro drauf ja ersatzlos streichen.

Aber ich frage mich immer schon: Wo ist eigentlich das Konzept der Landesregierung aus einem Guss für die Regionalentwicklung der Landesregierung?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Das Südniedersachsenprogramm, das wir unter Rot-Grün erfolgreich umgesetzt haben, wird jetzt quasi - - - Es gibt zwar neue Konzepte. Aber es gibt keinen Plan. Das ML hält sich nicht daran, das

MW hält sich nicht daran. Die Regionalpolitik ist nicht aus einem Guss.

Dabei müsste man doch gerade in der Corona-Krise sagen: Wenn wir jetzt - zu Recht - viel Geld in die Regionen investieren - und wir wollen ja in die Zukunft investieren; es wird eine neue Normalität sein -, also in Klimaschutz, in Naturschutz und in Innovationen in den Betrieben, dann müssen wir doch auch regionale Strategien haben und in Lüneburg anders fördern als vielleicht in Cloppenburg oder in Vechta und in Südniedersachsen wieder anders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber da hat jedes Ministerium seine Eigenheiten und verteilt weiter nach Parteipolitik. Die rot-grüne Regionalentwicklung hatte alle Regionen noch gleichbehandelt, aber jetzt ist es weiterhin so, dass das Agrarministerium die Mittel für Dorfentwicklung den Regionen Braunschweig oder Südniedersachsen - - -

(Zuruf von Frauke Heiligenstadt [SPD])

- Frau Heiligenstadt, es gab damals große Worte: Der Ministerpräsident wollte sich dafür einsetzen. Herr Oesterhelweg hat gesagt, er wolle sich für eine Gleichbehandlung einsetzen. Aber es ist immer noch so, dass z. B. das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig 30 % weniger Fördermittel bekommt als die Region Weser-Ems.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dabei haben sie es doch so nötig! Das ist unfassbar!)

Das hat das ARL mit einem Erlass gemacht, der bis heute nicht aufgehoben worden ist. Es wurde immer nur angekündigt: Wir wollen einmal schauen, wie die Mittel denn abgeflossen sind. - Daher ist es weiterhin so, dass Braunschweig und Leine-Weser deutlich weniger EU-Fördermittel bekommen als z. B. Weser-Ems, und das ermöglicht nun einmal keine gezielte Regionalentwicklung.

Wir verabschieden morgen ein Klimaschutzgesetz und haben beim letzten Plenum das Naturschutzgesetz verabschiedet. Was heißt das eigentlich für die vielen EU-Fördertöpfe? Was heißt das für den EFRE? Was heißt das für den Wirtschaftsförderfonds? Was macht eigentlich das Wirtschaftsministerium in der nächsten EU-Förderperiode? Das sind unsere Gestaltungsmittel. Müssen wir, wenn wir klimaneutral werden wollen - 2050 wie die Re-

gierung oder 2035 wie wir -, jetzt nicht endlich auch eine Förderpolitik aus einem Guss haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mittel werden nicht mehr. Wir müssen doch mehr in den Klimaschutz stecken.

Oder nehmen wir den riesigen Agrartopf von 1 Milliarde Euro. Man wird nicht darum herkommen, die zweite Säule, also die Mittel für den ländlichen Raum, aufzustocken. Wir haben im Zusammenhang mit dem Naturschutz darüber geredet, den Flächenverbrauch auf null zu reduzieren. Insofern müssen wir über Flurbereinigung sprechen: Wie schaffen wir Anreize zur Entsiegelung? Wir müssen im Klimaschutz über die Moorentwicklung - das ist ein ganz wichtiges Thema - und über Wälder reden. Da müssen wir Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unter Rot-Grün haben wir die Mittel für Naturschutz und Klimaschutz bzw. den Prozentanteil in dieser Säule schon verdoppelt. Da müssen wir weiter nach vorne gehen.

Aber das heißt eben auch: Dafür muss etwas anderes wegfallen. Dann kann man nicht mehr so viel Wegebau machen. Dann kann man nicht große Ställe fördern. Dann muss man sich auch von alt-hergebrachten Fördermaßnahmen verabschieden. Denn es wird nicht einfach mehr Geld geben. In Bezug auf den Naturschutz sagt im Übrigen auch die EU: Förderbedingung ist der Green New Deal. - Wir haben eine EU-Biodiversitätsstrategie. Da kann man nicht sagen, dass der Agrartopf abgeschlossen wird.

Zurzeit wird im Trilog über die GAP diskutiert. Aus Niedersachsen erkenne ich aber keine einheitliche Linie. Die Regionalministerin Birgit Honé spricht sich für eine starke zweite Säule aus, und die Agrarministerin verteidigt die erste Säule. Wir werden uns aber entscheiden müssen, wie viel wir umschichten. Wir brauchen dieses Geld, um die Herausforderungen bei Klimaschutz und Naturschutz zu bewältigen. Sonst bleiben die Gesetze, die wir hier im Landtag verabschieden, hohl.

Deshalb verlangen wir: Es darf nicht eine ministeriale Eigenstaatlichkeit geben. Vielmehr brauchen wir eine Europapolitik und eine Förderpolitik aus einem Guss -

(Beifall bei den GRÜNEN)

auch schon allein wegen der Bürokratie, die damit verbunden ist. Man kann sich mit Anträgen zu bestimmten Innovationen an vier verschiedene Häuser wenden und von verschiedenen Fördertöpfen etc. profitieren.

Daher ist ein kleiner Änderungsantrag, den wir gestellt haben, wieder einmal sehr sinnvoll: Wir wollen Geld für eine digitale Antragsplattform einsetzen. Dort kann ich mich beraten lassen, wenn ich eine Idee habe. Denn wenn ich an die falsche Stelle - sogar in einem Ministerium - gerate, wird mir gesagt: Nein, dafür gibt es keine Förderung. Dass ein anderes Ministerium die Förderung gewährt, ist häufig unbekannt. Dass das Agrarministerium auch Tourismus fördert, dass dort auch Kultur aus dem ELER gefördert wird und dass das Regionalministerium jetzt aus dem Programm „Zukunftsräume“ Arztpraxen entwickelt, nicht nur das Sozial- und Gesundheitsministerium, wissen viele nicht. Dass Kleinstunternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten im ländlichen Raum Förderungen aus dem Agrarministerium bekommen können und nicht von Herrn Althusmann, wissen viele nicht.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ja, das stimmt!)

Ich sehe die entsetzten Gesichter. Wir brauchen also eine Förderpolitik aus einem Guss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die EU-Strategie gemeinsam angehen. Jetzt beginnt die neue Förderperiode. Da muss die Landesregierung die Hausaufgaben machen. Dafür braucht man eigentlich ein starkes Europa- und Regionalministerium. Wenn man das hat, dann muss es diese Ziele Klimaschutz, Naturschutz und soziale Gerechtigkeit in einer Linie verfolgen, und dann müssen wir mit diesen Ressortegoismen - keiner will was abgeben - und mit unterschiedlichen Ämterstrukturen wie den Ämtern für regionale Landesentwicklung aufhören: Die NBank fördert wieder was, das Hochschulministerium fördert was, das Kulturministerium fördert was, und das Sozialministerium fördert was.

Es wäre eine wichtige Aufgabe, dass wir - und darum geht es beim Haushalt - Fördermittel sinnvoll einsetzen. Dann kommen wir mit Europa auch richtig nach vorne, und Niedersachsen wäre wirklich ein Vorbild, weil wir unsere Ziele auch im Agrarbereich und auch beim Wirtschaftsförderfonds endlich gezielt umsetzen. Das gilt auch für die EU-Ziele. Die EU will ja klimaneutral werden.

Sie ist ehrgeiziger, wenn ich die Pläne von Frau von der Leyen sehe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Meyer. - Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Immacolata Glosemeyer zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Kollegin!

Immacolata Glosemeyer (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Meyer, das, was Sie hier vorgetragen haben, war für mich ein klares Bekenntnis zu diesem Ministerium. Vielen Dank! Denn Sie haben noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass die Fördermittel an die richtigen Stellen kommen. Ich werde in meiner Rede darauf eingehen und Ihnen berichten, dass das auch genau so erfolgt.

Heute beraten wir den Einzelplan 16 des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung. Der Haushalt des Ministeriums sieht für 2021 ein Volumen von rund 43 Millionen Euro vor. Das ist nicht der größte Haushalt. Der größte Haushalt ist, wie wir vorhin gehört haben, der Sozialhaushalt. Aber auch mit 43 Millionen Euro können wir eine ganze Menge wuppen.

Sehr geehrte Frau Ministerin Honé, ich möchte Ihnen und dem gesamten Ministerium für Ihre geleistete Arbeit danken. Sie haben viele wegweisende Projekte auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Einige möchte ich besonders erwähnen: das Förderprogramm „Zukunftsräume“ für zentrale Orte in ländlichen Regionen, die Zukunftsregionen, die eine bedarfsorientierte Förderung und Unterstützung erhalten, und das Modellprojekt der Regionalen Versorgungszentren, die Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge an gut erreichbaren Orten bündeln sollen.

Darüber hinaus hat sich Frau Ministerin Honé im Europäischen Ausschuss der Regionen in Brüssel als Berichterstatteerin erfolgreich für die EU-Wasserstoffstrategie eingesetzt. Sie hat früh erkannt, dass Europa nur dann bis 2050 klimaneutral werden kann, wenn die grüne Wasserstoffwirtschaft aktiv gefördert wird. Davon profitiert auch Niedersachsen; denn durch Innovationen und Wertschöpfung entstehen Arbeitsplätze.

Allein in Niedersachsen gibt es mehr als 20 Wasserstoffprojekte. Ein Vorzeigebjekt befindet sich am Standort Salzgitter. Ich hoffe, Herr Meyer, Sie werden jetzt sagen: „Das ist auch gut so“; denn Salzgitter gehört zur Region Braunschweig, und Sie haben ja gerade kritisiert, dass zu wenig Geld dorthin fließt. Mit dem Wasserstoff-Campus ist dort ein wegweisendes Projekt entstanden. Es ist ein Ankerpunkt der Wasserstoffwirtschaft in der Region Braunschweig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr haben wir das fünfjährige Jubiläum des erfolgreichen Südniedersachsenprogramms gefeiert. Insgesamt wurden mit dem Südniedersachsenprogramm in sechs Handlungsfeldern bislang 39 Leuchtturm- und landkreisübergreifende Kooperationsprojekte bewilligt und umgesetzt. Über 107 Millionen Euro an zusätzlichen Fördergeldern sind inklusive der Kofinanzierung bisher in die Region geflossen. Mit der neuen Regionalstrategie 2020 bis 2025 wird das Konzept weiterentwickelt.

Allein an diesen zwei Beispielen sehen wir, wie wichtig es ist, alle Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie die kommunalen Spitzen zusammenzubringen, um mit ihnen eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zu erarbeiten. Denn nur so können wir langfristig erfolgreich sein. Diese wichtige Aufgabe übernimmt das Europaministerium mit den Landesbeauftragten. Sie sind die Schnittstelle zu den Fördermöglichkeiten der Europäischen Union und kennen die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr 2020 zurück, in dem die COVID-19-Pandemie alles auf den Kopf gestellt hat. Hier bei uns in Niedersachsen stehen besonders die kleinen und mittleren Zentren in unseren Kommunen vor großen Herausforderungen. Ladengeschäfte, die mit dem Onlinehandel nicht konkurrieren können, müssen oft schließen. Das ist ein Trend, der spürbare Auswirkungen auf Stadt- und Dorfzentren und auch auf Begegnungsorte für Jung und Alt hat. Sie gehen verloren.

Kulturelle Angebote und Mobilität sind ein Standortfaktor, den es zu erhalten gilt. Wir müssen die Strukturen vor Ort stärken. Niedersachsen als Flächenland ist in seinen jeweiligen Regionen vielfältig und divers. Keine Region gleicht der anderen. Um diesen regionalen Unterschieden gerecht zu werden, müssen und werden wir bedarfsge-

rechte Förderungen vornehmen - anders, als Sie das hier dargelegt haben, Herr Meyer.

Im kommenden Jahr stehen für das Programm „Zukunftsräume“ und die soziale Daseinsvorsorge insgesamt 8,5 Millionen Euro zur Verfügung. Ich freue mich sehr, dass die SPD-Fraktion für dieses erfolgreiche Herzensprojekt 4 Millionen Euro über die politische Liste bereitgestellt hat und so die ursprünglich vorgesehenen 4,5 Millionen Euro auf 8,5 Millionen Euro aufgestockt hat.

Eine zweite wichtige Säule für den ländlichen Raum sind die Modellprojekte der Regionalen Versorgungszentren. Diese ergänzen die soziale Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten unseres Bundeslandes. Durch den demografischen Wandel sieht der Gesundheits- und Pflegebereich gerade in der Fläche großen Herausforderungen und auch höheren Anforderungen entgegen. Gleichzeitig erleben wir, dass vielerorts Strukturen wegbrechen. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken und gemeinsam mit den Städten und Landkreisen der Modellprojekte unter kommunaler Steuerung diverse Angebote der sozialen Daseinsvorsorge anbieten: vor Ort, gut erreichbar und lokal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2019 wurden dem Ministerium für das Haushaltsjahr 2020 über die politische Liste 250 000 Euro für die Umsetzung unseres Antrages „Europa-Chancen für alle!“ zur Verfügung gestellt. Das, was Sie als Kürzung empfunden haben, Herr Meyer, sind genau diese 250 000 Euro, die dann auf das neue Jahr übertragen worden sind. Die konnten nicht ausgegeben werden; denn verständlicherweise konnten wir in der Zeit der Pandemie keine Schülerinnen und Schüler ins Ausland schicken. Für den Ideenwettbewerb „#MEinEU“ hat das Europaministerium daraufhin eine Verlängerung der Bewerbungsphase bis zum 1. Juni 2021 ausgeschrieben.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auf die europäische territoriale Zusammenarbeit, besser bekannt als INTERREG-Programm, möchte ich an dieser Stelle ebenfalls eingehen.

Durch die zunehmende Globalisierung wird für Niedersachsen die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg immer wichtiger. In der neuen Förderperiode soll das INTERREG-A-Programm Deutschland-Niederland fortgesetzt werden. Für den Zeitraum 2021 bis 2027 soll es mit insgesamt 20 Millionen Euro aus Landesmitteln unterstützt werden.

Die Zustimmung der EU-Kommission vorausgesetzt, würde Braunschweig in den Genuss des INTERREG-B-Programms Zentraleuropa kommen. Das Programm Nordwesteuropa würde Anwendung für die Region Leine-Weser und Weser-Ems finden.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen wird in der Kohäsionspolitik über 1 Milliarde Euro erhalten. Circa 775 Millionen Euro sind für den EFRE vorgesehen, beim ESF sind es 283 Millionen Euro. Der ELER wird auf 1,4 Milliarden Euro anwachsen. Mit diesem Geld können wir u. a. die Folgen von Corona im ländlichen Raum bekämpfen.

Angesichts der derzeitigen Lage hatten wir mit weniger Fördermitteln aus der EU gerechnet. Doch in den Fonds EFRE, ESF und ELER ist zusammengekommen eine Erhöhung zu verzeichnen. Die Mittel steigen für Niedersachsen um 8 %. Der ELER steigt um ganze 300 Millionen Euro.

Die Voraussetzung hierfür ist, dass der Haushalt endlich beschlossen werden kann. So können wir auch Planungssicherheit für unsere Jugendwerkstätten und unsere Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft sicherstellen, deren Arbeit wir sehr schätzen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Allerdings blockieren Polen und Ungarn momentan mit ihrem Veto die im Trilog erreichte Einigung in Bezug auf den Mehrjährigen Finanzrahmen und den Corona-Wiederaufbaufonds.

Ich hoffe, dass auf dem EU-Gipfel am kommenden Donnerstag eine Einigung erzielt wird. Die Bundesrepublik muss das Gewicht der EU-Ratspräsidentschaft dafür nutzen. Am Rechtsstaatsprinzip darf jedenfalls nicht gerüttelt werden. Wir haben im Landtag schon in unserem Antrag „Grundwerte der Europäischen Union achten und schützen - für wirksame Maßnahmen gegen Verstöße“ gefordert, dass bei schwerwiegenden Verletzungen der Grundwerte Gelder einbehalten werden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zum FDP-Antrag „Erwartungen der EU-Ratspräsidentschaft erfüllen“ sagen. Keine Frage: Die Erwartungen an Deutschland als vorsitzendes Land waren von Anfang an sehr hoch, und die deutsche Ratspräsidentschaft ist nun gerade in der Schlussphase noch einmal besonders gefordert worden. Aber eine Vielzahl von Themen wurde beraten, und ich bin mir sicher,

dass die deutsche Ratspräsidentschaft auch die verbleibenden Tage intensiv nutzen wird. Ich denke nur alleine an die Herausforderungen von Corona und Brexit, die auch weiterhin ein Thema sein werden. Ich möchte eigentlich meinen Kollegen Pantazis zitieren, der mehrfach sagte: Der Antrag ist obsolet. - Ich habe mir immer mal gewünscht, das sagen zu dürfen. An der Stelle möchte ich also sagen: Dieser Antrag ist absolut obsolet.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt möchte ich mich für die gute kollegiale Zusammenarbeit bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Auch wenn wir ab und zu im Clinch lagen, sind wir aber doch immer zu einem guten Ergebnis gekommen.

(Christian Grascha [FDP]: Sie sind in einer Koalition!)

- Ich sprach von meinen Kolleginnen und Kollegen, die ja nicht nur der CDU angehören. Es gibt auch einen Kollegen Ihrer Partei. Auch mit Ihnen kann man mal im Clinch liegen.

(Christian Grascha [FDP]: Ich bitte sogar darum!)

Wir haben ja hier keine Diskussion, sondern einen Redebeitrag. - Sie haben mich jetzt doch noch aus der Fassung gebracht. Trotzdem wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und weiterhin gute Beratungen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Glosemeyer. - Für die CDU-Fraktion haben sich als Erste Frau Abgeordnete Gudrun Pieper und als Zweiter - im Anschluss - Herr Abgeordneter Marcel Scharrelmann zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Pieper!

(Unruhe)

- Bevor Sie mit Ihrem Redebeitrag beginnen, möchte ich doch die Herren Kollegen Grascha und Nacke bitten, sich wieder etwas dem Thema zu nähern und Ruhe einkehren zu lassen.

(Christian Grascha [FDP]: Das gehörte zum Thema! - Jens Nacke [CDU]: Es ist doch wieder alles gut! Warum kriegen wir jedes Mal Schimpfe?)

- Vielleicht weil ich Sie beide so gut vor Augen habe und auch Ihre Zwiegespräche gut verfolgen kann.

Bitte, Frau Kollegin Pieper!

Gudrun Pieper (CDU):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ein turbulentes Jahr hinter uns, und uns alle hat auch die COVID-19-Pandemie betroffen. Natürlich kann vor diesem Ministerium die Pandemie nicht haltgemacht haben. Deswegen bin ich Frau Kollegin Glosemeyer dankbar, dass sie noch einmal auf die 250 000 Euro hingewiesen hat; denn die konnten aufgrund der Pandemie nicht abgerufen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Glosemeyer hat schon einiges ausgeführt. Aber ich möchte trotzdem noch drei Schwerpunkte in der Europapolitik nennen: erstens die europapolitischen Aktivitäten im Hinblick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen, zweitens die regionalen Entwicklungen im Hinblick auf die Unterstützung unserer Kommunen und drittens natürlich auch die länderübergreifende Zusammenarbeit.

Wenn ich auf den Mehrjährigen Finanzrahmen hinweisen darf, Herr Kollege Meyer, wissen wir alle, dass in Niedersachsen demnächst aus dem MFR ein Finanzvolumen von insgesamt 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen werden. Wir wissen aber natürlich auch, dass die genauen Summen der einzelnen Fördertöpfe erst nach der Zustimmung des Europaparlamentes Ende des Jahres sowie nach den anschließenden Verhandlungen über die Mittelverteilung Anfang des nächsten Jahres feststehen werden. Dennoch ist es für uns eine gute Ausgangsposition, um nachhaltige Projekte oder Strategien für unser Bundesland zu fördern.

Diese sind auch schon im großen Rahmen beziffert. Genau genommen, haben wir sogar noch eine leichte Erhöhung im Finanzrahmen feststellen können, nämlich für den EFRE ca. 700 Millionen Euro, für den ELER ca. 1,4 Milliarden und für den ESF ca. 250 Millionen Euro. Genau aus diesen Fonds werden nämlich gemeinsam mit den zuständigen Ministerien und dem Europaministerium neben Agrar-, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen Maßnahmen von sozial- und bildungspolitischer Bedeutung, Digitalisierung und insbesondere auch Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Räume finanziert.

Es wird in den nächsten Jahren sehr wohl darauf ankommen - und da gebe ich Ihnen Recht, Herr Kollege Meyer -, dass diese Mittel gezielt und nachhaltig eingesetzt werden. Das wollen wir

selbstverständlich mit ganzer Kraft unterstützen. Insofern sind wir auf die zukünftigen Beratungen, wie es denn weitergehen wird, sehr gespannt.

Ich komme zum zweiten Punkt: die regionale Entwicklung. In der Vergangenheit haben wir die Zukunftsräume bedarfsgerecht und gezielt mit vielen Akteuren und Akteurinnen in den einzelnen Städten und Landkreisen erfolgreich umgesetzt, so beispielsweise - ich nenne jetzt einmal zwei praktische Beispiele - den „Tante-Emma-Laden auf Rädern“ in unserer Gemeinde Neuenkirchen im Heidekreis mit dem Ziel, die ländliche Bevölkerung mit wichtigen Dingen des Lebens wohnortnah weiterhin versorgen zu können und somit auch gleichwertige Lebensbedingungen nachhaltig zu schaffen.

Ich nehme das zweite Beispiel: die AzweiO-Mobilitätsregion Achim. Damit soll in der Nähe zu Bremen die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Großstadt im eigenen Einzelhandel, in der Gastronomie und in der medizinischen Versorgung in enger Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden gefördert werden.

Aus diesem Grunde haben wir nicht nur zusätzliche Mittel hineingegeben, sondern ganz gezielt 4 Millionen Euro an zusätzlichen Haushaltsmitteln bereitgestellt, um Innovation, Nachhaltigkeit und Entwicklung in den unterschiedlichen Regionen mit allen Akteuren und Akteurinnen und den vielen ehrenamtlich Tätigen gemeinsam zu fördern. Dabei gilt es natürlich, dass alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen, Themen überprüft und Handlungsfelder auch landkreisübergreifend entwickelt werden. Wir als CDU-Fraktion unterstützen dies gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ausdrücklich.

(Zustimmung von Mareike Wulf [CDU]
und Johanne Modder [SPD])

Ich komme jetzt zu dem dritten Punkt: die länderübergreifende Zusammenarbeit - eine Herzensangelegenheit unseres Ausschusses! In einer globalisierten Welt ist die länderübergreifende Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung; meine Kollegin Frau Glosemeyer hatte schon darauf hingewiesen. Die Förderung über INTERREG, EDR, EUREGIO oder EFRE ist ein wichtiges Ziel unserer landespolitischen Bestrebungen. Nehmen wir beispielsweise nur die enge, sehr intensive Zusammenarbeit mit den Niederlanden oder die Zusammenarbeit der nördlichen Länder im Nord- und Ostsee-Programm mit dem Ziel, die grenzübergreifende Zusammenarbeit in der europäischen Kohä-

sionspolitik bzw. Regionalpolitik, um Entwicklungsdifferenzen zwischen den Regionen zu mindern und den ökonomischen Zusammenhalt zu stärken.

Regionen wie Weser-Ems, Lüneburg, Braunschweig oder Leine-Weser partizipieren von dieser Zusammenarbeit. Wir unterstützen somit die Regionen mit speziellen Förderprogrammen, ganz nach ihren strategischen Bedarfen, Herr Meyer. Das werden wir auch nicht aus dem Blick verlieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Nicht zu vergessen ist dabei auch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschungsteams verschiedener Länder und Disziplinen. Auch hier wird Niedersachsen einen wichtigen innovativen Beitrag leisten, um beispielsweise Mittel aus den Programmen „Digitales Europa“ und „Horizont Europa“ in den unterschiedlichen Segmenten abzurufen und dementsprechend mit Partnern aus den Regionen innovative Projekte für die Zukunft zu gestalten.

(Zustimmung bei der CDU)

Dies schafft nämlich Arbeitsplätze, wirtschaftliche Sicherheit, Kaufkraft in den Regionen und stärkt somit auch unsere Kommunen.

Gestatten Sie mir jetzt abschließend ein paar Worte zu den allgemeinen Entwicklungen innerhalb Europas.

Ich weiß noch sehr genau, wie im letzten Jahr zur Einbringung des Haushalts in unseren Ausschuss eine Einigung zum Brexit zwischen der EU und der britischen Seite stattgefunden hat. Mittlerweile ist der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU vollzogen, und die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen befinden sich in der Endphase. Mit großer Sorge schauen wir als Fraktion auf die Verhandlungen. Betrachten wir, wie unser gut befreundetes Land nicht nur die EU, sondern auch die Zollunion verlässt, so fürchten wir jetzt bei diesen ganzen Diskussionen in der Endphase um die Handelsbeziehungen und auch den Binnenmarkt. Wir schauen auch sehr gespannt auf die Gespräche zwischen Boris Johnson und Ursula von der Leyen. Ich hoffe, der Durchbruch gelingt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein weiterer Punkt ist der Beschluss des Europäischen Parlaments zum Rechtsstaatsmechanismus, den wir als CDU vollumfänglich unterstützen.

Denn Rechtsstaatlichkeit ist Voraussetzung für Frieden, Freiheit und nachhaltige Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie und ein zentrales Element guter Regierungsführung. Rechtsstaatlichkeit bedeutet ebenso, dass Regierung und Verwaltung nur im Rahmen bestehender Gesetze handeln dürfen, damit wir, die Bürgerinnen und Bürger, vor staatlicher Willkür geschützt sind.

Zu dem FDP-Antrag könnte ich einiges sagen. Das überlasse ich aber meinem Kollege Marcel Scharrelmann.

Ich möchte es jedenfalls nicht versäumen, mich beim Ministerium mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Staatssekretär und Frau Ministerin Honé für die sehr gute Zusammenarbeit zu bedanken.

(Zustimmung bei der CDU bei der SPD)

Wir haben in den vergangenen Jahren genau darauf geschaut, was jeden Tag passiert. Die Fraktionen von CDU und SPD haben die Dinge, glaube ich, ganz erfolgreich umgesetzt. Wir wünschen uns, dass wir mit diesem Haushalt auch ein Zeichen setzen können. Für uns ist Europa ein Team aus höchst unterschiedlichen Mitgliedern mit verschiedenen Stärken. Erfolgreich müssen wir darum kämpfen und dafür werben, dass wir weiterhin in Frieden und Sicherheit leben können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper, auch als Ausschussvorsitzende. - Jetzt kommt, wie angekündigt, für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Marcel Scharrelmann.

(Marcel Scharrelmann [CDU]: Ich habe genau drei Minuten!)

Bitte schön!

Marcel Scharrelmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! In 23 Tagen endet nicht nur das Kalenderjahr 2020, welches uns allen sicherlich deutlicher als so manches der vorangegangenen Jahre in Erinnerung bleiben wird, im Gegenzug aber auch ein Jahr, in dem Wissenschaftler in nie zuvor dagewesener Weise eine

Antwort auf die weltweit wütende Corona-Pandemie gefunden haben, sodass bereits in wenigen Tagen mit den ersten Impfungen bei uns begonnen werden kann.

Aus europäischer Sicht war es zudem ein Jahr, in dem die Bundesrepublik Deutschland mit unserer Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen konnte - eine Aufgabe, die nicht nur Chancen und Gestaltungsspielräume bietet, sondern auch Verantwortung gegenüber anderen Mitgliedstaaten und Organen der EU mit sich bringt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir stolz sein können, dass Deutschland als erster Teil des Dreiervorsitzes in dieser schwierigen Zeit Kurs halten konnte und die langfristigen Ziele, die zu Beginn mit Portugal und Slowenien verabredet wurden, nicht aus den Augen verloren hat. Gerade die Verankerung des Dreiervorsitzes im Vertrag von Lissabon ist dabei eine große Hilfe.

Die dauerhafte Überwindung der Corona-Krise in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht stand ebenso als Ziel fest wie die Weiterentwicklung eines innovativen, gerechten und nachhaltigen Europas, das gemeinsame Werte vertritt, für Sicherheit steht und ein starkes und geschlossenes Auftreten in der Weltgemeinschaft hat.

Auch wenn die letzten Monate von der Bereitstellung von Aufbaufonds und anderen Hilfestellungen zur Bekämpfung der Pandemiefolgen geprägt waren, so konnten trotzdem die vergangenen zwölf Monate für die Weiterentwicklung der Europäischen Union und die Fortführung der von den deutschen Akteuren angeschobenen Initiativen genutzt werden.

Die von der FDP in dem Entschließungsantrag „Erwartungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erfüllen“ formulierte Sorge, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in Bedeutungs- und Tatenlosigkeit verschwinden könnte, ist daher schon äußerst interessant. In einer Phase, in der die EU millionenfach Impfdosen ordert, Aufbauprogramme auflegt und alles tut, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen, den Eindruck zu erwecken, als hätten die handelnden EU-Staaten nach noch nicht einmal einem Drittel der gemeinsamen Vorsitzzeit alle Ziele aus den Augen verloren und die Arbeit auf wenige Einzelprojekte eingeschränkt,

(Beifall bei der FDP)

ist absurd. Liebe Kollegen von der FDP, die Europäische Union arbeitet an zahlreichen Verbesse-

rungen und nutzt gerade die von Ihnen angesprochene Digitalisierung zu unser aller Vorteil.

Sie schreiben, dass normalerweise zahlreiche Sitzungen von Experten stattfinden, die jetzt aber aufgrund der Corona-Krise scheinbar nicht mehr tagen können. Der Anschein, den Sie damit erwecken wollen, dass dies aktuell nicht geschieht, ist hingegen falsch. Ein einfacher Blick auf die Homepage der EU-Ratspräsidentschaft hätte gezeigt, dass die Arbeit in vielen Bereichen nahtlos, modern und digital online weitergeht.

Das Projekt Europa ist nur erfolgreich, wenn wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Europa bei den großen Themen groß und bei den kleinen Themen auch mal klein sein darf. Das Motto „gemeinsam Europa wieder stark machen“ ist daher nicht nur Leitlinie, sondern auch Ansporn, um nicht nachzulassen.

Deutschland ist nicht nur Anker und Problemlöser, sondern auch weiterhin Motor der Europäischen Union. Diesen Anspruch müssen wir immer wieder geltend machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Das war eine Punktlandung, nicht wahr?

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Hervorragend! Eine Punktlandung! Vielen Dank, Herr Kollege Scharrelmann. Wir wären aber großzügig gewesen.

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Wenn du das vorher gewusst hättest!)

- Die Zeitaufteilung war bestimmt zwischen dem Kollegen und der Kollegin abgesprochen.

Für die Fraktion der FDP hat jetzt das Wort der Abgeordnete Thomas Brüninghoff. Bitte schön, Herr Brüninghoff!

Thomas Brüninghoff (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Scharrelmann, ganz so ist es ja nun mal nicht. Wir haben nicht gesagt, die EU-Ratspräsidentschaft sei tatenlos, sondern wir haben gesagt, sie wolle sich auf die wichtigsten Themen konzentrieren. Dazu hat man Videokonferenzen durchgeführt. Aber viele Dinge, die hinter den Erwartungen gestanden haben, die mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verbunden waren, sind ausgeblieben. Es ist schlichtweg nicht

wahr, was Sie gerade gesagt haben. Verfolgen Sie nur einmal, was in der Presse in den letzten Tagen und Wochen geschrieben wird! Dort heißt es immer wieder: Deutschland hat die EU-Ratspräsidentschaft. Aber was machen wir wirklich? - Natürlich, Corona gibt es in allen Mitgliedstaaten. Es ist auch wichtig, dass man sich damit beschäftigt. Aber das ist nicht die einzige Aufgabe der Ratspräsidentschaft.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Kommen wir zum Haushalt: Sie wissen, dass wir bereits seit dessen Einrichtung fordern, das Ministerium umgehend wieder abzuschaffen. Herr Meyer, vielen Dank. Auch Sie haben erkannt, dass dort irgendetwas nicht richtig läuft.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP]).

Das spiegelt sich auch in unserem Änderungsantrag zum Haushalt 2021.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Warten Sie bitte ganz kurz, Herr Kollege Brüninghoff! - Einige Damen sind etwas intensiver und lautstärker in Gespräche verwickelt. Ich wollte nur kurz abwarten, bis man Ihnen wieder folgen kann. Bitte!

Thomas Brüninghoff (FDP):

Danke sehr.

Heute möchte ich in anderer Form darauf eingehen, warum wir diese Forderung seit jeher aufrechterhalten. Ich möchte verdeutlichen, dass ein gemeinsamer europäischer Gedanke ohne dieses Ministerium funktioniert.

Die Ablehnung unseres Antrages, Frau Glosemeyer, der an dieser Stelle abschließend mit beraten wird, wurde im Ausschuss u. a. damit begründet, dass es keiner Hinweise des Niedersächsischen Landtages bedürfe, wie die EU ihre Arbeit zu machen habe. Diese Aussage empfinde ich als bezeichnend. Denn wenn Niedersachsen ohnehin keinen Anteil am europäischen Wirken hätte, wie hier unterstellt, dann würde sich in Niedersachsen folglich das von der CDU und der SPD eingeführte Ministerium für diesen Bereich erübrigen.

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Immer das Gleiche!)

Auch wenn dieser Standpunkt unserer Forderung auf Abschaffung des Ministeriums rein formell zu-

träglich wäre, haben wir eine völlig andere Sichtweise. Bevor Sie jetzt weghören, weil Sie denken, die FDP fordert ohnehin jedes Jahr dasselbe, geben Sie mir bitte die Gelegenheit, unsere Idee von Europa in Niedersachsen ohne eigenes Ministerium zu erläutern.

Wir sind der Ansicht, dass sich Niedersachsen in jedem Fall und so oft wie möglich in Bundes- und Europaangelegenheiten einbringen sollte

(Immacolata Glosemeyer [SPD]: Sie haben gefordert, dass die arbeiten sollen! Ich habe gesagt: Die arbeiten auch ohne unsere Aufforderung! - Beifall bei der SPD)

- das waren Unterlassungen, ja -, um sein Mitspracherecht an den gemeinsamen Interessen einer europäischen Gemeinschaft zu nutzen und so zu einer stetigen Verbesserung sowie zu einem regelmäßigen Informationsaustausch in beide Richtungen beizutragen.

Bundes- und Europaangelegenheiten wie auch die regionale Entwicklung müssen unserer Ansicht nach ohne Frage weiterhin fester Bestandteil der Landtagsarbeit bleiben. Nur wäre dieser Aufgabenbereich - wie bereits in der Vergangenheit und in anderen Bundesländern praktiziert - in der Staatskanzlei ohne eigenes Ministerium weniger kostenintensiv und funktionseffizienter angesiedelt.

(Beifall bei der FDP)

Die klare Haltung der FDP-Fraktion lautet: Wir brauchen Europa, auch in Niedersachsen. Wir brauchen die Kommunikation und die Abstimmung zum und mit dem Bund. Wir brauchen Kompetenz im Bereich Regionalentwicklung. Wir brauchen dafür aber kein eigenes Ministerium, keinen separaten Ministerposten und keine Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung.

(Beifall bei der FDP)

Und wie hieß es vorhin einmal? Das sind dann Fördermittel aus einem Guss.

Im Sommer wurde über den Nachtragshaushalt debattiert. Seit Beginn von Corona streitet man über Gelder und Hilfen für Betroffene. Es werden Schulden in hohem Maße aufgenommen, die übrigens irgendwie wieder ausgeglichen werden müssen. Sparen Sie sich das Ministergehalt und die zusätzlich geschaffenen Stellen! Geben Sie die Aufgabenbereiche an die Staatskanzlei zurück! Und nutzen Sie alles, was dann noch übrig bleibt, um der immer lauter werdenden Kritik von allen

Seiten gerecht zu werden und die Gelder nachhaltiger einzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesem Appell beende ich meinen Wortbeitrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brüninghoff. - Jetzt folgt der Wortbeitrag der Ministerin Frau Birgit Honé. Bitte, Frau Ministerin!

Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden: Ein schwieriges Jahr geht zu Ende. Oder um eine prominente britische Bürgerin zu zitieren: Ein Annus horribilis geht zu Ende. - Das passt ja vielleicht auch zu dem Thema Brexit.

Es gab viele große Herausforderungen, die die Europäische Union besonders gefordert haben: die Corona-Krise, der Brexit, die schwierigen Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen, die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit.

Deutschland hat den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft in einer Zeit übernommen, die zweifelsohne eine Ausnahmesituation darstellt, und musste ihre ursprüngliche Agenda den aktuellen Gegebenheiten anpassen. Herr Brüninghoff, ich würde es einfach nur fair finden, auch anzuerkennen, dass das eine Ratspräsidentschaft unter ganz besonderen Vorzeichen war.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie bestimmt die Tagesordnung der Europäischen Union und damit auch den Verlauf der deutschen Ratspräsidentschaft. Gleichwohl hat die Ratspräsidentschaft weitere wichtige Zukunftsthemen aufgegriffen und angestoßen. Hierzu gehören der Klimaschutz, die Digitalisierung und Innovationen, die dringend notwendige Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, die Stärkung der sozialen Dimension der Europäischen Union und auch das Thema der Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität, das uns hier im Oktober-Plenum beschäftigt hat.

Das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ hatte in den vergangenen Monaten wirklich eine beson-

dere Bedeutung. Ich fürchte, sie wird sie auch in den nächsten Monaten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Folgen der Pandemie wirken sich natürlich auch auf die Arbeit in meinem Haus aus. Die Arbeit unserer beiden Landesvertretungen in Berlin und Brüssel und des Europäischen Informations-Zentrums war und ist besonders betroffen. Für die Bediensteten in Brüssel und Berlin waren die letzten Monate aufgrund der hohen Inzidenzwerte besonders belastend.

Dialog und persönliche Begegnungen prägen die Arbeit unserer Landesvertretungen und des EIZ. Durch die Pandemie konnten die bisher bewährten Abläufe und Strukturen nicht mehr aufrechterhalten werden.

(Stefan Wenzel [GRÜNE] und Miriam Staudte [GRÜNE] sprechen miteinander)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Kollege Wenzel! - Warten Sie bitte kurz, Frau Ministerin! - Vielleicht habe ich zu gute Ohren, aber uns hier oben stört es. - Bitte, Frau Ministerin!

Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Hier galt es, zu improvisieren und kurzfristig neue und kreative Alternativen zu entwickeln. Ich möchte an dieser Stelle - das ist vielleicht ungewöhnlich - mal die eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen loben. Ich möchte es deutlich sagen: Die haben wirklich eine Menge geleistet, unter ausgesprochen schwierigen Bedingungen. Wir haben jetzt digitale Veranstaltungsformate entwickelt, die ausgesprochen gut angenommen werden. Wir hatten in der letzten Woche z. B. in Brüssel eine digitale Veranstaltung zur KI. Dort haben wir über 260 Teilnehmer gehabt. Das ist wirklich eine außerordentlich gute Quote. Die Umstellung ist also gut gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres zentrales Arbeitsfeld der deutschen Ratspräsidentschaft - und auch für unser Land - war und ist der Brexit. Leider trägt die britische Regierung wenig dazu bei, dass es nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union zu einer tragfähigen Lösung kommt. Wir wollen mal gucken - es ist schon gesagt worden -: Jetzt kommt Herr Johnson nach Brüssel.

Vielleicht kommt es ja doch noch zu einer Lösung. Ich sage mal: Die Skepsis überwiegt dann doch.

Aber, bei allen Schwierigkeiten: Eine enge und ambitionierte, auf die Zukunft ausgerichtete Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich ist weiterhin unser Ziel; denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch für Niedersachsen hängt viel davon ab, dass es zu einer partnerschaftlichen Vereinbarung kommt: für unsere Wissenschaft, für unsere Wirtschaft, für unsere Fischer und vor allen Dingen für unsere jungen Menschen, für unsere Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten.

Aber: Der Schutz des Binnenmarktes muss für die EU und auch für uns oberste Priorität haben. Einen unfairen Wettbewerb, aber auch das Untergraben der hohen EU-Standards in den Bereichen Umwelt, Verbraucherschutz sowie Arbeit und Soziales werden wir nicht akzeptieren. Hier geht es auch um ein faires Miteinander in den künftigen Beziehungen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat unter Federführung meines Hauses alles unternommen, um unser Land so gut wie möglich auf den Brexit vorzubereiten. Ich kann Ihnen versichern: Wir sind für *alle* Szenarien gut vorbereitet.

Der Europäische Rat hat sich Mitte Juli auf den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen sowie auf die sogenannte Aufbau- und Resilienzfazilität „Next Generation EU“ geeinigt. Die Europäische Union nimmt enorme Summen in die Hand, um das Solidaritätsversprechen der Staaten in Europa mit Leben zu erfüllen. Erstmals ist die Auszahlung von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien gekoppelt. Auch darauf wurde bereits hingewiesen.

(Unruhe - Dr. Stefan Birkner [FDP] und Christian Grascha [FDP] begeben sich auf ihre Plätze)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Warten Sie kurz, Frau Ministerin, bis auch die FDP-Fraktion wieder Platz genommen hat! Sie möchte sich ja zu ihrem Antrag bestimmt noch äußern.

Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Das habe ich ja schon teilweise.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Das haben Sie schon. Aber jetzt sind die Herren ja alle wieder am Start.

Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Stichwort: „Rechtsstaatlichkeit“: Polen und Ungarn haben zwar ihr Veto gegen den im Trilog gefundenen Kompromiss eingelegt. Ich setze aber darauf, dass beide Regierungen schließlich einlenken werden.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Meine Herren von der FDP-Fraktion, ich war vorhin doch sehr deutlich. Kaum sitzen Sie auf Ihren Plätzen, geht das Reden wieder los. Wir können jetzt einfach warten. Zippeln Sie untereinander aus, wer angefangen hat. Zeigen Sie weiter mit dem Finger aufeinander. Aber seien Sie einfach ruhig, und lassen Sie die Ministerin ausführen!

(Heiterkeit)

So, jetzt warten wir noch etwas.

(Zurufe von der FDP - Dr. Stefan Birkner [FDP] und Christian Grascha [FDP] schütteln den Kopf)

- Tja, da können Sie auch den Kopf schütteln. Wir nehmen das hier oben schon sehr wohl wahr. Und das bin ich nicht nur alleine.

Bitte, Frau Ministerin!

Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Ich hatte gesagt: Polen und Ungarn haben zwar ihr Veto gegen den im Trilog gefundenen Kompromiss eingelegt. Ich setze aber darauf, dass beide Regierungen letztendlich noch einlenken. Wenn sie das nicht tun, dann müssen sie - und Sie wissen, es gibt dazu schon auf unterschiedlichen Ebenen Debatten - schlimmstenfalls damit rechnen, von den Mitteln aus dem Wiederaufbauprogramm ausgeschlossen zu werden.

Ich bin überzeugt: Mit diesem Mehrjährigen Finanzrahmen und dem Wiederaufbauprogramm können wir der massiven pandemiebedingten Wirtschaftskrise wirksam begegnen.

Für Niedersachsen bedeutet die Einigung zum MFR, dass es nicht zum befürchteten Mittelrückgang kommen wird. Die innerdeutschen Verhand-

lungen laufen zwar noch, aber wir wissen bereits jetzt, wie viel in Niedersachsen ankommen wird. Frau Pieper hat auf die Summen hingewiesen: Im Bereich der Kohäsionspolitik erhält Niedersachsen über 1 Milliarde Euro.

Das ist ein erfreuliches Gesamtergebnis, das sogar einen Anstieg um über 8 % für Niedersachsen bedeutet. Der ELER - auch das ist gesagt worden - steigt sogar noch stärker an: auf mindestens 1,4 Milliarden Euro, also 300 Millionen Euro mehr als bisher. Für unsere ländlichen Räume ist dies eine sehr gute Nachricht; denn dieser Mittelaufwuchs wird auch genutzt werden müssen, um die Pandemiefolgen zu bekämpfen und die damit verbundene Stärkung der Resilienz aktiv voranzubringen. Die Programme für die ländliche Entwicklung werden dazu einen wichtigen Beitrag leisten und müssen - dies sage ich ausdrücklich - gestärkt werden.

Aus dem Programm „Next Generation EU“ werden Mittel zur Überbrückung zwischen den Förderperioden und zur Krisenbewältigung zur Verfügung stehen. Hier wird Niedersachsen ebenfalls mit einem Betrag von rund 205 Millionen Euro dabei sein.

Wir werden also in der kommenden EU-Förderperiode unter dem Strich mehr Mittel als in der laufenden Förderperiode haben. Dafür haben wir uns auf allen Ebenen in vielen Verhandlungen mit aller Kraft eingesetzt. Ich denke, das Ergebnis kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

In diesem Zusammenhang vielleicht noch ein Hinweis an den Kollegen Herrn Meyer: Tatsächlich haben wir in Niedersachsen zum ersten Mal eine Gesamtstrategie für die Förderperiode von 2021 bis 2027 gemeinsam erarbeitet und im Kabinett verabschiedet. Das war im Dezember 2018. Diese Strategie zeichnet sich dadurch aus, dass wir uns aus den Vorgaben, die die EU gemacht hat, im Wesentlichen drei Bereiche herausgegriffen haben: zum einen den Bereich Transformation der Gesellschaft mit Innovation, Bildung und Forschung, zum anderen den Umweltbereich und drittens die Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Regionen. Hier gibt es eine Festlegung auf ein gemeinsames Leitmotiv und auch auf strategische Ziele. Das ist mehr, als wir in den Regierungsperioden davor hatten. Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt in die Richtung, die Sie skizziert haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, dass unsere ländlichen Räume - verstärkt durch die Pandemie - vor großen Herausforderungen stehen. Trotz allem Engagement auf örtlicher Ebene müssen wir als Land möglichst passgenaue Angebote unterbreiten, um allen Regionen gerecht zu werden. Es müssen viele Rädchen ineinandergreifen, um Chancen zu nutzen und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Dafür haben wir verschiedene Instrumente entwickelt.

Auf das Programm Zukunftsräume ist bereits eingegangen worden. Im Fokus des Programms steht die Steigerung der Attraktivität der kleinen und mittleren Zentren. Auch dies ist übrigens ein ganz wichtiger Beitrag zur Stärkung der Resilienz.

Im Haushaltsplanentwurf waren für die Zukunftsräume und die regionalen Versorgungszentren insgesamt 4,5 Millionen Euro vorgesehen. Ich will ganz deutlich sagen - das klang hier ja auch an -: Natürlich hätte ich mir mehr gewünscht. Aber so ist das manchmal im Leben. Wir haben immerhin Haushaltsmittel für die Fortführung eines guten Programms erhalten. Wir werden sehen, was sich in den nächsten Jahren in Gesprächen mit meinem Kollegen Hilbers noch machen lässt. Aber immerhin: 4,5 Millionen Euro! Und über die politische Liste wurde eine weitere Aufstockung in Höhe von 4 Millionen Euro vorgenommen. Dafür bin ich den beiden die Regierung tragenden Fraktionen ausgesprochen dankbar. Denn damit hat die Politik ein wichtiges Zeichen gesetzt und noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig ihr die Entwicklung in den ländlichen Räumen ist.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Neu entwickelt haben wir das Instrument der Zukunftsregionen. Hier sollen bedarfsgerechte Zukunftsprojekte in den Regionen durch eine gezielte Kooperation von Akteurinnen und Akteuren über Landkreisgrenzen hinweg und unter Einbeziehung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen entstehen. Wichtige regionale Handlungsfelder dabei sind Themen wie Innovations- und Gründungskultur, Klima- und Ressourcenschutz sowie Versorgungs- und Lebensumfeld. Es sollen solche Projekte entwickelt und umgesetzt werden, die zu regional wirksamen Entwicklungs- und Wachstumsimpulsen im jeweiligen Raum führen.

Hier haben Sie auch den regionalisierten Ansatz, Herr Meyer, auf den Sie hingewiesen haben. Ich will auch darauf hinweisen, dass es hier darum geht - dadurch, dass wir auch Entwicklungsagenturen fördern wollen -, zielgerichtet, also themenspe-

zifisch, Mittel auch von anderen Ressorts einzuwerben, und zwar nicht nur auf der Landes-, sondern auch auf der Bundesebene. Insofern ist das eine Möglichkeit für Regionen, Mittel zu hebeln.

Hier kommen uns unsere nunmehr fünfjährigen Erfahrungen mit dem Modellprojekt Südniedersachsen zugute, die mit in den Ansatz eingeflossen sind, ein Ansatz - darauf möchte ich sehr deutlich hinweisen -, den die EU-Kommission - ich zitiere - als das „Innovativste“ lobt, das im Bereich der Regionalentwicklung aktuell vorliegt. Auch dies ist ein Beitrag zur Stärkung der Resilienz in unseren Regionen.

Ich bin überzeugt, dass auch dieses Programm einen Nerv in den Regionen trifft und vielen neuen Ideen und übertragungswerten Konzepten zum Erfolg verhelfen wird.

Neben den neuen Instrumenten sollen auch die bewährten Strukturen beibehalten und weiter ausgebaut werden. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Das sehr erfolgreiche INTERREG-A-Programm Deutschland-Niederlande wird natürlich auch in der neuen Förderperiode fortgeführt und soll weiterhin zu einer positiven Entwicklung der Grenzregion beitragen. Das Programm für die nächste EU-Förderperiode soll mit insgesamt 20 Millionen Euro aus Landesmitteln unterstützt werden. Wir wollen auch die transnationalen INTERREG-Programme intensiver nutzen. Dadurch sollen letztendlich alle Regionen unseres Landes auf ein spezielles Förderprogramm zugreifen können. Auch das ist schon ausgeführt worden; deshalb verzichte ich an dieser Stelle darauf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Folgen der COVID-19-Pandemie müssen bewältigt werden. Wir müssen Niedersachsen mit seinen unterschiedlichen Regionen zukunftsfest aufstellen und den bestmöglichen Weg finden, um unseren Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Leben in ihren Heimatregionen bieten zu können. Die von meinem Haus zu verantwortenden Maßnahmen, Konzepte und Projekte werden dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei „meinem“ Fachausschuss bedanken. Es ist immer eine ausgesprochen konstruktive und sehr gute Diskussion. Ich glaube, dass uns auch ein bisschen eint, dass wir mit unseren Querschnittspolitiken immer andere überzeugen müssen.

Ich gebe es nicht auf - auch die FPD-Fraktion hier im Landtag werde ich eines Tages überzeugen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir den Schwerpunkt Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung verlassen.

Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 22:

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Medienfragen

Das ist der letzte Bereich, den wir heute im Rahmen der Haushaltsberatungen beraten - also noch einmal 20 bis 25 Minuten Konzentration beim sehr wichtigen Bereich der Medienfragen.

Die erste Wortmeldung kommt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Abgeordneten Christian Meyer. Hiermit erteile ich Ihnen das Wort.

Christian Meyer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich fange mit einer guten Nachricht an: Ich mache es sehr kurz; denn wir haben vorausschauend schon am Montag den größten Teil unserer Redezeit zum Tagesordnungspunkt 22 - Schwerpunkt Medienfragen - auf den Tagesordnungspunkt 27 - Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag - verlagert. Die Beratungen über den Rundfunkstaatsvertrag werden morgen nach dem unsäglichen Verhalten der CDU in Sachsen-Anhalt sicherlich eine große Aufmerksamkeit erhalten.

Deshalb konzentrieren wir uns bei dem Tagesordnungspunkt heute auf die Haushaltsstellen im Medienbereich - das ist allerdings nur eine einzige, nämlich die Film- und Spieleförderung des Landes, die leider in diesem Jahr auch gekürzt worden ist. Man merkt: In allen Ressorts sind die Mittel in wichtigen Bereichen gekürzt worden.

Wir fordern in unserem Antrag, das wieder auf das alte Niveau anzuheben, es also um 350 000 Euro auf das Niveau des Vorjahres von fast 2 Millionen Euro anzuheben. Auch das hört sich nicht nach viel an. Es käme aber vielen Filmschaffenden zugute, die auch von der Corona-Krise betroffen sind, weil Drehs aufgrund von Corona-bedingten

Auflagen ausfielen. Das gilt für die ganze Branche. Es geht nicht nur um die Schauspieler, sondern auch um die ganzen Beschäftigten in der Technik, die dabei eine Rolle spielen, wie etwa die Kameraleute. Auch diese sind davon betroffen.

Deshalb fordern wir einen - leider von Ihnen abgelehnten - Rettungsschirm für Medienschaffende und die Medienbranche, die nicht nur wegen ihrer Recherchetätigkeit und ihrer Unabhängigkeit wichtig ist, sondern auch mit Blick auf die Unterhaltung. Auch in Corona-Zeiten muss man mal lachen oder einen bedeutsamen Film sehen können. Deswegen sind Qualitätsfilme auch weiterhin zu fördern, und deswegen beantragen wir, nicht gerade hieran zu sparen.

Es geht um das nächste Jahr. Viele geförderte Produktionen im Film- und Medienbereich, insbesondere kleine, sind darauf angewiesen, dass diese Förderung angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Claudia Schüßler zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Schüßler!

Claudia Schüßler (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Warten Sie bitte! Die Stimmung ist zwar sehr gut, aber es sollte Ruhe einkehren. - Bitte, Frau Kollegin!

Claudia Schüßler (SPD):

Medienpolitik, das ist Landespolitik. Da, wo das Land originär zuständig ist, haben wir auch immer eine besondere Verantwortung - vor allem auch deshalb, weil Medien eben kein Randthema sind, wie es manchmal den Anschein hat, sondern weil Medienpolitik eine urdemokratische Aufgabe ist.

Ich möchte den Satiriker Ephraim Kishon zitieren, der in den 80er-Jahren sehr bekannt war. Er hat gesagt:

„Die Medien sind bellende Wachhunde der Demokratie, und die Demokratie ist bekanntlich das beste politische System, weil man es ungestraft beschimpfen kann.“

Bellende Wachhunde - das ist ein gutes Bild, wie ich finde.

Die Vielfalt der Medien ist für die Demokratie unerlässlich. Vieles könnte man gerade heute dazu sagen; Herr Meyer hat gerade schon dazu ausgeführt. Wir werden das heute nicht tun, sondern beim entsprechenden Tagesordnungspunkt morgen auf den Staatsvertrag zu sprechen kommen. Ich beschränke meine Rede auf den Haushalt und unser Bundesland; sonst würde wahrscheinlich die Redezeit auch nicht ausreichen. Daher zurück zur Rolle der Medien!

Die Vielfalt der Medien ist für die Demokratie unerlässlich. Für uns bedeutet dies, darauf zu achten, die Vielfalt der Medienlandschaft in Niedersachsen zu fördern und zu erhalten. Es bedeutet auch, ein wachsames Auge auf Niedersachsen als Medienstandort zu haben.

Im kommenden Haushaltsjahr wird der Ansatz im Bereich der Medien eine Kürzung erfahren; so hat es uns Herr Staatssekretär Dr. Mielke im Ausschuss vorgetragen. Man kann es auch im Haushaltsentwurf nachlesen.

Die alle Bereiche treffende Sparauflage aus dem Finanzministerium erstreckt sich natürlich auch auf den Bereich der Staatskanzlei. Herr Dr. Mielke hat erläutert, dass gerade im Bereich der Staatskanzlei nur ein relativ übersichtlicher Kanon von operativen Aufgaben mit Mitteln, die der Freiwilligkeit und der Gestaltung unterliegen, vorhanden ist.

Sie alle wissen, dass die vorhandenen Haushaltsmittel im Wesentlichen der nordmedia zugeführt werden. Die nordmedia ist nicht irgendein Unternehmen, sondern *die* Anlaufstelle für Medienschaffende aus Niedersachsen. Sie entwickelt, fördert und kann aus Ideen ein konkretes Projekt machen.

Die nordmedia hat es seit ihrer Gründung im Jahr 2001 geschafft, die Anzahl der Produktionen in Niedersachsen deutlich zu erhöhen. Man könnte zwar sagen, das sei nur ein quantitatives Merkmal, aber tatsächlich lässt sich feststellen, dass über diese Förderung durch die nordmedia viele - im Wortsinne - ausgezeichnete Ergebnisse im Bereich der Film- und Fernsehproduktionen erreicht wurden. Kurzum: Die Qualität stimmt auch.

Die nordmedia fördert auch den Bereich Games. Es muss nicht betont werden, dass auch in diesem Medienbereich ein großes Zukunftspotenzial und eine große Chance für Niedersachsen liegen, auch wenn man einräumen muss, dass wir da nicht zu den stärksten Playern gehören.

Daher sehen wir die Kürzungen im gesamten Medienbereich natürlich mit gemischten Gefühlen; das will ich nicht verheimlichen. Wir haben aber auch positiv zur Kenntnis genommen, dass mit dem zweiten Corona-Nachtragshaushalt 1 Million Euro Soforthilfe für die Film- und Medienbranche vorgesehen sind, davon 445 000 Euro im Schwerpunktprogramm für das Kino in der Fläche.

Über diesen Topf werden aber auch Filme gefördert. Zum Beispiel sollen dadurch die Verteuerung von Produktionen durch bestimmte Corona-Maßnahmen aufgefangen oder auch der Corona-Schutz bei Dreharbeiten gewährleistet werden. Die genannten Mittel fangen insofern akute Probleme auf und helfen, den Haushalt nicht zusätzlich zu belasten.

Als eine der regierungstragenden Fraktionen sind wir uns der Gesamtverantwortung für die Finanzen gerade in der Pandemiesituation sehr bewusst. Die akuten Hilfen, die jetzt notwendig sind, und die Prognose der Einnahmen führen in der realen Politik zum jetzigen Zeitpunkt zu der Frage, wie man im kommenden Jahr und auch in den folgenden Jahren verantwortlich mit Mitteln umgeht; es wurde in der heutigen Debatte vielfach angesprochen. Natürlich hat eine globale Minderausgabe Auswirkungen. Daher ist die Argumentation der Staatskanzlei an dieser Stelle zumindest nachvollziehbar. Den hier gewählten Haushaltsansatz werden wir unterstützen, weil es eine große gemeinsame und ressortübergreifende Aufgabe ist, mit den vorhandenen Haushaltsmitteln vernünftige Politik zu machen.

Als Parlamentarier werden wir die Entwicklung im kommenden Jahr sehr genau beobachten. Wir werden überprüfen müssen, ob die nordmedia ihren Aufgaben - darunter insbesondere die Förderung der Medienlandschaft - noch in dem gewohnten Umfang nachkommen kann. Wir werden das evaluieren und schauen, ob sich der Medienstandort Niedersachsen unter diesen Umständen weiterhin so positiv entwickeln kann.

Ich möchte noch erwähnen, dass wir es trotz der veranschlagten Haushaltsmittel wohl im kommenden Jahr - so muss man sagen - endlich schaffen, die bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte Novelle des Niedersächsischen Mediengesetzes auf den Weg zu bringen und darüber vielleicht auch eine zusätzliche Vielfalt im Medienbereich zu erreichen, z. B. im Rundfunk.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei der Staatskanzlei für die immer gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Ich erinnere noch einmal daran: „Die Medien sind bellende Wachhunde der Demokratie.“

In diesem Sinne bedanke ich mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Clemens Lammerskitten [CDU])

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schüßler. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Jens Nacke das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Stefan, hast du nicht abgegeben?)

- Der Kollege Birkner hat abgegeben, Herr Kollege Nacke, aber um einiges später. Wir können das hier auch vorziehen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir klären das hier schon!)

Bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona hat natürlich auch für die Medien eine besondere Herausforderung mit sich gebracht. Ich glaube, uns allen ist noch einmal sehr bewusst geworden, dass Aufklärung durch Informationen im Wesentlichen durch die Medienangebote stattgefunden hat und dass die Menschen in sehr hohem Maße auf glaubwürdige Quellen zurückgegriffen haben. Diese glaubwürdigen Quellen haben sie in den Fernsehsendern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und auch in den Zeitungen gefunden.

Aber Corona hat, wie gesagt, auch Herausforderungen für die Medien mit sich gebracht. Beispielsweise waren geringere Werbeeinnahmen zu beklagen, aber auch ein geringeres Gebührenaufkommen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Auch wenn die Medienpolitik im Haushalt keine sehr entscheidende Rolle spielt, ist sie ein landespolitisch wichtiger Bereich. Insofern finde ich es etwas schade, dass Sie ihn so gering geschätzt haben. Aber wir werden den Austausch über die Gebühren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - das war vermutlich der Hintergrund Ihrer Äußerungen - ja morgen an prominenterer Stelle führen können.

Trotzdem kann Niedersachsen stolz auf seine Medienlandschaft sein: auf die privaten Radiosender wie radio ffn, Antenne Niedersachsen oder Radio 21, um die drei großen hier zu nennen - dass Bundesländer eine solche Vielfalt der privaten Radiosender haben, ist nämlich nicht selbstverständlich -, auf die großen Verlagshäuser, die uns durch wichtige lokale und regionale Titel mit Informationen versorgen; auf die Bürgersender genauso wie auf die lokalen privaten Rundfunksender. Neu hinzugekommen sind digitale Wege, über die auch lokale Angebote - die ihren Auspielweg im Internet gefunden haben - von zum Teil hoher Qualität gemacht werden. Nicht zuletzt muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk erwähnt werden, allen voran der NDR als *der* Sender Niedersachsens.

Meine Damen und Herren, sie alle zeichnet Qualitätsjournalismus aus. Und damit sind sie das Gegengewicht zu falscher Information oder dem merkwürdigen Austausch in internen Gruppen, die andere Meinungen und Sichtweisen nicht zulassen.

Aber die gut recherchierten Artikel, das Gesamtkunstwerk Zeitung - unabhängig davon, ob es als Papierausgabe oder digital abgerufen wird -, das lineare Fernsehen und das lineare Radio stehen in einem starken Wettbewerb. Dieser Wettbewerb findet nicht unter ihnen statt, sondern mit der schnellen, wahren, richtigen Tickermeldung, dem Podcast, den Streamingangeboten und der Playlist.

Deswegen haben die Regierungsfraktionen sich gemeinsam mit der Landesregierung vorgenommen, 2021 eine Reform des Mediengesetzes durchzuführen. Wir wollen es überprüfen, weil wir alle Behinderungen im Wettbewerb beseitigen wollen, weil wir unfaire Ungleichbehandlung an dieser Stelle beenden wollen.

Denn das Mediengesetz atmet nach wie vor die Sorge vor Monopolen der Verlagshäuser. Aber diese Gefahr durch die Medienschaffenden besteht ja gar nicht mehr, weil die Sicherung der lokalen und regionalen Vielfalt nicht mehr erforderlich ist. Stattdessen lauert die Gefahr eher in den Monopolen von Plattformen oder in der Sorge, dass die Auffindbarkeit im Internet für die seriösen Medienangebote besonders schwer gestaltet wird.

Ich möchte ausdrücklich einen Dank an die Niedersächsische Landesmedienanstalt richten, insbesondere auch an den bisherigen Direktor Andreas Fischer, der die Arbeit der Medienanstalt

über viele Jahre geprägt hat. Und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Christian Krebs, dem ich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich zu seiner Wahl zum neuen Direktor der Landesmedienanstalt gratulieren möchte.

Ein Ziel der Änderung des Mediengesetzes ist es, die NLM zu einer modernen Behörde weiterzuentwickeln, ihre Ideen, wie man ihre Arbeit möglicherweise noch ändern und erleichtern kann, aufzugreifen, damit sie weiterhin eine sorgsame Aufsicht über die Medienanstalten führen kann.

Wir wollen ausdrücklich Qualitätsjournalismus fördern. Eines unserer Ziele soll es sein, diejenigen zu unterstützen, die sich die Mühe machen, ernsthafte, wichtige journalistische Ansprüche zu erfüllen, und trotzdem das Spannungsfeld aufzulösen, indem wir als Staat keinen Einfluss auf die Berichterstattung nehmen wollen.

Ein abschließender Dank - wie von den Kollegen vor mir - an dieser Stelle auch an die nordmedia. Auch die Filmförderung hat es in diesem Jahr - das ist angesprochen worden - nicht ganz leicht gehabt. Auch dort werden wir im nächsten Jahr genau hinschauen müssen, inwieweit ihre Arbeit durch uns noch weiter unterstützt werden kann. Dass wir an der Stelle die Mittel verändert haben, ist angesprochen worden.

Alles in allem glaube ich, dass es ein spannendes Jahr wird, ein Jahr der Veränderung in den Medienlandschaften, wie wir hier schon öfter besprochen haben. Insofern glaube ich, dass wir uns in eine interessante Beratung des Mediengesetzes begeben werden. Ich freue mich darauf.

Ich möchte mich an dieser Stelle abschließend für die gute Zusammenarbeit insbesondere mit dem Chef der Staatskanzlei bedanken - Herr Ministerpräsident, ich hoffe, das sehen Sie mir an dieser Stelle nach -, weil er unser unmittelbarer Ansprechpartner ist. Ich bedanke mich ausdrücklich für den guten Austausch, den wir an dieser Stelle pflegen und der viele Themen abdeckt - ich nenne an dieser Stelle nur den NDR-Staatsvertrag. Wir tauschen uns gut und sehr intensiv aus. Herzlichen Dank, dass Sie jederzeit ansprechbar sind.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Kollege Nacke. - Jetzt kommt für die FDP-Fraktion der Herr Abgeordnete Dr. Stefan Birkner. Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie die Kollegin und die Kollegen vor mir schon ausgeführt haben, ist der Haushalt zur Medienpolitik in der Tat sehr überschaubar. Vielleicht ist er auch gar nicht das entscheidende Instrument zur Gestaltung der Medienpolitik, auch wenn die Filmförderung und die Förderung über die nordmedia ein wichtiger Bestandteil sind, um den Medienstandort Niedersachsen zu unterstützen und zu fördern.

Uns ist wichtig, - das hat auch der Kollege Nacke ausgeführt -, dass wir es schaffen, dass die Medienlandschaft in Niedersachsen vielfältig bleibt. Gerade sind wir da ganz gut aufgestellt, müssen das aber auch künftig beibehalten. Wir haben da, glaube ich, eine besondere Situation - auch im bundesweiten Vergleich -, was etwa die Situation von privaten und öffentlichen Rundfunkveranstaltern angeht.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Herr Dr. Birkner, warten Sie mal ganz kurz!

Ich glaube, die Herren, die wir hier oben im Visier haben, haben das verstanden, nehmen jetzt einfach ihre Plätze ein und beenden ihre Gespräche. Sie können sie außerhalb dieses Saales, in ca. 15 Minuten auch gerne in diesem Saal fortführen.

Bitte, Herr Dr. Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Der Erhalt einer vielfältigen Medienlandschaft ist von entscheidender Bedeutung. Deshalb haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen, was der Kollege Nacke hier zu der beabsichtigten Novellierung des Niedersächsischen Mediengesetzes ausgeführt hat. Wir hätten allerdings angesichts dessen, was wir wahrgenommen haben, erwartet oder zumindest gewünscht, dass man da schon weiter wäre. Aber wir werden sehen, was in den nächsten Wochen den Landtag erreicht, was die Novelle des Niedersächsischen Mediengesetzes angeht.

Es ist angesprochen worden - vom Kollegen Meyer und auch vom Kollegen Nacke -, dass wir über die Höhe des Beitrags zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk sicherlich morgen, bei der Debatte über den Medienstaatsvertrag, intensiv diskutieren werden. Das ist sicherlich richtig. Gleichwohl ist dieses Thema meines Erachtens auch hier anzusprechen.

Denn es ist natürlich schon ein wesentlicher Punkt der von den Ländern gestalteten Medienpolitik, wie man sich in diese Debatte einbringt.

Wir wollen die Debatte über die Beitragshöhe mit einer ernsthaften Debatte über den Programmauftrag und die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbinden.

Ich nehme wahr, dass eine unbefangene Debatte darüber in der Diskussionskultur, die in diesen Tagen gepflegt wird, offensichtlich nicht mehr möglich ist. Schon die heutigen Pressemitteilungen der Regierungsfractionen übereinander sind sehr bemerkenswert - mein dringender Appell ist, hier zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren -:

Herr Saipa spricht davon, dass die CDU insbesondere in Sachsen-Anhalt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum „Bauernopfer“ mache.

Herr Nacke spricht von einem durchsichtigen taktischen Versuch, die CDU in eine bestimmte Ecke zu drängen.

Herr Saipa spricht davon, dass eine Staatsgefährdung stattfinde.

Herr Meyer spricht von einem „schwarzen Tag für die Demokratie“ und von einem unsäglichen Verhalten.

Meine Damen und Herren, meine dringende Bitte ist, in dieser Debatte abzurüsten, auch verbal.

(Beifall bei der FDP)

Es geht um eine Frage, die man sachlich diskutieren können muss: wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk strukturiert sein soll und was sein Programmauftrag sein soll. Diese Debatte ist politisch zu führen - durch die Ministerpräsidenten, durch die Landtage - und sollte nicht durch solche aus meiner Sicht grenzüberschreitenden Beschimpfungen geprägt werden.

Das führt mich zu meinem letzten Punkt.

Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass der Herr Ministerpräsident seine Rolle in der Medienpolitik aktiver und wahrnehmbarer wahrnimmt. Nicht ohne Grund hat der Kollege Nacke dem Chef der Staatskanzlei gedankt. Das hat er sich auch verdient, weil er ja die Arbeit macht. Aber, Herr Ministerpräsident, es ist *Ihre* politische Verantwortung, die Medienpolitik zu gestalten. Da nehme ich, ehrlich gesagt, gar nichts bis wenig wahr. Sie äußern sich allenfalls mal nach einer Ministerpräsidentenkonferenz.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Medienpolitik hat aber mehr Aufmerksamkeit des politisch Verantwortlichen verdient. Das ist jetzt deutlich zu wenig. Nicht nur zu der Frage, welche programmatisch-inhaltlichen Vorstellungen Sie haben, würden wir uns konkrete Aussagen der Landesregierung wünschen, sondern auch zu Diskussionen im Unterausschuss „Medien“. Ich glaube, da ist noch sehr viel Luft nach oben.

Medienpolitik sollte den Rang bekommen, den sie verdient. Sie sollte Chefsache sein und vom Ressortverantwortlichen entsprechend gewürdigt werden. Das passiert in Niedersachsen leider nicht.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Jetzt hat für die Landesregierung der Herr Ministerpräsident Stephan Weil das Wort. Bitte schön!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich es recht sehe, dann habe ich jetzt die Gelegenheit, den heutigen Sitzungstag abzurunden und hier vielleicht auch als Rausschmeißer tätig zu sein.

(Jörg Bode [FDP]: Wir lassen uns von der Exekutive nicht aus dem Parlament schmeißen!)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Das machen wir.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

In einem haben alle Vorrednerinnen und Vorredner recht: Der Haushalt als solcher gibt relativ wenig Diskussionsstoff. Natürlich würden wir alle uns bei vielen Positionen mehr Mittel wünschen. Aber gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es schlichtweg weniger zu verteilen gibt, und zwar deutlich weniger. Das spiegelt sich gerade auch im Bereich der Filmförderung wider.

Aber lassen Sie mich auf einen grundsätzlichen Punkt eingehen: Herr Nacke hat - wie ich finde, völlig zu Recht - darauf aufmerksam gemacht, dass wir in Niedersachsen sehr dankbar sein können für Vielfalt und Qualität unserer Medienlandschaft. Das stimmt ausdrücklich, ist zuletzt in den

Beiträgen zum Niedersächsischen Medienpreis zum Ausdruck gekommen und gilt querbeet. Daran sind keine Abstriche zu machen, und ich möchte allen Beteiligten sehr herzlich dafür danken.

Es gibt allerdings nach unserem Verfassungsverständnis so etwas wie eine ganz sichere Bank, auf die man sich immer verlassen können muss, und das ist das System der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Da will ich nicht unserer morgigen Diskussion über die Gebührenhöhe vorgreifen. Aber ein grundsätzlicher Gedanke ist mir schon wichtig, und der bezieht sich auf den Entschließungsantrag der FDP, über den hier auch noch zu sprechen zu sein wird: Jetzt müsse mal der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen völlig neu besprochen werden;

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das steht da nicht drin!)

insbesondere müsse eine Begrenzung auf die Bereiche Information, Bildung und Kultur - die waren es, glaube ich - vorgenommen werden.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist unsere Haltung!)

Das bitte ich Sie doch mit Blick auf unsere Verfassung noch einmal zu überprüfen. Denn das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach und, wie ich finde, völlig zu Recht zum Ausdruck gebracht: Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten müssen ein Vollprogramm anbieten können, damit sie ein Massenpublikum und entsprechende Relevanz erreichen und damit sie auf dieser Grundlage die berechtigten Informationsansprüche an sie tatsächlich erfüllen können. Diesen Gedanken des Vollprogramms dürfen wir nicht zur Disposition stellen - nicht in Sachsen-Anhalt, aber auch nicht in unserer landespolitischen Diskussion.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bereits gesagt worden: Wir werden nicht nur über den Änderungsstaatsvertrag zum Medienstaatsvertrag eine Diskussion führen, sondern in den nächsten Monaten auch über unser niedersächsisches Regelwerk zu sprechen haben.

Da ist zum einen die anstehende Novelle zum NDR-Staatsvertrag, bei der es darum gehen wird, den Norddeutschen Rundfunk mit den richtigen Leitplanken auf seinem weiteren Weg in die Tri-medialität auszustatten. Im Zeichen der Entwicklung der Medien - insbesondere auch im Internet -

ist es natürlich von fundamentaler Bedeutung, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten diesen Weg mitgehen können. Wenn wir sie auf ihre alten Formate beschränkten, dann hätten sie keine Zukunft. Das wird nicht geschehen. Deswegen kann sich der Norddeutsche Rundfunk auch in dieser Hinsicht auf unsere Unterstützung verlassen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Zum anderen haben wir, wie mit Recht angesprochen wurde, eine interessante Diskussion über eine Novelle zum Niedersächsischen Mediengesetz vor der Brust. Denn so, wie wir Qualitätsansprüche an die öffentlich-rechtlichen Medien haben, müssen wir natürlich auch bei den anderen Medien darauf schauen, dass ein bestimmter Rahmen in jedem Fall eingehalten wird. Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt die Möglichkeit nutzen, eine Aufsicht auch über Teledienste, Medienplattformen und intermediäre Anbieter herzustellen, die inzwischen de facto einen sehr wichtigen Marktanteil haben und die keine Überregulierung, sehr wohl aber eine Flankierung durch eine öffentlich-rechtliche Aufsicht benötigen. Das ist eine wichtige Perspektive für die Landesmedienanstalt. Sie weist dieser Behörde ein - so glaube ich - außerordentlich interessantes und reizvolles, aber auch gesellschaftlich relevantes Aufgabenfeld zu. Für die Landesmedienanstalt wird in dieser Hinsicht ein neues Zeitalter beginnen. Wir werden ihr dafür das richtige Regelwerk anbieten.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung machen: Klar ist, dass wir es inzwischen mit einer Medienvielfalt und Informationsflut zu tun haben, die nicht mit dem zu vergleichen ist, woran man noch vor - sagen wir einmal: - 20 Jahren gedacht hat und was man seinerzeit erwartet hat. Aber gerade mit Blick auf die Stabilität unserer Demokratie tun wir gut daran, auch unter diesen Bedingungen den Gedanken von Vielfalt und Zuverlässigkeit ganz nach vorne zu stellen. Das gilt für die privaten Medien, und das gilt auch für die öffentlich-rechtlichen. Wer sich darum kümmert, der wird auch die Unterstützung der Landespolitik haben.

Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit beenden wir die Haushaltsberatungen für heute. Wir setzen sie morgen mit den verbliebenen Schwerpunkten fort.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Feierabend.

Bis morgen früh um 9 Uhr!

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr.